

Mohammed war ein Mann der Politik und des Schwerts

Mekka gegen Medina: Der Islam braucht eine Reformation, die seine fatalen politischen Ausprägungen unterbindet. Ein Gastbeitrag.

27.08.2016, von ABDEL-HAKIM OURGHI

Den Muslimen wird immer wieder vorgeworfen, dass der **Islam** eine rückwärtsgewandte, wissenschaftsfeindliche und mittelalterliche Religion sei. Mit Recht, wenn man die gegenwärtige Situation der islamischen Welt in Bezug zum wissenschaftlichen und technischen Fortschritt setzt. Ein Exkurs in die Geschichte der islamischen Wissenschaft zeigt jedoch, dass dies nicht immer der Fall war. Zwischen dem neunten und dem dreizehnten Jahrhundert erlebte die islamische Wissenschaft in einigen Kulturzentren wie Bagdad und Cordoba eine Blütezeit. Während des Abbasiden-Kalifats (750-1258) gelang es den muslimischen Gelehrten anhand der Übersetzungen des griechischen Erbes ins Arabische Wissensgebiete wie Mathematik, Medizin, Chemie und Astronomie zu revolutionieren. Auch die islamische Theologie erlebte eine goldene Zeit. Beeinflusst von der griechischen Philosophie entstand eine rationale und diskursive Theologie, die von den Mutaziliten in sunnitisch-schiihischen Wissenschaftskreisen vertreten wurde. Sie betonte nicht nur die Vernunft als hermeneutischen Zugang zur Religion, sondern auch die Willensfreiheit des Menschen in seinen Entscheidungen. Seit die beiden wichtigsten Wissenschaftszentren der islamischen Welt erobert wurden - Cordoba ging 1236 im Zuge der spanischen Reconquista verloren, Bagdad wurde 1258 von den Mongolen erobert und verwüstet -, ist es um die islamische Welt schlecht bestellt, und zwar heute mehr denn je.

Die historische Begegnung des „muslimischen Morgenlands“ mit dem „christlichen Abendland“ im Zeitalter der Kolonisierung machte die Unterlegenheit der muslimischen Welt deutlich sichtbar. Die koloniale Epoche, die als Wendepunkt im kollektiven Bewusstsein der **Muslimen** blieb, brachte zum Ausdruck, dass sich nicht nur die islamische Welt, sondern auch der Islam in Stagnation befand, während gleichzeitig Europas Stärke und Macht durch technische und wissenschaftliche Entwicklungen wuchsen. Diese historische Begegnung der islamischen Kultur mit der westlichen Zivilisation verschärfte die Sinnkrise des Islams und der Muslime und das Unbehagen an ihrer kulturellen Identität.

Der Feind ist die westliche Vernunft

Die oft beschworene frühislamische Glanzzeit nach der Entstehung des Islams im Jahre 610, aus der die Muslime ein Überlegenheitsgefühl schöpfen, ist inhaltslose Nostalgie, die der gegenwärtigen Realität des Islams und der Muslime in der islamischen Welt und den muslimischen Gemeinden im Westen nicht entspricht. Eine entschiedene Trennung von weltlichen und religiösen Angelegenheiten kam nie zustande. Die Freiheit des Individuums ist dem Islam bis heute fremd.

Der Kern der westlichen Aufklärung, die Relativierung der Religion, wird seit Jahrhunderten von konservativen Gelehrten und politischen Despoten mit der Unterstützung der Laien verhindert. Seit der napoleonischen Invasion Ägyptens (1798-1801) spürten einige Gelehrte die Notwendigkeit, den Islam zu erneuern. Sie beriefen sich auf verschiedene Koranverse und die Tradition des Propheten, in denen ihres Erachtens die Muslime zur Verbreitung der Reform (islah) innerhalb ihrer Gemeinde aufgerufen würden.

Die „Vorreformbewegung“ zur Erneuerung des Islams, die sich im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert fast überall in der islamischen Welt zu Wort meldete, war jedoch nicht von Erfolg gekrönt. Reformer, die eine Rückkehr zu den Lehren des „reinen“ Islams des siebten Jahrhunderts predigten, wie etwa Jamal ad-Din al-Afgani (1838-1897), Muhammad Abduh (1849-1905) und Muhammad Rašid Rida (1865-1935), waren nicht in der Lage, die Traumata zu heilen, die durch den Zusammenprall mit der westlichen Moderne verursacht worden waren. Dieser Islamreform fehlte der Geist der kritischen Vernunft. Das sogenannte „Erwachen des Islams“ (sahwat al-islam) und die vehemente Ablehnung der westlichen Kultur durch die Erben dieser Reformbewegung, wie etwa den Begründer der Muslimbruderschaft Hassan al-Banna (1906-1949) und den Theoretiker des aktivistischen Islams Sayyid Qutb (1906-1966), mündeten in neofundamentalistische Bewegungen.

Eine bequeme Betrachtung

Im Namen des Islams werden heute Unschuldige wahllos auf grausame Weise geschlachtet. Daher ist es verständlich, dass Nichtmuslime Furcht vor dieser Religion haben. Wäre ich kein Muslim, hätte auch ich Angst vor dem Islam und stellte auch ich mir die Frage, was für eine Religion der Islam ist, durch den so viel Gewalt legitimiert wird. Die Botschaft der radikalen Islamisten lautet: „Ihr seid unsere Feinde, solange ihr so lebt, wie ihr lebt, und glaubt, woran ihr glaubt. Ihr seid Ungläubige, und wir sind die einzig wahren Gläubigen.“ Der Islamismus hat die westliche Rationalität und Lebensweise, die er als entfremdend und unislamisch empfindet, als Feind bestimmt. Alles, was sich der Herrschaft Gottes im Namen des Islams nicht unterordnet, gilt den Islamisten als verdorben.

Die bequeme Betrachtung, dass die Extremisten keine Muslime seien und dass der Islam nichts mit ihren Greueln zu tun habe, ist schlichtweg naiv und ignorant gegenüber den Opfern des Terrors. Die Islamisten sind auch Muslime. Sie beten in Moscheen und nicht in Synagogen und Kirchen. Sie erkennen mit Pathos den Koran und die Tradition des Propheten als kanonische Schriften an. Ihnen dienen als Handlungsanleitung einige medinensische Koranpassagen (622-632) und das politische Handeln des Propheten selbst seit dem Jahr 624 bis zu seinem Tod 632. Darüber hinaus stützt sich der islamistische Terror auf eine gewalttätige, theologisch gut fundierte Ideologie, die als eine Rezeption des medinensischen Korans und der Tradition des Propheten gelten muss. Den islamistischen Terrorismus kann man allerdings auch nicht auf reine Glaubensinhalte reduzieren. Er ist ein komplexes soziales Phänomen.

Abgleich mit der Bibel

Noch nie wurde wie heute die Notwendigkeit der Reformation des Islams gespürt. Die Mehrheit der hier lebenden Muslime, darunter Konservative und etliche Konvertierte, lehnen vehement die humanistischen Begründungsversuche einer Islamaufklärung ab. Für sie ist der Islam nicht reformierbar, denn der Koran ist unveränderbares Gotteswort. Die koranische Offenbarung ist jedoch auch ein historisches Produkt des siebten Jahrhunderts. Durch freie Auslegung können die religiösen Schriften durch neue interpretierende Sinngehalte bereichert werden.

Es reicht aber nicht, zu bekräftigen, dass die Offenbarung des Korans in ihrer historischen Entstehungssituation zu verstehen ist. Mohammed war nicht nur ein Verkünder einer friedlichen Zeit im mekkanischen Koran (610-622). Er war auch ein Politiker, der zu Gewaltmaßnahmen gegen die arabischen Paganen und die Schriftgelehrten griff. Er war ein Staatsmann, der bestens die Macht des Wortes und die Gewalt des Schwertes vereinte.

Ein unabschließbarer Prozess der Interpretation

Nur der in Mekka offenbarte Koran ist zeitlos, weil er universal sinnstiftende Lehren im ethischen Sinne beinhaltet. Der medinensische Koran hingegen ist eine situationsbedingte Offenbarung, für eine irdische Gemeinde des Propheten im siebten Jahrhundert, die in ihrem historischen Wirkungskontext zu begreifen ist. Als historisch-politisches Modell passt er in seiner begrenzten, temporären Gültigkeit zu keiner modernen Gesellschaft. Nur die ethischen Werte des Korans, die man ähnlich auch im Alten und Neuen Testament findet, sind mit den westlichen Werten vereinbar.

Der Islam in seiner politischen Form ist zurzeit dabei, den friedlichen Islam zu verdrängen und sogar abzuschaffen. In seiner althergebrachten Tradition, die nicht mehr zeitgemäß ist, bekämpft er sich selbst. Auch der nicht reformierbare Islam in seinen politischen Ausprägungen zeigt sich als ernstzunehmende Konkurrenz gegenüber dem universalen ethischen Sinngehalt des mekkanischen Korans.

Nicht nur der Korantext und die Tradition des Propheten, sondern auch das historisch akkumulierte Wissen des Islams gehören zum unabschließbaren Prozess der Interpretation, die auf die heutigen Lebenswelten der Muslime reflektieren muss. Dabei können Gewaltpassagen oder die Unterdrückung der Frauen im Korantext und in der Tradition des Propheten durchaus abgelehnt werden.

Emanzipation in der Religion

Der historische Mohammed als Verkünder einer Offenbarung und als Staatsmann ist nur ein Mensch mit menschlichen Fehlern und Schwächen. Deshalb dürfen seine politischen Taten kritisiert werden. Dem Korantext ist zu entnehmen, dass er nur ein Mensch sei (Koran 18:110), der immer wieder von Gott kritisiert wird (Koran 80:1-10 und 2:272). Auch die Tradition des Propheten als ein menschliches Konstrukt, das zwei Jahrhunderte nach dem Tod des Propheten aus verschiedenen ideologischen Gründen entstand, ist in Frage zu stellen und besonders jene Überlieferung, die dem zeitlosen mekkanischen Korantext mit seinen universellen Lehren im ethischen Sinne in großen Teilen widerspricht.

Die Aufklärung des Islams hat die Aufgabe, die historisch akkumulierte Wissenstradition von menschengemachtem, oft patriarchalischem Ballast zu befreien. Die fortdauernde Unmündigkeit der Muslime zeigt sich in der blinden Übernahme von herkömmlichen Denksystemen der Islamgelehrten aus vergangenen Epochen. Durch den Gebrauch der kritischen Vernunft können sich die Muslime in ihrer Religion emanzipieren und zum aktiven Akteur der Selbstbestimmung ihrer religiösen Identität werden.

Der Autor leitet den Fachbereich Islamische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg im Breisgau.

Quelle: F.A.Z.

Islam de France : les quatre dossiers à résoudre

Publiée 01/08/2016 à 20:13



Un sommet se tient ce lundi 29 août entre le ministère de l'Intérieur et les responsables de l'islam de France. Ils devraient évoquer le financement des mosquées, la formation des imams ou encore les mosquées salafistes.

Le ministre de l'Intérieur reçoit ce lundi des représentants du CFCM, des chercheurs, des universitaires et des personnalités pressenties pour intégrer la Fondation pour l'islam de France. Tenailé par de lancinants problèmes de représentativité et de financement de ses lieux de culte, l'islam de France doit mieux former ses imams. Le ministère de l'Intérieur, lui, traque les «prêcheurs de haine».

• **Le casse-tête de la représentation**

«Asseoir l'islam à la table de la République»: c'est l'ambition qui a présidé à la création du CFCM (Conseil français du culte musulman), institution de dialogue entre le gouvernement et les musulmans de France initiée en 1999 par Jean-Pierre Chevènement et créée en 2003 sous l'impulsion de Nicolas Sarkozy, alors ministre de l'Intérieur. Mais en treize ans d'existence, cet organe représentatif du culte musulman n'a cessé d'être remis en cause, accusé de ne pas être assez représentatif et de manquer de légitimité, rongée en son sein par des querelles entre ses principales branches qui se partagent le pouvoir, sous influence de leur pays d'origine. Réformer le CFCM: la volonté est loin d'être neuve. En 2011, Claude Guéant, installé Place Beauvau, plaide pour «un CFCM plus représentatif et moins contesté». En 2013, l'instance a changé ses statuts et opté pour une direction collégiale et une présidence tournante afin de ramener dans l'instance «toutes les composantes de l'islam de France». Autre écueil, le Conseil français du culte musulman vit «coupé de sa base», comme l'a pointé en juillet le rapport de la sénatrice Nathalie Goulet (UDI-UC). Et d'évoquer un «fossé générationnel croissant», un «décalage» entre la représentation officielle du culte musulman et le milieu associatif musulman, plus jeune, «très présent sur les réseaux sociaux et extrêmement diversifié».

• **Le financement via une Fondation**

La première version d'une Fondation pour les œuvres de l'islam de France a vu le jour en mars 2005, quand Dominique de Villepin était Place Beauvau. Pour résoudre le problème du financement de la deuxième religion de France, il avait défendu l'idée de faire appel à des fonds privés, dans le respect de la loi de 1905. Son principe: collecter l'argent de mécènes français et étrangers pour financer, en toute transparence et sans apport de l'État, la construction et la rénovation de lieux de culte, la formation des imams ou encore les instances représentatives du culte musulman. Restée fantomatique pendant deux ans, cette Fondation placée sous l'égide de la Caisse des dépôts et consignations n'est finalement installée qu'en octobre 2007. Las, les luttes de pouvoir au sein des instances représentatives musulmanes bloquent sa mise en œuvre. En juillet, le rapport sénatorial de Nathalie Goulet fait le constat d'un outil «mort-né». Sa gouvernance hybride tout comme les réticences des donateurs étrangers à voir leurs fonds redistribués par une fondation française ont freiné son essor, souligne ce document. Pour la remettre en ordre de marche, les parlementaires préconisent un transfert par la Fondation des versements effectués par les États étrangers, assortie d'un fléchage des financements, et la possibilité de recueillir une redevance sur l'abattage halal.

• **Des diplômés et une «certification» pour les imams**

Aujourd'hui, le pays compte quelque 1600 à 1800 imams, dont à peine la moitié est affiliée à des fédérations disposant d'une poignée d'écoles bien identifiées, comme l'Institut Ghazali à la Grande Mosquée de Paris (liée à l'Algérie) ou celle de Château-Chinon gérée par l'Union des organisations islamiques de France (proche des

Frères musulmans). «Le reste, ce sont des imams ponctuels, occasionnels, parfois autoproclamés», regrette le président du CFCM Anouar Kbibeche. Soucieux de rendre les prêches compatibles avec les valeurs de la République, l'État développe les diplômes universitaires (DU) de «formation civile et civique» permettant de réfléchir à la place de la religion dans une société laïque ou d'étudier le financement des lieux de culte. «Depuis 2014, le nombre de ces DU a déjà doublé, passant de six à treize», se félicite-t-on Place Beauvau. En septembre, un décret obligera tous les aumôniers travaillant en prison, à l'hôpital ou dans les armées à suivre cette formation. Il en est de même pour les 301 imams étrangers détachés de manière provisoire en France dans le cadre d'accords bilatéraux signés avec la Turquie, l'Algérie et le Maroc. De son côté, le CFCM anime depuis mai dernier un «conseil théologique» rassemblant toutes ses sensibilités pour rédiger un «référentiel commun de formation». Une «certification des imams» devrait voir le jour dès octobre prochain.

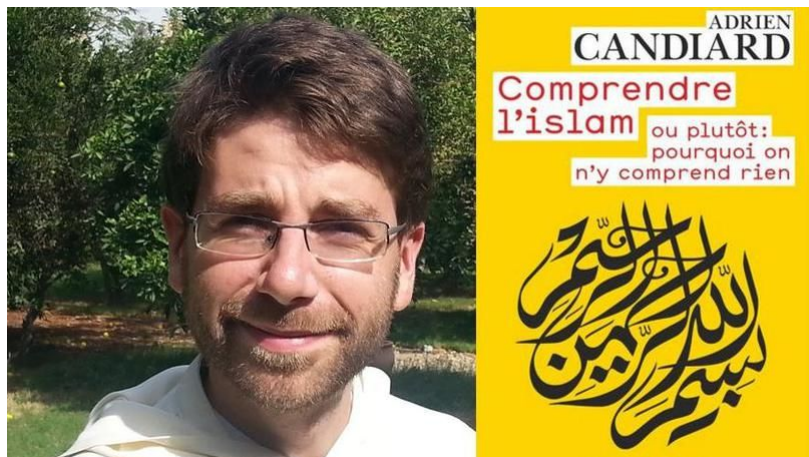
• **Les fermetures de mosquées et les expulsions**

Parmi la vingtaine de mosquées dissoutes annoncée lundi par Bernard Cazeneuve, celle de Lagny-sur-Marne, fermée en décembre 2015 en raison d'une «idéologie radicale provoquant au djihad», demeure la plus emblématique. Bénéficiant du régime extraordinairement protecteur de la loi 1901 sur les associations, les autres lieux de culte ciblés, essentiellement des salles de prières, ont fait l'objet de procédures très lourdes. Obligé de prouver que les responsables associatifs sont en infraction avec la loi (violences, apologie, exactions, entraînements paramilitaires...), le ministère de l'Intérieur doit ficeler un dossier transmis au Conseil d'État pour avis, entrer en procédure contradictoire avec l'association visée et enfin faire valider le décret final en Conseil des ministres. Un vrai parcours du combattant. Au final, 50 % des mosquées ont été fermées pour «troubles à l'ordre public» dans le cadre de l'état d'urgence et l'autre moitié, pour non-respect des règles concernant des bâtiments recevant du public. Pour les imams indésirables, dont 80 ont déjà été frappés par un arrêté expulsion, les droits au recours sont nombreux, en particulier s'ils sont mariés à une Française ou ont des enfants nés sur le territoire.

147,5

«Le salafisme fantasme l'islam originel contre la tradition musulmane»

Publiée 26/08/2016 à 15:18



- **FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - L'islamologue Adrien Candiard propose une analyse nuancée de la crise qui traverse le monde musulman. Selon lui, le monde sunnite est divisé entre une version à la fois moderne et intolérante de l'islam - le salafisme - à un islam traditionnel nettement plus à l'aise avec la diversité.**

Adrien Candiard, frère dominicain et membre de l'Institut dominicain d'études orientales (Le Caire), est islamologue. Il est notamment l'auteur de *En finir avec la tolérance? Différences religieuses et rêve andalou* (Paris, PUF, 2014) et *Comprendre l'islam. Ou plutôt: pourquoi on n'y comprend rien* (Paris, Flammarion, 2016).»

FIGAROVOX - L'irréductible diversité de l'islam sert souvent d'argument pour mettre hors de cause le fait religieux. «Ce n'est pas l'islam» est un leitmotiv qu'on entend à chaque fois qu'une action déplaisante est commise au nom de l'islam. D'autre part, on assiste à une réduction qui consiste à considérer l'islam comme intrinsèquement violent. Comment échapper à ce double écueil?

ADRIEN CANDIARD - En période troublée, on cherche des réponses simples. Il faut pourtant admettre que l'islam - religion qui a quatorze siècles d'histoire, sur des territoires immenses, et qui compte aujourd'hui plus d'un milliard de fidèles dans des cultures très différentes - est une réalité complexe. Complexe ne veut pas dire incompréhensible, mais impossible à réduire à des formules paresseuses: «L'islam, c'est la paix», «l'islam, c'est la violence»... Des formules qui n'aident pas à comprendre, parce qu'elles réduisent l'islam à une de ses dimensions, un de ses courants, voire une de ses caricatures. L'islam n'a pas un «vrai» visage: il en a plusieurs, et nous n'avons pas à choisir celui qui nous convient. Ne pas reconnaître cette diversité et disserter sur la nature de l'islam en général, c'est en fait se contenter de chercher la confirmation de ses propres aspirations, de ses arrière-pensées politiques ou de ses angoisses ; cela ne nous apprend rien sur l'islam.

Certains renvoient dos à dos la violence islamique et la violence d'autres religions. L'islam est-elle une religion spécifiquement violente? Cette violence est-elle à chercher dans le Coran, ou bien sa racine se trouve-t-elle ailleurs?

Chaque religion a ses propres défis par rapport à la violence. Dans le cas de l'islam, la difficulté tient d'abord à l'ambiguïté des sources à cet égard: on trouve, dans le Coran ou les hadiths, des appréciations très différentes de la violence - d'où d'ailleurs notre désarroi. Ces textes réclament donc une interprétation, et ils ont pu être, dans

la tradition musulmane, interprétés de manières très différentes. De plus, l'imaginaire lié à l'islam primitif n'est pas un imaginaire non-violent. L'islam offre une disponibilité à un usage violent. Cela ne fait pas de l'islam une religion violente par nature, car avec ces données, de très nombreux courants, nullement marginaux, ont pu et peuvent encore vivre un islam pacifique. Tout texte appelle une interprétation, spécialement un texte religieux, et même ceux qui prétendent qu'il ne faut pas interpréter ne font en fait pas autre chose ; or l'interprétation est un acte éthique, qui engage la responsabilité de l'interprète. Le croyant n'est pas seulement le jouet d'un texte ou d'une tradition ; la violence peut être favorisée par un contexte, mais elle est d'abord un choix.

Vous écrivez que le schéma occidental hérité des Lumières, qui oppose la modernité rationnelle à l'obscurantisme de la Tradition est inopérant en ce qui concerne l'islam. Pourquoi?

La crise que traverse aujourd'hui l'islam, dont nous subissons les conséquences, ne nous est pas opaque seulement parce que nous connaissons mal cette religion ; c'est aussi que nous appliquons spontanément une fausse grille de lecture. On demande un islam moderne, donc forcément ouvert, contre la tradition nécessairement obscurantiste, alors que le conflit de légitimité très violent auquel on assiste oppose justement une version à la fois moderne et intolérante de l'islam - le salafisme - à un islam traditionnel nettement plus à l'aise avec la diversité. Tous les terroristes d'aujourd'hui sont issus de cette réforme moderne de l'islam qu'est le salafisme.

Le conflit de légitimité très violent auquel on assiste oppose justement une version à la fois moderne et intolérante de l'islam — le salafisme — à un islam traditionnel nettement plus à l'aise avec la diversité.

Le salafisme, loin d'être un mouvement conservateur, est un mouvement rejetant toute la tradition islamique?

Le salafisme naît du constat que l'islam sunnite traditionnel, celui des califes et des sultans, des juristes et des théologiens, des philosophes et des soufis, a échoué face à l'Occident. Si ce dernier a pu imposer sa supériorité dans tant de domaines, c'est nécessairement que les musulmans ont été infidèles à la vraie religion. Le salafisme est donc une tentative de retour, contre des siècles de tradition, à une origine fantasmée et reconstruite. C'est un refus de l'islam des parents et des grands-parents, un refus de l'islam classique et de ses formes populaires, au nom d'un très hypothétique islam des premiers ancêtres. Dire que le salafisme exprime la vraie nature de l'islam, c'est donc affirmer que les musulmans ne l'ont pas comprise pendant treize siècles! C'est aussi tomber dans le panneau du discours salafiste, croire qu'il exprime réellement l'islam originel.

On emploie souvent le terme «islamisme» pour qualifier toute forme d'islam fondamentaliste. Ce terme vous paraît-il approprié? Quelle distinction apporteriez-vous?

On a forgé ce mot pour désigner des formes jugées extrémistes de l'islam, et la distinction entre islam et islamisme sert couramment — à juste titre — à éviter de faire porter le poids de la violence et du terrorisme à des millions de musulmans qui n'ont rien demandé. Toutefois, l'islamisme est un fantôme: personne ne s'en réclame. Ce qui existe, ce sont au moins deux types de mouvements très différents, que nous regroupons sous ce vocable alors qu'ils n'ont rien de commun. Il y a d'une part l'islam politique, représenté en particulier par les Frères musulmans, dont le but est de prendre le pouvoir pour appliquer dans un cadre politique moderne les normes d'une morale religieuse rigoureuse. D'autre part, le salafisme, qui n'est pas d'abord politique, entend créer une société différente, une contre-société dont le modèle est la communauté musulmane primitive de Médine. Ces mouvements n'ont ni les mêmes buts, ni les mêmes cadres de pensée, et ils ne touchent pas les mêmes personnes.

Une chose qui effraie dans l'islam est l'absence supposée de distinction entre religieux et politique. Est-ce une réalité dans l'islam historique? L'islam peut-il s'accommoder de cette distinction essentielle à la démocratie?

Cette impossibilité, en islam, de distinguer religion et politique est une aberration au regard de l'histoire, qui s'explique par l'adoption — parfois par des gens qui ne le soupçonnent pas — des thèses des salafistes, avec leur mépris souverain pour l'histoire. Les grands empires musulmans ont tous été traversés par cette distinction effective: le calife, figure censée incarner les deux dimensions, a été la plus grande partie du temps privé et du pouvoir politique, au profit de militaires (sultans, émirs...), et du pouvoir religieux, au profit du corps des ulémas. Avec la chute de l'Empire ottoman, après la Première Guerre mondiale, devant l'effondrement des cadres traditionnels, de nombreux musulmans entendent repenser le rapport du religieux et du politique. C'est le moment où se créent les Frères musulmans, en Égypte en 1928 ; c'est le moment où se structure la pensée salafiste ; c'est aussi le moment où un sheykh d'al-Azhar, Ali Abderraziq, qui n'a rien d'un admirateur de l'Occident, publie en 1925 un petit livre (*L'islam et les fondements du pouvoir*) où il exprime sa conviction, argumentée en théologie musulmane, que la révélation coranique ne dit strictement rien de l'organisation politique. Les débats du monde arabo-musulman sur la démocratie naissent dans cette période d'effervescence

intellectuelle, où l'islam sert de référence à des positions bien différentes. Nous n'en sommes, à bien des égards, pas encore sortis. Pour comprendre les difficultés de la démocratie dans le monde arabe en particulier, il faut ajouter l'héritage complexe des colonisations, les illusions du nationalisme militaire et du socialisme tiers-mondiste, le retard de développement... La théologie n'est donc pas absente dans ces difficultés, mais en faire porter le poids à un islam intemporel, essentiel, c'est faire preuve à la fois d'amnésie historique et de naïveté.

Enfin, au-delà même de la violence religieuse, c'est la question des mœurs qui semble poser problème. La question de l'égalité hommes/femmes, à ce titre est cruciale. Y a-t-il une incompatibilité entre cette vision islamique du rapport homme/femme et la vision chrétienne, devenue occidentale?

Religion et culture s'influencent réciproquement, mais la culture n'est pas l'application d'une théologie.

Identifier par exemple, sur l'égalité entre les hommes et les femmes, la vision chrétienne et la vision occidentale semble un peu rapide: qu'on trouve à l'extraordinaire bouleversement du statut de la femme en Occident depuis un siècle des racines théologiques chrétiennes est vraisemblable (l'égalité étant par exemple affirmée dès les lettres de Paul), mais de là à canoniser la libération sexuelle ou la contraception, qui font partie aujourd'hui du modèle occidental, il y a un grand pas! La théologie influence la société, mais elle s'adapte aussi à elle. Ainsi, quand on se demande par exemple si le voile islamique est vraiment une prescription du Coran, la réponse est non ; non parce que le Coran serait plus libéral, mais au contraire parce qu'apparemment, il vient d'un monde où les femmes ne doivent même pas sortir de chez elles. Le voile est donc une adaptation bien plus tardive, un moyen pour les femmes de sortir, de participer à la vie publique, tout en restant symboliquement à distance. On peut juger cette évolution insuffisante ou dérisoire, mais non pas la nier: l'islam ne présente pas un modèle éternel que l'histoire n'influencerait pas. Et surtout, ces questions demandent de faire la part des traditions culturelles, très diverses d'un pays musulman à un autre, de l'héritage familial, des pressions contradictoires, des hormones... La théologie n'est pas tout!

«L'urgence est à la théologie, une théologie capable de proposer un islam apaisé avec sa tradition comme avec les questions du temps présent ; un islam dont il n'est pas possible, à l'avance, de décrire les contours.», écrivez-vous pourtant. Pourquoi la théologie vous semble-t-elle importante dans le cadre d'une réforme de l'islam? Est-ce à dire que le clergé musulman a un rôle primordial dans l'apaisement de l'islam?

La théologie n'explique pas tout, mais nous avons tous — musulmans, chrétiens, agnostiques, athées — un besoin urgent de théologie. Pas de catéchisme, mais de théologie, cette appréhension rationnelle et académique des contenus de la foi, que la France a exclue de l'Université à la fin du XIXe siècle. Cette exception française explique en partie notre désarroi, croyants ou non croyants, devant les phénomènes religieux, que nous ne sommes pas armés pour comprendre ; plus dramatiquement, cela rend aussi les jeunes plus manipulables par des discours religieux aberrants. Une religion n'est pas seulement un folklore et des traditions. Si l'on s'en tient là, la religion n'est plus qu'une question d'identité, et toute discussion devient impossible: au mieux, on se tolère, et au pire on se combat. Une religion, ce sont aussi des convictions, des opinions, des idées. Il n'y a pas seulement un fait religieux, mais également une pensée religieuse, des pensées religieuses. Il y a urgence à replacer le débat à ce niveau: celui de la discussion rationnelle. On ne résoudra pas la crise que traverse l'islam sunnite à la place des musulmans, ni en leur dictant ce qu'ils doivent croire. Mais on peut les aider en plaçant le débat au bon niveau, plutôt que par des polémiques estivales dérisoires.

Den Zugang zum Sozialsystem bremsen

Die EU sollte die Brexit-Entscheidung nicht reflexartig mit mehr Integration beantworten, denn das könnte die Fliehkräfte stärken. Reformideen aus dem Sachverständigenrat.

29.08.2016, von LARS FELD, CHRISTOPH SCHMIDT, ISABEL SCHNABEL UND VOLKER WIELAND

Die Brexit-Entscheidung der Briten hat die Diskussion über die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses abermals angefacht. Während sich Euroskeptiker und populistische Bewegungen in anderen Mitgliedstaaten in ihren Zweifeln an Europa bestärkt fühlen, fordern Euromantiker eine verstärkte Integration. Sie wollen die Europäische Union bei deutlich gestärkten Kompetenzen des Europäischen Parlaments zu einem echten Bundesstaat umbauen – mit der Europäischen Kommission als Europa-Regierung. Kaum weniger ehrgeizig sind Forderungen nach fiskalpolitischer Integration mit einem europäischen Finanzminister. Soll dieser über eine nennenswerte fiskalische Verantwortung verfügen und die nationalen Haushaltspolitiken überwachen, stellt sich die Frage, wie das demokratische Grundprinzip „No taxation without representation“ gewahrt bleibt.

Die Einschätzung, diese beiden Extreme würden sich gegenseitig neutralisieren, so dass es sich in der Mitte bequem einrichten ließe, wäre äußerst trügerisch. Die den europäischen Institutionen innewohnende Tendenz, sich fortwährend mehr Kompetenzen anzueignen, wird durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zusätzlich befördert. Es besteht daher die Gefahr übereilter Integrationsschritte, wodurch national orientierte Bewegungen in den Mitgliedstaaten noch deutlich gestärkt werden könnten. Daraus könnte eine weitere, dem Brexit ähnliche Desintegration in Europa entstehen. Die Euromantiker hätten der europäischen Integration letztlich einen Bärendienst erwiesen. Die EU sollte die Brexit-Entscheidung daher nicht reflexartig mit mehr Integration beantworten. Mehr Integration sollte es nur dort geben, wo es einen europäischen Mehrwert durch mehr Integration gibt. Wo aber findet sich dieser Mehrwert?

Vier Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarkts

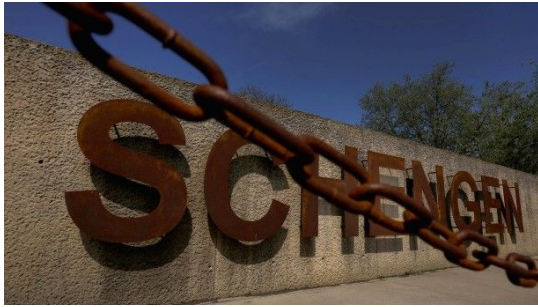
Der Europäische Binnenmarkt ist durch vier Grundfreiheiten – freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr, freier Kapitalverkehr und Freizügigkeit – konstituiert. Seit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1988 ist die EU auf dem Weg zur Vollendung des Binnenmarkts weit vorangekommen. Sie hat dadurch zum Wohlstand der Mitgliedstaaten beigetragen. Die EU tut nicht nur deshalb gut daran, die vier Grundfreiheiten nicht in Frage zu stellen. Sie sind darüber hinaus wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Europäischen Währungsunion.


Wenn der Wechselkursmechanismus aufgrund der gemeinsamen europäischen Geldpolitik als Anpassungskanal entfällt, bleiben drei mögliche Mechanismen zur Anpassung an wirtschaftliche Schocks: erstens Preis- und Lohnflexibilität, zweitens Kapitalflüsse und Arbeitskräftemigration im Euroraum sowie drittens ein Finanzausgleich zwischen den Mitgliedstaaten. Sofern Preise und Löhne nicht vollständig flexibel sind und eine Transferunion den Mitgliedstaaten nicht erstrebenswert erscheint, sind Freizügigkeit und freier Kapitalverkehr wesentlich für die Anpassungsfähigkeit der Mitgliedstaaten des Euroraums. Der Erhalt des Schengener Abkommens, das die Freizügigkeit der EU-Bürger ermöglicht, ist somit eng mit der Funktionsfähigkeit der Währungsunion verbunden.

Freizügigkeit kennt Grenzen

Die vier Grundfreiheiten gilt es daher zu verteidigen. Für das Vereinigte Königreich, aber ebenso für die Schweiz, die sich als Nicht-EU-Mitglied vor ähnliche Schwierigkeiten gestellt sieht, bedeutet dies, dass ohne

Freizügigkeit kein freier Zugang zum Binnenmarkt gewährt werden kann. Dies trifft für den EU-Pass für britische Banken genauso zu wie für die bilateralen Verträge mit der Schweiz.



© GETTY  Wichtige Freizügigkeit: Das Schengener Abkommen ist eng mit der Funktionsfähigkeit der Währungsunion verbunden.

Freizügigkeit bedeutet jedoch nicht zwingend einen vollen Zugang zu den Sozialsystemen. Lediglich die Arbeitskräftemobilität soll gesichert werden. Eine verzögerte Integration in die Sozialsysteme, die einen Rechtsanspruch auf Sozialleistungen erst nach einer gewissen Aufenthaltszeit oder dem Nachweis einer Mindestperiode der Beschäftigung im betroffenen Mitgliedstaat gewährleistet, ist sinnvoll und verletzt die Freizügigkeit nicht.

Der für die Wirtschaft in Europa so wichtige Binnenmarkt erleichtert aber zugleich grenzüberschreitende kriminelle Aktivitäten. Dies äußerte sich zuletzt vor allem in Form von Terroranschlägen in Frankreich und Belgien. Zudem werden die seit 2007 ansteigenden Wohnungseinbrüche in Deutschland verstärkt auf grenzüberschreitend handelnde Banden zurückgeführt. Die Intensität grenzüberschreitender Kriminalität spricht dafür, dass der EU in der öffentlichen Sicherheit eine größere Kompetenz zukommen sollte, die über die bisherigen, eher koordinierenden und kooperierenden Elemente hinausgeht. Zwar besteht mit Europol eine europäische Polizeibehörde. Ihre Befugnisse sind jedoch eng: Sie darf nur auf Anfrage aus den Mitgliedstaaten und ohne Kompetenz zur Ausübung von Zwangsmaßnahmen tätig werden. Daher liefert Europol den nationalen Ermittlungsbehörden vor allem weiter reichende Informationen und stellt grenzüberschreitend Zusammenhänge her, die für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und Terrorismus essentiell sind.

Sicherung der EU-Außengrenzen

Ähnlich verhält es sich mit der Sicherung der Außengrenzen der EU. Die Flüchtlingskrise verdeutlicht, dass der Schutz des Schengen-Raums eine Frage der öffentlichen Sicherheit und nicht nur der Bewältigung einer humanitären Aufgabe ist. Seit 2005 hat die EU mit Frontex eine Agentur zur Kontrolle der EU-Außengrenzen. Bis vor kurzem operierte Frontex wie Europol nur auf Anfrage der nationalen Behörden. Die EU hat dies erst kürzlich geändert und erlaubt Frontex nun, unter bestimmten – restriktiven – Voraussetzungen selbst aktiv zu werden. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EU im Bereich der öffentlichen Sicherheit deutlich mehr erreichen muss. Hier wäre mehr Integration richtig.

Trotz der enormen Fortschritte der Vergangenheit ist der Binnenmarkt noch lange nicht vollendet. So bestehen nach wie vor erhebliche Hemmnisse im Dienstleistungsverkehr. Sie betreffen nicht nur das Handwerk oder die freien Berufe, sondern auch die Finanzdienstleister. Die Initiative der EU-Kommission zur Schaffung einer europäischen Kapitalmarktunion zielt daher zu Recht auf eine Stärkung des Binnenmarkts im Kapitalverkehr.

Kritik an Auslegung der Binnenmarktkompetenz

Gleichwohl entzündet sich erhebliche Kritik an der Auslegung der Binnenmarktkompetenz durch die Kommission. Sie nutzt diese zur weitreichenden Harmonisierung in einer Vielzahl von Politikfeldern und zieht damit Zuständigkeiten an sich. Ein prominentes Beispiel ist der Versuch der Kommission, eine gemeinsame europäische Einlagensicherung über die Binnenmarktkompetenz und daher mit qualifizierter Mehrheit statt mit Einstimmigkeit durchzusetzen – gegen den deutschen Widerstand. Dies konnte vorerst abgewendet werden. Hinzu kommt, dass nationale Interessengruppen, von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften bis hin zu

Umweltlobbys, den Weg über die EU wählen, um nationale Widerstände gegen Partikularinteressen zu umgehen.



Bankenaufsicht mit einer stärkeren demokratischen und rechtsstaatlichen Absicherung.



Alternative: Besser als die Europäische Zentralbank wäre eine eigenständige europäische Behörde für die

Eine schleichende Aneignung von Zuständigkeiten durch die EU muss unterbunden werden. Das europäische Entscheidungsgefüge ist jedoch nicht in der Lage, diese Aufgabe zu meistern. Weder Kommission noch Parlament haben ein Interesse daran. Der Europäische Rat reicht als Kontrollinstanz nicht aus, wenn die Kommission, wie bei der Einlagensicherung, sogar so weit zu gehen bereit ist, dass sie einen mit Einstimmigkeit zu entscheidenden Politikbereich unter die Binnenmarktkompetenz zu ziehen versucht, um sich über die Widerstände eines Mitgliedstaates hinwegzusetzen. Der Europäische Gerichtshof erwies sich bislang als wenig hilfreich, wenn es um die Abwehr einer solchen Kompetenzaneignung ging. Allenfalls das Bundesverfassungsgericht hegt diese Zentralisierungstendenzen durch seine Rechtsprechung ein.

Subsidiaritätsgerichte

Möglicherweise könnte eine Instanz im Sinne eines Subsidiaritätsgerichts geschaffen werden, die eine Klagemöglichkeit gegen Kompetenzverlagerungen eröffnet. Jedenfalls sollte die Brexit-Entscheidung der Briten zum Anlass genommen werden, das Kompetenzgefüge zu überprüfen und Regulierungsbereiche an die Mitgliedstaaten zurückzugeben, in denen die Europapolitik nicht zuständig sein sollte.

Die Aneignung von Kompetenzen durch die EU beschreibt nur einen Teilaspekt der europäischen Dynamik. Nicht zuletzt in der Euro-Krise sind Brüssel Kompetenzen zugewachsen, die sich europarechtlich nur mit Mühe absichern ließen. Dies gilt vor allem für die Bankenunion. Um die europäische Bankenaufsicht ohne Vertragsänderung zu verankern, wurde sie bei der Europäischen Zentralbank (EZB) angesiedelt. Besser wäre eine eigenständige europäische Behörde für die Bankenaufsicht mit einer stärkeren demokratischen und rechtsstaatlichen Absicherung als den Entscheidungen der EZB.

Die weitreichende Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank lässt sich aufgrund ihrer Festlegung auf das Ziel der Preisstabilität rechtfertigen. Alle anderen Ziele sind untergeordnet. Mit der Beaufsichtigung der Banken gerät sie in einen potentiellen Zielkonflikt zwischen Preis- und Finanzmarktstabilität. So steht zu befürchten, dass ein Ausstieg aus der lockeren Geldpolitik verzögert wird, weil dieser die Stabilität der Banken bedrohen würde.

Bankenaufsicht und Bankenabwicklung sinnvoll

Gleichwohl ist die Ansiedlung von Bankenaufsicht und Bankenabwicklung auf europäischer Ebene in der Währungsunion sinnvoll. In der Finanz- und Schuldenkrise hat sich gezeigt, dass das vorherige Regelwerk unzureichend war. Das Verbot der monetären Staatsfinanzierung und die Nichtbeistandsklausel sollten sicherstellen, dass ein Mitgliedstaat für seine Haushaltspolitik verantwortlich bleibt. In letzter Konsequenz kann dies die Restrukturierung staatlicher Schulden und eine Gläubigerbeteiligung notwendig machen. Die Bankenunion zielt darauf ab, den Verbund von Banken und Staaten zu lockern. Unter dem neuen Abwicklungsregime für Banken sollen Staaten nicht länger für die Rettung von Banken aufkommen müssen. Darüber hinaus ist ein Abbau der regulatorischen Privilegierung staatlicher Schulden erforderlich. Dazu

müssten auch für staatliche Schuldner Großkreditvorschriften Anwendung finden. Zudem müssten die Banken die von ihnen finanzierten Staatsschulden risikogerecht mit Eigenkapital unterlegen.



Zahlungsproblemen.

© DPA  Fatale Solvenzkrise: Schwächen hat der Europäische Stabilitätsmechanismus im Falle von dauerhaften

Im Grundsatz kaum zu beanstanden ist der für die Bewältigung von Liquiditätskrisen eingerichtete Rettungsfonds ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus). Die Bereitstellung von Liquidität zur Überbrückung von Finanzierungsengpässen ist solange nicht problematisch, so lange ein Staat nur mit vorübergehenden Zahlungsschwierigkeiten zu kämpfen hat. Dabei ist das Prinzip „Kredit gegen Auflagen zur wirtschaftlichen Anpassung“ bewährt und stellt den Gleichklang von Haftung und Kontrolle her. Schwächen hat der ESM allerdings im Falle von dauerhaften Zahlungsproblemen, also einer Solvenzkrise – und zwar vor allem, weil die Beteiligung der privaten Gläubiger an der Restrukturierung staatlicher Schulden nicht eindeutig geregelt ist.

ESM-Programm

Der Sachverständigenrat schlägt daher einen effizienteren Mechanismus vor. Er empfiehlt eine Umschuldung unter den Auflagen eines ESM-Programms. Diese Auflagen zur Reform der Wirtschaftspolitik schützen die Gläubiger davor, dass ein Staat sich auf ihre Kosten leichtfertig seiner Schulden entledigt. Wie bisher sollten Klauseln in die vertraglichen Bedingungen der Staatsanleihen aufgenommen werden, die deren Restrukturierung ermöglichen. Allerdings erleichtern die vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen Klauseln zur Beteiligung privater Gläubiger (Creditor Participation Clauses, CPC) eine Restrukturierung, weil die Zustimmung dazu nicht mehr von allen Gläubigern eingeholt werden muss. Die Aggregation der Stimmen erfolgt über alle Staatsanleihen und Kredite an staatliche Schuldner so, dass die Blockade durch einige weniger Gläubiger nicht mehr möglich ist.

Gerät ein Mitgliedstaat in finanzielle Schwierigkeiten, ist zu Beginn unklar, ob es sich um ein Liquiditäts- oder Solvenzproblem handelt. Mit dem von uns vorgeschlagenen Mechanismus wird ein zweistufiges Verfahren eingerichtet, das der ESM nach einer Tragfähigkeitsanalyse der öffentlichen Finanzen eines Mitgliedstaates auslöst. Auf der ersten Stufe werden die Laufzeiten von Staatsanleihen verlängert, wenn erstens die Schulden mit CPC 60 bis 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder zweitens das Refinanzierungsvolumen 15 bis 20 Prozent des BIP überschreitet oder drittens wenn ein Mitgliedstaat mehr als zwei- bis dreimal in den fünf Jahren zuvor den Stabilitäts- und Wachstumspakt verletzt hat. Auf der zweiten Stufe entscheidet der ESM nach eingehender Analyse der Finanzlage eines Mitgliedstaates über die Notwendigkeit einer Restrukturierung und über deren Ausmaß.

Wiederherstellung einer glaubwürdigen Nichtbeistandsklausel

Dieser Mechanismus ließe sich ohne vorherige Senkung der Schuldenstände der Mitgliedstaaten allmählich einrichten, indem bestehende Staatsanleihen und Kredite bei Fälligkeit durch eine neue Klasse von Schulden mit CPC ersetzt werden. Nach Berechnungen des Sachverständigenrates würde die Einführung bei einem Ersatz aller fälligen Staatsschulden bei einigen Mitgliedstaaten frühestens nach etwa fünf Jahren zu einer von CPC erfassten Schuldenquote zwischen 60 und 90 Prozent führen. Je nach Annahme würde dies im Falle Italiens im Zeitraum 2021 bis 2032 eintreten. Wenn nur die Nettoverschuldung mit neuen, mit CPC versehenen

Staatsanleihen refinanziert würde, ließe sich die Einführung des Restrukturierungsmechanismus zeitlich weiter strecken.



© REUTERS  Neuer Kurs: Die Reformen sollen Euroskepsis und Nationalismus entgegenwirken.

Die Einführung eines solchen Restrukturierungsmechanismus wäre wesentlich zur Wiederherstellung einer glaubwürdigen Nichtbeistandsklausel. Zusammen mit der Bankenunion und der Abschaffung der Privilegien für Staatsschulden würde damit der Einklang von Haftung und Kontrolle im Euroraum sichergestellt.

Hingegen würde die Schaffung einer fiskalischen Verantwortung auf EU-Ebene gegen das Haftungsprinzip verstoßen, wenn damit nicht weitreichende Eingriffsrechte in die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten verbunden wären. Derzeit werden verschiedene Vorschläge diskutiert. Sie reichen von einem neuen Fonds, welcher der Kommission die Abfederung asymmetrischer Schocks ermöglicht, bis hin zu einer europäischen Arbeitslosenversicherung, die auf die Abmilderung der Folgen von Arbeitslosigkeit abzielt.

Euroskepsis und Nationalismus

Allen diesen Vorschlägen ist gemein, dass sie letztlich zu Transferzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten führen: zu einem vertikalen Finanzausgleich mit horizontaler Ausgleichswirkung. Zahlungen aus solchen Töpfen sind abhängig von der nationalen Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, so dass klassische Anreizprobleme entstehen. So könnte ein Mitgliedsland beispielsweise Arbeitsmarktreformen unterlassen, die zu einer höheren Lohnflexibilität führen, weil die EU letztlich finanziell einspringt. Dies lässt sich nur mit weitgehenden Eingriffsrechten der EU verhindern, die bis zur verwaltungstechnischen Umsetzung auf der lokalen Ebene reichen müssten.

Eine fiskalische Kompetenz auf EU-Ebene bringt somit vielfältige Verteilungskonflikte mit sich. Die bestehenden nationalistischen Bewegungen in den Mitgliedstaaten bis hin zur Brexit-Entscheidung verdeutlichen, dass die Bereitschaft zur Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten derzeit gering ist und den Schritt in eine Transferunion keineswegs rechtfertigt. Nicht nur die genannten Umsetzungsprobleme, vor allem die potentiellen Verteilungskonflikte sprechen gegen eine fiskalpolitische Kompetenz für die EU.

Insbesondere für die Euro-Währungsunion bedeutet dies, dass nationale Autonomie und Verantwortlichkeit in der Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zentral für ihre Funktionsfähigkeit sind. Denn die Integration muss zwar in den Bereichen vorangetrieben werden, in denen Probleme besser auf der europäischen Ebene gelöst werden können, wie in der Außen- und Sicherheitspolitik. Aber die Mobilität von Kapital und Arbeitskräften sowie die Flexibilität von Löhnen und Preisen sind unverzichtbar, um den Ausgleich von Schocks im Euroraum sicherstellen. Die Forderung, diese Flexibilität durch supranationale Harmonisierung zu beschränken und auf eine Transferunion hinzuwirken, ist der europäischen Idee nicht zuträglich, ganz im Gegenteil. So würden Euroskepsis und Nationalismus nur weiter beflügelt.

Die Autoren

Lars P. Feld ist Professor für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Universität Freiburg und Direktor des Eucken-Instituts. Als Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist er, wie die anderen Autoren dieser Seite, einer der fünf „Wirtschaftsweisen“. Im Auftrag der Regierung erstellen sie jährlich eine kritische Analyse der Wirtschaftspolitik.

Isabel Schnabel ist Professorin für Finanzmarktökonomie an der Universität Bonn. Im Sachverständigenrat sind ihre Qualifikationen derzeit besonders gefragt, da als Folge der Finanzkrise umfangreiche politische Reparaturarbeiten am Bankensystem im Gange sind. Hier ist der Beratungsbedarf groß, denn die Kunst liegt darin, die Banken sicherer zu machen, ohne ihr Geschäft zu zerstören.

Volker Wieland ist Professor für Monetäre Ökonomie an der Goethe-Universität Frankfurt. Der international renommierte Makroökonom kennt sich mit Geldpolitik bestens aus und meldet sich oft kritisch zur Europäischen Zentralbank zu Wort. Im Sachverständigenrat wird er dafür sorgen, dass das neue Jahregutachten im November zur Negativzinspolitik spannende Lektüre bietet.

Christoph M. Schmidt ist Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Professor für Wirtschaftspolitik und Angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Universität Bochum. Schmidt leitet den Sachverständigenrat. Wie die anderen Mitglieder des Rats unterliegt er während der Vorbereitung des Jahregutachtens demnächst wieder einer längeren Schweigeperiode.

Quelle: F.A.Z

Quel rôle pour la France dans les grandes crises diplomatiques ?

La conférence des ambassadeurs s'ouvre aujourd'hui à Paris. Elle est placée cette année sous le signe de l'Europe et de la sécurité.



La France réussira-t-elle à maintenir son rang ?

Des élections en France, en Allemagne et aux États-Unis : c'est une rentrée très particulière pour l'Hexagone et ses alliés. Très affaibli politiquement, incapable d'enrayer la crise économique, François Hollande, qui vit sans doute ses derniers mois à l'Élysée, aura bien du mal à faire entendre sa voix sur la scène internationale. Échec à l'intérieur, bilan respectable à l'extérieur : le mandat de François Hollande semble être l'inverse de celui de Barack Obama. Du Mali à l'Ukraine en passant par l'Iran et la République centrafricaine, le président français a su maintenir le rang de la France. « *Le sens de la manoeuvre et du compromis qui le caractérise, s'il s'est révélé catastrophique en politique intérieure, a fait merveille en politique extérieure* », commente un diplomate. Mais dans un monde qui bouge à toute vitesse, dont les plaques tectoniques se déplacent et dont les alliances changent au gré des crises, le président français manque de force et de moyens pour relancer l'Europe et jouer un rôle déterminant dans les guerres qui déchirent le Moyen-Orient ou l'ancien espace soviétique. La quasi-disparition de la diplomatie britannique depuis le Brexit et la mise entre parenthèses de la politique étrangère américaine pour cause de campagne électorale ne facilitent pas la tâche de l'Élysée. Mais la tendance était déjà à l'oeuvre depuis plusieurs années. Alors que les rapports entre États se recomposent, que le monde occidental n'a plus le monopole de la puissance, le rôle de la France s'estompe. Son siège de membre permanent au Conseil de sécurité de l'ONU et la qualité de ses armées lui permettent de jouer encore parmi les grands. « *Mais pour conserver cette place, la France est obligée de prendre de plus en plus de risques, de s'exposer davantage, de faire des efforts de plus en plus lourds* », reconnaît un haut diplomate. Il poursuit : « *Là où d'autres n'utilisent que 60 ou 70 % de leurs muscles, la France fait travailler 95 % des siens pour demeurer l'un des acteurs du monde.* » Les mois qui viennent ne feront que confirmer cette tendance.

2. Quelle influence en Syrie ?

En août 2013, lorsqu'elle était prête à bombarder le régime de Damas, qui venait de franchir la ligne rouge sur les armes chimiques, la France était un acteur dans la crise syrienne. Son culot, son enthousiasme - ou son inconscience, diront certains - lui garantissaient un certain prestige auprès de ses alliés, arabes notamment, dans la région. Elle a depuis progressivement été mise à l'écart du dossier par les développements militaires et géopolitiques. Aujourd'hui, Paris persiste et signe : « *La position initiale de la France (ni Bachar ni Daech) était juste.* » « *Si Bachar el-Assad avait pu représenter un pôle de stabilité pour la Syrie, nous aurions changé d'avis. Mais ce n'est pas le cas. Plus il restera au pouvoir, plus le chaos s'aggravera en Syrie* », affirme

un diplomate. Et si la politique de la France est « *inefficace* », c'est qu' « *elle dépend des autres* ». De la Russie, qui, en intervenant militairement, a sauvé le régime de Damas, de l'Iran, qui l'a consolidé, de la Turquie, qui joue sa propre partition en envoyant ses chars en Syrie. « *Une multitude de faux acteurs qui sont bien incapables d'apaiser la situation* », commente un haut diplomate. Mais qui font pour l'instant la loi sur le terrain, notamment parce qu'ils y sont présents au sol. Depuis le début du conflit, Paris soutient « *l'opposition modérée* » au régime de Bachar el-Assad. Les diplomates veulent encore s'accrocher à cette « *petite lumière ballottée par le vent* », seule force compatible avec les valeurs et les principes d'une démocratie comme la France. Mais après cinq ans de guerre, force est de constater que cette opposition modérée n'existe plus et que les insurgés ont pour la plupart basculé dans les courants les plus vifs de l'insurrection, islamistes ou djihadistes. Face à cette nouvelle réalité qui voit Fatah al-Cham, l'ancien Front al-Nosra, la branche syrienne d'al-Qaïda, mener l'insurrection face au régime à Alep aux côtés de groupes alliés de l'Occident, Paris est embarrassé. Persuadée que la transition politique, même si elle devient de plus en plus difficile à préparer, est la solution incontournable à la guerre, la France, qui à l'instar de ses partenaires européens et américains n'envisage pas d'envoyer des troupes au sol, attend que le moment soit favorable à cette nouvelle étape. Elle entend d'ici là utiliser « *tous les leviers dont elle dispose* » pour porter le débat au Conseil de sécurité de l'ONU et pour faire pression sur les différents acteurs.

3. Comment gérer la Russie ?

Avec Angela Merkel, François Hollande fut à l'initiative du « format Normandie », qui accoucha du protocole de Minsk. Le processus qui devait permettre de mettre fin au conflit entre la Russie et l'Ukraine est depuis dans l'impasse. Les accords de Minsk sont régulièrement violés par les forces prorusses. Mais Paris reproche aussi au gouvernement ukrainien son « *manque d'appétence à mettre en place des réformes ambitieuses* ». Vu de Paris, le protocole de Minsk demeure cependant « *le seul cadre concret* » permettant à la communauté internationale d'agir sur le conflit russo-ukrainien. Vis-à-vis de Moscou, la France poursuit toujours la même politique, un mélange de « *dialogue et de fermeté* ». Elle est attentive à la montée des tensions estivales à la frontière ukrainienne, mais considère, à l'instar de la plupart des capitales occidentales, que la Crimée, annexée par Vladimir Poutine en mars 2014, pourrait bien être une cause perdue pour le gouvernement ukrainien. La question du renouvellement des sanctions contre la Russie se posera dès l'automne. Paris a les yeux rivés sur l'Italie, le maillon faible de l'Union européenne, qui pourrait un jour empêcher la reconduction de l'embargo. Sur ce dossier comme sur d'autres, l'effacement ponctuel de la diplomatie américaine pendant la campagne électorale bloque les efforts de la communauté internationale, et donc de ceux de la France. « *Tout le monde attend les nouveaux Américains* », commente un haut diplomate.

4. Quel meilleur candidat américain pour la France ?

La France, qui fut sans doute le plus « obamaniaque » de tous les pays européens, conserve aujourd'hui une « fascination » pour le premier président noir des États-Unis, intellectuel et charismatique. Mais, sur le fond, Barack Obama ne manquera pas à la diplomatie française. En pointe sur les dossiers du nucléaire iranien et de la crise syrienne, la France s'est vue deux fois freinée dans ses initiatives par la Maison-Blanche. La première fois, à Genève, Barack Obama avait tenté d'assouplir l'accord que s'apprêtaient à conclure les grandes puissances avec Téhéran et qui visait à empêcher l'Iran d'accéder au statut nucléaire. La seconde fois, en août 2013, il a noyé les projets d'intervention militaire de Paris contre le régime syrien en reculant au dernier moment. François Hollande, qui se dit aujourd'hui encore persuadé que l'issue de la guerre en Syrie aurait pu être différente si les États-Unis n'avaient pas fait volte-face, lui en a toujours voulu. Au-delà de la frilosité de l'Administration américaine en Syrie, Paris s'est senti mal à l'aise face au désintérêt relatif que porte Barack Obama à l'Europe et, face à son pivot vers l'Asie, la bascule stratégique progressivement effectuée par la Maison-Blanche. Pour Paris, bien sûr, l'élection de Donald Trump serait pire. Bien pire. La récente chute du candidat républicain dans les sondages a rassuré l'Élysée. Pour un temps, en tout cas... « *Car dans ce monde ébranlé, l'avantage va aux populistes* », rappelle un diplomate. Paris ne pourrait rêver mieux que Hillary Clinton à la Maison-Blanche. Plus interventionniste que Barack Obama, plus liée à

l'Europe aussi, elle fait figure, face à Trump, de « *candidate normale et prévisible* ». En attendant, Paris, comme tous les pays européens, vit dans l'attente, subissant la paralysie provoquée par la campagne américaine sur la plupart des grands dossiers, de la Syrie à l'Ukraine. « *Espérons que personne ne tente d'en profiter* », commente un diplomate.

5. Quelle Europe après le Brexit ?

C'est la question à laquelle personne n'a encore réussi à répondre. Elle empoisonnera à coup sûr l'agenda français pendant de longs mois. Depuis le Brexit, les deux leaders de l'Europe, Allemagne et France, sont en désaccord sur la manière de rebondir. Fragilisée par la crise des migrants mais solidement assise sur sa puissance économique, la chancelière allemande considère ses deux principaux partenaires, la France et l'Italie, comme des planches instables sur lesquelles il serait dangereux de se reposer. Les deux pays sont des habitués de la croissance zéro. François Hollande aura sans doute quitté la scène politique dans moins d'un an. Quant à Matteo Renzi, il peut lui aussi trébucher dès l'automne s'il perd son référendum sur la Constitution. Dans l'affaire du Brexit, Paris veut aller vite. « *Les Britanniques ont fait un choix. Ils ne peuvent pas avoir le beurre et l'argent du beurre. Nous devons éviter de laisser penser aux autres pays de l'Union que sortir, c'est mieux que rester* », explique un diplomate. Mais les suggestions faites par Paris d'une Europe à géométrie variable sont mal reçues à Berlin, où Angela Merkel veut avant tout éviter toute modification des traités. Les mois qui viennent seront aussi tournés vers l'évolution de la Turquie. Alors qu'Ankara menace de remettre en cause l'accord conclu en mars pour tarir le flot de migrants vers l'Union, les pays européens réfléchissent ensemble à d'autres solutions. Cette question sera, avec celle du terrorisme, l'une des priorités de la diplomatie française dans les mois qui viennent.

Burkini : une victoire de l'Etat de droit

LE MONDE | 27.08.2016 à 10h34 • Mis à jour le 27.08.2016 à 13h49

Editorial. Au bout du compte, et comme il se doit en démocratie, c'est la force du droit qui l'a emporté. Au terme de plusieurs semaines d'une controverse envahissante qui a parfois frisé l'hystérie, le Conseil d'Etat a rendu, vendredi 26 août, une décision qui, par sa sagesse et son argumentation juridique, replace la sulfureuse affaire du « burkini » dans l'espace qu'elle n'aurait jamais dû quitter : celui du droit.

C'est le droit qui régit l'exercice de la liberté et de la laïcité. La plus haute juridiction administrative française s'est donc attachée à l'examen de ces règles et à leur application dans le contexte du port du burkini, vêtement d'inspiration religieuse et musulmane, sur des plages publiques françaises à un moment de menace terroriste élevée et alors que le traumatisme de l'attentat islamiste de Nice, qui a provoqué la mort de 86 personnes le 14 juillet, est encore très vif.

Selon les juges du Conseil d'Etat, les risques de trouble à l'ordre public invoqués par la municipalité de Villeneuve-Loubet pour justifier son arrêté d'interdiction du port de vêtements religieux ne sont pas établis par les faits présentés. L'arrêté contesté a donc « *porté une atteinte grave et manifestement illégale aux libertés fondamentales que sont la liberté d'aller et venir, la liberté de conscience et la liberté personnelle* ». Son exécution est, en conséquence, suspendue.

Comble de l'absurdité

Quelles que soient les réactions d'une poignée de maires qui ont affirmé dans la soirée vouloir maintenir des arrêtés similaires dans leur municipalité, l'arrêt du Conseil d'Etat a valeur de jurisprudence et s'imposera aussi à eux. Cette décision fournit une occasion salutaire de mettre un terme à une polémique trop souvent exploitée avec des arrière-pensées électorales, et la classe politique ferait bien de s'en saisir. Suscitant incompréhension et stupéfaction à l'étranger, l'affaire du burkini a atteint le comble de l'absurdité avec des interventions de policiers en tenue intimant l'ordre à des femmes de se déshabiller, scènes dûment répercutées dans la presse mondiale et sur les réseaux sociaux, pour le plus grand bénéfice de ces mêmes extrémistes islamistes que les partisans de l'interdiction du burkini veulent combattre.

Le Conseil d'Etat a ainsi rappelé les principes qui fondent la laïcité. On peut désapprouver le port du burkini ou du voile, et être choqué par l'atteinte qu'il porte à la dignité des femmes. Mais l'interdiction n'est pas la solution magique. La liberté religieuse reste la règle, et la République s'honore à la faire respecter tant que l'ordre public n'est pas menacé.

Il reste que si le droit a été dit, et bien dit, le débat n'est pas clos pour autant. Le débat sur la place de l'islam dans notre société est légitime, y compris dans le difficile contexte actuel. Premières concernées, les femmes doivent y prendre la part qui leur revient. Le fait que les deux ministres qui se sont opposées à la position radicale du chef du gouvernement, Manuel Valls, dans cette affaire soient des femmes (Najat Vallaud-Belkacem et Marisol Touraine) est révélateur. Les femmes musulmanes, notamment, doivent aussi être entendues.

Mais si ce débat doit avoir lieu, il est essentiel que la classe politique l'aborde rationnellement, sereinement, et honnêtement. Trop souvent, depuis la tragédie de Nice, les Français ont fait preuve de plus de dignité et de responsabilité que leurs élus. Le plus grand service que ceux-ci puissent rendre à leur pays est de cesser de jeter de l'huile sur le feu.

147,18

OPINION

French Burkini Nonsense

A beach covering isn't the first line of defense against radical Islam.



ENLARGE A woman wearing a burkini walks in the water August 27, 2016 on a beach in Marseille, France. PHOTO: REUTERS

Aug. 28, 2016 2:35 p.m. ET

France's free speech, national holiday, traditional religion, police and Friday nights out all have come under attack by Islamist terrorists. So it's passing strange that beach attire, of all things, is where French officialdom is drawing the line on Muslim practice and national assimilation. Witness the bans on modest female swimwear.

These vague laws primarily target the "burkini," a loose-fitting wetsuit marketed to Muslim women as a way to avoid showing too much skin while enjoying a day seaside. The roughly 30 local governments that have prohibited this clothing don't mention it by name but bar swimsuits that have a "connotation contrary to the principle of secularism."

France's highest court on Friday struck down one of the local bans for violating freedom of conscience, but the controversy will grind on. Other mayors have vowed to defend their burkini bans. The French have a history of imposing this 21st-century equivalent of medieval sumptuary law on other items of Muslim dress. Overtly religious clothing has been banned from public schools, a restriction that affects Jewish yarmulkes and Christian crosses but is aimed primarily at Muslim headscarves. Full-face veils such as niqabs also are prohibited.

These bans are controversial precisely because their supporters are right that clothing carries cultural significance and communicates social norms. What Islam teaches or ought to teach about the human body and modesty is the subject of a heated debate within Islam, with moderate reformers questioning whether the religion demands the covering enforced on women by some strands of the religion.

Then again, this also isn't a settled matter within Western society. Plenty of Jewish men or Christian women are uneasy with the oversexualization at nightclubs and beaches, and a Buddhist or Hindu might be personally uncomfortable with attire that he or she views as too revealing. Where one comes down on these questions is not directly related to patriotism or peacefulness. Catholic nuns are paragons of modesty, while the Islamist who drove a truck into scores of innocent people in Nice last month had a history of drinking and drug use.

The French error is to focus on the debatable at the expense of the consequential. While arguments about headscarves have swirled for more than a decade, Paris only recently began aggressively tackling Islamist radicalization in prisons—and only after it emerged that the perpetrators of many recent attacks acquired their Islamist connections while in jail for petty offenses. Police officers now must patrol beaches forcing Muslim women to disrobe to French standards, but an Islamist who was under police surveillance—ankle bracelet and all—managed to elude monitoring long enough to murder a priest last month.

The burkini bans are popular enough that politicians on the left and right are willing to defend them. Nicolas Sarkozy, in announcing another run for the presidency next year with his characteristic opportunism, has promised an even wider ban on Muslim dress.

But voters may soon wonder whether it makes sense to deny Muslims reasonable accommodations for their religion, such as modesty at the beach, while failing to defend far more important liberal values such as the freedom to publish offensive cartoons about religion without fear of violent reprisals. That's a debate worth having in next year's campaign, if any politician cares to try.

147,20

August 29, 2016 1:54 pm

Angela Merkel is indispensable but insufficient



Gideon Rachman

There is no other European leader able to forge the deals that will keep the EU together



There was something distinctly presidential about Angela Merkel's European travels last week. The German chancellor met 15 other EU leaders on a whistle-stop tour of the continent. It is the kind of speed-dating diplomacy that US presidents often undertake, as they build consensus and reassure allies.

Ms Merkel's emergence as the de facto leader of the EU is controversial. The Hungarians, Poles and Czechs are bitterly critical of her government's policy on refugees. The Greeks accuse the Merkel government of driving their economy into the ground. The French and the Italians bemoan Germany's insistence on austerity. Some Brits blame Ms Merkel for Brexit, arguing that she could have delivered a better deal on migration. Meanwhile, in Brussels there are grumbles that the German chancellor has pushed the European Commission to one side.

Ms Merkel has undoubtedly made her share of mistakes, particularly over the refugee crisis. But there is no other European leader with the authority and patience to forge the deals that are necessary to keep the EU together. And some kind of leadership is badly needed because the union faces at least six acute and interconnected problems.

The first and newest is Brexit. The second is the euro. The third is refugees. The fourth is Russia. The fifth is the erosion of democratic values and practices in Hungary and Poland. And the sixth is the rise of the political extremes across Europe.

The chancellor appears minded to take Brexit slowly and carefully. For the moment, her position seems likely to prevail over early French demands to force the pace. But a long delay is also potentially problematic since it prolongs uncertainty and invites a backlash from hardliners in Britain and Brussels.

Perhaps the most sensitive stop on Ms Merkel's tour last week was Warsaw, where a nationalist and reactionary government stands accused of eroding the independence of the courts and the media. On his recent trip to Warsaw, Barack Obama saw fit to issue a public rebuke to the Polish government. Ms Merkel did not emulate the US president, but there is no doubt about the depth of concern in Berlin over Poland and Hungary.

The problem is that the EU is meant simultaneously to be a community of values and a mechanism for managing the relations between member states. If Germany exerts too much pressure on Poland and Hungary over internal political issues it may find that co-operation simply breaks down, making it all but impossible to find solutions to shared problems.

Germany's ability to forge a common EU approach to the migrant crisis is anyway massively complicated by the fact that the policies Ms Merkel adopted last summer are far more liberal than the union's norm. After accepting more than 1m refugees, Germany's effort to impose a modicum of burden sharing on its partner members has caused a bitter backlash in Poland, Hungary and the Czech Republic, where Ms Merkel is widely accused of endangering Europe's security and culture. She was greeted by anti-refugee demonstrators in Prague last week.

This tension between Germany and the central Europeans supplements the divisions between Berlin and southern European nations, created by the euro crisis. The euro's problems could soon escalate, particularly if the International Monetary Fund decides, later this year, to end its participation in the bailout of Greece. That, in turn, could lead the Dutch and German parliaments to withdraw their support.

The EU has always been able to surmount the many crises it has faced because the national leaders who gather at union summits in Brussels are ultimately all committed to finding compromises that make the system work. But if nationalist or anti-EU leaders win power in enough European countries, then the spirit of co-operation on which the EU depends may evaporate — and with it the EU itself.

Brexit is the most serious example of this process at work. But the EU faces a further series of trials-by-populism over the coming months. In October, a far-right candidate is quite likely to win the presidency of Austria. Matteo Renzi, the Italian prime minister, may be forced from office around the same time, and all the likely alternatives in Italy are Eurosceptics. The challenges will keep coming in 2017, with national elections in the Netherlands, the Czech Republic and France, all of which are likely to see strong showings from Eurosceptic and far-right parties.

Even Germany is seeing the centre-ground of politics shrink as the problems of assimilating the migrants who arrived in the country last year become more evident.

Meanwhile, Berlin has just estimated that another 300,000 refugees may arrive in 2016. The result is a surge in support for the nationalist and Eurosceptic Alternative for Germany party (AfD), which is likely to do well in regional elections in the coming weeks.

Much of Ms Merkel's authority in Europe stems from her command of politics in Germany. A chancellor who is losing her magic touch at home will find it harder to act as the de facto leader of the continent.

Many European governments harbour resentment against Ms Merkel. But they will miss her ability to keep Europe together when she finally falls.

147,22

Burka-Debatte

Grenzen der offenen Gesellschaft

Das geschickte Ausnutzen der Religionsfreiheit ist für den Rechtsstaat eine Bewährungsprobe. **Mit guten Gründen ist Deutschland einen anderen Weg gegangen als Frankreich und hat die Vollverschleierung nicht verboten.**

29.08.2016, von REINHARD MÜLLER



© DPA/Eine verschleierte Frau in München

Was geht es den Staat an, was seine Bürger anziehen? Einiges. Jedenfalls halten es wohl viele für selbstverständlich, dass man nicht überall ganz ohne Kleidung herumlaufen darf. Auch aus dieser „natürlichen“ Lebensweise lässt sich eine Weltanschauung machen - ihr Ausleben kostet in unseren Breiten trotzdem ein Bußgeld. Und in manchen Landtagen und Stadien ist das Tragen von Bekleidungsmarken, die auch und vor allem von Rechtsextremisten genutzt werden, untersagt worden.



Autor: Reinhard Müller, In der politischen Redaktion verantwortlich für „Zeitgeschehen“ und für „Staat und Recht“, Folgen:

Doch grundsätzlich geht es den freiheitlichen Staat nichts an, was seine Bürger tragen, treiben, meinen und glauben. Das ist ja gerade sein konstitutives Element. Solange er die Rechte anderer oder grundlegende Normen des Zusammenlebens nicht verletzt, kann ein jeder tun und lassen, was er will.

Die Menschenrechte hat jeder; sie sind unveräußerlich. Für den Rechtsstaat wird es aber buchstäblich immer wieder dann spannend, wenn sie von Minderheiten geltend gemacht werden.

Wer sich (gerade) in der Mehrheit befindet, ist schon durch sie geschützt. Aber die Verfemten, die Ausgestoßenen, die Neuen, die mit dem fremden Äußeren und den widerlichen Ansichten - auch und gerade sie genießen Grundrechtsschutz.

Extremisten sind deshalb exzellente Kenner der Rechtsprechung des [Bundesverfassungsgerichts](#) etwa zur Versammlungsfreiheit. Sie organisieren ihre Veranstaltungen bewusst am Rande des gerade noch Erlaubten - und obsiegen in Karlsruher Eilverfahren regelmäßig über Verwaltung und Fachgerichte.

Ähnlich geschickt lässt sich auch die Religionsfreiheit ausnutzen. Sie wird vom Grundgesetz vorbehaltlos gewährt, kann also durch einfaches Gesetz nicht eingeschränkt werden. Die Freiheit des Glaubens und der Weltanschauung ist eine - mit Recht - radikale Angelegenheit: Denn hier gibt es kein Richtig und kein Falsch.

Jeder darf sein Verhalten ganz und gar an seinem Glauben ausrichten. Der Staat darf niemanden wegen dieses seines Glaubens verfolgen, auch grundsätzlich keinen Einfluss auf weltanschauliche Überzeugungen nehmen. **Die Neutralität des Staates in Fragen der Religion und Weltanschauung ist die Folge der religiösen Freiheit des Einzelnen.** Deshalb müssen alle Religionen grundsätzlich gleich behandelt werden, deshalb dürfen Staatsdiener nicht als Lehrer oder Polizisten für eine bestimmte Religion oder Weltanschauung werben.

Dieser Schutz lebt freilich davon, dass er nicht missbraucht und dadurch ausgehöhlt wird. **Die ordnungsgemäße Ausübung von Rechten kann zwar nicht mit Missbrauch gleichgesetzt werden. Aber die gezielte Inanspruchnahme oder gar das Vorschieben von grundrechtlicher Freiheit können das Land verändern.**

Warum sollte etwa ein muslimischer Schüler nicht die Gelegenheit haben, in einer deutschen Schule zu beten? Das Berliner Verwaltungsgericht wollte ihm das einst gestatten; die Schule sah keine andere Möglichkeit, als dem Jungen hierfür einen Raum zur Verfügung zu stellen.

Das Bundesverwaltungsgericht bekräftigte das Recht jedes Schülers zum Gebet. Ein öffentliches Gebet ist demnach jedoch verboten, wenn es den Schulfrieden gefährde. Der Staat kann schließlich nur dann ein friedliches Zusammenleben gewährleisten, wenn er selbst neutral bleibt. Und solange nicht zu viele Schüler während der Unterrichtszeit ihre vermeintlichen rituellen Rechte entdecken.

Das Ziel eines friedlichen Zusammenlebens ist kein Zeichen einer Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit. Es kommt eben auf die Art und Weise an, wie Religion geäußert wird. **So hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte zu Kruzifixen in italienischen Klassenzimmern entschieden, die „dominante Sichtbarkeit“ der christlichen „Mehrheitsreligion“ in der schulischen Umgebung Italiens sei keine Indoktrinierung.**

Denn ein an der Wand angebrachtes Kruzifix müsse als „ein seinem Wesen nach passives Symbol“ betrachtet werden. **Auf ähnliche Weise nahmen die Straßburger Richter anlässlich des französischen Burka-Verbots auf die Mehrheit Rücksicht: Zwar könne solch ein absolutes Verbot exzessiv erscheinen, zumal auch in Frankreich nur wenige Frauen voll verschleiert seien. Doch geht es hier um den „Mindeststandard der Werte in einer offenen demokratischen Gesellschaft“.**

Deutschland geht mit guten Gründen einen anderen Weg als Frankreich, wo der Staatsrat jetzt immerhin das Burkini-Verbot aufgehoben hat. Aber es ist wichtig, die Mehrheitsgesellschaft nicht aus den Augen zu verlieren. Auch die ist keine feste Größe - und zu ihr gehören alle Gläubigen, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Der Staat darf seine - sich wandelnden - Sitten und Traditionen niemandem aufzwingen.

Aber die Achtung einer vorgefundenen Leitkultur durch Neuankömmlinge ist überall selbstverständlich. Was als anstößig gilt, ist in erster Linie eine gesellschaftliche Frage. Womöglich gibt es mancherorts sogar zu wenig Verhüllung. **Wenn es um Unterricht und Sicherheit geht, darf der Staat hingegen erwarten, dass der Bürger Gesicht zeigt.** Und er kann und muss die im Auge behalten, die sich ganz bewusst in Symbole der Feinde der Freiheit kleiden - solange sie noch in der Minderheit sind.

147,24

- [OPINION](#)
- [REVIEW & OUTLOOK](#)

Europe's Apple Tax Ambush

The EU rolls over the U.S. Treasury and Irish tax law to punish an American company.

Aug. 30, 2016 7:22 p.m. ET

[150 COMMENTS](#)

Even by the usual Brussels standards of economic malpractice, Tuesday's €13 billion (\$14.5 billion) tax assault on Apple is something to behold. The European Commission decided that Dublin's application of Irish tax law to an American company violated European antitrust rules. Orwell would understand.

At issue is how Ireland has taxed global companies with Irish subsidiaries. Apple in the 1980s established two business units in Cork to manage global sales. These units held the rights to much of Apple's intellectual property such as product designs. In payment for those licenses, the units remitted large portions of their profits to the U.S. each year to fund research at Apple headquarters.

The rest of those profits generally weren't taxed under longstanding Irish law, since the money was earned overseas. The money wasn't taxable elsewhere since the laws of other countries held that it was up to Ireland to decide whether and how much to tax it. In the case of America, the tax was deferred until Apple repatriated the profits. That's it. That's the supposed tax evasion. Apple paid all the taxes it owed under existing tax laws around the world, which is why it hasn't been subject to enforcement proceedings by revenue authorities.

Then again, this case isn't about tax law. It's about tax politics, and in particular the bureaucratic and left-wing frustration that low-tax governments are using normal accounting principles to deny high-tax governments more revenue booty.

Ireland has stood firm for years against continental pressure to abandon its competitive 12.5% corporate-tax rate. So having lost the debate over tax rates, Brussels now wants to use antitrust law to tell Ireland and other low-tax countries how to apply their own tax laws. In this case it is forcing Dublin to collect €13 billion in revenue and interest that the Irish government never wanted.

The tell here is the legal pretzel into which Brussels is wrapping itself to make these cases. Since these arrangements are legal under national laws and widely implemented accounting standards, Brussels is deploying its antitrust gnomes to claim that taxes that are "too low" are an illegal subsidy under EU state-aid rules.

Brussels points to correspondence between Irish tax officials and Apple executives to claim that Apple enjoyed favors not available to other companies, which would be tantamount to a subsidy. But all Apple received from Dublin, in 1991 and 2007, were letters confirming how the tax authorities would treat various transactions under the Irish laws that applied to everyone. If anyone in Brussels knew more about tax law, they'd realize such "comfort letters" are common practice around the world.

Inconvenient facts aside, Competition Commissioner Margrethe Vestager still thinks she has a political winner that plays well with anti-American and anticorporate Europeans. She's pursuing a growing number of these spurious antitrust tax cases, mainly against U.S. companies.

Yet the biggest victims will be Europeans. Brussels knew about these tax arrangements for years and never complained until the public mood turned. How safe is any business if entirely legal behavior can be subjected to retroactive antitrust enforcement a decade after the fact? Ms. Vestager is turning the EU into a banana republic on high-speed rail.

She is also doing her best to vindicate the British decision to leave the EU. This case is a prime example of why so many European economies can't seem to grow: a deadly combination of high taxes, legal uncertainties and political grandstanding. One immediate opportunity is for Britain to pursue the corporate-tax-rate cuts proposed by former Chancellor George Osborne, which would turn Britain into a 15% tax-rate mecca immune from Brussels's antitrust shenanigans.

As for the U.S., the Treasury Department pushed back against these tax cases, which it rightly views as a protectionist threat to the rule of law. But it's hard to believe that Brussels would have pulled this stunt if Treasury enjoyed the global respect it once did. President Obama and Treasury Secretary Jack Lew have also contributed to the antibusiness political mood by assailing American companies for moving to low-tax countries.

The EU panjandrums may think they can roll Messrs. Lew and Obama, but they should be wary of feeding [Donald Trump](#)'s nationalist, antitrade narrative. His impulse will spread if Americans see more U.S. companies subjected to this kind of tax sandbagging. A transatlantic trade deal could be one casualty, but European companies could easily become political targets in the U.S.

Dublin and Apple say they'll appeal the Commission's ruling, and we hope they succeed. Otherwise Apple's outrageous European tax bill could become everyone's low-investment, slow-growth problem.

147,26

- [OPINION](#)
- [COLUMNISTS](#)
- [POLITICS & IDEAS](#)

The Populist Revolt Against Failure

What erodes faith in the ruling class are bungled wars, uneven growth and insecurity.



A cartoon depicting Andrew Jackson, in military uniform, during the 1824 presidential race. PHOTO: GETTY IMAGES

By WILLIAM A. GALSTON

Aug. 30, 2016 7:06 p.m. ET

[33 COMMENTS](#)

The populist revolt against governing elites sweeping advanced democracies is the latest chapter in the oldest political story. Every society, regardless of its form of government, has a ruling class. The crucial question is whether elites rule in their own interest or for the common good.

In the decades after World War II, the ruling classes in Western Europe and the U.S. managed their economies and social policies in ways that improved the well-being of the overwhelming majority of their citizens. In return, citizens accorded elites a measure of deference. Trust in government was high.

These ruling classes weren't filled by the traditional aristocracy, and only partly by the wealthy. As time passed, educated professionals assumed the leading role. Many came from relatively humble backgrounds, but they attended the best schools and formed enduring networks with fellow students.

Some were economists, others specialists in public policy and administration, still others scientists whose contributions to the war effort translated into peacetime prestige. Many were lawyers able to train their honed analytical powers on governance. They were, in a term coined in the late 1950s, the "meritocracy."

In some human endeavors, meritocratic claims are largely unproblematic. In sports, we celebrate the excellence of those who win. In the sciences, peer review identifies accomplishment; most people in each specialty can name the handful of individuals likely to win the Nobel Prize.

Politics, especially in democracies, is more complicated. Democratic equality stands in tension with hierarchical claims of every type, including merit. In [a letter](#) to John Adams, Thomas Jefferson characterized elections as the best way of elevating the "natural aristoi" into positions of authority. He had in mind people like himself, liberally educated and trained in the subtle art of governance.

This view didn't survive the 1820s, when Andrew Jackson led a popular revolt against it. Alleging that a "corrupt bargain" among elites had cheated him out of the presidency in 1824, he swept to a victory in 1828 that he portrayed as a triumph for the common man—farmers, craftsmen, sturdy pioneers—against the

moneyed interests. Ever since, the trope of the virtuous people against the self-dealing elites has endured in American politics.

Yet this is more than an American story. In democracies, meritocracy will always be on the defensive. Its legitimacy will always depend on its performance—its ability to provide physical security and broadly shared prosperity, as well as to conduct foreign policy and armed conflict successfully. When it fails to deliver, all bets are off.

This is what has happened throughout the West. Failed wars, domestic insecurity and uneven growth have undermined the authority of governing elites. Although the pro-Brexit vote in the U.K. came as a shock, it was the latest in a series of surprises tending in the same direction.

Among these surprises was the outcome of last year's Polish election, which replaced a government led by the center-right Civic Platform Party with the populist-nationalist Law and Justice Party. During the past decade, Poland's economy had grown twice as fast as any other member of the European Union. But as Henry Foy [points out](#) in the American Interest, the gains were concentrated in Poland's largest cities, while other areas lagged. The postcommunist market economy, he observes, "eroded traditional ways of life without adequate recompense."

Unequal growth triggers cultural resentment. "We only want to cure our country of a few illnesses," the new Polish foreign minister, Witold Waszczykowski, told a German newspaper in January. Most Poles, he said, are moved by "tradition, historical awareness, love of country, faith in God, and a normal family life between a woman and a man." But the previous government acted "as if the world, in a Marxist fashion, were destined to evolve only in one direction—towards a new mix of cultures and races, a world of bicyclists and vegetarians, who only use renewable energy and who battle all signs of religion."

The new meritocrats, then, are exposed to cultural as well as economic resentment. Education prepares them to surge ahead in the knowledge economy, leaving industrial and rural areas behind. But it also inclines them to question traditional values and welcome cultural diversity. Educated classes are less moved by particularist appeals to ethnic and national identity and more by internationalism and universal norms. Many identify more with elites abroad than with their own less-educated, less-prosperous countrymen.

Similar divisions are evident throughout the West. Depending on the balance of forces, political outcomes vary from one country to the next. But the terms of the struggle are much the same. And so are the dangers, not least to democracy.

147,28

Apples Steuernachzahlung

Wen die EU sonst noch ins Visier nehmen sollte

Natürlich muss ein Unternehmen, das in der EU Gewinne macht, sie hier versteuern. Apple und Irland stehen also zu Recht am Pranger. Noch jemand anderes gehört ebenfalls dorthin.

30.08.2016, von **HOLGER STELTZNER**

So etwas hat es in der **EU** noch nicht gegeben: Von Apple fordert die Kommission 13 Milliarden Euro zurück. Im Kampf gegen die aggressive Steuervermeidung internationaler Konzerne braucht es harte Bandagen und abschreckende Strafen.



Autor: Holger Steltzner, Herausgeber.Folgen:

Die Empörung aus den Vereinigten Staaten, die der EU nicht zu Unrecht die rückwirkende Anwendung neuer Maßstäbe ohne Vorankündigung vorwirft, kann Brüssel abperlen lassen. Ob das Vorgehen der Kommission gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstößt, werden Gerichte klären.

Schließlich hat erst das einseitige amerikanische Steuerrecht **Apple** das Anhäufen eines riesigen und rasant wachsenden Bergs unversteuerter Barmittel im Ausland in Höhe von fast 200 Milliarden Dollar ermöglicht. Leider haben die Steueroasen der EU, allen voran Irland, Luxemburg und die Niederlande, den Steuervermeidern die Hand gereicht, weshalb der iPhone-Hersteller auf die Auslandsgewinne der vergangenen zehn Jahre in Höhe von fast 50 Milliarden Dollar durchschnittlich nur vier Prozent Steuern zahlen musste.

Steuerrechtlich kann man Apple nichts vorwerfen, weil der irische Fiskus das Kulturunternehmen kameradschaftlich bei der aggressiven Steuervermeidung unterstützte (Luxemburg half Fiat, die Niederlande Starbucks). So wichtig der Steuerwettbewerb zwischen Staaten ist (denn nur er schützt vor übermäßigem Schröpfen), so skandalös war in diesem Fall die Hilfe des Staats. Es ist schamlos von Apple, gegenüber Kunden und Gesellschaft das vorbildliche Unternehmen zu spielen und sich hintenrum durch Steuerkniffe der Pflicht zur Beteiligung an der Finanzierung der Infrastruktur zu entziehen, auf der man Milliardengewinne macht.

Man mag beklagen, dass die EU das Wettbewerbsrecht einsetzt, um Auswüchse der Steuervermeidung zu bekämpfen. Doch Amerika ist solch ein Spiel über Bande zur Durchsetzung der eigenen Interessen nicht fremd. Und der Wettbewerb wurde ja auch verzerrt, indem Irland nur Apple und nicht etwa Samsung jahrelang fast vollständig von der Steuer befreite.

Natürlich muss ein Unternehmen, das in der EU Gewinne macht, diese auch hier versteuern. Apple und Irland stehen also zu Recht am Pranger. Dorthin gehören aber auch die Politiker, die für die Steuertricks verantwortlich sind. Dazu zählt auch der langjährige luxemburgische Premierminister und heutige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

147,29

Ill-suited

France argues over burkinis as its presidential race kicks off

The country's election season is heightening religious tensions

Aug 31st 2016 | [Europe](#)



THIS week France came back from the beach for la rentrée, the return to school and work after the holidays. The summer had been far from restful. It began with two terrorist attacks in Nice and Normandy, followed by a weeks-long political fixation with the “burkini”, a cross between a burqa and a swimsuit, which dozens of mayors of seaside resorts tried to ban from their beaches. The resurgence of identity politics in France, at a time of heightened tension over Islam and security, now looks likely to frame next year’s presidential election.

The row over the burkini will probably abate as the beaches empty. On August 26th, France’s highest administrative court suspended a ban imposed in the Mediterranean resort of Villeneuve-Loubet after it was challenged by human-rights groups. The court ruled that the mayor had not proved any risk to public order, and that the ban constituted a “manifestly illegal” infringement of “fundamental liberties”.

Had France not been under a state of emergency, the matter might not have flared up as it did. But the French are hyper-sensitive to signs of overt Muslim religiosity. Politicians, roused from their holiday hide-outs, seized on the burkini row—and not just on the right. Manuel Valls, the Socialist prime minister, called the burkini an “enslavement” of women, and claimed it was part of a political project to impose hard-line Islamist rules on France. In a speech, he noted that Marianne, a female figure symbolising the French nation, is classically depicted with bare breasts. The implication seemed to be that women in burkinis are un-French, while true French women go topless.

France has a long history of trying to keep religion out of public life. A law of 1905 entrenched the principle of laïcité, or strict secularism, after a struggle against authoritarian Catholicism. The country banned the headscarf and other “conspicuous” religious symbols from state schools in 2004, and the face-covering burqa from public places in 2010. Indeed, such laws enjoy broad cross-party support. Yet secular zeal at times overrides common sense, or sensitivity to France’s Muslim minority, estimated to form about 10% of the population. Unlike the burqa, which is banned from the beach, the burkini does not even cover the face. As Olivier Roy, a French scholar of Islam, points out, it also offers a certain modern liberty to Muslim women who otherwise might not swim. Hard-line Islamists, he says, would not allow women to bathe in the first place.

The burkini frenzy sets the tone for an election season of culture wars over French identity. Nicolas Sarkozy, a former president vying for the nomination of the conservative Republican party, says he wants to ban the burkini altogether. So does Marine Le Pen, leader of the far-right National Front, who claims that the “soul of France” is at stake. Yet amid this feverish identity politics, some voices are trying to appeal for calm. One is Alain Juppé, a centre-right former prime minister and presidential hopeful. He backed the local burkini bans, but says national legislation would be provocative. Another, on the left, is Emmanuel Macron, who resigned on August 30th as economy minister.

Mr Macron’s departure had been widely expected. In April he launched a new political movement, *En Marche!* (“On the Move!”). Although he stopped short of declaring this week that he would run for president, that may be a matter of time, say some close to him. A former adviser to President François Hollande, Mr Macron is now an unambiguous rival to his Socialist former mentor, whose own chances of running for re-election dwindle by the day. The ex-minister is trying to build a platform of economic reform to resist populist nationalism and identity politics.

On leaving his ministry, Mr Macron said that his government experience had taught him the limits of the current political system. He now hopes to redraw the partisan map, pulling in support from both left and right for a pro-European, centrist movement that embraces globally-minded progressive politics. This is a daunting challenge, not least because Mr Macron has never stood for election for any office before, is short of money and has little parliamentary support.

It also seems to cut against the the national mood. After 18 months of barbaric terrorist attacks, France is leaning towards tightening restrictions on liberty, not loosening them. Freed from the constraints of the economics portfolio, Mr Macron will now be able to speak out on matters such as terrorism and religion. With the country so on edge, France could do with a dose of measured reflection.

147,30

Wednesday, August 31, 2016

The 5,000-Year Government Debt Bubble

Should investors buy the most expensive bonds in recorded history?

By James Freeman

Politicians playing by their own rules is an old story. But it should count as news that politicians have lately been rewriting a rule in place since 3,000 B.C.

This rule of history is that savers deserve to be compensated when they loan money. Not anymore. In much of the developed world lenders are the ones paying for the privilege of letting governments borrow their cash. Through the magic of modern central banking, countries in Europe and elsewhere have managed to drive their borrowing rates not just to historic lows but all the way into negative territory. As of Monday almost \$16 trillion of government bonds world-wide were offering yields below zero.

Amazingly, governments have managed this feat even as they have become more indebted and even as slow economic growth undermines their ability to repay. Such conditions normally suggest a less creditworthy borrower and therefore a higher interest rate to compensate investors for the risk. But sovereign debt has become more expensive. **Governments have succeeded in making their bonds more expensive in part by printing money and buying the bonds themselves via their central banks. Commercial banks are all but required to buy them too.**

In the new political economy—or alchemy—the more unsustainable a government’s finances, the less it pays to borrow. Japan’s government debt amounts to more than 200% of its economy. The yield on Japan’s 10-year bonds recently clocked in at negative 0.06%.

What does history have to say about this? In the Swiss financial publication *Finanz und Wirtschaft*, James Grant notes that as far as he can tell it’s never happened before. He cites the work of New York University Prof. Richard Sylla, who wrote “The History of Interest Rates” along with Sidney Homer. Mr. Sylla tells me there are “precious few minus signs before any rates” in his book. The only ones he can recall were on U.S. Treasury bills around 1941, just before Pearl Harbor. But “later research showed that anomaly might be explained by an option value embedded in bills then, so the negative yields may have been an artifact.” Mr. Sylla sums it up: **“There were no negative bond yields in 5,000 years of recorded history.”**

Put another way, government bonds have never been so expensive. **Paul Singer, founder of hedge fund Elliott Management, isn’t expecting a happy ending. He believes that because of massive entitlement promises plus huge debt, “the entire developed world is insolvent.”** He says that a negative rate on a government bond is “crazier than zero, and zero was crazy enough.”

Populismus: "Der Spuk geht nicht so schnell vorbei"

Populismus lässt sich nicht durch Verführung erklären, sagt der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller. Ein Gespräch über den wahren Charakter der gefährlichen Kraft

Interview: **Katrin Zeug** und **Niels Boeing**

4. September 2016, 14:39 Uhr ZEIT Wissen Nr. 5/2016, 16. August 2016 [150 Kommentare](#)



An Donald Trump und seinen Anhängern zeigt sich für Jan-Werner Müller, was Populismus ausmacht: Es gibt ein wahres Volk und das hat nur einen einzigen wahren Vertreter: Trump. Wer gegen ihn ist, ist automatisch nicht Teil dieses Volkes und zählt weder moralisch noch politisch. © Stephen Maturen/Getty Images

Jan-Werner Müller ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Princeton, einer der ältesten und renommiertesten Hochschulen in den USA. In der Woche, in der wir ihn zum Gespräch treffen, wählen die Republikaner in Cleveland Donald Trump zu ihrem Präsidentschaftskandidaten, und in Deutschland verkündet Pegida-Chef Lutz Bachmann, er habe eine Partei gegründet. Kurz zuvor haben sich die Briten gegen die EU entschieden und die Österreicher beinahe einen rechtspopulistischen Bundespräsidenten gewählt. Marine Le Pen in Frankreich, Viktor Orbán in Ungarn, Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei – viel Arbeit für einen Populismusforscher. Jan-Werner Müller ist gerade für ein Forschungsjahr nach Wien gezogen. Es ist ein heißer Tag, wir trinken fünf Flaschen Wasser, der Schweiß läuft. Ein Gespräch über Macht, Demokratie und frustrierte weiße Männer.

ZEIT Wissen: Professor Müller, was hat Populismus mit Verführung zu tun?

Jan-Werner Müller: Ich wehre mich immer gegen diese psychologisierende Perspektive. Man ist sehr schnell mit allen möglichen Gefühlen bei der Hand, die man den Populismusopfern zuschreibt: Sie werden verführt, sind alle ressentiment- oder wutgeladen, sind die Frustrierten, die Verängstigten.

ZEIT Wissen: Stimmt das denn nicht?

Müller: Ich will nicht in Abrede stellen, dass das auch der Fall sein kann. Aber wir sagen damit indirekt, die Leute können nicht selber denken, die sind den falschen Versprechen oder eigenen Wutausbrüchen ausgeliefert. Wenn wir "die Masse der Verführten" als Opfer von Demagogen behandeln, sind wir auf einer abschüssigen Bahn. Wir werden selber verführt von Annahmen, die typisch sind für die Massenpsychologie des 19. Jahrhunderts und die Modernisierungstheorie der fünfziger Jahre: Die Masse ist angeblich irrational und hat Angst vor der Moderne. Diese Sicht ist heute sehr weit verbreitet. So schrieb Tony Blair einmal, viele Leute könnten die moderne Welt schlicht nicht verstehen. Da wäre ich vorsichtig.

ZEIT Wissen: Woran erkennt man einen Populisten, wenn nicht an seinen Verführungstricks?

Müller: Daran, dass jemand behauptet, er und nur er beziehungsweise nur er und seine Partei seien die einzig legitimen Vertreter des wahren Volkes. Entscheidend ist nicht die antielitäre Haltung, denn Eliten kritisieren wir alle ständig. Entscheidend ist eine antipluralistische Haltung.

ZEIT Wissen: Können Sie ein Beispiel nennen?

Müller: Donald Trump hat im Mai auf einer Wahlkampfveranstaltung etwas gesagt, das kaum beachtet worden ist, weil er ja ständig sehr anstößige Sachen von sich gibt, aber es zeigt diese Haltung deutlich. Er sagte: "The only thing that matters is the unification of the people, and all the other people don't matter."

ZEIT Wissen: "Das Einzige, was zählt, ist die Einheit des Volkes" – klingt eher harmlos.

Müller: Der zweite Teil des Satzes ist entscheidend: "All die anderen Menschen, die zählen nicht." Es gibt also ein wahres Volk und einen einzigen wahren Vertreter dieses Volkes – ihn. Wer gegen ihn ist, ist automatisch nicht Teil des wahren Volkes und zählt damit moralisch und vor allem auch politisch nicht.

ZEIT Wissen: Populismus ist für Sie in erster Linie eine Haltung und nicht mit bestimmten Themen verbunden?

Müller: Das Entscheidende ist der moralische und dann auch politische Ausschluss aufgrund des eigenen Alleinvertretungsanspruchs. Wer den nicht vollzieht, ist für mich kein Populist. Da kann er noch so viele Dinge sagen, die einem aufstoßen oder die man strikt ablehnen muss, wie Fremdenfeindliches und Rassistisches.

"Populisten sagen, es gäbe den einzig wahren Volkswillen"

ZEIT Wissen: Zumindest am Anfang vertreten Populisten ja immer eine Minderheit. Wie schaffen sie es, sich trotzdem als Vertreter des Volkes darzustellen?

Müller: Dazu gehört in gewisser Weise ein Taschenspielertrick: Zunächst sagen sie, es gebe einen einzig wahren Volkswillen, der sich gar nicht irren könne. Dann behaupten sie, dass dieser Wille bisher von den Eliten unterdrückt und nicht gehört worden sei. Und schließlich, dass sie selbst nichts weiter täten, als diesen Willen zur Geltung zu bringen. Sie setzten nur um, wozu ihnen das Volk den Auftrag gebe.

ZEIT Wissen: Und warum wirkt das immer wieder so überzeugend?

Müller: Populisten fangen oft nicht so radikal an, wie sie enden. Nehmen wir zum Beispiel Erdoğan. Was er am Anfang gesagt hat, war ja nicht falsch: Es gibt in der Türkei viele, die nicht dem kemalistischen Idealbild entsprechen, zu religiös und zu ländlich sind, sich diesem ganzen Modernisierungsprozess nicht

unterworfen haben – diese sogenannten schwarzen Türken sind de facto vom politischen Prozess ausgeschlossen gewesen. Mit der Kritik daran hatte Erdoğan recht und hatte so schon sehr viele Leute für sich gewonnen. Aber irgendwann kam der Umschwung. Es hieß plötzlich nicht mehr, wir sind *auch* das Volk. Es hieß, wir sind *das* Volk, und die anderen gehören gar nicht dazu. Populismus baut sich über eine längere Zeit auf, in der die Anhänger bei der Stange bleiben. Die meisten sagen nicht irgendwann: Erdoğan war nur mein Vertreter, solange er den Pluralismus akzeptiert hat.

ZEIT Wissen: Wie kommt es zur Ablehnung von Pluralismus?

Müller: Zunächst einmal ist Pluralismus nur eine Kurzformel dafür, dass wir in einer modernen Demokratie damit zurechtkommen müssen, als freie und gleiche Bürger auf einigermaßen faire Weise mit Leuten zusammenzuleben, die zum Teil ganz anders sind als wir. Wir müssen akzeptieren, dass auch Menschen, deren Lebensstil uns nicht immer gefällt, Teil der Gesellschaft sind und mitbestimmen können. Hinzu kommt, dass Gesellschaften immer vielfältiger geworden sind und zum Beispiel Minderheiten und Frauenrechte anerkennen. Manche wollen das nicht.

ZEIT Wissen: Dabei tut Vielfalt einer Gesellschaft doch gut, macht sie robuster und interessanter.

Müller: Es geht hier um ganz reale Machtverluste. Beispiel USA: Ein weißer Mann hatte in der patriarchalischen Welt der fünfziger und sechziger Jahre auch als nicht besonders gut ausgebildeter Mensch eine gewisse Macht. Die hat er so heute sehr wahrscheinlich nicht mehr. Wenn nun jemand kommt und sagt, ich kann das alles wieder so machen, wie es schon mal war, ihr habt im Grunde recht, es war völlig falsch, dass wir uns auf eine Gesellschaft zubewegen, in der Weiße eines Tages nicht mehr die Mehrheit sind – dann ist das für manche Bürger ein attraktives Politikangebot.

ZEIT Wissen: Gerade frustrierte weiße Männer scheinen im Internet allgegenwärtig zu sein. Befeuert das Internet den Populismus?

Müller: Es scheint mir ein Phänomen zu verstärken, das man mit dem auf den ersten Blick paradoxen Konzept der direkten Repräsentation beschreiben könnte: Man hat die Illusion, mit dem wahren Vertreter des authentischen Volkswillens direkt in Kontakt zu stehen. Denken Sie an [Trumps Twitter-Nachrichten](#), er beschreibt sich ja inzwischen als den "Hemingway der 140 Zeichen", und eine gewisse Effektivität kann man seinen Tweets nicht absprechen. Oder nehmen Sie [Beppe Grillo](#), den Chef der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung, die aus seinem Blog entstanden ist. Grillo behauptet: "Ihr sagt, was los ist, und ich bin der Lautsprecher, ich bin der Verstärker." Und das Gefühl "Wir sind das wahre Volk und uns wirklich einig" wird dadurch verstärkt, dass andere Wortmeldungen immer wieder die eigenen Ansichten bestätigen.

ZEIT Wissen: Sprechen Populisten anders als andere?

Müller: Sie verwenden keine anderen Wörter. Auf den ersten Blick nutzen sie die Sprache der Demokratie, und darum ist Populismus auch so gefährlich. [Marine Le Pen](#), die Vorsitzende des französischen Front National, kommt, anders als ihr Vater, längst ohne [Holocaust](#)-Leugnung aus. Populisten wie sie sagen heute: Wir wollen die Kontrolle zurück. Und Kontrolle heißt doch nationalstaatliche Demokratie.

ZEIT Wissen: Was ist daran gefährlich?

Müller: Populisten klingen häufig so, als wären sie für mehr Volksbefragungen und Referenden, damit das Volk endlich selber sprechen könne. Das kann man auch alles diskutieren. Nur leiten sie letztlich ihre Vorstellungen von dem, was das Volk wirklich will, gar nicht aus empirischen Ergebnissen ab. Sondern aus einer symbolischen Form von Repräsentation: Wir, die wahren Vertreter, wissen, was das Volk will. Sie wollen keinen ergebnisoffenen Willensbildungsprozess, wie dies bei einem Referendum der Fall sein sollte.

"Populismus funktioniert nicht ohne moralische Dimension"

ZEIT Wissen: Wo verläuft die Grenze zwischen der politischen Überzeugung eines Demokraten und Populismus?

Müller: Natürlich geht auch in der Demokratie jeder davon aus, dass er recht hat, und darum möchte auch jeder seine Vorstellungen durchsetzen. Der Unterschied ist: Man akzeptiert, dass man vielleicht doch falschliegt, und man akzeptiert, dass Opposition prinzipiell legitim ist. Wir könnten jetzt gemeinsam raus auf die Straße gehen und sagen: Folgt uns, wir haben etwas entdeckt, was bisher keiner gesehen hat – eure Identität wird nicht anerkannt, eure Interessen werden nicht berücksichtigt. Das ist alles normal und demokratisch. Wenn sich herausstellt, dass wir danebengelegen haben, und uns keiner folgt, würden wir sagen, wir probieren es bei den nächsten Wahlen noch mal. Der Populist würde hingegen sagen: Nein, das kann nicht an mir gelegen haben. Das hat daran gelegen, dass die alten Eliten sich verschworen haben. Die schweigende Mehrheit steht doch hinter mir.

ZEIT Wissen: 2011 behauptete [Occupy Wall Street](#): "Wir sind die 99 Prozent." Hieß das nicht auch: Wir sind das wahre Volk? War das Populismus von links?

Müller: Aus meiner Sicht muss man tatsächlich sagen: "Wir sind die 100 Prozent" – nicht nur 99 Prozent. Das mag jetzt wie Wortklauberei wirken, aber es kommt auf das eine Prozent an. Darauf, ob man sagt, die anderen gehören überhaupt nicht dazu, oder ob man nur sagt, wir sind die überwältigende Mehrheit, die auf himmelschreiende Ungleichheit hinweist. Aber das heißt nicht, dass Populismus per Definition immer rechts ist. Man kann das Ausschlusskriterium mit ganz verschiedenen Inhalten füllen.

ZEIT Wissen: Gibt es im Moment in Europa einen linken Populismus?

Müller: Was heute als Paradebeispiel für Linkspopulismus gilt, [Podemos](#) in Spanien und [Syriza](#) in Griechenland, sind nach meiner Definition keine Populisten. Dass Podemos-Anhänger die Eliten kritisieren, macht sie noch nicht zu Populisten. Syriza ist allerdings in einem Falle in Populismus umgeschlagen: Bei der Volksabstimmung in Griechenland im Juli 2015 hieß es plötzlich, wer für die Euro-Rettungspolitik mit Ja stimmt, verliere seinen Status als guter griechischer Bürger. Wir sollten versuchen, uns nicht von der Sprache, welche die politischen Akteure selber verwenden, in die Irre führen zu lassen: Podemos-Vertreter sagen ja selber, sie seien Populisten, in meinem Sinne sind sie es aber nicht.

ZEIT Wissen: Worin besteht der genaue Unterschied?

Müller: Wenn die Grundannahme lautet: "Wer gegen mich ist, gehört nicht dazu", bedeutet das: Man braucht auf die Gegner keine Rücksicht zu nehmen. Man kann mit ihnen machen, was man will. Man muss keine Minderheitenrechte mehr respektieren, ebenso wenig die Verfassungsgerichte, die ja im Zweifelsfalle dazu da sind, verwundbare Minderheiten zu schützen. Das ist der entscheidende Unterschied zu jemandem, der zwar auch eine möglichst große Mehrheit haben möchte, aber die anderen immer noch als legitime Minderheit anerkennt.

ZEIT Wissen: Wie legitimieren Populisten diesen Ausschluss?

Müller: Populismus funktioniert nicht ohne moralische Dimension. Der Volkswille ist kein empirischer, sondern ein moralisch aufgeladener Begriff. Entscheidend ist: Es gibt das wahre Volk, dieses hat eine bestimmte Identität, und daraus leitet sich dann alles ab. Insofern tut der Populist so, als bilde er eigentlich nur passiv einen existierenden Volkswillen ab; in Wahrheit formen Politiker diesen doch immer auch selber.

ZEIT Wissen: Welche Rolle spielt die Vereinfachung?

Müller: Meiner Meinung nach nicht die, die üblicherweise vermutet wird: Die Welt, das Wirtschaftssystem, die Moderne seien zu komplex, und Populisten böten einfache Lösungen. Aber "Scheitert der Euro, dann scheitert Europa" ist ja auch sehr vereinfachend. Und dass die Welt immer komplexer wird, ist meiner Meinung nach ein Klischee, mit dem wir uns selbst schmeicheln. Wenn Sie 1975 Kanzler gewesen wären, hätten Sie sich mit Stagflation, Entspannungspolitik und Terrorismus herumschlagen müssen. War das alles so einfach? Aber die Assoziation von Vereinfachung und Populismus ist nicht völlig falsch. Das Vereinfachende des Populismus besteht darin, in einer pluralistischen Welt zu sagen, sie sei nicht pluralistisch, es gebe nur das eine wahre, homogene Volk mit einem klar zu bestimmenden singulären Interesse, das man eins zu eins umsetzen könne.

ZEIT Wissen: Springen Menschen auf so etwas besonders gut an, wenn sie unzufrieden sind?

Müller: Das ist wieder so eine Vermutung, die oft geäußert wird. Populismus ist nie besonders gut mit einem Schnappschuss zu fassen, nach dem Motto: Wir brauchen nur einen Blick darauf zu werfen, und schon ist alles klar. Wenn Unzufriedenheit von den demokratischen Parteien nicht ausreichend aufgegriffen wird,

kann sie Bürger radikalisieren. Der frühere venezolanische Präsident [Hugo Chávez](#) gilt als Musterbeispiel für linken Populismus. Aber auch er hat nicht als der autoritäre Politiker angefangen, als den wir ihn am Ende kannten. Seine Entwicklung befördert hat sicher, dass er von vielen mit seinen Forderungen nicht ernst genommen wurde. Wir müssen uns fragen, was wir zum Populismus beitragen, wenn wir Menschen, die Teil des politischen Prozesses sein wollen, immer wieder radikal abblocken. Müssen nicht andere Parteien auch darüber nachdenken, wie sie auf solche Figuren reagieren? Ob sie denen nicht zum Teil Steilvorlagen liefern, wenn sie quasi immer wieder bestätigen, was Populisten über Eliten sagen: Die hören nie zu, die lassen uns nicht rein?

"Populisten verstehen es, Gemeinschaft zu erzeugen"

ZEIT Wissen: Eine Studie kam kürzlich zu dem Ergebnis, dass es regelmäßig nach Finanzcrashes zu [rechtspopulistischen Aufwallungen](#) kommt. Gibt es Zeiten, in den Populisten es leichter haben?

Müller: Mir scheinen diese ökonomistischen Erklärungen zu kurz zu greifen. Interessanterweise gibt es ja gerade in den Ländern, die es in der [Euro-Krise](#) am härtesten getroffen hat, keine großen populistischen Erfolge: nicht in Irland, nicht in Portugal, nicht in Spanien und – mit der Einschränkung, die ich nannte – auch nicht in Griechenland.

ZEIT Wissen: Guter Punkt.

Müller: Nun könnte man sagen, es geht eben nicht um die objektive wirtschaftliche Lage, sondern um die Ängste. Es müssen also die nördlichen EU-Staaten sein, die Angst haben, dass ihnen etwas weggenommen wird. Aber auch das ist in einigen Fällen nicht plausibel. In Österreich und Frankreich zum Beispiel gibt es den Populismus nicht erst seit der Euro-Krise.

ZEIT Wissen: Was ist es dann?

Müller: Ich glaube, es gibt drei Punkte, die eine Rolle spielen: erstens, wenn es Situationen gibt, wo sich wirklich viele Leute vom politischen Prozess ausgeschlossen fühlen und jemand sagt, ich schließe euch ein. So wie zum Beispiel Chávez und Erdoğan es getan haben. Insofern weist Populismus auf ein Problem hin. Das gilt auch für Österreich: Da konnte Jörg Haider mit guten Gründen sagen, Moment, wo leben wir hier eigentlich? In der alten schwarz-roten Republik, wo es quasi keine Opposition gibt und alles nach Proporz aufgeteilt ist. Ein zweiter begünstigender Punkt ist, wenn ein Parteiensystem sich auflöst und plötzlich jemand aus dem Nichts kommen und behaupten kann, er repräsentiere eigentlich alle. Das war bei Silvio Berlusconi in den frühen neunziger Jahren in Italien der Fall.

ZEIT Wissen: Und drittens?

Müller: Wenn technokratisch agierende Politiker behaupten, es könne nur eine, nämlich die derzeit vorherrschende Art von Politik geben und alles andere brauche man gar nicht erst zu diskutieren. Das ist eine Steilvorlage für Leute, die sagen, Moment, das Volk ist ja völlig außen vor, wir werden ja gar nicht gehört. Und gleichzeitig schaukeln sich Technokratie und Populismus dann gegenseitig hoch, denn beide sind in gewisser Weise antipluralistisch: Für die einen gibt es nur die eine dem Sachzwang angemessene politische Maßnahme, für die anderen nur den einen authentischen Volkswillen. Beide lehnen eine pluralistische demokratische Debatte ab, bei der sich ein politisches Ergebnis erst mit der Zeit herauskristallisiert.

ZEIT Wissen: Wie sollte man mit Populisten reden?

Müller: Man sollte *mit* Populisten reden, aber nicht *wie* Populisten reden. Man sollte nicht von vornherein die Ohren verschließen und mit dem Wort "Pack" kommen, wie es [Sigmar Gabriel](#) getan hat. Das sind immerhin Bürger dieses Landes. Was nicht heißt, dass man alles eins zu eins akzeptiert und direkt in den Willensbildungsprozess einspeist, vor allem nicht die Problembeschreibungen der Populisten à la "Die Ausländer sind an der Arbeitslosigkeit schuld".

ZEIT Wissen: Zuhören, aber nicht einbeziehen, ist aber auch ziemlich überheblich.

Müller: Es hat natürlich immer so einen leicht paternalistischen liberalen Beigeschmack, als ob man politische Meinungen von vornherein als Symptom behandle. Wir nehmen die Ansichten der Bürger erst gar nicht ernst und vermuten immer sofort, dass sich hinter deren politischer Rede eigentlich etwas anderes verbirgt: Angst vor der Moderne, Angst vor der Globalisierung. Wir psychologisieren oder soziologisieren das von vornherein.

ZEIT Wissen: Wie kann es besser gehen?

Müller: Ich denke, dass sich erst im Prozess herausstellt, was die Menschen wirklich wollen. Und natürlich ist auch da wieder die Frage: Überlassen die anderen demokratischen Politiker den populistischen Akteuren das Spielfeld, akzeptieren sie, wie die das Problem darstellen? In Großbritannien war es auch das opportunistische Verhalten der Konservativen, das die UK Independence Party und deren Vorsitzenden Nigel Farage gestärkt hat. Anstatt mit Argumenten dagegenzuhalten, haben sie zugelassen, dass das Bild einer schlimmen Diktatur in Brüssel entsteht. Anstatt die Ukip-Leute als Spinner und Modernisierungsverlierer darzustellen, hätten die Brexit-Gegner richtigstellen müssen: Wir sind in gewisser Weise große Gewinner in Europa, und es ist nicht so undemokratisch, wie Farage behauptet.

ZEIT Wissen: Wie wichtig ist die Empörung über den Populismus für dessen Erfolg?

Müller: Populisten verstehen es, Gemeinschaft zu erzeugen, indem sie sagen: Obwohl wir doch eigentlich das Volk sind, sind wir jetzt eine Gruppe von Opfern geworden. Denn die Eliten agieren gegen unsere Interessen, verkaufen uns an die großen Konzerne, das Ausland, die EU oder was auch immer. Boris Johnson zum Beispiel stellte sich in der Brexit-Debatte so dar, als führe er einen großen Freiheitskampf für die Briten. Gleichzeitig hatte er aber immer so einen weinerlichen Ton, der signalisierte: Wir sind die Opfer und solidarisieren uns als solche. Die Gegner geraten dadurch in eine Falle: Wenn sie die Populisten attackieren, hilft denen das, sich noch stärker als Opfer darzustellen.

ZEIT Wissen: Oder als der, der endlich mit Tabus bricht.

Müller: Das ist inzwischen auch in Deutschland eine erprobte Methode: zu sagen, ich breche ständig Tabus und werde dafür verfolgt. Und das, obwohl ich Essays im *Spiegel* publizieren kann, meine Bücher Bestseller sind und ich auch in Talkshows sitze. Trotzdem bin ich angeblich eine verfolgte Minderheit, der das Wort verboten wird.

"Eine permanente Gefahr in der Demokratie"

ZEIT Wissen: An wen denken Sie dabei?

Müller: So ist zum Beispiel [Thilo Sarrazin](#) aufgetreten. Das ist sehr effektiv. Einerseits erhält man den Verfolgte-Minderheit-Komplex aufrecht, andererseits ist man omnipräsent.

ZEIT Wissen: Ist Populismus mit Populismus zu schlagen?

Müller: Wenn man Populismus als eine bestimmte Umgangsform versteht, als einfachere Sprechart oder auch als Bereitschaft zur Aggressivität, könnte man dieser Meinung sein. Darin steckt aber auch wieder so eine Haltung von oben herab, nach dem Motto: Unsere ein bisschen einfacheren Mitbürger verstehen das alles nicht, wenn wir nicht ein bisschen volksnäher sprechen.

ZEIT Wissen: Wie wird man gegen Populismus immun?

Müller: Populismus ist ja keine Krankheit, sondern eine permanente Gefahr in der Demokratie. Wir werden ihn nie auf magische Weise loswerden. Aber er hat weniger mit individuellen Gefühlen zu tun als mit einem nicht funktionierenden Parteiensystem. Insofern ist Populismus ein Symptom für ernste Probleme einer

Demokratie. Er kommt nicht aus dem Nichts oder nur weil es einen Charismatiker XY gibt, und wenn der weg ist, ist der Spuk vorbei. Damit machen wir es uns zu einfach.

ZEIT Wissen: Was kann man dann tun?

Müller: Man muss Pluralismus leben, man muss einüben, wie man mit Andersartigkeit umgeht. Mit Leuten, die eben nicht immer alle einer Meinung sind. Jenseits dessen gibt es, glaube ich, keine Patentrezepte.

ZEIT Wissen: Ist denn unser demokratisches Modell mit gewählten Repräsentanten das einzig wahre, oder wäre eine direktere Herrschaft des Volkes besser?

Müller: Repräsentative Demokratie ist nicht das einzig Wahre, aber im Moment ja auch nicht das Einzige, was wir haben. Wenn Sie demonstrieren gehen, Meinungsartikel veröffentlichen oder bloggen, sind das auch Beiträge zur Demokratie. Doch wir leben nun mal in relativ großen Gebilden. Wenn es darum geht, kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen, müssen wir aus diesen ganzen komplizierten und nervigen demokratischen Prozessen irgendwie etwas herauskristallisieren, um es umzusetzen. Und das können nur Repräsentanten.

ZEIT Wissen: Aber abstimmen könnte das Volk schon öfter?

Müller: Ich bin nicht prinzipiell gegen Volksbefragungen. Aber es ist eine Illusion, zu meinen, mit Volksbefragungen könne man zumindest zeitweise völlig aus der Logik der repräsentativen Demokratie aussteigen. Denn wer stellt die Frage, über die abgestimmt wird? Wer organisiert die Kampagnen? Das sind doch im Zweifelsfalle wieder Repräsentanten. "Das Volk" als autonomen politischen Akteur – das gibt es gar nicht.

ZEIT Wissen: Wie grundsätzlich müssen wir denn über unser aktuelles Demokratiemodell nachdenken, wenn es offensichtlich zu Unzufriedenheit führt?

Müller: Die repräsentative Demokratie ist nur *eine* Version von Demokratie. Unser historisches Gedächtnis ist viel zu kurz, sodass wir völlig vergessen haben, dass sich im 20. Jahrhundert viele für ganz andere Vorstellungen begeistert haben, beispielsweise Räte und Selbstverwaltung. Andererseits sehe ich im Unterschied zu anderen Theoretikern im Moment kein postrepräsentatives Zeitalter heraufziehen. Wir müssen Repräsentation unter den Bedingungen von Europäisierung und Globalisierung neu denken, aber wir haben mit dem Prinzip der Repräsentation noch lange nicht abgeschlossen.

ZEIT Wissen: Sind Räte der verdorrte Ast in der Evolution der Demokratie?

Müller: Das ist ein schönes Bild. Zurzeit wirken diese Konzepte wie verdorrte Äste. Ich würde aber nicht sagen, dass da nie wieder etwas hervorsprossen kann. Wir müssen unseren eigenen Vorstellungen treu bleiben und betonen: Demokratie ist ein offener Prozess. Wir haben mit unserem nach dem Zweiten Weltkrieg zurechtgebauten Modell wohl kaum die letzte Antwort für alle Zeiten gefunden.

147,35

5. September 2016, 10:18 Uhr

G-20-Gipfel in Hangzhou

Die EU verabschiedet sich von der Weltbühne

Beim G-20-Gipfel wird die Krise der Union deutlich. Deren Mitglieder sind sich nur noch in einem einig: Am Ende obsiegt das nationale Interesse.

Kommentar von Cerstin Gammelin

Wenn es schon vor dem Ende des Gipfeltreffens der zwanzig mächtigsten Industrie- und Schwellenländer eine deprimierende Erkenntnis gab, dann diese: Die Europäische Union ist dabei, sich von der Bühne der Welt-Akteure zu verabschieden. Von den Europäern wird keine Hilfe mehr erwartet - nicht in globalen Krisen, nicht in Sachen Konjunktur. Ein chinesischer oder ein amerikanischer Präsident möchte lediglich noch wissen, was da eigentlich vor sich geht in Europa und auf wessen Wort sie noch vertrauen können.

Die Europäer werden nicht nur skeptisch beäugt, weil sie drei Monate nach dem Austrittsbeschluss der Briten nicht wissen, welche praktischen Folgen dieses Votum hat, etwa für Handelsabkommen. Europa versagt umfassend: Nahezu überall, wo die EU Vorbild sein und Maßstäbe setzen wollte, versagt sie heute. Selten zuvor haben Anspruch und Realität so weit auseinandergelegen wie jetzt. Seit Jahren etwa fordern die Europäer die Staatengemeinschaft auf, faire Steuerregeln zu beschließen. Steuerschlupflöcher sollen geschlossen werden, unfaire Steuerdeals zu Lasten dritter Staaten und deren Steuerzahler sollen der Vergangenheit angehören. Wie dieser Appell in Europa selbst verstanden wird, beantworten die Luxemburg-Leaks und die Panama-Papiere.

Den Praxis-Test bestehen die EU-Akteure selten. Irland etwa klagt gegen den Beschluss der EU-Wettbewerbshüter, Apple gehörig Steuern nachzahlen zu lassen, die der Konzern dank einer unfairen Abmachung mit Dublin einsparen konnte. Irland will lieber Standortvorteile sichern, als gerecht Steuern erheben.

Vom Rest der Welt wird die EU immer weniger ernst genommen

Die Europäische Union agiert nach dem immer gleichen Muster: Nationale Interessen stehen vor jenen der Gemeinschaft - der Gemeinschaftsgedanke scheitert immer wieder. Vorbei sind die Jahre, als die Europäer noch Vorreiter beim Klimaschutz werden wollten. Inzwischen haben die einst als Umweltsünder angeprangerten USA und China das internationale Klimaschutzabkommen ratifiziert - die EU-Staaten nicht.

Vollends in die globale Bedeutungslosigkeit droht die Europäische Union seit dem Brexit-Votum der Briten zu rutschen. Die Nichteuropäer, die ohnehin seit jeher Schwierigkeiten haben, die komplizierten europäischen Strukturen und Sensibilitäten nachvollziehen zu können, betrachten konsterniert das Chaos auf dem alten Kontinent. Regierungen in Asien sind überrascht, dass plötzlich die Briten bei ihnen anklopfen, um bilaterale Handelsabkommen zu verhandeln. War das nicht die Kompetenz der EU? Oder sind die Briten doch schon draußen? Und was sagt eigentlich der Rest der Gemeinschaft dazu?

So verwundert es kaum, dass die beinahe verzweifelt klingende Aufforderung der Europäer an die G-20-Gemeinde, Migration als gemeinsame Herausforderung anzunehmen, auf kaum mehr als ein müdes Lächeln trifft. Warum sollte die Weltgemeinschaft hier helfen, wo sich Europa nicht einmal selbst helfen kann.

147,36

The future of the EU

Now what?

Europe vows progress after Brexit, but is unsure which way to go

Sep 3rd 2016 | BRUSSELS | [From the print edition](#)



AUGUST usually finds Europe's politicians bronzing on the beach or lacing up their walking boots. But for the past few weeks they have been huddling, scheming and debating how to give their floundering European Union a fresh lease of life. "Citizens will only accept the EU if it makes it possible for them to prosper," said Angela Merkel, Germany's chancellor, during a visit to Warsaw last week.

If there is a fresh urgency to the EU's latest bout of navel-gazing, blame Brexit. Britain's vote to leave on June 23rd was a grievous blow to a club that has only ever known expansion. At a summit six days after the vote, the leaders of the 27 remaining countries vowed reform and arranged to meet again in Bratislava on September 16th. Much of the recent shuttle diplomacy has been aimed at finding common ground for that meeting. As ever, Mrs Merkel has taken the lead. On August 22nd she and her French and Italian counterparts laid on the symbolism by holding a mini-summit on Ventotene, an Italian island where Altiero Spinelli, an early Euro-federalist, had been imprisoned during the war.

There is no shortage of ideas. This week five senior European analysts and officials issued a paper calling for a "continental partnership", including new decision-making structures for the single market, which could include Britain as well as other countries on Europe's periphery, such as Turkey or Ukraine. Diehards are dusting off plans for *grands projets* like a standing EU army or a Europe-wide intelligence agency.

But in a curious echo of the British government's struggle to move ahead with Brexit, Europe's leaders have not progressed much beyond slogans. This summer's terror attacks brought calls for intelligence agencies to share more information, and for boosting the powers of Europol, the EU's police co-ordination body. But such suggestions are nothing new. At Ventotene the leaders urged more defence co-operation. But there is little will to create anything that could rival NATO.

On refugees, agreement seems limited to a beefed-up EU border force that officials hope to conclude on later this year. Eastern European governments remain implacably opposed to the EU's plans to distribute hundreds of thousands of asylum-seekers across Europe. Viktor Orban, Hungary's combative prime minister, will stage a referendum against the relocation plan on October 2nd. The easterners also fear a fresh wave of job-killing "social" initiatives from the European Commission.

Ideas for deepening integration in the euro zone, from common bank deposit-insurance schemes to a single finance minister, seem no closer to fruition. Leaders have spoken of a scheme to tackle youth unemployment, but most of the tools for that lie in the hands of national governments, which may lack the will to act (a mild

labour reform in France triggered weeks of protests this summer). Coming elections in the Netherlands, France and Germany limit leaders' room for compromise.

The crises that have buffeted Europe in the past few years continue to bubble away. The EU's talks with Greece over its third bail-out are not going well. The Minsk peace process in Ukraine is stuck. The Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), the EU's mooted deal with America, has become a *piñata* for electioneering European politicians: this week ministers in Germany and France declared it dead. And while a deal with Turkey has cut refugee flows, smugglers are still getting through and Greek islands are dangerously overcrowded. Turkey has threatened to scupper the arrangement entirely if the EU does not grant visa-free access by October.

Brexit does little to fix any of these problems. (In some cases, such as TTIP, it makes them harder.) And managing the departure of a major country presents the EU with an entirely new sort of challenge. The will to keep the club together is strong, and predictions of further exits to follow Britain's are overblown. But the old adage that Europe is forged only in times of crisis is starting to look threadbare.

147,38

France's identity politics

Ill-suited

As its presidential race kicks off, France argues over burkinis

Sep 3rd 2016 | PARIS | [From the print edition](#)



THIS week France came back from the beach for *la rentrée*, the return to school and work after the August holiday. The summer had been far from restful. It began with two terrorist attacks in Nice and Normandy, followed by a weeks-long political fixation with the “burkini”, a cross between a burqa and a swimsuit, which dozens of mayors of seaside resorts tried to ban from their beaches. The resurgence of identity politics in France, at a time of heightened tension over Islam and security, now looks likely to frame next year’s presidential election.

The row over the burkini will probably abate as the beaches empty. On August 26th France’s highest administrative court suspended a ban imposed in the Mediterranean resort of Villeneuve-Loubet after it was challenged by human-rights groups. The court ruled that the mayor had not proved any risk to public order, and that the ban constituted a “manifestly illegal” infringement of “fundamental liberties”.

Had France not been under a state of emergency, the matter might not have flared up as it did. But the French are hyper-sensitive to signs of overt Muslim religiosity. Politicians, roused from their holiday hide-outs, seized on the burkini row—and not just on the right. Manuel Valls, the Socialist prime minister, called the burkini an “enslavement” of women, and claimed it was part of a political project to impose Islamist rules on France. He noted that Marianne, a female figure symbolising the French nation, is classically depicted bare-breasted. The implication seemed to be that women in burkinis are un-French, while true French women go topless.

France has a long history of trying to keep religion out of public life. A law of 1905 entrenched the principle of *laïcité*, or strict secularism, after a struggle against authoritarian Catholicism. The country banned the headscarf and other “conspicuous” religious symbols from state schools in 2004, and the face-covering burqa from public places in 2010. Indeed, such laws enjoy broad cross-party support. Yet secular zeal at times overrides common sense, or sensitivity to France’s Muslim minority, estimated to form about 10% of the population. Unlike the burqa, which is banned from the beach, the burkini does not even cover the face. As Olivier Roy, a French scholar of Islam, points out, it also offers a certain modern liberty to Muslim women who otherwise might not swim. Hardline Islamists, he says, would not allow women to bathe in the first place.

The burkini frenzy sets the tone for an election season of culture wars over French identity. Nicolas Sarkozy, a former president vying for the nomination of the conservative Republican party, says he wants to ban the burkini altogether. So does Marine Le Pen, leader of the far-right National Front, who claims that the “soul of France” is at stake. Yet amid this feverish identity politics, some voices are trying to appeal for calm. One is

Alain Juppé, a centre-right former prime minister and presidential hopeful. He backed the local burkini bans, but says national legislation would be provocative. Another, on the left, is Emmanuel Macron, who resigned on August 30th as economy minister.

Mr Macron's departure had been widely expected. In April he launched a new political movement, *En Marche!* ("On the Move!"). Although he stopped short of declaring this week that he would run for president, that may be a matter of time. A former adviser to President François Hollande, Mr Macron is now an unambiguous rival to his Socialist former mentor, whose own chances of running for re-election dwindle by the day. The ex-minister is trying to build a platform of economic reform to resist populist nationalism.

Post-socialist international

On leaving his ministry, Mr Macron said that his government experience had taught him the limits of the current political system. He now hopes to redraw the partisan map, pulling in support from both left and right for a pro-European, centrist movement that embraces globally-minded progressive politics. This is a daunting challenge, not least because Mr Macron has never stood for election for any office before, is short of money and has little parliamentary support.

It also seems to cut against the national mood. After 18 months of barbaric terrorist attacks, France is leaning towards tightening restrictions on liberty, not loosening them. Freed from the constraints of the economics portfolio, Mr Macron will now be able to speak out on matters such as terrorism and religion. With the country so on edge, France could do with a dose of measured reflection.

From the print edition: Europe

147,40

EUROPE

Regards 'changés' et 'langues déliées' : Des musulmanes évoquent l'Europe d'aujourd'hui

[Lisez en anglais](#) | [Read in English](#) »

LILLIE DREMEAUX SEPT. 2, 2016



Saima Ashraf, 39 ans, à la mairie de Barking, à Londres, où elle travaille. Elle dit qu'elle n'aurait jamais pu accomplir en France ce qu'elle a construit à Londres en portant le voile. Credit Andrew Testa pour le New York Times

Les voix des femmes musulmanes ont été quasiment noyées par le débat agité sur [l'interdiction de se baigner en burkini](#) sur les plages de plus de 30 municipalités françaises; femmes pour qui [ces maillots](#) couvrant complètement le corps ont été conçus. Le New York Times [a sollicité leurs avis](#), et les réponses — plus de 1000 messages de Belgique, de [France](#) et d'ailleurs — vont bien au-delà de la question des tenues de plage.

Le résultat brosse le portrait de la vie de la femme musulmane, voilée ou pas, dans les parties d'Europe où le terrorisme a le plus tendu les sociétés. Le mot "combat" a été utilisé des dizaines de fois. Beaucoup de celles qui sont nées en France parlent de confusion quand on les enjoint de rentrer là d'où elles viennent.

Les tribunaux ont suspendu plusieurs interdictions suite à une décision du Conseil d'État la semaine dernière — l'interdiction à Nice, où s'est déroulé un horrible attentat terroriste le 14 juillet dernier, a été suspendue ce jeudi — mais le débat est loin d'être terminé.

"Depuis des années, nous supportons les regards et les propos menaçants," écrit Taslima Amar, 30 ans, enseignante en banlieue parisienne. "On m'a demandé de rentrer chez moi (alors que je suis chez moi)." Désormais, Mme Amar a ajouté, elle espère quitter la France avec son époux.

Laurie Abouzeir, 32 ans, écrit qu'elle envisage de se mettre à son compte et de s'occuper d'enfants à son domicile toulousain. Cela lui permettrait de porter le voile, qui est [vu d'un mauvais œil](#) et parfois même interdit sur certains lieux de travail.

Beaucoup de femmes écrivent que les préjugés anti-Musulmans se sont intensifiés ces derniers mois et années, citant les [attaques terroristes de Paris](#) en 2015, ainsi que celles de [Bruxelles](#) et de [Nice](#) cette année. Halima Djalab Bouguerra, étudiante de 21 ans à Bourg-en-Bresse, évoque une date antérieure, estimant que les choses avaient déjà commencé à changer en 2012, avec [les meurtres de Mohammed Merah](#) dans le sud-ouest du pays.

"Il y a surtout eu des regards qui ont changé", écrit Mme Bouguerra. "Les langues se sont déliées, plus personne n'a peur de dire à un musulman : "Rentre chez toi."

Voici quelques extraits des commentaires que nous avons reçus, parfois condensés et modifiés pour plus de clarté, et [traduits en français lorsqu'ils nous ont été envoyés en anglais](#).



Dina Srouji, 23 ans, est étudiante à l'Université de Gand en Belgique. Credit Gael Turine pour le New York Times

Quand le burkini est apparu, j'étais heureuse pour ma sœur, qui était en vacances et pouvait enfin jouer sur la plage avec ses enfants plutôt que de devoir rester à l'ombre. Au début de la polémique, je me suis dit, "C'est pas grave, Dina, c'est simplement quelques personnes étroites d'esprit qui n'ont rien d'autre à faire que de semer la haine." Mais là ? Je pensais que c'était justement tout ce contre quoi l'Europe se battait. ... Comment est-il possible que dans un monde "moderne", bronzer toute nue soit acceptable, mais garder ses vêtements à la plage ne le soit pas ?

— **Dina Srouji, 23 ans, Lebbeke, Belgique.** Étudiante et [apprentissage journaliste](#) à l'Université de Gand. Instagram: [@dindinsr](#).

Cela me rappelle mon premier jour au lycée après l'interdiction en France du port du hijab à l'école. Mon professeur m'avait obligé à retirer mon voile devant tous les autres élèves. J'étais humiliée. ... Aujourd'hui, ça me brise le cœur de nouveau. J'ai simplement regardé cette femme retirer un vêtement et je me suis demandée : quand est-ce que cela va s'arrêter ?

— **Hajer Zennou, 27 ans, Lyon.** Designer. Elle faisait référence à une femme à Nice qui [a été obligé](#) de retirer sa chemise à la plage.

On m'insulte, me crache dessus (littéralement) tous les jours dans le métro, le bus, mon école. Pourtant, je n'ai jamais insulté, frappé quelqu'un. Non, je suis juste musulmane. Je pense sérieusement partir vivre ailleurs, où le regard des autres ne me fera plus pleurer chaque soir dans mon lit. ... J'ai peur un jour de porter une lune jaune sur mes habits, comme l'étoile de David pour les Juifs il n'y a pas si longtemps.

Merci à vous de nous écouter et nous donner la parole.

— **Charlotte Monnier, 23 ans, Toulouse.** Étudiante en architecture.

J'étais curieuse de voir si, dans les villes où ils ont interdit les femmes en burkini, les chiens avaient le droit de nager. La réponse est oui dans certains cas. Personnellement, je suis scandalisée que les chiens aient plus de droits que des femmes voilées.

— **Samia Fekih, 36 ans, Paris.** Chef de projet numérique.



Nawal Afkir, 25 ans, de Bruxelles. Elle est passionnée par la photographie. CreditGael Turine pour le New York Times

Je suis assistante sociale et je fais mon maximum pour œuvrer pour une société juste et libre. Porter le voile ne signifie pas être asservie par un homme. Au contraire, cela signifie la réappropriation du corps et de ma féminité. ... Merci New York Times de nous laisser cet espace de parole et la possibilité de nous exprimer librement. Chose qui nous manque peut-être en Europe.

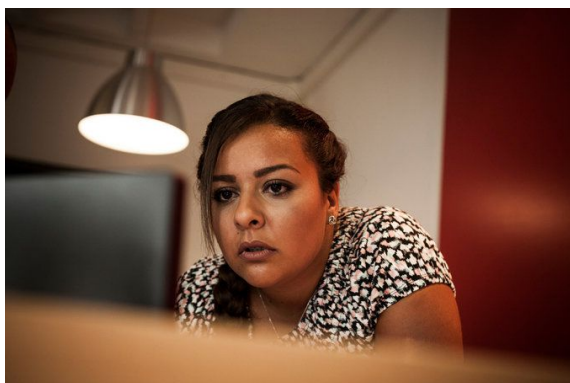
— **Nawal Afkir, 25 ans, Bruxelles.**

À chaque fois que je me rends au Maroc, je me sens plus libre qu'en Occident, et j'y vois plus de libertés.

— **Souad el Bouchihati, 26 ans, Gouda, Pays-Bas.** Assistante sociale.

Ça ne me dérange pas de retirer mon voile pour travailler, ce qui me dérange, c'est de le cacher à mes collègues. ... Bien entendu, je ne me suis pas cachée bien longtemps, j'ai croisé ma collègue de bureau en faisant les boutiques avec mon amie, donc forcément, j'étais voilée. Nous nous sommes dites bonjour, et dans l'oreille, je lui ai dit que je lui expliquerai. Je me sentais tellement mal de lui mentir depuis tout ce temps ! Un enfer ! Je lui ai donc envoyé un SMS pour lui dire la vérité. Elle m'a promis qu'elle comprenait et qu'elle ne le répéterait pas.

— **Hadjira Skoundri, 22 ans, Toulouse.** Agent administratif à la préfecture.



Mira Hassine, 27 ans, habite Orléans et est responsable administrative dans une entreprise du bâtiment. CreditEd Alcock pour le New York Times

Quand bien même vous faites tous les efforts inimaginables en croyant ainsi vous "intégrer", il vous est toujours martelé que pour bien faire et ainsi répondre à une intégration "complète" il nous faut renoncer à nos principes et notre religion. Dans nos foyers, au bureau ou entre amis, une sorte de pression sévit. On n'ose plus répondre favorablement à une invitation "d'amis", car nous en avons marre de devoir refuser un verre d'alcool et justifier poliment en y mettant les formes, tout ça en veillant à ne pas dire de choses préjudiciables dans ce que l'on peut presque appeler des excuses. Au bureau, les petites vannes du genre "tu as aidé tes cousins ?" à la suite d'un attentat. Et nos familles lors des repas qui maudissent ces terroristes et sont insultés par la nouvelle législation.

Alors quoi. On s'isole. Et lorsqu'on s'isole, on ne s'intègre plus.

— **Mira Hassine, 27 ans, Orléans.** *Responsable administrative dans une entreprise du bâtiment. Elle est musulmane mais ne porte pas le voile.*

Être musulmane en France, c'est vivre dans un régime d'apartheid dont l'interdiction de plage n'est que le dernier avatar. ... Je crois que les femmes françaises musulmanes seraient fondées à demander l'asile aux USA, par exemple, tant les persécutions que nous subissons sont nombreuses.

— **Karima Mondon, 37 ans, professeur de français.** *Elle vient de quitter Lyon avec sa famille pour s'installer à Casablanca, au Maroc.*

Je suis une femme française et musulmane. Je vis à Londres. En France, je n'aurais jamais pu accomplir ce que j'ai fait à Londres en portant le voile. Je travaille dans l'administration locale, je suis adjointe au représentant de mon quartier et je porte le voile. Si j'étais en France, cela ne serait jamais arrivé.

— **Saima Ashraf, 39 ans, Londres.** *Twitter: @saimaashraf25.*

Je suis infirmière et voilée. Au travail, il m'est impossible d'avoir mon voile. Je le retire en arrivant. Pas de couvre-chef, pas de manche, rien qui puisse me couvrir pour être en corrélation avec mon mode de vie. ... On nous refuse la possibilité d'aller à la piscine et maintenant à la plage. ... Quelle est la prochaine étape ? Allons-nous porter des lunes pour être reconnus ?

— **Linda Alem, 27 ans, Paris.** *Infirmière en centre d'hémodialyse.*

Je me sens mal à en devenir parano ! Élève en classe préparatoire, je me suis fait insulter de salafiste et menacer de mort par un de mes camarades de classe. Pourquoi ? Car il m'a vue dans la rue avec mon voile. Quand je suis partie voir le proviseur-adjoint du lycée, la seule solution qu'elle a trouvée était notre renvoi à tous les deux si nous n'apaisions pas les tensions qu'il avait provoquées. Un vrai cauchemar, où toutes les issues mènent à l'injustice. ...

En écrivant ces mots, j'ai les larmes aux yeux, et sans vouloir nous positionner en tant que victimes, leurs acharnements sur ces détails vont faire que je vais partir de ce pays tôt ou tard. Ils auront sûrement obtenu ce qu'ils veulent, mais je n'ai pas la force de Rosa Parks. Une ingénieure en moins en France, voilà leur punition.

— **Nora Mahboub, 21 ans, Paris.** *Étudiante en école d'ingénieurs.*

Photo



Siam Ferhat-Basset, 29 ans, près de chez elle à Drancy. CreditEd Alcock pour le New York Times

Même diplômée d'un master, je n'ai pas réussi à trouver un travail dans mon domaine d'études. Je ne vois aucun espoir pour notre avenir, et comme beaucoup d'autres, j'envisage de partir à l'étranger. Mon cœur est 100 % français, mais j'ai le sentiment de devoir prouver ma "francité," et avec tout ce qui se passe en ce moment, je suis fatiguée de devoir justifier mon identité.

— **Siam Ferhat-Basset, 29 ans, Drancy.** *Ancienne hôtesse d'accueil.*

Durant mes études, j'étais quelqu'un qui travaillait bien, j'adorais apprendre. Au fur et à mesure que j'avancais dans ma scolarité, je perdais toute motivation : Je savais qu'en tant que musulmane voilée, je n'avais aucun avenir dans le monde professionnel. On nous demande de nous intégrer, mais malheureusement eux ne nous intègrent pas.

— **Saadia Akessour, 31 ans, Liège, Belgique.** *Elle est mère au foyer qui a dû retirer son voile pendant un stage de sage-femme et qui a ensuite arrêté ses études.*

Je me suis baignée cet été du côté de Hendaye (sud-ouest de la France). J'ai été un peu la curiosité du coin, mais j'ai trouvé les gens bienveillants. Il me semble que les médias et politiciens sont en contradiction avec ce que le peuple pense.

— **Fadoua Hachimi, 41 ans, Les Lilas, France.** *Assistante achats.*

J'ai la sensation d'être une hors-la-loi, une espèce de bandit qui exige quelque chose d'interdit alors que je n'exige rien d'autre que mon droit à la liberté.

— **Nadia Lamarti, 35 ans, Zellik, Belgique.** *Elle est mère de quatre filles et de formation auxiliaire sociale.*

[Continue reading the main story](#)

Photo



Assia Boukhelifa, 22 ans, est étudiante en sciences politiques à Lille. CreditEd Alcock pour le New York Times

Je trouve fou que les Français ont l'air de découvrir l'islam et nous parlent encore d'intégration alors qu'on en est aujourd'hui à la troisième voire quatrième génération de maghrébins musulmans installés en France.

[Continue reading the main story](#)

— **Assia Boukhelifa, 22 ans, Lille. Étudiante en sciences politiques.**

Je suis une femme qui porte ce maillot couvrant (burkini étant un terme trop connoté). Alors qu'avant je me contentais d'observer les autres profitant des plaisirs de la baignade, au mieux je rentrais avec mes vêtements de ville (ce qui n'est absolument pas pratique). Ce vêtement a cassé mes chaînes.

— **Ennaji Loubna, 30 ans, Perpignan. Étudiante en Master de sociologie.**

Merci infiniment de nous considérer comme des êtres humains et de prendre en compte nos opinions. En Belgique, tout comme en France d'ailleurs, nous n'avons jamais la parole alors que nous musulmanes (voilées ou non) sommes les premières intéressées par ces polémiques récurrentes au sujet de l'islam et des femmes. Nous sommes considérées comme des bigotes écervelées et soumises à leur mari ou père. Je suis moi-même musulmane, enseignante, tolérante, féministe ET voilée.

— **Khadija Manouach, 29 ans, Bruxelles. Institutrice.**

En tant que jeune femme musulmane, je ne me sens plus en sécurité. ... Je m'appête à partir au Royaume-Uni où je peux travailler et vivre normalement. Cela m'attriste, car j'aime vraiment mon pays.

— **Sarah Nahal, 24, Grenoble. Étudiante en économie et gestion.**

Mon père a grandi et vécu en France depuis l'âge de 8 ans, et travaille depuis ses 14 ans, mais malgré tout, ce n'est pas assez pour que la France nous considère comme des concitoyens lambda, puisque mon voile les dérange. ... Que faire ? Prendre son courage à deux mains et se battre avec les armes que l'on dispose, le savoir, les diplômes et la volonté !

— **Nadia Benabdelkader, 25 ans, Roubaix. Étudiante.**

147,44

Identität

Was bleibt von Deutschland?

Der Wille zur Identität ist zurück, das zeigen auch die aktuellen Wahlergebnisse. Aber was genau meinen Merkel, „Identitäre“ und AfD eigentlich mit „Deutschland“?

05.09.2016, von MARK SIEMONS



© DPA Wer sind diese Deutschen eigentlich? Die Grünen im bayrischen Landtag werben mit Durchguckwänden für einen eher flexiblen Umgang mit der Identität.

Was für eine Art Nachricht der Satz „Deutschland wird Deutschland bleiben“ darstellt, ist gar nicht so einfach zu bestimmen. Dass er tatsächlich eine Nachricht sein muss, daran gibt es keinen Zweifel, denn alle Medien, die diese Woche über das Interview der „Süddeutschen Zeitung“ mit der Kanzlerin, aus dem er stammt, berichteten, machten den Satz zur Schlagzeile. Aber welche Neuigkeit in ihm steckt und was er über die bloße Tautologie hinaus bedeutet, erschließt sich erst, wenn man nicht bei ihm selbst bleibt, sondern auf die nicht minder rätselhafte Vermutung blickt, auf die er reagiert: dass Deutschland nicht mehr Deutschland sei oder bleiben werde. Dass der Erwiderung fraglos Nachrichtenstatus zuerkannt wird, zeigt schon, wie weit verbreitet diese Vermutung sein muss. Sie gründet die Kritik an Merkels Grenzöffnung vor einem Jahr, die zugleich ihr prägnantestes Realsymbol ist: Das Land gebe mit den Grenzen seine Kontur auf und überlasse sich dem Fluss der Weltläufe.



Autor: Mark Siemons, Feuilletonkorrespondent in Berlin. Folgen:

Was aber ist mit diesem Gebilde genau gemeint, von dem die einen sagen, es verschwinde, und die anderen, es werde bleiben? Die zu Leitkultur-Debatten-Zeiten tausend Mal hin und her gewendete Identitätsfrage scheint im Getümmel zwischen „Identitären“ auf der rechten und „Postnationalen“ auf der linken Seite wieder präsent zu sein, unter anderen Vorzeichen allerdings. Als es um Leitkultur ging, konnte das Gerede von „kultureller Identität“ als Versuch entlarvt werden, anderen die Zwangsjacke einer ideologischen Konstruktion überzustülpen. Im Sinne der universellen Prinzipien des Westens galt es damals vor allem, die Freiheit jedes Einzelnen zu verteidigen, sich so oder anders zu seiner ihn umgebenden Kultur zu verhalten. Jetzt aber zeigt der Begriff ein Verlustgefühl an, das offenbar einen Teil der sogenannten Mehrheitsgesellschaft selbst ergriffen hat. Geblieben ist die schwer zu füllende Leere des Begriffs, und so stellt sich die Frage, welche Ängste und Konflikte in Wirklichkeit dahinterstecken.

Was uns als Deutsche ausmacht

Die Pointe sowohl bei Merkel als auch bei Innenminister de Maizière, der ebenfalls diese Woche im „Stern“ über eine unsicher gewordene nationale „Identität“ sprach, ist, dass beide den Deutschen abverlangen, zu benennen, was sie eigentlich ausmache, dazu aber selber nicht recht in der Lage sind. Es seien nicht allein die Flüchtlingskrise und die Bedrohung durch den Terrorismus, der die Leute heute verunsichere, sagt de Maizière, sondern etwas anderes: „Wir wissen nicht mehr genau, wer wir sind und wer wir sein wollen. Was uns als Deutsche ausmacht.“ Gefragt, was das denn nun sei, antwortet er: ein „aufgeklärter Patriotismus“, wie er sich bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 gezeigt habe, das besondere Verhältnis zu Israel, der Beitrag zur europäischen Kultur, „etwa durch Bach und Goethe“. Schon die Disparatheit dieser Elemente zeigt eben die Hilflosigkeit an, die der Minister selbst als Grund der mangelnden Widerstandsfähigkeit beklagt.



© DPA Auf dass jede Kultur hübsch in ihrem vorgesehenen Raum bleibe und sich möglichst nicht bewege:

Die „Identitäre Bewegung“ lehnt Grenzen und Utopien ab.

Die Kanzlerin wiederum definiert das Deutschland, das „mit allem, was uns daran lieb und teuer ist“, bleiben werde, allein als Wertegemeinschaft. Der notwendige Wandel des Landes werde nicht als eine „aufgezwungene Veränderung“ erlebt werden, wenn „wir uns darüber klar sind, was uns wichtig ist“. Sie nennt Liberalität, Demokratie, Rechtsstaat, Marktwirtschaft. Dies jedoch ist, so zutreffend die Analyse in sich ist, ein Zirkelschluss, der ihre Kritiker eher aufführen als besänftigen dürfte: Zum Argwohn gegen die Flüchtlingspolitik gehört ja gerade der Vorwurf, da würden das Land und seine Kultur im Namen abstrakter Ideen preisgegeben. Das Deutschland, das diese Kritiker meinen, ist ein Wesen, das durchaus jenseits solcher universeller Werte zu finden ist.

Es ist gefährlich, Menschenrechte zu relativieren

Die rechte „Identitäre Bewegung“ geht auf ihrer Website sogar so weit, sich ausdrücklich gegen solche Prinzipien zu wenden: „Wir lehnen den westlich-liberalen Universalismus mit seiner Globalisierung genau so ab, wie andere religiöse oder politische Utopien, die dem Rest der Welt (notfalls mit Gewalt) ihr Lebenskonzept aufzwingen und so aus Profitgier oder falsch verstandener Moral ethnokulturelle Traditionslinien zerstören.“ Die Identitären leiten daraus ihre Forderung ab, die Grenzen rund um die „Festung Europa“ zu schließen, damit alle Kulturen fortan getrennt voneinander an ihrem angestammten Ort existieren könnten.

Das Argument gegen den Kulturalismus liegt auf der Hand: Es ist illusionär, Kulturen gegeneinander abschotten und dadurch fixieren zu wollen. Und es ist gefährlich, mit einer solchen Illusion Menschenrechte zu relativieren, etwa gegenüber Leuten, die zu einer Kultur nicht zu passen scheinen. Es ist das gleiche Argument, das man früher Potentaten in den unterschiedlichsten Weltgegenden entgegenhalten konnte, die ihr Beharren auf Diktatur und Unterdrückung mit irgendwelchen kulturellen Besonderheiten zu rechtfertigen versuchten, die ihr Land ungeeignet machten für westliche Regierungsformen. Es hat sich erwiesen, dass die Prinzipien von Recht und gleicher Teilhabe Menschen aus sehr verschiedenen Kulturen zugutekommen, also tatsächlich universal sind.

Der Lohn der Entwurzelungsarbeit

Man kann also sagen, dass das Reden von „Identität“ aus guten Gründen diskreditiert ist. Es scheint ein Begriff zu sein, der die Absichten derer, die ihn benutzen, eher verschleiert, als dass er sie zu erkennen gibt. Und doch lohnt es sich, auch einen Blick auf die rhetorischen Muster derer zu werfen, die ihn zu demontieren versuchen. Aus der Tatsache der Veränderung – dass nie etwas so bleibt, wie es ist – leiten sie eine Norm ab: Alles fließt nicht nur, alles muss fließen, und zwar jederzeit. Die Moderne, so hat es der Soziologe Zygmunt Bauman formuliert, begreift Identität als Projekt. Aus dem Sich-Lösen aus vorgefundenen Beständen wird der Anspruch, die Welt und sich selbst immer neu zu entwerfen. Der verheißene Lohn dieser Entwurzelungsarbeit ist Befreiung, kollektiv und individuell.



© DPA  Ist das deutsch? Oder eher „Bach und Goethe“? Am Identitätsbegriff scheiden sich die Geister.

Mit dieser Verheißung hat Europa die Welt verändert, vielen Traditionen ihre Selbstverständlichkeit genommen. Früher sagte man: Der Westen habe die Welt „verwestlicht“, was allerdings eine missverständliche Redeweise ist, denn seinem Herrschaftsbereich hat er sie, wie man heute sieht, ja gerade nicht einfügen können. Vielmehr wendet sich die Globalisierung, die von Europa ausging, jetzt auf Europa zurück, macht sie zu ihrem Objekt. Damit lernen nun auch die Europäer eine irritierende Doppel-Erfahrung kennen, die bislang den Bewohnern der von ihnen kolonialisierten oder wirtschaftlich dominierten Länder vorbehalten war: dass das Freiheitsbewusstsein, das die Modernisierung mit sich bringt, durchaus zusammengehen kann mit einem Gefühl der Ohnmacht, nicht mehr Herr der Lage und deren Spielregeln zu sein.

Die Binnendynamik einer offenen Gesellschaft

Eben dies markiert womöglich die gegenwärtige Situation: Solange der Westen die Welt unter Kontrolle hatte, sie nur als Export-, Import- oder Reisezone zur Kenntnis nehmen musste, war die Kulissenhaftigkeit der eigenen Traditionsbestände kein Problem. Zumal die Westdeutschen sich immer viel auf ihre wohlstandsgepanzerte ironisch-coole neue Identität zugutehielten, die gern auf den Ballast der ihr von außen zugeschriebenen nationalen Eigenheiten verzichten wollte. Doch in dem Moment, da die Welt nun ihrerseits Europa zum Fluchtpunkt ihrer Not oder ihrer Ambitionen macht, sei es in Gestalt von Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, von Flüchtlingen oder von Dschihadisten, wird das rein auf ökonomische Überlegenheit gegründete Selbstbewusstsein brüchig.

Plötzlich scheint mit der eigenen Souveränität auch die Identität in Frage gestellt, und schon werden die Abgesandten der herandrängenden Welt, die „Fremden“, für all jene Auflösungserscheinungen verantwortlich gemacht, die in Wirklichkeit doch längst zuvor von innen her eingesetzt hatten. Das so unterschiedliche und unterschiedlich alte Sitten, Gebräuche und Institutionen wie Gewerkschaften, Zeitunglesen, christliche Frömmigkeit oder Bildungsbürgertum ihre Gestalt und Bedeutung verändern, ist ja nicht Schuld von irgendwelchen Eindringlingen, sondern folgt schlicht aus der Binnendynamik einer offenen Gesellschaft.

„Flexibler Mensch“? Eine Zumutung!

So kommt es, dass der Wille zur deutschen Identität nun nur noch so ausgedünnte Sitten wie den Handschlag vorweisen kann, der in einer grotesken Übersprungshandlung prompt auch noch gesetzlich verbindlich gemacht werden soll. Oder gleich zu Neuerfindungen Zuflucht nehmen muss wie der Theorie der Sichtbarkeit des Gesichts im öffentlichen Raum, die zur Abwehr der Burkas als deutsches und europäisches Spezifikum hervorgekramt wird. Es ist, als wäre man verzweifelt auf der Suche nach Symbolen, mit denen man etwas Eigenes eingrenzen und nach außen abgrenzen kann.



© DPA Und wenn man gar nicht so flexibel sein, sondern auf seiner Scholle bleiben will? Dem hat die

Marktwirtschaft wenig zu bieten.

Aber was treibt all diese Mühen an? Es ist offensichtlich, dass der Verflüssigungsimperativ eine besonders forcierte Form durch jene Art Kapitalismus erhalten hat, die darauf abzielt, die Beweglichkeit der Menschen derjenigen der Finanzströme anzupassen. Die Aufforderung, sich immer wieder „neu zu erfinden“, ist längst in den alltäglichen Sprachgebrauch eingegangen und in ihrer eigenartigen Komik kaum noch bewusst. Nicht für alle stellt jedoch die durch die Globalisierung noch verschärfte Norm des „flexiblen Menschen“, wie etwa Richard Sennett sie beschreibt, einen Zugewinn an Freiheit dar; für manche ist sie eher eine Zumutung. Über Menschen, „die die Umstände ihres Lebenswegs nicht hinreichend in der Hand haben“, schrieb Zygmunt Bauman, dass sie in ihrer vergleichsweise immobilen Identität anerkannt werden wollen, nicht als private Marotte, sondern in der Form der Bestätigung „einer rechtmäßigen und gesicherten Stellung in der Gesellschaft“, in der sich die Regeln nicht dauernd ändern. Es ist, als habe Bauman da Europäer vor Augen gehabt, die sich durch die Globalisierung im Abseits sehen – auch wenn er später schreibt: „Der Eindruck von Fremdartigkeit und die Heftigkeit, mit der man sich daran stößt, verschärfen sich mit relativer Machtlosigkeit und vermindern sich mit Zunahme relativer Freiheit.“

Wenn hinter dem Willen zur „Identität“ tatsächlich auch das Verlangen nach einem gesicherten Ort steckt, der einen nicht völlig dem Neuerfindungsdruck ausliefert, wäre das auch eine Frage für linke Politik: Welche neuen Formen von Solidarität jenseits einer Sozialalimentierung von Faulen könnten ein solches Verlangen erfassen? Herfried und Marina Münkler sperren sich in ihrem gerade veröffentlichten Buch „Die neuen Deutschen“ dieser Pointe, indem sie das Beharren auf dem eigenen Deutschsein als Selbstschutz derer bezeichnen, „die sich vor einem Leistungsvergleich scheuen“ und ihre Privilegien erhalten wollen. Die Münklers möchten das Deutschsein dagegen verstehen als „eine normativ angereicherte Identitätszuschreibung, die Anforderungen enthält, denen man sich stellen muss“ – und zwar sowohl die Neankömmlinge als auch die Alteingesessenen. Letztere verlören durch Faulheit zwar nicht ihr Deutschsein, wohl aber das Recht, aus ihrer Identität andere auszuschließen.

Die Münklers wollen Identität also ausdrücklich als Projekt verstehen, um auch die Flüchtlinge und andere Einwanderer zu Deutschen machen zu können. Auch der in Syrien geborene Politikwissenschaftler Bassam Tibi vermisst bei der deutschen Gesellschaft bisher gerade diese Art „Identität“, wie er sie in Amerika erlebt habe, die Fähigkeit, ein Zugehörigkeitsgefühl auch jenseits der ethnischen Grenzen zu erzeugen. Das ist ein wichtiges Programm, der den Identitätsbegriff für die Zukunft öffnen könnte. Doch auf einer anderen Ebene gilt es auch das Verlangen nach einem Schutzraum zu verstehen und aus seiner identitären Engführung herauszuführen.

Quelle: F.A.S.

147,47

Nach Landtagswahl

Der Aufstieg der AfD

Im Aufstieg der AfD spiegelt sich auch die zunehmende Kritik an der Folgen der Globalisierung. Ein Kommentar.

05.09.2016, von **HOLGER STELTZNER**



© DPADie AfD befindet sich weiter im Höhenflug, auch wenn sie nicht jedes Ziel erreicht.

Der Wahlerfolg der Alternative für Deutschland, die jetzt in Mecklenburg-Vorpommern die CDU als zweitstärkste Partei abgelöst hat, ist mehr als eine Reaktion auf den Kontrollverlust der Bundesregierung in der Flüchtlingsfrage. Natürlich hauchte der grenzenlose Flüchtlingsstrom nach Deutschland der **AfD** neues Leben ein, nachdem sich die Aufregung über die Euro-Rettungspolitik gelegt hatte. Doch die Ablehnung der „Wir-schaffen-das-Willkommenspolitik“ von Bundeskanzlerin Merkel (CDU) erklärt den Erfolg der AfD nicht allein.



Autor: Holger Steltzner, Herausgeber.Folgen:

In ihrem Aufstieg spiegelt sich auch die zunehmende Kritik an der Globalisierung. Deren Verlierer sind nicht wenige, wie man im Rostgürtel der Vereinigten Staaten oder in Südeuropa sehen kann. In den alten Industrieländern läuft der Wohlstandszuwachs aus. In Amerika schließt der soziale Abstieg Millionen auch weißer Männer ohne Hochschulabschluss vom Arbeits- und Heiratsmarkt aus. Ähnliches gilt für eine Generation junger Europäer, die in den Euro-Krisenstaaten ohne Perspektive aufwachsen.

Die neue Normalität in den alten Industriestaaten heißt Stagnation oder gemächliches statt starkes Wachstum. Im Westen machen viele Menschen die neue Erfahrung stagnierender oder sinkender Realeinkommen. Die Verteilung des Wohlstands ändert sich, der Anteil der Rentner wächst, die Einwanderung verschärft den Kampf am Arbeits- und Wohnungsmarkt. Im Zuge der Globalisierung werden Arbeitsplätze von Amerika oder Europa nach Asien exportiert, während der technische Wandel traditionelle Geschäftsmodelle bedroht. In den alten Industriestaaten haben viele Leute den berechtigten Eindruck, dass es ihnen schlechter geht als ihren Eltern. Was das heißt, wird deutlich, wenn man sich klarmacht, dass es dann auch den Kindern nicht mehr bessergehen wird.

Seitdem Populisten in Amerika oder Europa die Sorgen der Verlierer der Globalisierung aufnehmen, geraten die alten Volksparteien unter Druck. Die herrschende Elite mag linke wie rechte Populisten verachten, aber sie kann deren Erfolge nicht ignorieren. Durch sie haben die Abgehängten ein Sprachrohr, weshalb die Volksparteien nicht länger so tun können, als gäbe es keine Umbrüche durch Globalisierung und Digitalisierung. Selbst in Deutschland, das sich besser als andere Länder im Wettbewerb behauptet, gibt es trotz Vollbeschäftigung eine neue soziale Spaltung. Der Soziologe Heinz Bude spricht von Verbitterten mit Degradierungserlebnissen, von Selbstgerechten in Abwehrhaltung und Übergangenen im täglichen Überlebenskampf. Diese Gruppen haben ein Potential von einem Drittel der deutschen Wähler.

In der Schweiz, Österreich, Frankreich und den Niederlanden, in Dänemark oder Schweden und nun auch in Deutschland schöpfen neue Parteien dieses Potential zusehends aus. Offenbar verschmilzt die Kritik an der Einwanderung mit der Furcht vor Islamisten, der Sorge um die innere und äußere Sicherheit und der Kritik an der Globalisierung. In Europa kommt die Enttäuschung über die EU hinzu, die trotz unzähliger Rechts- und Regelbrüche weder die Zuwanderung steuern noch die Euro-Schuldenkrise durch mehr Wachstum lösen konnte. Als Reaktion kommt aus traditionellen Parteien nur der Vorwurf, die Populisten gaukelten verunsicherten Bürgern einfache Lösungen für schwierige Fragen vor. Auch wenn das so ist, so führt das unzufriedene Wähler nicht zurück zu den Volksparteien. Wenn etablierte Parteien die Erwartungen enttäuschen, entsteht Raum für eine neue Partei. Vor Jahren nahmen die Grünen eine solche Strömung auf, heute die AfD. Quelle: F.A.Z.

147,48

Analyse (+ Video)

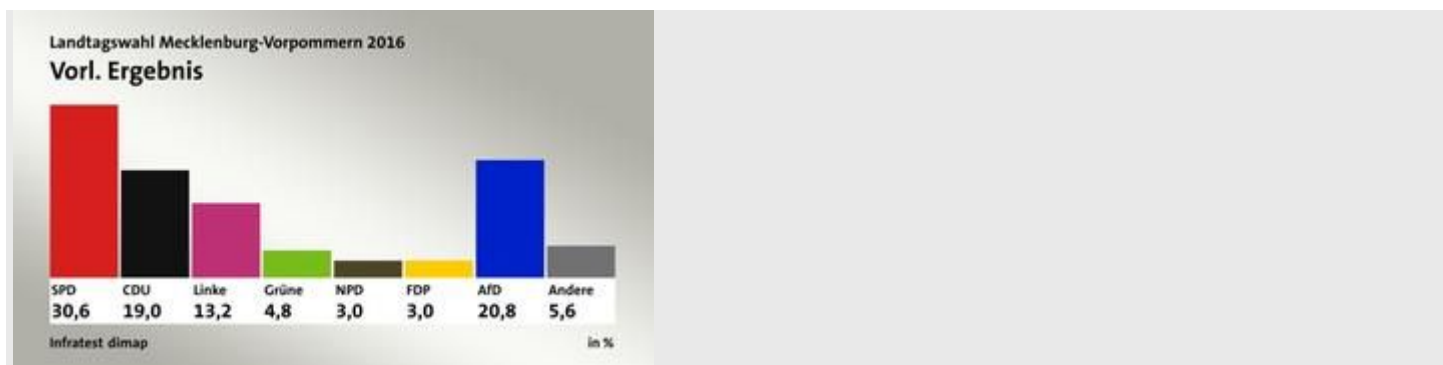
Wer wählte was warum?

Stand: 04.09.2016 23:20 Uhr

Die SPD verdankt ihren Sieg Ministerpräsident Seling. Der Koalitionspartner CDU profitiert dagegen nicht vom Lob vieler Bürger für die Regierungsarbeit. Die AfD verdankt ihren Aufstieg vor allem einem Thema. Eine Analyse des Wahlergebnisses auf Basis der Zahlen von Infratest dimap.

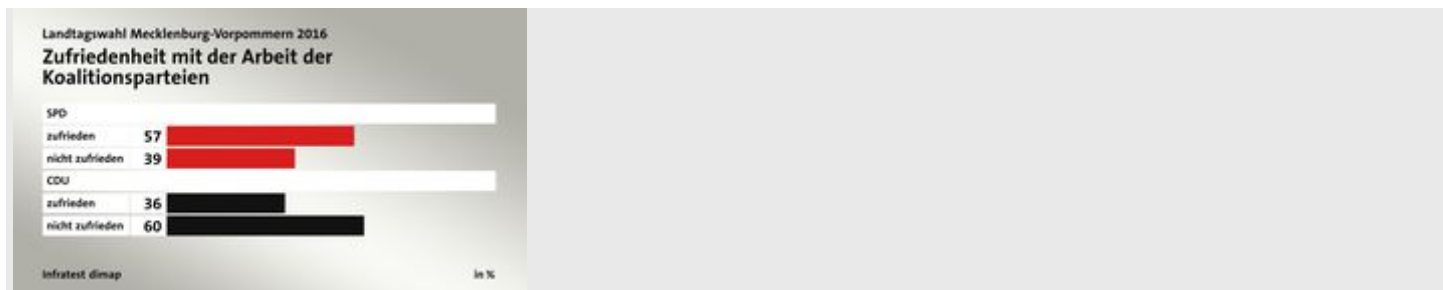
Von David Rose, tagesschau.de

Dass die SPD zum fünften Mal in Serie stärkste Kraft in Mecklenburg-Vorpommern geworden ist, hat sie vor allem Erwin Sellering zu verdanken. Der Ministerpräsident erreichte nicht nur die mit Abstand höchsten Zustimmungswerte aller Spitzenkandidaten, sondern mobilisierte auch am stärksten die eigene Anhängerschaft: 39 Prozent der SPD-Wähler entschieden sich vor allem seinetwegen für die Sozialdemokraten. Zum Vergleich: CDU-Spitzenkandidat Lorenz Caffier war nur für 20 Prozent der Unionsanhänger der wichtigste Grund für ihre Wahlentscheidung.



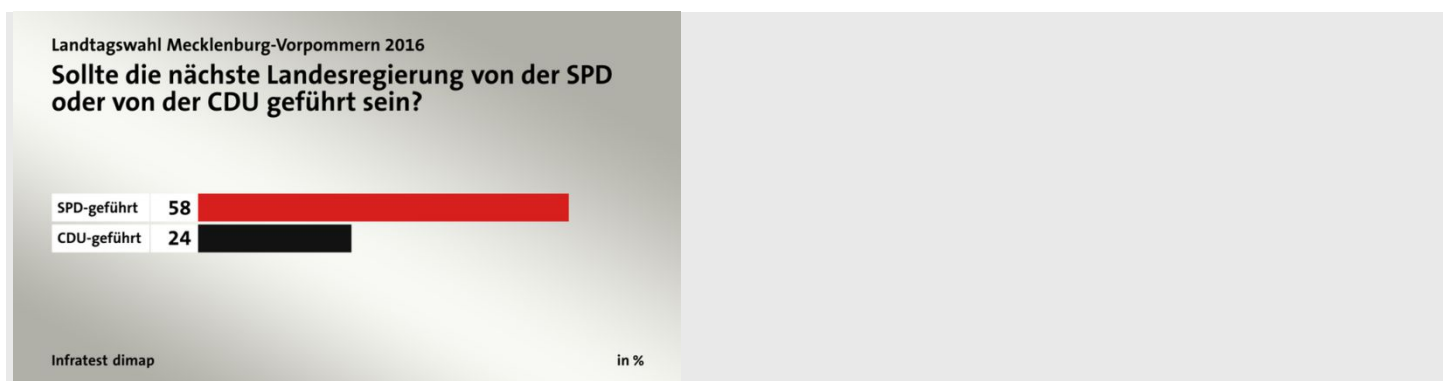
Hätten die Bürger den Regierungschef direkt wählen können, hätten sich 65 Prozent für Sellering und nur 20 Prozent für Caffier entschieden. Der SPD-Politiker stach seinen Kontrahenten in allen Bereichen aus: Die Wähler hielten ihn für glaubwürdiger, sympathischer und selbst in der traditionellen CDU-Domäne Wirtschaftspolitik für kompetenter. Sogar 44 Prozent der CDU-Wähler zogen Sellering als Ministerpräsidenten dem eigenen Spitzenkandidaten vor. Auch im Vergleich der Kompetenzen der verschiedenen Politikbereiche lag die SPD fast überall vor der CDU.

Positive Bewertung der Regierung



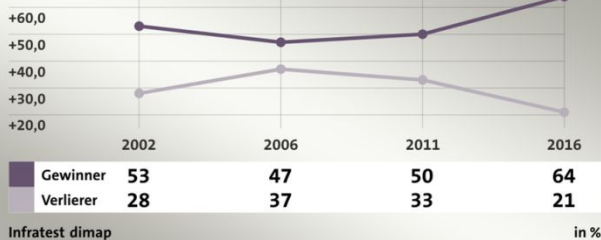
Die Bilanz der von Sellering geführten Landesregierung fiel aus Sicht der Wähler sehr positiv aus. 61 Prozent waren mit der Arbeit der Regierung zufrieden - mehr als je zuvor in Mecklenburg-Vorpommern. Eine deutliche Mehrheit bewertete die Arbeit der SPD in der Koalition positiv, dagegen zeigte sich eine klare Mehrheit mit dem Beitrag der CDU zur Regierungsarbeit unzufrieden.

Folgerichtig war von Wechselstimmung im Land nichts zu spüren: 58 Prozent sprachen sich dafür aus, dass die SPD die künftige Regierung führen solle. Dabei stieß eine Fortsetzung des rot-schwarzen Bündnisses mit einer Unterstützung von 60 Prozent auf weitaus größere Zustimmung als die mögliche Alternative Rot-Rot-Grün, die nur 42 Prozent befürworteten.



Die guten Imagewerte der regierenden SPD und des Ministerpräsidenten korrespondieren mit der positiven Grundstimmung im Land: Erstmals bewertete eine Mehrheit der Bürger die wirtschaftliche Lage in Mecklenburg-Vorpommern vor einer Landtagswahl positiv. 64 Prozent gaben an, sich als Gewinner der gesellschaftlichen Entwicklung zu sehen und sogar 80 Prozent stufen die eigene wirtschaftliche Situation als gut ein.

Fühlen Sie sich als Gewinner oder Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung?



Flüchtlingspolitik spielte wichtige Rolle

Dass trotzdem beide Regierungsparteien zusammen knapp zehn Prozentpunkte einbüßten, hatte vor allem mit der Bundespolitik zu tun, die für 36 Prozent die wichtigste Rolle bei der Stimmabgabe spielte. Das Thema Flüchtlingspolitik stand dabei im Vordergrund, auch wenn nur 21 Prozent angaben, dass das für sie das wichtigste Thema bei der Wahlentscheidung gewesen sei. Sorgen und Ängste im Zusammenhang mit der Ankunft zahlreicher Flüchtlinge sind in Mecklenburg-Vorpommern weit verbreitet. Davon profitierte besonders die AfD. Dagegen litt besonders die CDU unter der Dominanz dieses Themas: 78 Prozent der Wahlberechtigten teilten die Ansicht, dass die Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Merkel der CDU geschadet habe.

85 Prozent der Wahlberechtigten sprachen sich für eine dauerhafte Begrenzung der Flüchtlingszahlen aus, fast jeder Zweite zeigte sich in Angst angesichts der Flüchtlingszahlen. Fast die Hälfte der Befragten fand zudem, dass für Flüchtlinge mehr getan werde als für die einheimische Bevölkerung. Zwei Drittel vertraten die Ansicht, dass infolge des Flüchtlingszuzugs die Sozialausgaben zu stark stiegen und auch der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark zunehmen werde.

„Die Zahl der Flüchtlinge macht mir Angst.“



Für Flüchtl. wird mehr getan als für Einheimische

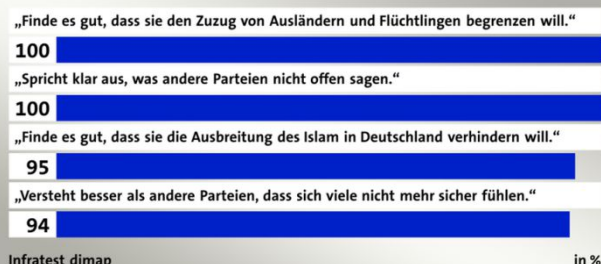


Ängste und Sorgen bei AfD-Anhängern am größten

Unter den AfD-Anhängern waren diese Sichtweisen noch weitaus stärker ausgeprägt als in der Gesamtbevölkerung. Mehr als jeder zweite AfD-Wähler stufte die Flüchtlingspolitik als wahlentscheidendes Thema ein - bei den Wechselwählern, die sich von anderen Parteien abwandten und diesmal der AfD ihre Stimme gaben, lag dieser Anteil noch höher. Und nur unter AfD-Wählern spielte die Bundespolitik eine größere Rolle für ihr Votum als die Landespolitik.

Die AfD-Anhänger lobten vor allem Forderungen ihrer Partei nach einer Begrenzung der Flüchtlingszahlen und jene Positionen, die sich gegen eine Ausbreitung des Islam in Deutschland richteten. Sie bescheinigten ihr aber auch das beste Verständnis für das wachsende Unsicherheitsgefühl der Bürger.

Ansichten der AfD-Wähler über ihre Partei

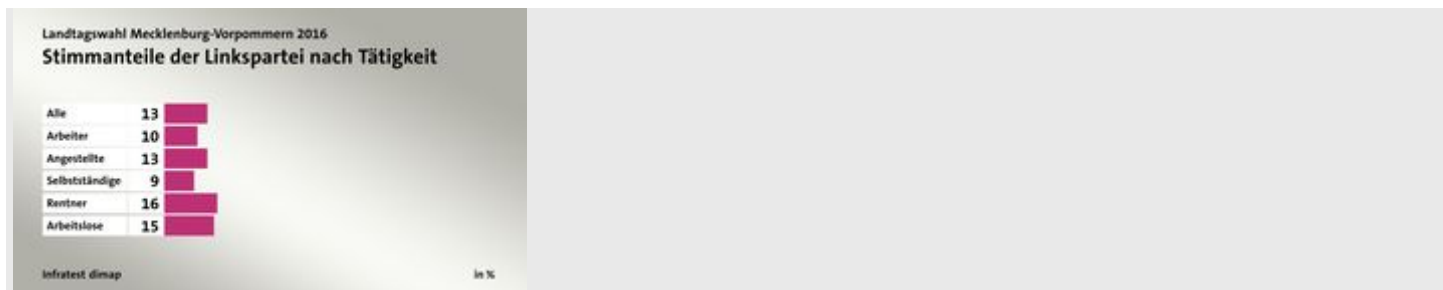


Mit ihren Positionen erreichte die AfD breite Bevölkerungsschichten. Unter Arbeitern und Arbeitslosen wurde sie ebenso wie unter Selbstständigen stärkste Kraft im Land. Die SPD blieb dagegen Nummer eins unter Angestellten, Beamten und Rentnern. Die höchsten Stimmanteile erreichte die AfD bei Wählern mit niedrigem Bildungsgrad (28 Prozent), während sie bei den höher Gebildeten mit 15 Prozent deutlich hinter SPD und CDU und nur knapp vor der Linkspartei landete. Jeder vierte Mann setzte sein Kreuz bei der AfD, aber nur jede sechste Frau.

CDU punktet bei Beamten und Selbstständigen

Dagegen wählten Frauen deutlich häufiger die SPD als Männer - und ihren größten Rückhalt hatten die Sozialdemokraten mit 39 Prozent in der Altersgruppe der Über-60-Jährigen. Die stärksten Einbußen musste die SPD bei niedrige Gebildeten, bei Arbeitslosen und Beamten hinnehmen. Die CDU erreichte ihre höchsten Stimmanteile - trotz hoher Verluste - erneut bei Beamten und Selbstständigen. Am schlechtesten schnitt sie bei Arbeitslosen und Arbeitern ab.

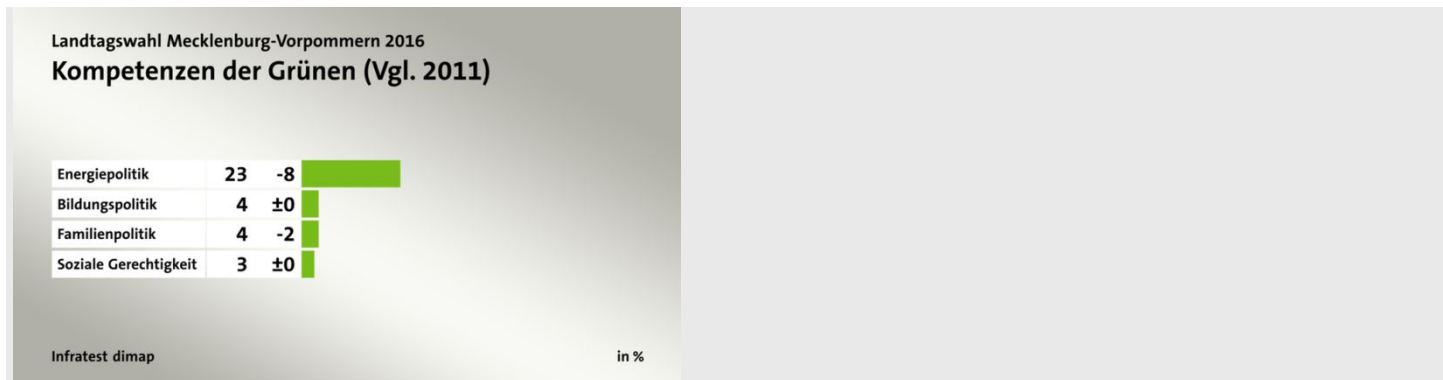
Linkspartei verliert Protestwähler



Die Linkspartei, die ihr bislang schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern verzeichnete, verlor am stärksten bei Männern über 45 Jahre, bei Arbeitern und Rentnern. Sie stärkte zwar im Vergleich zur Wahl 2011 weiter ihr Profil bei wichtigen Landesthemen wie der sozialen Gerechtigkeit, blieb aber auch in dieser Frage weit hinter der SPD zurück. Die Partei verlor aber vor allem an die AfD-Wähler. Denn das Motiv des Protests gegen soziale Ungerechtigkeiten verlor auch durch die wirtschaftliche Entwicklung im Land an Bedeutung - wodurch dieses Protestwählerpotenzial für die Linkspartei schwand. Die AfD profitierte dagegen vom Protest gegen gesellschaftspolitische Entwicklungen.

Gespaltene Sicht auf die Grünen

Die Grünen werden im Land einerseits positiv gesehen - zwei Drittel sprachen sich vor der Wahl für einen erneuten Einzug der Partei in den Landtag aus, fast jeder zweite hätte sogar eine Regierungsbeteiligung der Grünen gerne gesehen. Andererseits werfen ebenfalls zwei Drittel der Befragten der Partei vor, sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze zu kümmern und zu wenig auf die Bürger zu achten. Ihr zentrales Kompetenzfeld Energiepolitik hat fünf Jahre nach der Wahl unter dem Eindruck von Fukushima an Bedeutung verloren - in anderen Bereichen gelang es der Partei aber nicht, ihr Profil zu verbreitern. Letztlich erreichte die Partei nur bei den Unter-25-Jährigen mit einem Anteil von zwölf Prozent ein zweistelliges Ergebnis. In der wichtigen Wählergruppe der Über-60-Jährigen fanden sie dagegen nur eine Unterstützung von drei Prozent.



147,51

La leçon de laïcité de Manuel Valls au "New York Times"

Le Premier ministre s'insurge contre un article du quotidien américain qui recueillait des témoignages de musulmanes européennes se disant discriminées.

SOURCE AFP

Publié le 05/09/2016 à 17:38 | Le Point.fr



Le Premier ministre juge que le burkini est le signe d'une domination masculine. Interdire aux femmes de le porter les libère. © AFP/ PASCAL PAVANI

Manuel Valls n'a pas du tout aimé le travail du *New York Times*. Le quotidien américain a publié récemment [des témoignages de femmes musulmanes européennes](#) faisant état de discriminations. L'article a été traduit en français, afin que les Français puissent en prendre connaissance. « Je tenais à répondre à l'article *Regards changés et langues déliées*, paru dans les colonnes du *New York Times* le 2 septembre, et qui donne une image insupportable, car fautive, de la France, pays des Lumières et pays des libertés », précise le Premier ministre dans une tribune publiée [sur le site du Huffington Post](#).

« Les témoignages se succèdent, décrivant une France où *la lune jaune* cousue sur les vêtements des musulmans serait la prochaine étape comme il y eut une étoile jaune pour désigner les juifs sous l'occupation nazie. Une France où les musulmans seraient *moins bien considérés que des chiens*. Une France avec un régime d'apartheid forçant les musulmans à quitter leur pays pour faire des études, trouver un emploi, faire carrière », dénonce-t-il. « Par son histoire, sa géographie, ouverte sur le bassin méditerranéen et le continent africain, par son immigration, la France entretient des liens très forts avec l'islam. Elle s'enorgueillit que l'islam soit la deuxième religion du pays. Des millions de citoyens de confession ou de culture musulmane vivent en respectant parfaitement leurs devoirs, et en jouissant pleinement de leurs droits », défend le chef de gouvernement.

Des témoignages biaisés

« Ce que je conteste avec la plus grande vigueur, c'est que le journaliste donne la parole à des femmes de confession musulmane en prétendant que leur voix serait étouffée, et ce, pour dresser le portrait d'une France qui les opprimerait », regrette-t-il. « Par ailleurs, elle n'explique pas ce que sont les principes républicains : liberté, égalité, fraternité, et la laïcité à la française. »

Plus grave, selon Manuel Valls, le travail de la journaliste du quotidien américain ne constitue en rien « une enquête de terrain ». Il affirme même que « la plupart » de ces témoignages ont été obtenus lors du « camp d'été décolonial ». Le 25 août, un séminaire de formation à l'antiracisme réservé aux victimes du « racisme d'État » s'ouvrait à Reims provoquant l'ire de nombreux politiques. Ce rendez-vous n'était accessible qu'aux personnes victimes de « racisme structurel », excluant ainsi les Blancs.

Enfin, le Premier ministre réaffirme sa position contre le burkini et pour les arrêtés qui les interdisant. Il conteste l'interprétation hâtive faite par une partie des médias étrangers qui ont conclu à la stigmatisation, à l'atteinte à la liberté des musulmans à pratiquer leur culte... « Mais enfin ! C'est précisément pour la liberté que nous nous battons », explique le Premier ministre. Qui s'insurge de « l'incroyable retournement : dans les témoignages cités, le burkini est présenté comme un instrument de libération de la femme ! »

Manuel Valls tente enfin d'expliquer « la laïcité à la française », « cette singularité [qui] a du mal à être comprise à l'étranger ». Il rappelle qu'elle tient en une stricte séparation des Églises et de l'État, à la neutralité de ce dernier. En découle que le voile est autorisé dans l'espace public, excepté pour les fonctionnaires. Il souligne que ce n'est pas le voile qui est interdit à l'école – aux élèves et aux enseignants –, mais tous signes religieux ostensibles.

Au *New York Times*, Manuel Valls l'assure : la France n'est en rien « islamophobe », elle veut au contraire « faire la démonstration éclatante que l'islam est pleinement compatible avec la démocratie, la laïcité, l'égalité femmes-hommes. C'est le coup le plus cinglant que nous pourrions porter à l'islamisme radical, qui n'aspire qu'à une seule chose : nous dresser tous les uns contre les autres. »

147,52

Bilan économique de Hollande : comment le choc fiscal a plombé la croissance et l'emploi

Mis à jour le 06/09/2016 à 09:40

• LE SCAN ÉCO - François Hollande avait fixé comme objectifs économiques pour son quinquennat de retrouver la croissance, réduire le chômage et assainir les comptes publics. Le bilan du président en chiffres et en graphiques.

Le quinquennat de [François Hollande](#) s'est ouvert en mai 2012 dans un contexte économique défavorable: [chômage en hausse](#), finances publiques dégradées, croissance en berne et crise européenne. Le nouveau président de la République s'était fixé comme objectif «de retrouver le chemin de la croissance et de réduire le chômage tout en assainissant les comptes publics», a rappelé l'OFCE lors d'une [présentation de ses futurs travaux en vue de la présidentielle de 2017](#). Après quatre années de mandat, la France montre de tout petits signes de reprise (depuis quelques mois), un taux de chômage toujours très élevé (qui commence à reculer), et des finances publiques améliorées, mais pas équilibrées. Le point sur le bilan économique de François Hollande, dont les grandes lignes ne devraient plus évoluer brutalement d'ici mai prochain, sauf choc international majeur.

• Un mandat coupé en deux
2012-2014 : le choc fiscal

Le mandat de François Hollande a commencé en 2012 et 2013 par un choc fiscal d'une ampleur inédite, inconnue depuis la fin de la Seconde guerre mondiale, «dont les conséquences en termes de croissance et d'emploi [ont été sous-estimées par le gouvernement](#)», a expliqué Xavier Ragot, président de l'Observatoire français des conjonctures économiques et chercheur au CNRS.

L'effort en prélèvements obligatoires a été réparti entre les entreprises (+16 milliards) et les ménages (+32 milliards); la contribution des ménages passant essentiellement par la hausse des impôts sur le revenu (IRPP et CSG), sur le patrimoine (ISF) et par la hausse des cotisations sociales, notamment au moment de la réforme des retraites.

2014-2017 : une politique de l'offre

En 2014, l'exécutif stoppe cette stratégie. Il cherche désormais à maîtriser la dépense et opte pour une politique de l'offre (de soutien aux entreprises), avec un recul important des prélèvements obligatoires sur les sociétés ([revenus aujourd'hui à leurs niveaux de 2017](#)), centrée sur la réduction du coût du travail (avec le [CICE](#) et le [Pacte de responsabilité](#)). Ce qui a permis de restaurer leurs marges, particulièrement dans l'industrie.

De leur côté, les ménages [continuent de voir leurs impôts augmenter](#) (malgré les messages officiels de «pause fiscale»), leurs salaires modérés (la France est, avec l'Espagne, le grand pays qui a connu le plus fort ajustement sur sa masse salariale entre 2012 et 2016), et leur pouvoir d'achat diminuer. Un pouvoir d'achat qui, en 2016, «reste inférieur de 350 euros à son niveau de 2010, quand l'austérité a commencé», selon les calculs de l'OFCE.

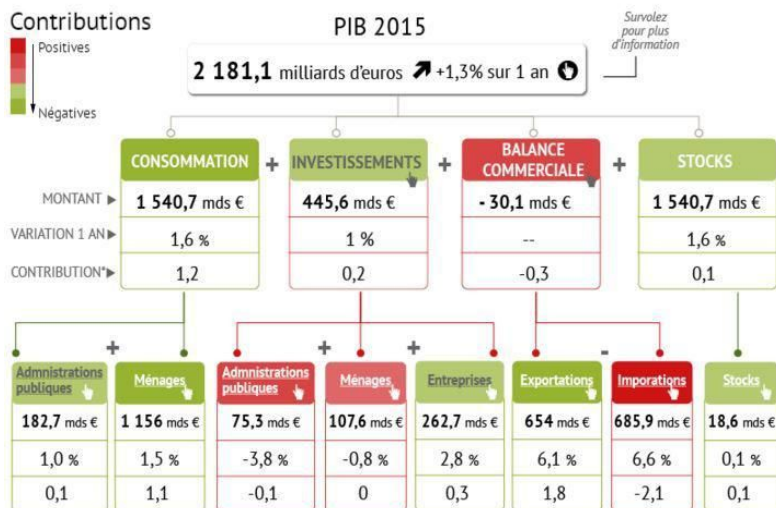
Les objectifs confrontés aux résultats

• Une croissance plate puis molle

De 2008 à 2012, période de crise majeure sous Nicolas [Sarkozy](#), la France avait fait plutôt mieux que ses voisins. Mais entre 2013 et 2015, sous Hollande, la France s'est fait rattraper par la zone euro et distancer par l'Allemagne: en plus du choc fiscal -qui aura coûté en moyenne 0,8 point de croissance par an à la France selon l'OFCE-, l'Europe était alors en crise du crédit, les pays émergents ont commencé de ralentir, et le marché du pétrole en surchauffe. «Au final, tous ces chocs ont amputé le PIB d'environ 5 % sur les quatre premières années du mandat» de Hollande, a évalué l'OFCE.

Entre 2012 et 2016, le PIB français n'a crû que de 3,8%, grâce, pour moitié, à la consommation, pour 30% à l'investissement des entreprises, et pour 20% aux dépenses des administrations publiques.

Ce qui tire, et ce qui plombe, la croissance française



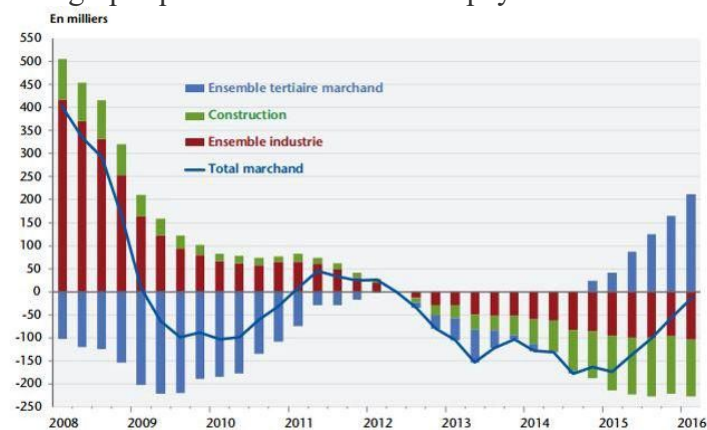
* Contribution à la croissance en points du PIB
Source : INSEE

Infographie LE FIGARO

• Un taux de chômage toujours très élevé

Trop d'impôt, trop vite, tue donc la croissance, et l'emploi: le début du mandat de François Hollande le prouve (voir le graphique ci-dessous). Il avait promis d'inverser la courbe, mais de 2012 à 2015, l'objectif a été raté: le taux de chômage a même dépassé les 10% dès le début de 2013. En 2016, le taux devrait enfin reculer, mais peu, et atteindre 9,8% de la population active. Pas de quoi se réjouir alors que de nombreux dispositifs mis en place depuis 2012, comme la prime temporaire à l'embauche pour les PME, les contrats de génération, les contrats aidés et le plan de formation des chômeurs, ont eu des retombées globalement décevantes. De plus, en intégrant les personnes qui sont à temps partiel et lesdits «chômeurs découragés», en tout, près de 6 millions de Français sont fragilisés vis-à-vis de l'emploi, «soit 440.000 personnes, ou 8%, de plus qu'il y a quatre ans», note l'OFCE.

Pour l'OFCE, le chômage (au sens du BIT) devrait augmenter d'environ 100.000 personnes, malgré 720.000 créations d'emplois, sur l'ensemble du quinquennat, à cause d'une croissance trop faible et de la croissance démographique soutenue dans notre pays.

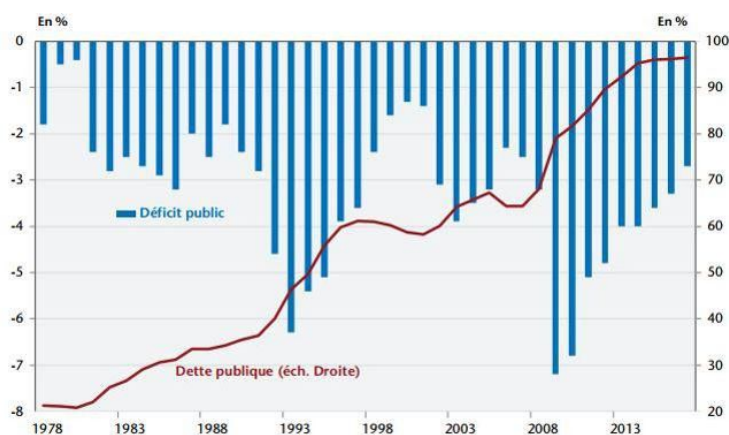


Sources : INSEE, DARES.

• L'état des finances publiques amélioré, mais pas équilibré

L'effort d'assainissement des finances publiques aura conduit à un ajustement budgétaire conséquent. Selon les calculs de la Commission Européenne, le solde structurel français (c'est-à-dire le solde corrigé des effets de la conjoncture) se serait amélioré de 2,5 points sur la période 2012-2016.

Si la dépense publique n'a pas baissé, elle a moins augmenté: entre 2013 et 2017 la progression de la dépense en volume est de 0,5 %, un niveau nettement inférieur à son évolution historique (2,0 % en moyenne entre 2000 et 2011).



Sources : INSEE, Programme de Stabilité 2016-2019.

Malgré tout, l'objectif d'équilibre des finances public n'est pas atteint: en 2013, le déficit public devrait être de 3,3% du PIB. Mais, pour l'OFCE, «il est probable que le même résultat ait pu être atteint avec une évolution plus graduelle de la fiscalité», qui n'aurait pas autant plombé la croissance et l'emploi. Par ailleurs, la dette, qui n'a pas diminué, devrait monter à 96,5% du PIB en 2017. Une situation qui deviendrait très problématique si [les taux des États](#) venaient à remonter, mais qui est comparable à celle du reste de l'Europe, où en moyenne, l'endettement atteint 93% du PIB.

»» LE SCAN ÉCO - Taux ultra-bas: une situation inédite, anormale, et dangereuse

En % du PIB

	2011	2012	2013	2014	2015	2016 ¹	2017 ¹
Solde public	-5,1	-4,8	-4,0	-4,0	-3,6	-3,3	-2,7
Variation du solde structurel (en point de PIB potentiel)²	0,8	0,8	0,8	0,7	0,3	0,3	0,5
Dépenses publiques (DP, en % du PIB)	55,9	56,8	57,0	57,3	57,0	56,0	55,3
DP hors crédits d'impôts restituables (en % du PIB)	55,1	56,0	56,2	56,1	55,6	54,6	54,0
Taux de prélèvements obligatoires (en % du PIB)	42,6	43,8	44,8	44,8	44,7	44,2	44,0
Dette publique au sens de Maastricht (en % du PIB)	85,2	89,6	92,4	95,3	96,1	96,2	96,5

1. Les prévisions de 2016 et 2017 sont issues du PStab 2016-2019.

2. La variation du solde structurel est calculée par la Commission européenne entre 2012 et 2015, puis par le gouvernement (PStab 2016-2019).

Sources : INSEE, Ameco, PStab 2016-2019, calculs OFCE.

147,55

Umgang mit der AfD

Seid furchtlos und führt die Debatte!

Der Ekelfaktor prägt den Umgang mit der AfD. Das ist sinnlos, kontraproduktiv und verrät Misstrauen gegenüber unserer Demokratie.

06.09.2016, von PAUL INGENDAAY



© AFPI Im Umgang mit ihrer Partei sollten wir uns auf die Tugenden einer erprobten Demokratie besinnen: Frauke Petry und Leif-Erik Holm am Tag nach der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern.

Wenn eine deutsche Politikerin von ihrer Politik wiederholt sagt, sie sei „alternativlos“, und kurz darauf eine Partei gegründet wird, die sich „Alternative für Deutschland“ nennt, dann ist das erst einmal ziemlich witzig. Doch nicht viele Leute haben darüber gelacht. Offenbar sind Deutsche nur lustig, wenn es nicht auf ihre Kosten geht. Dass es außerdem geradezu modellhaft demokratisch ist, auf eine angeblich alternativlose Situation mit einer politischen Alternative zu reagieren, noch dazu, indem man die beträchtliche Mühe auf sich nimmt, eine neue Partei zu gründen, wäre ein weiterer interessanter Gedanke gewesen, aber den packen wir gleich wieder ein. Denn auch politische Theorien dürfen nichts kosten. Und weh tun gleich gar nicht.



Autor: Paul Ingendaay, Europa-Korrespondent des Feuilletons in Berlin.Folgen:

Nun hat sich aber die „Alternative für Deutschland“ festgesetzt und bekommt Zulauf, weit mehr, als es **NPD**, Republikanern oder DSU je gelungen ist. Sie schafft diesen Aufstieg trotz Abspaltungsunruhen, innerer Zerstrittenheit, peinlicher Skandale und bestürzend ärmlicher Argumente. Nach der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern sitzt die Partei in neun Landesparlamenten, teilweise mit Ergebnissen, welche die immer noch so genannten „Volksparteien“ vor Neid erblassen lassen. Das müsste die Medien und uns alle neugierig oder zumindest nachdenklich machen.

Irgendwann wird der Ekel nachlassen

Neugierde und Nachdenklichkeit sind aber das Letzte, was dieser Beobachter (der nach fast zwei Jahrzehnten im Ausland erst kürzlich nach Deutschland zurückgekehrt ist) im Umgang mit der **AfD** wahrnimmt. Sondern vor allem Ängstlichkeit, pädagogischer Übereifer und ein Hang zu Bevormundung und Intoleranz. Tugenden einer erprobten Demokratie wie Gelassenheit und korrekte Formen gehen dabei als erste über Bord. Nach einer Wahl vor einem halben Jahr, bei der die AfD zweitstärkste Kraft im Landtag geworden war, wurde der Vertreter dieser Partei – der klare Sieger des Abends – im Fernsehstudio selbstverständlich erst als Letzter um einen Kommentar zum Wahlausgang gebeten. Fairness? Die bewahren wir uns für wichtigere Gelegenheiten auf. Das einigende Moment unter den Parteiführern war der Igit-Faktor. Er hängt den Rechtspopulisten an wie Körpergeruch. Dabei könnten wir leicht auf das Wissen aus der PDS-Debatte zurückgreifen: Irgendwann wird der Ekel nachlassen und das Prinzipielle leiser tönen; dann sind wir im politischen Alltag angekommen. „Zuerst die gute Nachricht: NPD ist draußen“ stand nach der Wahl im Nordosten bei der „taz“ auf der Titelseite. „Und hier die schlechte: AfD zweitstärkste Kraft.“ Das grenzt schon an Desinformation. Denn es geht ja gerade nicht um zwei isolierte Nachrichten – die eine „gut“, die andere „schlecht“ –, sondern ihre Beziehung zueinander: dass der Zulauf für die AfD die NPD, die zehn Jahre lang im Schweriner Landtag saß, in die Bedeutungslosigkeit zurückgestoßen hat.

Wo bleibt das Vertrauen in den Parlamentarismus?

Allgemein könnten sich Journalisten die Gratis-Missbilligung sparen. Wir fordern von der Anmoderation nicht seelische Massage, sondern lediglich Information. Dazu würde zum Beispiel gehören, nicht mehr den Gemeinplatz zu wiederholen, die AfD „schüre die Ängste ihrer Wähler“. Viel wahrscheinlicher – und unbequemer – ist die Theorie des AfD-Wahlsiegers Leif-Erik Holm. „Die Angst erzeugen gerade diejenigen, die das zulassen“, sagte er uns kürzlich in Schwerin, „also die Regierung. Wir greifen das Thema nur auf und bieten den Menschen eine Lösung an. Es ist Aufgabe der Parteien, die Themen zu erörtern, die den Menschen wichtig sind.“

Der letzte Satz, von einem SPD-Politiker gesprochen, wäre unanfechtbar, man könnte ihn problemlos ins Programm jeder politischen Partei schreiben. Im Mund des AfD-Manns wird er, so suggerieren uns manche Medien, zur Demagogie. Doch diesen Generalverdacht haben wir lange genug gepflegt. Es ist an der Zeit, die politische Debatte furchtloser zu führen. Wo bleibt das Vertrauen in den Parlamentarismus? Und sind wir wirklich darauf angewiesen, vor Hitler zu warnen, um der AfD mit Argumenten zu begegnen? Das ganze Antifa-Gedöns vernebelt doch nur eine ziemlich weit verbreitete Empfindung in diesem Land: Wir wissen nicht mehr, was kommt. Wir schaffen das, schon klar. Höchstwahrscheinlich. Aber wir müssen uns deutlicher darüber verständigen, *wie* wir das schaffen sollen. Offenbar weiß die große Koalition es selbst nicht genau. Das verunsichert. Dem „Pack“ den Stinckfinger zu zeigen ist jedenfalls nicht genug.

147,56

September 5, 2016 7:17 pm

Merkel seeks a swift answer to the populist problem

Nikolaus Blome

The massive influx of refugees from Syria has slowed to a trickle yet the AfD is still going nowhere, writes Nikolaus Blome



The state of Mecklenburg-Vorpommern is something of a backwater. Otto von Bismarck is said to have quipped that, if the world was about to end, he would move to Mecklenburg as it would take a further 50 years for the apocalypse to arrive there. Yet [the election to its state legislature](#) put this rural corner of northeastern Germany at the heart of a long-overdue debate.

Chancellor [Angela Merkel](#)'s Christian Democrats (CDU) finished third in Sunday's poll behind the rightwing populist Alternative for Germany and the Social Democrats (SPD).

The question is how to deal with the AfD now it is here to stay. The difficulty is that this is a party to which many of the usual rules of German political life do not seem to apply.

Normally, voters shun parties whose top officials publicly fight among themselves. Not so with the AfD. Public mudslinging among party leaders does not appear to be putting people off. Moreover, voters normally abandon their support for anti-establishment parties once a particular problem is solved or is no longer at the top of the political agenda.

This is what happened in the early summer of 2015 when the crisis in the eurozone was solved, for the time being at least, with a third bailout deal for Greece. The AfD's opinion poll ratings went down almost immediately. Not so this time. The massive influx of refugees and migrants from Syria and elsewhere in the Middle East has long since slowed to a trickle yet the AfD is still going strong.

This is bad news for Ms Merkel. Her style is pragmatic rather than emotional or charismatic. But it is emotion and fear that are fuelling the rise of the AfD, and the chancellor appears to have no answer to it. Nevertheless, she will not budge. Last week, she reaffirmed her [refugee policy](#). "I don't regret anything," she said in an interview with the Bild newspaper.

In the wake of the CDU's third place in Mecklenburg-Vorpommern, party officials, as well as ordinary members, are getting nervous. They ask anxiously whether the party can still win elections with Ms Merkel at the helm.

At the same time, adding to the sense of helplessness, they know that there is no obvious or plausible alternative to her. Win or lose, the party is chained to Ms Merkel, who will urge her colleagues and supporters to be patient. In December, a CDU convention is supposed to re-elect her as party leader. It is highly likely that she will use the occasion to announce her intention to [run for the chancellorship](#) again.

In short, the AfD is not going away and nor is Ms Merkel. So the CDU must decide whether the taboo on coalition-building with the AfD will be permanent. The discussion in the party will be painful, as much as the one the SPD had to undergo when the formerly communist Die Linke party did not vanish after reunification in 1990.

Bringing the AfD into the fold might be a way to defang a populist movement that is clearly anti-establishment and xenophobic. AfD officials say openly that they do not want to be in government but they cannot explain why. Pressing them on this point might be a more effective way of draining support for the populist party than any of the other strategies that the CDU has attempted.

Unfortunately, Ms Merkel is not a particularly daring or audacious politician. In all likelihood, she will try to keep on doing business as usual instead of broaching the delicate subject of coalition or co-operation with the AfD.

The chancellor might even tacitly count on the AfD entering the Bundestag after the [elections in autumn 2017](#) because, if it does, it will be mathematically impossible to construct a governing majority without her and the CDU. The paradox is that a strong AfD will probably help Ms Merkel stay in power for another term.

Jetzt wird es gefährlich einsam um Deutschland

In der Wirtschaftspolitik wenden sich wichtige Partner von Merkel ab. Sparen gilt von Washington bis Rom als gefährlicher Irrweg. Vor allem deutsche Top-Ökonomen geißeln diese neuen Pläne als fatal.

Von Jan Dams, Anja Ettl, Olaf Gersemann

Auto Start: anjaus

Angesichts der Krisen und wegen der mangelnden Bereitschaft zu Reformen warnt der Internationale Währungsfonds (IWF) vor einem Schwächeanfall der Weltwirtschaft. Es droht eine gigantische Neuverschuldung. Quelle: Die Welt

Jack Lew gab vor, für die ganze Welt zu sprechen. Noch bevor die Vertreter der 20 größten Industrienationen und Schwellenländer zum Gipfel im chinesischen Hangzhou zusammengekommen waren, stellte der US-Finanzminister klar: "Die G 20 diskutiert nicht länger über Wachstum versus Austerität, sondern darüber, wie sie ihre Finanzpolitik am besten zur Wachstumsunterstützung einsetzen kann."

Mit anderen Worten: Die internationale Gemeinschaft will nicht länger sparen, sondern lieber Schulden machen, um die durch zu viel Schulden ausgelösten Probleme zu bekämpfen. Doch so einig, wie Jack Lew es darstellte, sind die Staaten keineswegs.

Die Fehde darüber, was der beste Weg aus der Krise der lahrenden Weltkonjunktur ist, währt schon lange. Auf der einen Seite stehen Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU). Im Namen eines stabilen Euro und nachhaltiger Haushalte rufen die Deutschen unerbittlich zum Sparen auf. Auf der anderen Seite erheben Regierungen, die zusätzliches Geld ausgeben wollen, um die Wirtschaft anzufeuern, immer lauter ihre Stimme.

Sparpolitik gilt vielen als rotes Tuch

Das deutsche Mantra von strukturellen Reformen nebst Defizitabbau, das nach dem Schock der Euro-Krise zunächst das Gebot der Stunde schien, verliert immer mehr Unterstützer. Stattdessen wächst das Lager der Gegner, für die jede Form fiskalischer Enthaltsamkeit indiskutabel ist und nur Geldausgeben mit vollen Händen das ersehnte Wachstum verspricht. Deutschland steht in dieser Riege der großen Wirtschaftsnationen zunehmend allein. Dabei versinkt die durch jahrelange Minizinsen gedopte Weltwirtschaft längst in Schulden. Nach Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) dürften die Verbindlichkeiten der Industrieländer in diesem Jahr 107 Prozent ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung erreichen. Das ist das höchste Niveau seit Ende des Zweiten Weltkriegs.

Und der Trend ist eindeutig: In den USA wird das Budgetdefizit im Ende des Monats auslaufenden Etatjahr wohl 590 Milliarden Dollar erreichen, 151 Milliarden Dollar mehr als im Vorjahr. In Japan, wo seit Jahren ein schuldenfinanziertes Konjunkturprogramm auf das nächste folgt – das jüngste umfasst 119 Milliarden Euro –, will die Regierung vom Sparen nichts wissen. In Großbritannien hat die neue Regierungschefin Theresa May nach dem Brexit-Votum vorsorglich schon einmal eine "fiskalische Antwort" angekündigt.

Anti-Austeritäts-Rhetorik wird schärfer

Und im wirtschaftlich schwächeren Süden Europas wird die Anti-Austeritäts-Rhetorik immer schärfer. Italiens Premier Matteo Renzi etwa lässt keine Gelegenheit aus, mit dem Berliner Kurs abzurechnen: "Das Wort Sparpolitik hat nur Schaden angerichtet", sagte er diese Woche. Was Europa dringend brauche, sei mehr "flessibilità" – eine flexible Auslegung der Defizitaufgaben durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

In dasselbe Horn stößt Frankreichs Finanzminister Michel Sapin mit seiner Forderung, die Defizitregeln zu lockern. Und in Griechenland verstieg sich Alexis Tsipras gerade zu der Behauptung, durch die Sparpolitik bewege sich Europa "schlafwandelnd auf eine Klippe zu".

Kaum anders ist die Situation in den Entwicklungs- und den Schwellenländern. Gerade in den größeren von ihnen – zum Beispiel Argentinien, Brasilien, Indien, Mexiko und Russland – klaffen große Löcher im Etat. Einzig China steht offiziell etwas besser da, allerdings nutzt Peking die Möglichkeit, sich heimlich Geld zu beschaffen – über Schulden, die staatseigene Unternehmen aufnehmen.

Fast drei Billionen Dollar neue Schulden

Die Folge: In diesem Jahr wird die weltweite staatliche Neuverschuldung wie schon 2014 und 2015 steigen – laut IWF-Schätzung auf 2668 Milliarden Dollar. Das ist weit mehr als in den Jahren vor der Finanzkrise. Und: Erstmals in der Geschichte werden die Schwellen- und die Entwicklungsländer mehr als die Hälfte dazu beitragen.

Der rückläufige Kurs bei der Neuverschuldung, den die Regierungen nach der Finanzkrise ernüchert eingeschlagen hatten, ist jedenfalls bis auf Weiteres Geschichte.

Der Gürtel wird gelockert

Staatliche Nettokreditaufnahme weltweit in Milliarden Dollar

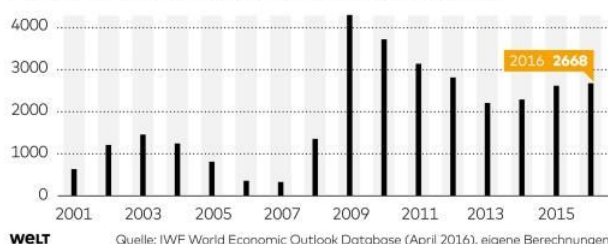


Foto: Infografik Die Welt

Das wäre alles noch zu erklären, wenn die Weltwirtschaft erneut in einer tiefen Krise steckte. Das tut sie zwar in einzelnen Ländern wie Brasilien – nicht aber in ihrer Gesamtheit. Dennoch dürften in diesem Jahr IWF-Statistiken zufolge von 191 Ländern nur 19 einen Überschuss erzielen. 102 demgegenüber werden wohl die Defizitgrenze von drei Prozent des BIP überschreiten, wie sie der Stabilitätspakt den Euro-Ländern vorschreibt.

Deutsche Top-Ökonomen warnen

Entsprechend kritisch sieht man vor allem in Deutschland die vielen Vorstöße, die Regeln erneut auszuhöhlen. "Die Abkehr von den Bemühungen zur Sanierung der Staatshaushalte gefährdet die Stabilität der Euro-Zone", warnt Ifo-Präsident Clemens Fuest gegenüber der "Welt am Sonntag".

Deutschland erzielt erneut Haushaltsüberschuss

Die Krisenstaaten in Südeuropa litten nicht unter vorübergehender Nachfrageschwäche, sondern unter mangelnder preislicher Wettbewerbsfähigkeit, überregulierten Arbeitsmärkten, schlechten Ausbildungssystemen und zu hohen Schulden. "Neue schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme werden das Problem verschärfen, statt es zu lösen. Den nationalen Regierungen wird damit ermöglicht, notwendige Reformen weiter zu verschleppen."

"Stabilität des Euro gefährdet"

"Südeuropäischen Staaten wie Italien höhere Schulden zu erlauben wäre der völlig falsche Weg, weil es die Stabilität des Euro gefährdet", sagt auch der bayrische Finanzminister Markus Söder (CSU). "Nachhaltiges Wachstum erreicht man nur durch Stabilisierung der Finanzen, Abbau von Schulden und Strukturreformen." Deutschland sei dafür der beste Beweis.

Der Freiburger Wirtschaftsweiser Lars Feld erteilt dem Ruf nach schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen ebenfalls eine klare Absage. "Das Argument für solche Programme ist immer, dass diese die Notenbanken und ihre ultralockere Geldpolitik entlasten."

Aber wie genau diese Entlastung funktionieren soll, erschließt sich nicht. Zumal diejenigen, die am lautesten danach schreien, in den vergangenen Jahren nicht wirklich konsolidiert haben."

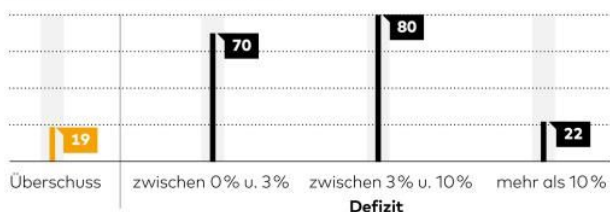
Chance zur Konsolidierung vertan

Genau darin liegt auch das größte Problem. Eigentlich wäre jetzt für die meisten Länder die Zeit zum Konsolidieren gekommen. Wie wichtig das ist, demonstrieren die IWF-Ökonomen Vítor Gaspar und Julio Escolano in einer aktuellen Untersuchung am Beispiel der USA und Großbritanniens.

Demnach steigt die Staatsverschuldung langfristig aus zwei Gründen: Erstens, weil sie sich in Krisen, etwa in Kriegszeiten, nach Ölpreisschocks oder dem Platzen von Börsenblasen, jäh stark erhöht; und zweitens, weil die Schulden danach, wenn überhaupt, nur sehr langsam wieder abgebaut werden. Plötzliche Schocks aber lassen sich nie ausschließen. Umso wichtiger ist die Konsolidierung in normalen Zeiten wie diesen.

Defizitsünder in der Mehrheit

Zahl der Länder nach Budgetsaldo



Quelle: IWF World Economic Outlook Database (April 2016), eigene Berechnungen

Foto: Infografik Die Welt

Kritisch sieht Lars Feld in diesem Zusammenhang auch die EU-Kommission. Statt über die Einhaltung des Paktes zu wachen, lasse sich die Brüsseler Behörde immer wieder darauf ein, die Regeln für Defizitsünder auszusetzen, wie zuletzt im Fall Portugals und Spaniens.

"Die Kreativität der Regierungen, warum man die Regeln nicht einhalten kann, ist groß. Die Kommission muss dagegenhalten, statt immer wieder einzuknicken. So drängt sich der Eindruck auf, dass ausgerechnet die Hüterin der EU-Verträge genau diese Verträge hintergeht."

Nur wenige schaffen schwarze Zahlen

Deutschland zählt zu den wenigen Ländern, die 2016 und 2017 überhaupt noch einen Überschuss ausweisen werden. Doch das Ansinnen mancher Politiker, im Vorfeld der Bundestagswahl die Spielräume vollständig auszunutzen, stößt bei Feld auf tiefe Skepsis: "Momentan wird in Berlin der Eindruck erweckt, man habe bei der Konsolidierung schon viel erreicht."

Dabei ist diese allein auf die Entlastung durch die niedrigen Zinsen zurückzuführen. Es gibt daher keinen Grund, jetzt in die Vollen zu gehen und die Defizit Ausgaben zu erhöhen, indem man etwa Investitionsprogramme anschiebt."

In Teilen der Bundesregierung sieht man das wohl ähnlich. "Die deutsche Wirtschaft brummt, Löhne und Renten steigen wie seit 20 Jahren nicht, die Steuereinnahmen sprudeln."

Selbst der überzeugteste Keynesianer muss doch einsehen, dass das nicht die Zeit für Defizitfinanzierung ist", sagt der Parlamentarische Staatssekretär Jens Spahn (CDU). "Wenn überhaupt, sollten wir Spielräume der Zukunft nutzen, um Steuern zu senken. Das befördert auch Wachstum."

147,59 (+ VIDEO)

INTEGRATION

06.09.16

Hier sind Flüchtlinge besser als deutsche Azubis

50 Flüchtlinge wollte Continental ausbilden, geworden sind es nur 30. Es mangelt an Sprachkenntnissen – und Bewerbern. Doch dafür bringen die Flüchtlinge in einem Bereich klare Vorteile mit.

Von [Philipp Vetter](#) Wirtschaftskorrespondent



Foto: picture alliance / SvenSimonAriane Reinhart, im Continental-Vorstand für das Personal verantwortlich, hatte mit mehr Auszubildungskandidaten unter den Flüchtlingen gerechnet

Check Kone hat es geschafft. Der 20-jährige Mann aus Mali hat vor wenigen Tagen bei Benecke-Kaliko, einem Tochterunternehmen von [Continental](#), in Hannover angefangen. Jetzt steht er an einer Maschine in der Produktionshalle und kontrolliert den Kunstlederbezug, mit dem später Autoarmaturenbretter bespannt werden, auf Fehler. Knapp 1000 Euro im Monat verdient Kone mit dieser Arbeit und hofft, dass er nach sechs bis zwölf Monaten eine Ausbildung zum Kautschukverfahrenstechniker beginnen kann.

Check Kone ist einer von insgesamt 30 Flüchtlingen, die im [Continental](#)-Konzern integriert werden sollen. Eigentlich hatte der Reifenhersteller und Autozulieferer insgesamt 50 Auszubildendenplätze mit Flüchtlingen besetzen wollen. Doch das Ergebnis des ersten Jahres ist trotz Erfolgsgeschichten wie der von Kone eher ernüchternd. Statt 50 Azubis beginnen in diesen Wochen nur acht Flüchtlinge direkt ihre Lehre, 22 weitere machen eine Einstiegsqualifizierung wie Kone.

Dass der Mann aus Mali es geschafft hat, liegt auch an seinen im Vergleich zu vielen Flüchtlingen guten Voraussetzungen. Er hat schon vor seiner Flucht durch Afrika und über das Mittelmeer in seiner Heimat begonnen, Deutsch zu lernen. Jetzt kann er sich bereits mit seinen Kollegen an der Conti-Maschine unterhalten. Damit ist Kone ein Einzelfall.

Mangelnde Sprachkenntnisse sind ein großes Problem

"Ich war so naiv anzunehmen, dass bei einer Million Flüchtlingen im Land schon 50 Auszubildende für uns dabei sein werden", sagt Ariane Reinhart, die im [Continental](#)-Vorstand für das Personal verantwortlich ist. Doch diese Annahme stellte sich schnell als falsch heraus. Zwar gebe es an vielen Orten eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Arbeitsagenturen, doch insgesamt habe das Unternehmen trotzdem zu wenige Profile von potenziellen Bewerbern erhalten.

Die Illusion von der schnellen Hilfe durch Flüchtlinge

Insgesamt 200 Kandidatenprofile erhielt Continental von den Behörden, gewünscht hätte er sich 500, sagt Steffen Brinkmann, der die deutsche Personalabteilung bei Continental leitet. Sehr schnell habe sich herausgestellt, dass die Sprachkenntnisse bei fast allen Bewerbern nicht ausreichten, um direkt eine Ausbildung zu beginnen. Auch das geringere Niveau, das für die sogenannte Einstiegsqualifizierung nötig war, erfüllten nur drei Kandidaten.

Flüchtlinge schnitten besser ab als Deutsche

Bei Continental entschied man sich dann, die Sprachkenntnisse zunächst einmal auszuklammern und den Auswahltest in der Landessprache der Bewerber anzubieten, um das Potenzial der Flüchtlinge herauszufinden.

"Es kommt uns weniger auf den sozialen Hintergrund und die formale Qualifikation an", sagt Reinhart. "Intelligenz hat nichts mit sozialer Herkunft zu tun." Das Ergebnis war verblüffend: In ihrer eigenen Sprache erfüllten 28 Prozent der Bewerber die Voraussetzungen, um eine Ausbildung zu beginnen.

Damit liegt das Ergebnis sogar über dem Durchschnitt, der auf dem gewöhnlichen deutschen Auszubildendenmarkt erzielt wird. Hier gelte die Faustregel, dass man etwa zehn Bewerber brauche, um eine Stelle zu besetzen, sagt Brinkmann. In der Gruppe der Flüchtlinge erfüllt mehr als jeder Vierte die Voraussetzungen.

Ausbildung hat in vielen Ländern ein schlechtes Image

Um die Sprachprobleme aus der Welt zu schaffen, bekamen die erfolgreichen Bewerber noch vor ihrer Zeit bei Continental von den Arbeitsagenturen Sprach- und Integrationskurse vermittelt. Ob all das funktioniert, wird sich erst in einigen Monaten zeigen.

Continental bietet die Einstiegsqualifizierungen schon seit vielen Jahren auch für deutsche Bewerber an, die noch nicht ausbildungsreif sind. 80 Prozent der Teilnehmer beginnen im Anschluss auch eine Ausbildung bei dem Unternehmen, sagt Brinkmann. Ob die Flüchtlinge ebenfalls diese Quote erreichen werden, ist noch offen.

Neben der Sprache gibt es noch weitere Herausforderungen. Vor allem die fehlende Wertschätzung für das Konzept der Ausbildung könnte noch zum Problem werden. "Die Ausbildung hat in der Heimat vieler Flüchtlinge ein schlechtes Image", sagt Brinkmann. "Viele wollen direkt Geld verdienen."

Continental lässt sich Integration viel kosten

Bei Continental bekommen die erfolgreichen Bewerber während der Einstiegsqualifizierung das gleiche Gehalt wie ein Auszubildender im ersten Lehrjahr. Insgesamt lässt sich das Unternehmen die Initiative zur Integration von Flüchtlingen einen unteren einstelligen Millionenbetrag kosten, sagt Reinhart.

Entsprechend will sich Reinhart von der Politik nicht nachsagen lassen, dass es an der Wirtschaft liege, dass die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt nur schleppend vorangehe. "Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam vorangehen und nicht mit dem Finger aufeinander zeigen", sagt Reinhart.

Insgesamt müssten die Asylverfahren beschleunigt werden, denn natürlich würde Continental gern vor allem die Flüchtlinge ausbilden, die dann auch tatsächlich bleiben dürfen. Nach den Erfahrungen der ersten Monate ist für sie klar: "Das ist eine Aufgabe von historischer Dimension."

147,60

German Caution, French Decisiveness

How Brexit Affects EU Defense Policy

What's next for the European Union after Brexit? When it comes to defense policy, Germany and France need to step up to the plate. For Germany this will mean greater spending -- and more foreign deployments.

A Guest Editorial By Jean-Marie Guéhenno



A German soldier in Afghanistan in 2013

September 01, 2016 11:30 AM

How should the European Union reform itself after the shock of [Brexit](#)? As part of a loose series, we asked economists, researchers and intellectuals three questions:

1. What is the problem?
2. What might a solution look like?
3. Who would need to do what?

Today's contribution comes from Jean-Marie Guéhenno, the head of the International Crisis Group.

1. What is the Problem?

Can the European Union (EU) be a strategic player without the United Kingdom? In 2015, Britain had the largest military budget of the European Union, followed by France and Germany. It has first-rate defense companies using cutting-edge technology. It is one of only two European powers in possession of a nuclear deterrent, and has significant force projection capacity. On the soft-power side, the UK has been one of the few European countries to meet the 0.7 percent target for official development aid. Whichever way you look at it, there is no doubt that Britain makes a considerable contribution to the strategic clout of Europe. There is also no doubt that Britain's departure and the risk of further disintegration of the EU deals a potentially devastating blow to one of the pillars of European soft power: its own example of successful integration.

At the same time, Britain as a member of the EU has made a point of limiting as much as possible the development of a European defense identity. It has prioritized NATO and bilateral cooperation with France (the Lancaster House treaties of 2010) at the expense of the EU, and has obstructed the development of the European Defense Agency. And it has not always used its own defense capacities wisely. In the Iraq war, it sided -- with disastrous results -- with the United States. In Libya it joined France to push the US into a war that eventually toppled Moammar Gadhafi, but with an end-result that is also highly problematic. So, while the UK is undoubtedly a critical component of the European strategic equation, it has rarely been a useful contributor to a European strategic posture.

And yet, the EU cannot rely only on dialogue, development aid and economic ties to ensure its security. For a while, the EU had convinced itself that soft power alone could be enough to export stability and create a peaceful and stable neighborhood. But in today's world, hard power matters. Certainly it needs to be deployed in support of a well-thought-through political strategy -- the chaos in Libya tells a cautionary tale of European countries willing to use hard power without focusing on the political aftermath. In a recent report, the International Crisis Group warned against such a narrow approach to security and stressed the importance of a political strategy built on field-based knowledge and effective diplomacy. But a political posture that is not backed by hard power is hollow. Putin's actions in Ukraine, the Islamic State's activities in the Middle East and North Africa, and the spreading instability in the Sahel, with its attendant risks of unmanageable flows of migrants into Europe should be heard as wake-up calls. Moreover, this more threatening

environment is taking shape as uncertainty grows over the future of US engagement in Europe and the world at large. While Donald Trump may not become the next president of the US, his discourse reflects a changing mood among Americans, who -- just like Europeans -- are tempted to hunker down behind borders, wary of foreign engagements and focused on their own domestic challenges.

It's unclear to the West and Europe how they can make the world stable and democratic. However, they should also know that if they give up on shaping the world, the world will shape them -- and that should be of particular concern to Europe given its neighborhood. The EU will not flourish if the world fundamentally diverges from the model it has created. How, without the full participation of the UK, it can acquire the strategic clout to prevent such an evolution, is its most pressing strategic challenge.

2. What Might a Solution Look Like?

The negative consequences of Brexit are obvious, but the EU must seize the opportunities it offers. Too often, Britain has served as a convenient excuse for the lack of progress of European institutions, including in the area of defense. UK opposition to the development of the EU's defense dimension has provided an alibi, allowing Europeans to minimize the hard security component of the "comprehensive approach" which is rightly a centerpiece of the German white paper on defense and High Representative for Foreign Affairs and Security Policy Federica Mogherini's recently-issued global strategy. [NATO](#) has been another excuse -- as if a strong NATO could exist without a strong EU. The remaining members of the EU must stop hiding behind such alibis, and demonstrate that they are getting serious about defense as a necessary complement to a broader political approach. Effectively implementing a few well-chosen projects will not address all the challenges faced by Europe, but can help create momentum and lay the foundations for a credible European strategic posture. Some should be chosen for their long-term implications, some for the shorter-term message they will send, that Europe is a provider of security and not a source of insecurity.

Among the longer-term projects, the integration of Europe's defense industry is a top priority. Governments need to stop supporting national champions, and instead back the creation of European defense companies with the resources to build genuine centers of excellence. Such consolidation will be less difficult if the European Defense Agency is empowered to play a greater role in defense procurement -- harmonizing procurement cycles, avoiding the proliferation of costly national specifications, supporting a European defense market with effective protection of strategic capacities, and managing a Europe-wide export policy.

Among the shorter-term projects, an integrated European border force, going beyond the coordination and support role of Frontex and with a coast guard component, would demonstrate to the European public that the EU can secure its external borders while keeping its internal borders open.

The EU cannot, however, limit itself to the protection of its borders. If it wants to be a serious strategic player, it should build capacities to project force beyond its borders at short notice. Such capacities will be of little use if agreement on their actual deployment cannot be reached quickly -- a case where ad hoc arrangements between willing countries are the most practical option. A smaller group of like-minded EU members should develop, in parallel, both the capacities and the decision-making institutions for effective force projection.

Such efforts within the EU should be conceived in a way that leaves the possibility, on a case-by-case basis, for the UK to participate. The best chance for the UK to eventually reconsider its decision to chart its own course outside European institutions is the development of a successful but non-antagonistic Europe. That is what convinced the UK to join in 1973, once the French veto had been lifted. The EU must keep the door open to Britain rejoining in the future, while at the same time continuing to move forward.

3. Who Would Need to Do What?

As the two EU nations with the strongest militaries once Britain leaves, France and Germany will have a decisive role to play in shaping the strategic posture of the EU. Other member states are watching, and their own engagement will be determined largely by German and French actions rather than by initiatives of the European institutions. But for any Franco-German initiative to succeed, France has to become more German and Germany has to become more French.

Germany may be concerned that, as the largest economy in the EU, its defense spending will inevitably overtake French defense spending if both countries spend the same percentage of their GDP -- the 2 percent goal agreed at the 2014 NATO summit. Since France has to bear the additional cost of its nuclear deterrent, the gap between German and French conventional capacities will be even wider than the gap in defense spending. But Germany should not shy away from a more proactive posture, including more frequent overseas projections of force, provided it is grounded in the rule of law.

France should embrace a pragmatic but principled posture that allows for better burden-sharing among Europeans. French policy in Africa will need to pursue its positive evolution, further distancing itself from those leaders who show little consideration for their people. An emerging European foreign and security policy combining French decisiveness and German caution could improve on national policies: It would send a cautionary message to Putin's Russia, avoid the mistakes of Libya and share the burden of stabilizing countries such as Mali or the Central African Republic.

147,62

Discours du Président à l'occasion de la Semaine des Ambassadeurs

Monsieur le Premier ministre,

Monsieur le président de l'Assemblée nationale,

Monsieur le président du Conseil constitutionnel,

Monsieur le ministre des Affaires étrangères qui êtes à l'initiative de cette conférence des ambassadeurs qui est devenue une tradition de l'été, ou plutôt de la fin de l'été, comme une rentrée,

Mesdames et Messieurs les membres du gouvernement,

Mesdames, Messieurs les parlementaires,

Mesdames, Messieurs les ambassadeurs,

La France est un pays qui par sa place, sa diplomatie, sa défense, sa culture, les valeurs que nous portons a une responsabilité particulière dans le règlement des grandes questions de la planète et c'est encore plus nécessaire et plus vrai en cet été 2016 où le monde est confronté à de lourdes menaces.

La première est celle du **terrorisme**. Il a frappé la France ces derniers mois, mais aussi nos voisins européens et tant d'autres pays dans le monde, sur tous les continents.

La France mène ce combat à l'intérieur comme à l'extérieur, sur notre territoire et sur les théâtres d'opérations. Ce fut le sens -la lutte contre le terrorisme- de l'intervention de la France au **Mali** en 2013 et c'est encore le fondement de notre présence au Sahel à travers l'opération Barkhane.

C'est aussi la lutte contre le terrorisme qui a justifié en novembre 2014 la mission que j'ai confiée à nos forces dans le cadre de la **coalition contre Daesh en Irak et en Syrie**. En juillet dernier, j'ai d'ailleurs amplifié encore notre soutien aux forces irakiennes dans la perspective de la reprise de Mossoul.

Cette action menée de façon continue depuis 2012 porte ses fruits, l'Etat islamique est affaibli au Levant, il recule même s'il occupe encore des territoires et même s'il se livre encore à des massacres effroyables. Mais le plus grave est que Daesh se démultiplie ailleurs, en Libye, au Yémen, en Egypte, en Somalie, au Nigéria, avec Boko HARAM et même en Asie encore récemment au Bangladesh. Et je pourrais continuer la liste.

Le monde entier est donc concerné et le sera durablement. Notre devoir, c'est non seulement d'agir mais de nous préparer à cette guerre qui sera longue et de travailler avec l'ensemble de nos partenaires pour conjurer ce fléau.

La France a trouvé avec l'Europe une solidarité après les attentats de novembre 2015, je n'oublie pas que nos partenaires européens nous ont fourni des renforts qui nous ont permis de redéployer nos soldats là où nous en avons le plus besoin.

Depuis, nous continuons à agir avec nos partenaires européens pour coordonner nos services, coordonner nos fichiers et contrôler les déplacements des djihadistes. Parallèlement, nous avons intensifié notre coopération

avec les Etats-Unis et les pays de l'Alliance Atlantique, et nous échangeons régulièrement avec la Russie et d'autres acteurs.

Mais si nous voulons porter un regard lucide, il n'y aura de lutte victorieuse contre le terrorisme que si les crises qui lui fournissent un terreau trouvent leur dénouement. Tel n'est pas le cas aujourd'hui.

La Syrie vit depuis 5 ans une tragédie épouvantable avec plus de 300 000 morts, 5 millions de réfugiés, 9 millions de déplacés. Alep, la deuxième ville de Syrie qui fut longtemps un symbole de culture et de liberté, est au moment où je parle assiégée, pilonnée, affamée, une catastrophe humanitaire de grande échelle est en cours. Il est donc plus que temps de faire cesser ce carnage et la France appelle ici immédiatement à la trêve. De même, il est établi, selon un rapport de l'ONU, que des armes chimiques ont été utilisées par le régime de Damas contre sa propre population, après 2013, alors même qu'en 2013 il y a déjà eu violation et utilisation des armes chimiques.

Il se trouve, mais cela n'excuse rien, que Daesh peut également utiliser des armes chimiques, mais la preuve est administrée, le régime utilise des armes interdites pour bombarder sa propre population. Ces crimes ne peuvent pas rester impunis, et la France travaille à l'adoption d'une résolution du conseil de sécurité. Jean-Marc AYRAULT en a pris l'initiative pour condamner ces actes abominables, prévoir des sanctions contre les auteurs.

Et là-encore personne, je dis bien personne, aucun membre du conseil de sécurité, aucun membre permanent du conseil de sécurité n'a intérêt à ce que l'emploi des armes chimiques se banalise. J'appelle donc à ce que chacun prenne ses responsabilités.

Dès 2012, la France avait compris que le conflit syrien aurait de graves conséquences pour la Région, pour l'Europe et pour notre propre sécurité. Aujourd'hui la présence de plus en plus massive de forces étrangères à la Syrie démontre l'internationalisation du conflit. Depuis près d'un an, la Russie apporte son concours au régime de Bachar El Assad, qui utilise ce soutien pour bombarder des rebelles mais aussi des populations civiles, ce qui fait le jeu des extrémistes de tout bord.

Aujourd'hui, c'est la Turquie qui a décidé de déployer une partie de son armée sur le territoire syrien pour se défendre contre Daesh, ce qui peut parfaitement se comprendre après les attaques que ce pays a subi, pour contrôler sa frontière, mais aussi pour mener des actions contre les Kurdes, qui eux-mêmes, affrontent l'Etat islamique avec le soutien de la coalition.

Ces interventions multiples, contradictoires, portent des risques d'embrasement général. Aussi l'urgence absolue, c'est l'arrêt des combats et le retour à la négociation. Ce chemin vers la paix existe, c'est celui que défend la France depuis la réunion de Genève de juin 2012 et qui a été confirmée d'ailleurs par une résolution 2254 du Conseil de Sécurité en décembre dernier. Il implique la mise en place d'une autorité de transition et la négociation entre le régime et l'opposition. Cette approche n'a pourtant jamais véritablement et sérieusement été mise en œuvre. Le régime et ses soutiens croient toujours à une solution militaire alors que l'issue est politique. Et c'est une nouvelle fois ce que je dirai au Président POUTINE en marge du G20 et, si rien n'est arrivé d'ici là, à Paris lorsque je le recevrai en octobre prochain.

J'avais adressé le même message au Président ROHANI à Paris en janvier dernier, lorsqu'il est venu en visite, c'était la première fois depuis 17 ans que le Président iranien venait à Paris, c'était quelques mois après l'accord nucléaire avec l'Iran qui a été un succès pour la diplomatie, même si nous devons être extrêmement vigilants sur sa mise en œuvre.

La France souhaite que l'Iran, ce grand pays, réintègre pleinement la communauté internationale. Mais si l'Iran veut y parvenir, il doit contribuer à l'apaisement de la situation dans la Région. La France est prête à faciliter ce

processus avec les pays du Golfe, chacun connaît les relations de confiance que nous avons su tisser avec ces pays.

Nous avons là une situation où notre médiation, notre intervention politique peut être utile. Nous avons le lien avec les uns et avec les autres : c'est le Yémen qui est dans un véritable chaos et nous devons convaincre les parties en présence de reprendre au plus vite les pourparlers.

C'est le même sens des réalités qui m'a conduit à établir avec le **Président SISSI** une coopération en matière de défense et de développement économiques. L'Egypte est un acteur essentiel pour la stabilité de la Région directement confronté au terrorisme, notamment dans le Sinaï mais aussi indirectement touché du fait de sa longue frontière commune avec la Libye. **Or en Libye, les institutions se sont effondrées, les divisions se sont creusées, les milices armées ont prospéré et Daesh a fini par s'installer, notamment à Syrte.**

Il est en train d'en être chassé, mais la solution c'est le rassemblement des Libyens autour d'un gouvernement d'Union Nationale. C'est dans cet esprit que j'ai invité le Premier ministre SARAJ à venir à Paris dans les prochains jours. Au-delà de la Libye, nous sommes bien sûr en soutien de la Tunisie, pays ami, pays qui a encore été frappé par le terrorisme et nous devons faire en sorte que tous les concours qui ont été promis à ce pays qui vient de former un nouveau gouvernement, puissent lui être apportés.

Au-delà de la Libye et plus largement du Maghreb, l'Afrique est gravement touchée par l'insécurité qui nuit à son développement économique. Nous le voyons notamment au Nigéria, grand pays, 20ème économie du monde qui souffre du terrorisme. Et c'est pourquoi avec les pays riverains du lac Tchad, nous faisons en sorte de réduire l'influence de cette secte et de faire en sorte que ce qui avait été élaboré notamment à Paris, puis ensuite au Nigéria, cette force multinationale puisse être véritablement mise en œuvre contre ce système terroriste.

Mais la sécurité c'est aussi le développement, la France y apporte son concours et mobilise ses partenaires européens, ce fut le cas notamment à La Valette, l'année dernière, avec la création d'un fonds d'urgence. Mais s'agissant de la France, qui doit dans ce domaine montrer l'exemple, d'ici 2018 c'est 20 milliards d'euros sur 5 ans qui auront été investis en Afrique, au bénéfice des pays les plus pauvres.

Voilà ce que nous avons à faire. Notre première mission : lutter contre le terrorisme, contre les causes du terrorisme, contre les conséquences du terrorisme et notamment avec les réfugiés, agir pour régler les sources de ces conflits et donc prendre chaque fois notre place pour contribuer à la paix.

Au Proche-Orient, je constate à regret que les conditions ne sont toujours pas réunies pour une négociation directe entre Palestiniens et Israéliens. Or rien ne serait pire que le statu quo. La France a donc pris l'initiative de réunir à Paris, une conférence, c'était au début du mois de juin sous la présidence de Jean-Marc AYRAULT. Une méthode a été arrêtée. La priorité, c'est que le travail débouche sur des mesures concrètes qui pourront être proposées à la fin de l'année aux parties prenantes pour qu'ensuite elles et elles seules fassent le travail qui est attendu, c'est-à-dire la négociation et la solution dont on connaît les paramètres, deux Etats qui peuvent vivre en paix et en sécurité.

Mais la paix se joue aussi aux frontières de l'Europe. Nous avons perdu la conscience que le pire pouvait être possible y compris au plus près de ce que nous pensons être notre vie en commun dans l'Union européenne. Il y a 2 ans, les frontières ont été violées par une action de force, c'est un précédent extrêmement grave qui s'est produit. Là-encore, **nous avons pris l'initiative, avec la chancelière Angela MERKEL, nous nous sommes investis pour tenter le règlement de la crise ukrainienne.**

Je rappelle qu'elle a provoqué la mort de plus de 5 000 personnes et encore aujourd'hui, il y a des incidents qui touchent les populations civiles et les soldats. Les accords de Minsk sont sortis de ce processus que l'on a

appelés le format Normandie, et ont constitué une étape majeure. Mais ces accords de Minsk tardent à être mis en œuvre et cet été la situation s'est brutalement aggravée, les risques d'une escalade sont élevés.

Nous avons donc, toujours avec la chancelière Angela MERKEL, veillé à prendre des contacts tout au long du mois d'août avec le Président ukrainien POROCHENKO et le Président POUTINE pour favoriser la reprise du dialogue. Nous nous fixons deux objectifs pour la fin de l'année : le premier, la sécurité, avec la démilitarisation progressive et l'établissement d'un véritable cessez-le-feu contrôlé et vérifié par l'OSCE. Le second objectif, c'est la tenue des élections à l'Est, dans le respect de la loi ukrainienne et des normes internationales. L'un ne va pas sans l'autre.

Les effets de la crise ukrainienne se font sentir sur les relations entre la Russie et les Etats membres de l'Europe, cette situation est à mes yeux éminemment dommageable, car elle est, d'abord d'un coût élevé pour les uns comme pour les autres, pour tous les acteurs, entrave de nombreux projets économiques en raison des sanctions, et donc nous avons tous intérêt à sortir le plus rapidement possible et le mieux possible de cette situation.

Il en va aussi de la **relation qu'a la France avec la Russie**, qui est une relation historique, forte, mais exigeante et qui l'a toujours été. Et même s'il y a l'Histoire qui nous unit, et même si la géographie pourrait sembler nous éloigner, il y a tant d'éléments qui justifient que nous puissions avec la Russie avoir un haut niveau de coopération. Alors, la France fait ce qu'elle doit pour favoriser le règlement d'un certain nombre de conflits, mais la Russie doit également prendre sa part. Je pense bien sûr à la crise ukrainienne que je viens de décrire, mais je pense aussi à ce qui se passe en Syrie où il est indispensable que la Russie puisse être un acteur de la négociation, et pas un protagoniste de l'action.

La France entend par sa diplomatie se situer au cœur du monde, du monde émergent comme du monde développé, comme du monde qui cherche à accéder aussi à la richesse, au moins à son partage. Avec la Chine, nous avons renforcé le partenariat stratégique global, notamment dans les domaines du nucléaire civil, mais aussi des infrastructures, du développement urbain et de la croissance verte. Je rappelle que la Chine et la France ont travaillé ensemble pour obtenir des avancées déterminantes sur le climat. La déclaration bilatérale que nous avons élaborée, le Président Xi JINPING et moi-même à la veille de la **COP21**, a permis de tracer les grandes lignes de ce qui allait devenir l'accord de Paris. Le lien entre la Chine et la France est donc fort, notamment sur cette question et j'aurai l'occasion encore de le vérifier lors de la réunion du G20 en Chine.

L'**Inde** a également accueilli la France comme invitée d'honneur lors de sa fête nationale. C'était un privilège qui témoigne de l'ampleur de notre coopération dans tous les domaines : la défense - chacun a à l'esprit un certain nombre de commandes - mais aussi en matière de nouvelles technologies. Avec le Premier ministre MODI, nous avons lancé en janvier à Delhi l'Alliance solaire internationale. Ségolène ROYAL fait en sorte que cette alliance puisse être la plus forte possible avec des technologies que nos amis Indiens sont en train d'élaborer.

Avec le **Japon**, nous partageons des valeurs communes et une même priorité donnée – je l'indique avant la réunion du G20 – à la croissance et à l'innovation, mais aussi avec une même volonté de pouvoir porter des projets de développement vis-à-vis de l'Afrique. C'est ce que vient de faire le Japon et c'est une étape importante que le pays vient de franchir. Nous avons également des échanges culturels de très grande qualité. En 2018, pour les 150 ans de l'ère Meiji nous aurons un certain nombre d'initiatives à partager.

Je me rendrai dans quelques jours au Vietnam, ce sera la première visite d'un Président de la République française depuis 2004. L'objectif est la coopération économique avec l'**Asie du Sud-Est** dont la croissance est exceptionnelle, mais aussi la culture et la francophonie. **Le Vietnam est un pays francophone.** Là encore, il y a une histoire tumultueuse qui nous relie à lui mais qui fait que nous sommes aussi conscients de ce qui peut être un facteur commun, y compris avec des compatriotes d'origine vietnamienne, très intéressés par ce qui peut se produire aujourd'hui en Asie du sud-est.

Si je regarde un peu plus loin, vers l'Océanie et le Pacifique, avec l'Australie (et je n'oublie pas la Nouvelle-Zélande), notre relation a aussi pris cette année une ampleur nouvelle avec le choix du gouvernement australien de confier à DCNS la construction de douze futurs sous-marins. C'est un contrat qui va unir nos deux pays pour des décennies, ce qui, là encore, permet de comprendre ce qui est à l'œuvre dans cette partie du monde où la France est regardée, y compris par sa présence dans l'Océan Pacifique et également pour son rayonnement et sa contribution à la sécurité.

Dans un autre continent, **l'Amérique Latine**, la France également est très attendue. Je l'ai constaté lors de la tournée que j'ai effectuée cette année au Pérou, en Argentine, en Uruguay. Des tournants majeurs sont en train de se produire en Amérique Latine. D'abord, à Cuba, qui entrevoit la fin de l'embargo américain qui pèse depuis trop longtemps sur l'île. Je rappelle que j'ai été le premier chef d'Etat occidental à me rendre à Cuba puis à recevoir Raul CASTRO à Paris, lequel a été particulièrement utile pour favoriser l'accord historique conclu entre le gouvernement colombien et les FARC, mettant un terme à un conflit vieux de cinquante ans, qui a fait plus de 250 000 victimes.

Souvenons-nous de ce qui s'était produit en termes d'otages, je pense à Ingrid BETANCOURT.

J'ai félicité le Président SANTOS pour ce succès. La Colombie a fait un choix courageux, qui sera – je l'espère – ratifié par son peuple. La France est aux côtés de la Colombie pour mettre en œuvre cet accord.

L'Amérique Latine connaît néanmoins des situations préoccupantes. Au **Brésil**, malgré la réussite des Jeux olympiques, la crise politique est venue s'ajouter aux difficultés économiques. La France fait confiance aux institutions et au peuple brésilien pour surmonter ces épreuves qui ne pourront être réglées durablement que dans le respect du Droit.

J'ai également le souci de ce qui se passe au **Venezuela**, il y a de fortes tensions qui peuvent, là encore, dégénérer. Nous appelons à la reprise du dialogue entre le gouvernement et l'opposition pour éviter des affrontements qui seraient tragiques pour ce pays et pour la Région.

Le rôle de la France - au-delà de ce qu'elle peut faire dans l'ensemble des continents du monde, des relations qu'elle peut établir avec les pays avec lesquels elle a décidé ou depuis longtemps, ou plus récemment, de coopérer ou d'intensifier sa relation - **est de contribuer à réguler la planète**. Le G20 se tient d'ici quelques jours en Chine. Notre objectif est de définir des règles du jeu au plan international : règles de transparence, de coopération, de développement, de croissance. Notre objectif est de mettre en cause aussi un certain nombre de pratiques, notamment fiscales ou sociales qui altèrent les conditions de l'échange.

Je vais être clair : la France refuse une mondialisation sans règles où des modèles sociaux sont mis en compétition et nivelés par le bas, où les inégalités s'accroissent. Mais je suis tout aussi clair : la France est pour l'ouverture des échanges, mais sur la base de la réciprocité, de la transparence, du respect des biens publics, l'environnement, la culture. Et c'est pourquoi, sur ces bases-là, **la France a pu approuver l'accord entre l'Europe et le Canada**.

En revanche, les discussions, en ce moment même, sur le traité entre l'Europe et les Etats-Unis - **TAFTA pour les uns, TTIP pour les autres, Traité transatlantique** - **ces discussions ne pourront pas aboutir à un accord d'ici la fin de l'année**. La négociation s'est enlisée, les positions n'ont pas été respectées, le déséquilibre est évident. Alors le mieux est que nous en fassions lucidement le constat et plutôt que de prolonger une discussion qui, sur ces bases ne peut pas aboutir. Mieux vaut faire en sorte que nous puissions avertir les uns et les autres que la France ne pourra pas approuver un accord qui aura été ainsi préparé, sans les bases indispensables pour une conclusion positive. La France préfère regarder les choses en face et ne pas cultiver une illusion qui serait celle de conclure un accord avant la fin du mandat du Président des Etats-Unis.

Pourtant il y a des possibilités que la communauté internationale puisse se retrouver sur des enjeux essentiels. Nous avons été capables, notamment à Paris - c'était au mois de décembre, Laurent FABIUS présidait la COP - d'avoir un accord sur le climat. Il est très important de passer des promesses aux actes. La présidente de la COP, Ségolène ROYAL, agit dans ce sens. Nous avons un rendez-vous en novembre à Marrakech et je m'y rendrai pour faire un point d'avancement de toutes les initiatives qui ont été annoncées à Paris.

Mais la première urgence, c'est l'entrée en vigueur de l'accord avant la fin de l'année et c'est loin d'être acquis. C'est pour cela que je vous demande, Mesdames et Messieurs les Ambassadeurs, de redoubler d'efforts pour inciter vos pays de résidence à ratifier l'accord avant la réunion de Marrakech. La France a fait son travail. Le Parlement -le Premier ministre s'y était engagé avec la ministre de l'Environnement- a adopté ce texte le 9 mars dernier. J'en remercie ici aussi bien l'Assemblée nationale que le Sénat. Les instruments de ratification sont prêts à être déposés. Le Parlement européen se saisira de cette question en octobre. Alors tous les pays européens, je dis bien tous les pays européens, doivent ratifier cet accord avant la fin de l'année.

Je souhaite également qu'au G20, les Etats-Unis et la Chine confirment leur volonté de ratifier. Mais pour que nous puissions mobiliser toutes les bonnes volontés, une réunion sera organisée le 21 septembre à l'Assemblée générale des Nations Unies pour accélérer le processus.

La deuxième urgence, c'est le rehaussement du niveau d'ambition de **décarbonation des économies**. La France, là-aussi, a montré l'exemple avec la loi relative à la transition énergétique. Mais nous devons aussi sur le prix du carbone être en avance et c'est ce que nous allons faire dès cette loi de Finances. Nous allons également proposer à nos partenaires européens un corridor qui permette d'assurer la décarbonation des économies.

La troisième urgence, c'est l'accès de l'Afrique aux énergies renouvelables, l'accès de tous les habitants d'Afrique à l'électricité. C'est un élément fondamental de la justice climatique.

Dix milliards de dollars ont été mis sur la table, deux ont été apportés par la France que nous devons mettre en œuvre. Ségolène ROYAL s'est rendue dans une vingtaine de pays africains et à la Banque Africaine de Développement pour recueillir la liste des projets attendus, éolien, solaire, hydroélectricité, géothermie, etc. Le rapport sera remis, comme prévu, au Secrétaire général des Nations Unies le 20 septembre et je participerai à une réunion des pays africains à cette occasion-là. Nous avons un devoir moral à l'égard de l'Afrique. Des promesses ont été faites, des financements ont été rassemblés, l'urgence est là et la France fera en sorte que nous puissions être à la hauteur des engagements qui ont été pris.

Nous avons été capables, je l'ai dit, de réussir un événement diplomatique considérable avec **l'Accord de Paris**, mais il n'a jamais été regardé comme une conclusion, comme un aboutissement mais comme le début d'un processus. **Pour ceux qui doutaient de l'urgence, cette année a été la plus chaude jamais enregistrée depuis l'élaboration des statistiques climatiques et avec son cortège de catastrophes.**

Le combat pour la planète, c'est aussi celui du développement, nous devons honorer -je l'ai dit- la promesse de 100 milliards de dollars par an, à partir de 2020, pour lutter contre le réchauffement climatique. **Là aussi, la France doit être exemplaire.** Nous avons donc rehaussé notre contribution financière, le budget de l'aide publique au développement a augmenté en 2016, 106 millions d'euros et en 2017 - les arbitrages ont été faits par le Premier ministre et par moi-même - nous aurons une nouvelle hausse de l'aide publique au développement pour être à la hauteur de nos engagements.

Aujourd'hui, la moitié de la taxe sur les transactions financières est notamment affectée à la lutte contre le réchauffement, nous irons au-delà l'année prochaine pour qu'une part encore plus substantielle de la taxe puisse être affectée à ces objectifs. Nous avons d'autres décisions qui vont bientôt aussi être connues. D'abord, la fin du processus de rapprochement entre la Caisse des Dépôts et l'Agence Française de Développement, dont nous allons célébrer le 70ème anniversaire.

Je rappelle que c'est le Général de GAULLE qui avait eu cette intuition, y compris pendant les heures les plus sombres, pour que nous puissions dire aux pays qui s'engageaient à nos côtés et qui n'étaient pas tous, à ce moment, indépendants, que nous serions là à travers cette Agence.

Les fonds propres de l'Agence vont être augmentés d'ici la fin de l'année et sa capacité d'intervention passera de 8 milliards à 12 milliards. Au mois de novembre le Premier ministre, Manuel VALLS, convoquera un comité interministériel pour la coopération internationale et le développement et, à cette occasion, la France se dotera de nouveaux moyens d'action pour les pays les plus vulnérables.

Par ailleurs j'ai décidé de maintenir, malgré toutes les contraintes qui sont les nôtres, la contribution de 360 millions d'euros par an au fonds mondial de lutte contre le sida, la tuberculose et le paludisme, pour la période 2017-2019. C'est très important que la France soit là encore conforme aux paroles qu'elle a pu prononcer. C'était déjà Jacques CHIRAC qui avait voulu que nous puissions avoir cette volonté avec UNITAID -je salue ici Philippe DOUSTE-BLAZY- parce que c'était ce que la France voulait montrer, qu'elle était capable. Ensuite nous avons pu maintenir à haut niveau cette contribution pour le Fonds sida.

Le rayonnement de la France est également sa capacité à promouvoir la culture. En ces temps où l'obscurantisme menace, où nous devons défendre la diversité, le dialogue des civilisations, c'est finalement notre premier devoir. **La victoire sur la barbarie ne sera pas seulement militaire ou politique, elle sera aussi morale, spirituelle, culturelle.**

A l'initiative de la France et des Emirats Arabes Unis, une grande conférence ministérielle pour la protection du patrimoine de l'Humanité - celui qui est en danger - se tiendra à Abu-Dhabi au mois de décembre prochain. Jack LANG est chargé de son organisation. Notre objectif est que la communauté internationale, les grands musées du monde, les mécènes de tous horizons, prennent des engagements concrets : lutter contre le trafic des biens culturels, mais aussi créer les conditions d'un asile pour les œuvres qui sont menacées et réhabiliter les sites détruits.

Sur un autre terrain, celui de la démocratie et de la transparence - mais qui contribue également à la promotion de nos valeurs - la France accueillera le 4e Sommet mondial du Partenariat pour un Gouvernement Ouvert. Soixante-dix pays sont représentés, la société civile y est largement associée et là l'objectif est de promouvoir la participation citoyenne et la démocratie.

Ce qui est, dans toutes ces initiatives, en cause -je le disais- c'est le rayonnement de la France, c'est la volonté qui nous anime pour porter la grande idée de la francophonie. La francophonie, c'est bien plus que la défense d'une langue qui n'est pas seulement la nôtre et **qui est celle parlée par de plus en plus de locuteurs dans le monde.** Il s'agit également d'une vision, d'une conception même de la planète, de son organisation, de ses valeurs. C'est un message que nous adressons **au nom de la liberté et des droits.** C'est pour cela que le Sommet de la francophonie au mois de novembre prochain à Madagascar sera l'occasion de prendre de nouvelles initiatives. Mais il n'y a pas de francophonie si les Français eux-mêmes n'y contribuent pas. Ce ne sont pas forcément les plus vaillants à le faire, mais ils doivent prendre conscience que la diversité linguistique est un atout, pas simplement pour notre pays mais pour le développement de beaucoup de continents. A cet égard, je veux saluer tout ce qui est fait par nos personnels d'enseignement dans les lycées et les établissements scolaires à l'étranger. Je veux également souligner combien nos représentants des Français de l'étranger, les Français de l'étranger dans leur ensemble, contribuent également au rayonnement de la France, à la francophonie, à la culture et à l'économie.

Combien de fois suis-je allé, dans les pays que je visite, rencontrer les Français de l'étranger, avec une diversité là aussi très grande, de doubles nationaux, là depuis toujours et qui aiment la France sans avoir à craindre de perdre pour autant le lien qui les unit avec leur pays d'origine. Mais aussi, des acteurs économiques qui se dévouent pour la promotion de nos exportations et des jeunes, beaucoup de jeunes, qui s'engagent, soit pour des

actions de volontariat, soit pour aller vers les entreprises ou vers la culture ou l'action humanitaire. Je veux saluer cette mobilisation de la France, de toute la France, pour les valeurs que nous portons.

Le grand sujet qui va nous mobiliser encore pendant ces prochains mois, peut-être même ces prochaines années, c'est l'avenir du continent européen. Ce qui s'est produit avec le Brexit, ce n'est pas une crise de plus, c'est la crise-même de l'Union européenne. La campagne du référendum britannique a montré où pouvait conduire la tentation souverainiste et a illustré les arguments que les populistes utilisent partout -pas simplement au Royaume-Uni, pas seulement en Europe, même aux Etats-Unis- pour prôner le repli et pour utiliser les peurs. Ce processus-là mine la construction européenne et conduit inexorablement à la dislocation et au retour aux frontières nationales si nous n'y mettons pas un coup d'arrêt.

Il faut prendre conscience de ce qui est en cause. Nous avons toujours l'habitude de penser que ce que nous avons connu pourra toujours demeurer : la démocratie, l'Europe, les valeurs, la laïcité. Nous avons toujours imaginé que ce qui a été sera, mais non, c'est un combat, c'est une lutte et cela suppose d'en avoir l'exacte conscience pour se mobiliser en conséquence.

Nous avons eu une autre illustration de ce que pouvait, hélas, ne pas faire l'Europe, ou faire de manière désordonnée : **l'afflux de réfugiés en 2015 qui a révélé des fractures profondes au sein de notre continent.** Il a conduit certains pays à se refermer, d'autres à s'ouvrir, pour ensuite constater -et c'était la position de la France, elle méritait d'être entendue dès le départ- qu'il fallait tout simplement, mais c'était déjà un choix courageux, protéger nos frontières extérieures, assurer le respect de l'espace Schengen, pour accueillir ceux qui devaient l'être et raccompagner ceux qui n'avaient pas de droit à pouvoir prétendre vivre en Europe et le faire dignement, de le faire solidairement et de le faire efficacement.

Alors, rien ne sera possible en Europe si la confiance n'est pas retrouvée. **Confiance des peuples -beaucoup ne comprennent plus le sens du projet européen- confiance entre les Etats qui voient l'Union soit comme un excès de discipline, soit comme un excès de solidarité.** Confiance envers les institutions européennes, dont les procédures - mais cela ne vaut pas que pour l'institution européenne - ne sont plus adaptées à l'urgence de la période. **Une nouvelle impulsion est donc nécessaire.**

Arrive le Sommet de Bratislava, le 16 septembre. C'est l'occasion d'en poser les bases politiques, avec une feuille de route pour les prochains mois. **Il y a, à mes yeux, deux enjeux essentiels pour l'avenir de l'Europe : la protection des citoyens et la préparation de l'avenir.** C'est ce qui peut permettre de retrouver une confiance et un sens. Ce n'est pas une négociation institutionnelle dont nous n'aurons pas besoin, **c'est de changements profonds et concrets.**

Je soumets donc **cinq propositions** pour le Sommet de Bratislava.

La première est un plan pour la protection des frontières extérieures de l'Europe. C'est une nécessité absolue pour la sécurité, c'est ainsi que nous pourrions maîtriser l'immigration et accueillir dignement ceux qui relèvent du droit d'asile. Cela passe par un contrôle systématique de chaque entrée et de chaque sortie et par le déploiement de nouveaux gardes-frontières européens et la France a pris, là encore, sa part de responsabilité.

La deuxième proposition concerne la défense européenne. C'est un sujet qui est vieux comme l'Europe, mais il se fait que, par l'Histoire, nous n'avons pas commencé par la défense, mais par l'économie et ensuite par la monnaie. Il est sans doute maintenant temps d'inverser le processus, non pas de remettre en cause ce que nous avons fait, mais de se dire que ce qui fait une solidarité c'est d'abord de nous préserver dans ce que nous avons d'essentiel et de pouvoir agir, comme la France le fait à sa place, pour maîtriser le destin du monde et le nôtre. **Alors l'Europe doit se doter de toutes les capacités militaires, des ressources industrielles nécessaires, pour construire son autonomie stratégique et je propose qu'un fonds européen de sécurité et de défense puisse**

être constitué. Puis, à terme, les Etats qui veulent souscrire à des objectifs plus ambitieux pourront constituer une coopération structurée permanente, elle est prévue par les traités.

La troisième proposition, **c'est l'investissement pour l'avenir.** Il y a eu le plan Juncker et je veux saluer ce qu'a été l'initiative du Président de la Commission européenne. Je propose aujourd'hui de **doubler le plan Juncker** en le prolongeant, pour la recherche, pour la formation, pour les infrastructures numériques et énergétiques.

Dans la zone euro, nous avons besoin d'une harmonisation fiscale et sociale. Il n'est pas possible d'avoir la même monnaie, d'avoir les mêmes disciplines s'il y a des distorsions qui demeurent et qui empêchent la construction d'un véritable espace commun.

J'ai fait la proposition, elle n'est pas nouvelle, **d'une capacité financière supplémentaire pour la zone euro.** La zone euro a des projets qui lui appartiennent et qu'elle doit absolument financer par ses moyens propres.

La quatrième proposition est d'agir pour que nous puissions lutter ensemble contre le dumping social et fiscal et pouvoir aller plus loin pour faire payer l'impôt aux grandes multinationales du numérique qui viennent ici nourrir de la valeur, parfois la capter, sans jamais restituer le bénéfice que ces grandes sociétés constituent dans les pays où justement cette richesse a été créée.

Enfin, la dernière proposition, **c'est que l'Europe doit donner un espoir à la jeunesse.** Si la nouvelle génération ne croit plus en elle, il n'y aura plus d'Europe. Alors il y a des éléments qui permettent à cette jeunesse de penser que la mobilité, la libre circulation est un atout, mais pour qui et pour combien ?

Il y a **Erasmus** qui était déjà élargi aux apprentis. C'est bien mais nous devons aller beaucoup plus loin. **Tout jeune devrait pouvoir accéder à un programme européen, réaliser une mobilité pour une formation, pour un emploi, pour un engagement civique, pour découvrir le patrimoine en Europe, pour l'engagement climatique.**

La jeunesse européenne a besoin d'espérance et surtout quand des avancées qui avaient été celles de l'histoire, sont remises en cause.

Justement, la décision du peuple britannique de sortir de l'Union européenne n'est pas une décision conjoncturelle, elle n'est pas une décision de circonstance et nous ne devons pas forcer le choix qu'ont fait les Britanniques, nous devons simplement le respecter. Cette décision est irréversible et nous devons en tirer les conséquences.

Le Royaume-Uni ne pourra plus, une fois sorti, participer aux décisions européennes. Qui pourrait le comprendre ? **Le Royaume-Uni ne pourra pas non plus accéder au marché intérieur, sauf s'il en accepte les quatre libertés, c'est-à-dire notamment la liberté de circulation, s'il accepte l'ensemble de la régulation, et même la contribution budgétaire.**

Je sais bien que ce sont des décisions difficiles à prendre pour le Gouvernement de **Theresa MAY.** Elle demande du temps, un délai pour préparer la négociation, sans doute, mais le délai d'évocation de l'article 50 ne pourra pas être prolongé au risque de provoquer incertitude et instabilité. Ce qui ne serait ni bon pour le Royaume-Uni, ni acceptable pour l'Europe.

Pour la France tout doit être conclu d'ici 2019. C'est le temps que nous devons laisser pour la préparation et surtout pour la négociation.

Mesdames, Messieurs les Ambassadeurs, c'est en restant fidèle au message que la France porte un message de respect, un message d'ouverture, un message de solidarité, un message de démocratie et de liberté **et que la France pourra continuer à être écoutée, respectée et attendue.**

A l'heure où l'extrémisme prospère sur les peurs, y compris chez nos plus grands partenaires, à l'heure où d'autres voudraient nous faire douter de notre destin collectif, je préfère dire cette évidence que je constate depuis que je suis aux responsabilités de la France. **Le monde sait -peut-être plus que les Français eux-mêmes- ce que représente la France. Pas simplement parce qu'elle est la patrie des droits de l'Homme, pas seulement parce qu'elle a toujours été aux côtés des pays qui luttent pour leur liberté, mais parce qu'elle est capable de parler à tous, de prendre des initiatives.** Car elle ne conçoit pas son rôle de membre permanent du Conseil de sécurité pour empêcher, pour arrêter -même si cela peut être parfois nécessaire- mais tout simplement pour agir, pour trouver des solutions politiques aux crises.

Alors, céder sur nos valeurs serait non seulement une régression pour notre Etat de droit, mais aussi un risque pour notre cohésion nationale, même si nous connaissons l'ampleur de la menace. Ce serait surtout un discrédit pour notre influence internationale.

La France est forte quand elle est elle-même, pas quand elle se défigure. Alors face à l'intolérance, à la haine, à l'obscurantisme, la France n'a à renoncer à rien de ce qu'elle est. Elle a les moyens d'agir, à l'intérieur par la force du droit, à l'extérieur par notre diplomatie et la force de nos armées mais elle a également les moyens d'agir par l'économie.

Je veux saluer toutes les entreprises qui se mobilisent pour nos exportations, je veux saluer aussi tous ces chercheurs, ces innovateurs qui nous permettent de faire valoir la technologie française dans le monde. Je veux également souligner **le rôle des artistes, des créateurs qui permettent justement que la France soit toujours attendue, admirée.** Je veux également souligner cette capacité d'accueil qui est la nôtre.

Une France qui se fermerait ; une France qui dirait que les étudiants étrangers n'ont plus à venir travailler ici; une France qui serait en doute par rapport à ce qu'elle peut faire dans la mondialisation et qui n'aurait de cesse que de regarder comment elle peut se fermer ou s'enfermer ; cette France-là ne serait pas conforme à notre Histoire et n'aurait pas d'avenir.

La France a toujours considéré que son rôle était, au-delà de la défense de ses intérêts, d'être utile au monde, à la paix, au développement et à la préservation de la planète. Nous l'avons montré. Ce qui restera dans l'Histoire, avec cet accord sur le climat, ce n'est pas simplement qu'il ait eu lieu au moment même où la France était frappée par le terrorisme et où tous les pays voulaient ici marquer leur solidarité, c'était un geste très important. Cet accord restera parce qu'il va maintenant se traduire partout et qu'il va changer le monde. **La France doit toujours avoir cette espérance en son sein de pouvoir changer le monde.**

Tel est le fondement de la politique extérieure que je conduis depuis plus de quatre ans. Hier avec Laurent FABIUS, aujourd'hui avec Jean-Marc AYRAULT et le Gouvernement de Manuel VALLS. Une politique extérieure que vous contribuez à mettre en œuvre dans tous les pays où vous avez l'honneur de représenter la France.

147,72

Did We Do It? Taking Stock One Year After Refugees' Arrival

(Interaktive Graphiken)

One year ago, Angela Merkel opened Germany's door to what would ultimately be over a million refugees, with the words, "We can do it." How much progress has been made integrating the hundreds of thousands of new residents? A report card.

By [Philipp Wittrock](#) (text) and Christina Elmer (information graphics)



Refugees arriving in Bavaria in October 2015

September 02, 2016 04:21 PM

"We can do it." These are the four words that are dividing Germany. It has now been exactly one year since Chancellor Angela Merkel announced her motto for overcoming the refugee crisis. Even though many of her critics can no longer stand to hear her "approach to tackling the problem," as she recently described it in an interview with the *Süddeutsche Zeitung*, the chancellor isn't backing down.

Germany has achieved a lot, Merkel says today, but there is also much left to be done. So where do we stand? What have we achieved? And where have we fallen short?



A now iconic Merkel selfie with a refugee

Refugee Numbers

More than a million people [came to Germany](#) in the past year, from Syria, Iraq, Afghanistan, North Africa and the Balkans. Even the chancellor, who had so vehemently resisted the ceiling on the number of refugees allowed into the country proposed by Bavaria's conservative Christian Social Union (CSU) party, was soon promising to "noticeably" reduce refugee numbers.

This effort was successful, even though it wasn't Merkel's achievement. About 220,000 migrants were newly registered in the first half of this year. The numbers have declined month after month. According to Germany's nationwide EASY registration system, 92,000 migrants and refugees were registered in January and only about 16,000 in July.

How many people came to Germany? How many applied for asylum?

EASY registrations and asylum applications per month since January 2014

EASY registrations Initial asylum applications Jan '14 Jul '14 Jan '15 Jul '15 Jan '16 Jul '16 50,000 100,000 150,000 200,000 250,000

There are two reasons for this decline. The first is that after months of chaos the southeastern European countries have sealed off the Balkan route -- without outside help. The second is that Turkey, as part of a morally dubious deal with the EU, is preventing refugees from continuing to Europe.

Whether this pact remains in place is now more uncertain than ever, following the attempted coup in Turkey. At the same time, migration pressure remains high as the war continues to rage in Syria. Refugees are now searching for alternative routes.

Asylum Procedures

During the first months of the refugee crisis, the Federal Office for Migration and Refugees (BAMF) became the poster child for the bureaucratic failures of the German government. But BAMF has since become "significantly more efficient," according to agency head Frank-Jürgen Weise. It has increased its staff from 2,300 employees in early 2015 to 8,000 today, and dozens of new offices have been opened.

BAMF made more than 330,000 asylum decisions during the first seven months of this year, an increase of 146 percent over the same period last year.

At the same time, however, the mountain of pending applications has grown to more than half a million. Contrary to original plans, BAMF will be unable to process these applications by the end of the year. Agency officials attribute the delays to the large number of complicated, older cases, which continue to drive up the average processing time to more than six months today. On the other hand, says Weise, BAMF does its best to decide on new cases within 48 hours.

According to Weise's plan, all refugees in Germany will at least be able to submit an asylum application by the end of September.

How many refugees are still awaiting a decision?

The number of asylum decisions made each month and cases still pending at the end of each month (initial applications and follow-up applications)

Asylum decisions made Pending asylum decisions Jan '15 Apr '15 Jul '15 Oct '15 Jan '16 Apr '16 Jul '16 100,000 200,000 300,000 400,000 500,000 600,000

Source: BAMF

Accommodations

Chaos is now a thing of the past. Germany has found housing for about a million refugees. There are thousands of empty beds in emergency shelters, and a large share of the roughly 1,000 repurposed gymnasiums are no longer needed, now that refugees have been able to move to so-called standard accommodations. But these are often temporary and include repurposed shipping containers.

Efforts to house refugees and migrants have been more successful in smaller cities and towns than in metropolitan regions. According to public broadcaster WDR, 9,000 people still live in emergency shelters in the western state of North Rhine-Westphalia, even though there are almost 14,000 beds available in regular housing.



Children play at a container settlement shelter for refugees in Berlin.

In Berlin, dozens of gymnasiums are still reserved for refugees, and authorities there say the makeshift shelters currently house more than 5,000 people. And although the city administration had promised that the gymnasiums would be empty again by the beginning of the year, that is now likely to take several more months. In the German capital, a total of 23,600 refugees and migrants are still living in emergency shelters, including hangars at the city's former Tempelhof Airport. Some 60 new group housing units are being built to provide more permanent housing for these refugees.

Federal Environment and Building Minister Barbara Hendricks, a member of the center-left Social Democratic Party (SPD), has tripled funding for the construction of subsidized housing to 1.5 billion euros (\$1.68 billion) for 2018. Hendricks is also pushing for the repeal of a constitutional amendment that went into effect in 2006, that shifts responsibility for construction of social housing entirely to the state level. Under those rules, the federal government is only authorized to provide the states with financial assistance for subsidized housing until 2019. But Hendricks has argued that Germany is suffering from an acute shortage of social housing and that the problem is too large for the states to handle on their own.

Integration

The real test is whether Germany can integrate hundreds of thousands of new residents. But the country has already run into problems in the first step of the process: language and integration courses. In April, BAMF head Weise estimated that there will be a shortfall of about 200,000 slots in these courses this year alone.

The federal government has announced plans to massively expand the program, which often suffers from a shortage of teachers, and from the fact that pay has been modest. To address the problem, wages paid to teachers of these courses were raised significantly on July 1. Still, the task remains enormous, with the BAMF anticipating about half a million course participants for 2016.

How many people are participating in integration courses?

The number of new course participants from 2011 to 2015; forecast for 2016

2011 2012 2013 2014 2015 2016
60,000 100,000 150,000 200,000 250,000 300,000 350,000 400,000 450,000 500,000 550,000 600,000

Source: BAMF

Only those refugees and migrants with strong prospects of remaining in Germany have access to the courses. For instance, close to 80,000 Afghans who had submitted asylum applications by the end of July are ineligible to participate in federal integration courses.

Refugee children pose another challenge. Statistics from KMK, the national body representing education ministers from the 16 federal states, indicate that 325,000 refugee children and adolescents were integrated into the German school system in 2014 and 2015. They now comprise 2 percent of all schoolchildren nationwide. To address their needs, schools need additional teachers and social workers trained to work with traumatized children.



Refugee children at a school in Potsdam in October

An informal SPIEGEL ONLINE poll of officials in the German states in the spring, found that 12,000 new teachers had already been hired. But GEW, a union representing educators and scientists, estimates that more than 20,000 teachers are still needed. Some state education ministries have already written to retirees asking them to return to work, indicating a lack of applicants for the new positions.

In its current report on education, KMK also assumes that up to 58,000 additional daycare spots are needed for the children who arrived in Germany in 2015 alone. To provide adequate care, up to 9,400 additional daycare professionals are needed.

Labor Market

More than 100 companies are participating in the "Us Together" integration initiative launched a few months ago. So far, 1,800 internships, more than 500 training positions and more than 400 full-time positions have been filled with refugees. But these numbers are still too small, says Chancellor Merkel, who has invited the leaders of major German corporations to a refugee summit in September.



Mohammed K. during a internship at Daimler in the city of Esslingen near Stuttgart.

So far, very few refugees have succeeded in breaking into the job market. According to the Federal Labor Office, 322,000 refugees were registered as seeking employment in July -- in other words, those whose asylum applications had already been approved. Refugees and migrants have no access to the job market until they have been granted asylum. Of the 322,000 registered refugees, 141,000 were unemployed. Many speak little or no German at all or have inadequate education. However, the majority are still young, and the hope is that migrants can be integrated into the labor market through education and training programs.

Crime

Germans were alarmed by the New Year's Eve assaults in Cologne. Had Germany introduced a crime problem by allowing the refugees into the country? Of course, the normal statistical probability also applies to refugees. In any group of a million people, there are bound to be those who do not abide by the law.

But the statistics compiled by the authorities also show that the probability is no higher among refugees than in the domestic population. According to police crime statistics, the number of criminal acts increased by about 4 percent in 2015 over the previous year. The increase was mainly attributable to a rise in asylum- and visa-related offences. If these offences are factored out of the equation, the number of criminal acts remained virtually constant, even though the number of people in the country had increased by hundreds of thousands.

Which crimes are reported most often?

During the first three months of 2016, 69,000 crimes were reported that had been committed by immigrants -- a drop of more than 18 percent.

29.2% 28.3% 23.0% 19.5% Theft Offences against property or fraud Assault, violence committed against other persons Other

Source: German Interior Ministry

The events in Cologne triggered a debate about whether a perpetrator's country of origin should be mentioned in connection with the offence. In fact, there is no denying that a certain group of immigrants are more likely to attract the attention of law enforcement. According to the Federal Criminal Police Office (BKA), migrants from Algeria, Morocco and Tunisia are suspected of committing a crime significantly more frequently than people from other countries.

In one respect, the refugee crisis has led to an increase in crime statistics. But in this case the migrants are the victims, not the perpetrators. This year, the BKA has already recorded 665 assaults on refugee accommodations. There were 1,031 such assaults in 2015, or five times as many as in the previous year.

The [attacks](#) in Würzburg and Ansbach also cast a spotlight on the possible relationship between immigration and the risk of terror. Both perpetrators came to the country as refugees, albeit before last year's big migration wave. Both were not previously on the radar of security authorities.

The authorities routinely follow up on tips about the alleged Islamist activities of refugees. There was recently talk of more than 400 such reports, but investigators have yet to uncover concrete plans for an attack. However, the Federal Office for the Protection of the Constitution, Germany's domestic intelligence agency, is concerned that radical groups are trying to recruit members in refugee hostels.

Deportations

A tiresome topic in politics -- the "accelerated repatriation of rejected asylum-seekers" is part of every action plan. The number of deportations in Germany has in fact risen considerably. However, the system still does not appear to be efficient.

According to the central register of foreign nationals, there are currently more than 220,000 people in Germany who should be required to leave the country. Of that total, 172,000 are officially tolerated because, for example, there are wars raging in their native countries.

But there are also plenty of other reasons preventing deportations.

- In the case of rejected asylum-seekers who have no identity papers, for example, there is often a presumption by the authorities that the person's native country will not accept them. This is often employed as a strategy by people entering Germany, and several thousand people use this approach to avoid deportation. The German government is now pressing many countries to be more cooperative when it comes to repatriating their citizens.
- Asylum-seekers also can't be deported if they are unable to travel due to illness. A plan to allow only government doctors to issue the relevant health reports is now being discussed.
- Another problem is that many asylum-seekers facing deportation go into hiding. In order to make this more difficult, the time of deportation is no longer announced in advance.

How many people have been deported?

Deportations from Germany

2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 1st Half 2016 10,000 20,000 30,000 40,000

Source: German Interior Ministry

Politics and Society

The European Union is drifting apart with Brexit and squabbling between member states, Merkel's conservative Christian Democrats and their Bavarian sister party, the CSU, [are at odds](#), and the Alternative for Germany party is doing well in the polls. In fact, the right-wing populist party even threatens to overtake the Christian Democrats in the state parliamentary election in the eastern state of Mecklenburg-Western Pomerania on Sunday, Sept. 4.

The refugee crisis is shaking up politics and polarizing society. Thousands of Germans are volunteering to help refugees, taking over where the authorities are too slow or overburdened.

On the other hand, many fear that refugees are [changing the country](#). Xenophobic sentiments are on the rise, people are taking to the streets to protest what they see as the Islamization of Germany, citizens are trying to block refugee housing and politicians are berated as "traitors." "Germany will remain Germany," Chancellor Merkel tells these self-appointed concerned citizens, "with everything that is near and dear to us." But it remains completely unclear whether and when the cracks in German society will be repaired.

147,77

Réfugiés syriens : l'Allemagne et le Canada accueillent bien plus que la France

LE MONDE | 02.09.2016 à 11h57 • Mis à jour le 02.09.2016 à 15h44 | Par [Pierre Breteau](#)

Réagir Ajouter

Partager (623) [Twitter](#)

« *Nous accueillons notre 10 000^e réfugié syrien cette année* », annonçait [la Maison Blanche, lundi 29 août](#). Un chiffre qui porte à un total de 12 000 le nombre de Syriens accueillis sur le sol américain depuis le début de la crise. Rapporté aux 318 millions d'Américains, cela représente 0,38 réfugié pour 10 000 habitants. Moins bien que leurs 35 millions de voisins canadiens, qui émargent à 30 000 personnes accueillies – soit 8 pour 10 000 Canadiens.

Avec 600 000 réfugiés accueillis en Allemagne – soit 74 pour 10 000 habitants –, Berlin fait bien plus pour l'accueil des réfugiés syriens que tous les autres pays occidentaux.

La France, qui a promis d'en accueillir 30 000, n'atteint que le chiffre de 10 000 pour le moment, soit 1,51 pour 10 000 habitants.

Accueil de réfugiés syriens : l'Allemagne et le Canada devant la France

Cette infographie représente la proportion de réfugiés syriens accueillis par pays pour 10 000 habitants.

États-Unis France Canada Allemagne 0,381,58 pour 10 000 hab. 74 pour 10 000 hab.

A titre de comparaison, le Liban et ses 4,4 millions d'habitants accueille 2 500 réfugiés syriens pour 10 000 habitants [selon le Haut-Commissariat aux réfugiés \(HCR\)](#). La Turquie, avec ses 75 millions d'habitants, accueille 360 réfugiés pour 10 000 Turcs, soit un total de 2,7 millions de réfugiés.

Les réfugiés au Proche-Orient depuis 1990

Cette carte représente le nombre de réfugiés par pays d'accueil depuis 1990 jusqu'au mois de septembre 2016. Plus la bulle est grande, plus le pays accueille de réfugiés.

147,78

Accueil des réfugiés musulmans: Angela Merkel juge inacceptable le refus de pays européens

IMMIGRATION

L'Allemagne a accueilli en 2015 environ un million de demandeurs d'asile, pour la plupart originaires de Syrie, d'Irak et d'Afghanistan...



La chancelière allemande Angela Merkel lors d'une conférence de presse à Berlin, le 2 juin 2016 - ODD

ANDERSEN AFP

20 Minutes avec AFP

- Publié le 29.08.2016 à 08:16
- Mis à jour le 29.08.2016 à 08:51

La chancelière allemande [Angela Merkel](#) a jugé inacceptable que certains pays de l'Union européenne refusent d'accueillir des réfugiés parce qu'ils sont musulmans, alors que l'Allemagne réclame l'instauration de quotas de répartition au sein de l'UE.

« Ça ne va pas du tout que certains pays disent que de manière générale, nous ne voulons pas avoir de musulmans dans nos pays », a-t-elle déclaré dans un entretien à la télévision publique allemande [ARD](#).

Revenant sur sa proposition d'introduire des quotas de répartition de réfugiés au sein de l'UE, la chancelière a souligné que « chacun devait faire sa part » et qu'une « solution commune devait être trouvée ».

« Nous n'avons ici aucune forte communauté musulmane »

Depuis un an, avec la décision début septembre 2015 de Merkel d'ouvrir son pays aux demandeurs d'asile, de nombreux Etats européens, notamment en Europe de l'Est, estiment que la chancelière a créé un appel d'air migratoire.

Plusieurs d'entre eux ont affirmé en réaction ne pas vouloir voir émerger de communauté musulmane dans leurs pays. Dernier en date, le Premier ministre tchèque, Bohuslav Sobotka le 23 août.

« Nous n'avons ici aucune forte communauté musulmane. Et à vrai dire, nous ne souhaitons pas qu'une forte communauté musulmane se forme ici, vu les problèmes que nous observons », a déclaré Sobotka au quotidien *Pravo*.

En 2015, la Slovaquie avait-elle indiqué qu'elle ne comptait accueillir que des migrants chrétiens.

europe

Allemagne. Mais où sont donc passés les réfugiés ?

-Die Zeit (extraits) Hambourg; Jana Gioia Baurmann,; Moritz Depenbrock e; Caterina Lobenstein

Le 4 septembre 2015, Angela Merkel a pris la décision historique d'ouvrir les frontières aux migrants affluant en Europe. L'euphorie du moment est retombée, l'espoir d'un nouveau miracle économique

En septembre 2015, Dieter Zetsche, président du directoire du groupe Daimler, intervient sur une tribune à Francfort-sur-le-Main. En plein Salon de l'automobile. Mais Zetsche ne parle pas des voitures, il parle des gens. De ceux qui arrivaient alors par milliers tous les jours après avoir passé la frontière [hongroise, puis autrichienne] : les réfugiés. Veston gris argent, mains croisées, il dit qu'il sera peut-être difficile de tous les accueillir. Puis il prononce une phrase qui restera collée à son nom : *"Dans le meilleur des cas, cela peut être aussi la base d'un prochain miracle économique allemand - tout comme les millions de Gastarbeiter [travailleurs immigrés] dans les années 1950 et 1960 ont contribué pour une part essentielle à l'essor de la République fédérale."*

C'est le moment où les trains de réfugiés partis de Hongrie arrivent en Allemagne. Les camps d'hébergement sont bondés, les gens se pressent dans les gymnases et sous les tentes montées à la hâte. Zetsche, le chef de Daimler, l'un des grands groupes allemands cotés en Bourse (entreprises du DAX), parle comme s'il les avait attendus : *"Ce sont exactement des gens comme eux que nous cherchons chez Mercedes et partout dans notre pays."* Il n'est pas le seul, d'autres abondent en son sens. *"Les entreprises allemandes sont prêtes à faire tout ce qu'elles pourront"*, déclare le patron des patrons, Ingo Kramer, quelque temps plus tard à Berlin. À l'automne dernier, Dieter Zetsche appelle à ne pas considérer les réfugiés comme un danger, mais au contraire à leur donner une chance.

Qu'en est-il aujourd'hui, près d'un an plus tard ? Neuf réfugiés, en tout et pour tout, travaillent chez Daimler. Et dans toutes les entreprises du Dax, début juillet, on en dénombrait au total 54. Le 14 septembre, la chancelière Angela Merkel réunira les grands chefs d'entreprise pour tenter d'accélérer l'embauche des réfugiés.

Alors qu'est-il resté de l'euphorie de l'automne dernier, des promesses des grands patrons et des résidents des fédérations patronales ? Existe-t-il encore l'espoir d'un nouveau miracle économique ? Ou a-t-il cédé la place à la peur ? Jusqu'à présent, on ne dispose guère de chiffres fiables. Les réfugiés qui sont arrivés l'an dernier ne sont entrés dans les statistiques du chômage de l'Agence fédérale pour l'emploi que depuis juin dernier. Et environ un demi-million de personnes n'y sont pas encore enregistrées, car elles ont déposé une demande d'asile mais ne savent pas si elles pourront rester en Allemagne. D'autres ont déjà obtenu le statut de réfugié et un permis de travail mais suivent encore les cours d'intégration.

Il faut s'en remettre au Registre central des étrangers pour avoir une idée du nombre de réfugiés disponibles sur le marché du travail. Selon ce registre, 1 090 812 réfugiés sont actuellement enregistrés en Allemagne, dont 850 000 sont en âge de travailler (les 15-65 ans). Sur ces 850 000, seuls 350 000 ont jusqu'à présent le statut de réfugié, le seul qui donne un accès sans limite au marché du travail allemand. Combien sont-ils à avoir déjà trouvé un emploi, les chiffres ne le disent pas encore. Mais on a quelques repères.

Statistiques. Premièrement, trouver un travail prend du temps. Parce que la plupart des réfugiés parlent encore mal allemand, qu'il n'y a pas assez de cours de langue, que les procédures de demande d'asile sont longues, mais aussi parce que les services administratifs et les entreprises doivent eux-mêmes s'adapter à ce nouveau groupe de demandeurs d'emploi.

Deuxièmement, les réfugiés qui cherchent du travail ont souvent leurs propres priorités, qui ne sont pas celles des Allemands : ils ne cherchent pas à suivre une longue formation mais à gagner rapidement de l'argent, soit pour l'envoyer à leurs proches, soit pour régler leurs dettes aux passeurs. Troisièmement : selon les estimations de l'Agence fédérale pour l'emploi, 70 % des réfugiés n'ont pas de formation professionnelle aboutie, et seuls 10 % ont fait des études supérieures. Des chiffres toutefois non définitifs. Les réfugiés sont souvent très jeunes, donc sans formation, et beaucoup de cursus ont été interrompus par la guerre et par l'exode. En définitive, 35 % des réfugiés ont fréquenté le lycée ou l'université. Ce taux atteint plus de 40 % chez ceux qui ont de grandes chances d'obtenir un droit de séjour. Un grand nombre n'a jamais été à l'école. Il n'y a guère de moyen terme - or c'est précisément ce dont l'Allemagne a besoin.

Enfin, même si de grands patrons comme Dieter Zetsche se sont montrés particulièrement euphoriques, ce n'est pas chez eux que la plupart des réfugiés iront travailler. Actuellement, on les trouve essentiellement dans les secteurs de la gastronomie, de l'entretien et plus généralement dans les entreprises tenues par des immigrés, explique l'économiste Herbert Brücker, spécialiste des questions migratoires à l'institut IAB de Nuremberg. McDonald's à lui seul emploie 900 réfugiés. La plupart des emplois se situent dans les PME. Comme la société d'emballage Nefab, que gère Stefan Müller à Hambourg : 70 salariés et 3 réfugiés somaliens en emploi-formation, dont il est très satisfait. Mais leurs places ne sont pas assurées à cause des problèmes linguistiques. Si l'expérience n'aboutissait pas, Müller aurait investi à perte et perdu 3 salariés potentiels.

Les entreprises sont tout à fait conscientes du problème. Ainsi, le sous-traitant automobile Continental à Hanovre propose un programme associant cours d'allemand et formation technique de base sur un an pour préparer les réfugiés à l'appren-tissage. Un modèle que soutient l'Agence fédérale pour l'emploi, avec 40 000 "cours combinés" de ce type d'ici à la fin de l'année. Des chambres de l'artisanat ont également élaboré leurs propres programmes, il existe des bourses à l'emploi en ligne, et puis des centaines de chefs d'entreprise se sont associés pour former les réfugiés. "*Le cargo bouge !*" résume l'économiste Brücker.

Succès des PME. Si l'intégration des réfugiés sur le marché du travail réussit, le résultat n'aura probablement pas grand-chose d'un grand miracle, il sentira plutôt la bureaucratie et les avancées à petits pas, et se célébrera non au niveau des directoires, mais dans les petits bureaux des PME. Et partout avec la même certitude : rien ne se fait sans des personnes qui assistent les réfugiés, les conseillent et assurent la traduction.

Qu'on les appelle "*pilotes de l'intégration*", "*parrains*" ou "*tuteurs*", ils sont l'élément catalyseur sur la route vers l'emploi.

Un an après que Dieter Zetsche a proclamé le nouveau miracle économique allemand, la plupart des réfugiés attendent toujours dans leurs foyers. Ils attendent la réponse à leur demande d'asile, ils attendent leur cours d'allemand, ils attendent leur première formation à l'embauche. Ils ne sont pas dans les usines de Daimler, ils font la queue aux portes des services administratifs. Au lieu d'atterrir dans une grande entreprise allemande, beaucoup ont désormais atterri dans une statistique allemande : celle de l'Agence fédérale pour l'emploi.

Celle-ci montre qu'en mai 2016 ils étaient 99 000, venus l'an dernier des huit principaux pays d'origine (dont la Syrie, l'Afghanistan et l'Irak), à avoir trouvé un véritable emploi salarié. Parallèlement, ils sont aujourd'hui environ 157 000 originaires de ces pays à être enregistrés comme demandeurs d'emploi, soit 80 000 de plus qu'il y a un an. L'année prochaine, le nombre des chômeurs en Allemagne augmentera pour la première fois, prédit l'Agence fédérale pour l'emploi. "*C'est une bonne nouvelle, con fie une responsable. Cela prouve que de nombreux réfugiés sont enfin enregistrés chez nous. Et que ça peut démarrer.*"

147,81

Dépenser plus dans l'Éducation ne garantit pas la réussite des élèves

Publiée 08/09/2016 à 06:00



INFO LE FIGARO - Une étude de l'IREF, un think tank libéral, montre que la France gère de façon peu efficace son budget de l'Éducation. Elle paye mal ses professeurs, tout en leur imposant un temps de travail trop faible.

La rentrée est à peine passée que le SNES-FSU, premier syndicat du secondaire, ainsi que la CGT, FO et Sud appellent déjà à la grève ce jeudi contre la réforme des collèges. Une preuve supplémentaire du malaise du monde éducatif français. Le gouvernement a pourtant choyé les profs. Depuis 2012, plus de 42.000 postes d'enseignants ont été ouverts à l'Éducation Nationale (même si tous n'ont pas été pourvus), en réponse à la promesse de campagne de François Hollande de créer 54.000 postes dans ce ministère sous son quinquennat. Parallèlement, le budget de l'Éducation Nationale est passé de 60 milliards d'euros en 2011 à 65,7 milliards en 2016, soit une hausse de quasiment 10% en 5 ans.

Des résultats médiocres aux tests PISA

De deux choses l'une alors: soit les budgets n'ont pas été assez augmentés pour faire face à l'ampleur du défi, soit le problème français ne vient pas d'un manque d'argent. La dernière étude réalisée par le think-tank libéral IREF, et que *Le Figaro* dévoile en exclusivité, vient en appui de la seconde hypothèse. L'institut a comparé les dépenses publiques d'éducation aux résultats obtenus aux tests PISA de l'OCDE mesurant les performances des jeunes de 15 ans. La conclusion est claire: si dans les pays en rattrapage de l'Europe de l'Est, dépenser plus dans l'Éducation accroît la réussite des élèves, dans les pays de l'Europe de l'Ouest et du Nord, ce n'est pas le cas. Les deux données ne sont pas corrélées statistiquement. Ainsi la France est 25^e au classement mondial PISA en maths, 26^e en sciences et 21^e en lecture. Le tout alors que les dépenses par élèves y atteignent 6764 euros par an. La Belgique, qui est plus économe (6456 euros par élève), obtient des scores PISA nettement meilleurs. Autre exemple, le Luxembourg dépense des fortunes par élève (14.370 euros) et se classe plus bas que la France. L'étude IREF montre que dépenser davantage ne permet pas non plus de réduire le nombre de jeunes en décrochage scolaire -un domaine où la France atteint des résultats dans la moyenne européenne- ni d'accroître le nombre de diplômés du supérieur...

«Ce qui compte pour réussir, ce n'est pas de délier les cordons de la bourse mais d'allouer intelligemment les moyens», souligne-t-on à l'IREF. Ce que la France fait mal. L'Éducation Nationale «ne souffre pas d'un manque de moyens ou d'un nombre trop faible d'enseignants mais d'utilisation défailante des moyens existants», écrivait déjà la Cour des Comptes dans un rapport de 2013.

Des profs qui gagnent à peine plus que le salaire moyen

Un des points d'achoppement vient du salaire des professeurs. Selon l'OCDE -et l'étude de l'IREF le confirme également-, plus un enseignant est payé, mieux ses élèves réussissent. Certainement car il est davantage motivé.

Or dans ce domaine, «la France se situe dans la moyenne basse des pays de l'Europe du Nord et de l'Ouest», note l'IREF. Ainsi, le salaire d'un enseignant français de collège ayant 15 ans d'expérience représente 1,07 fois le salaire moyen, et celui d'un enseignant de lycée 1,08 fois. «En Allemagne, un enseignant de collège avec la même expérience est payé 1,75 fois le salaire moyen, et un enseignant de lycée, 1,89 fois. Aux Pays-Bas, le rapport est de 1,5», précise-t-on à l'IREF. Et ces deux pays obtiennent de bien meilleurs scores à PISA.

Tout en rémunérant mal ses enseignants, la France consacre une part très importante de son budget de l'Éducation au paiement des professeurs (69%, contre 59% aux Pays-Bas et 58% en Allemagne). Pourquoi? Parce que les enseignants français sont très nombreux et travaillent moins d'heures que dans d'autres pays: 18 heures de cours par semaine pour un certifié, 15 pour un agrégé. «Aux Pays-Bas, les professeurs ont un contrat de travail de 40 heures. Car en plus du temps de cours, qui est similaire à celui de l'Hexagone, ils assurent des tâches de suivi des élèves, de relations avec les parents, de coordination, etc.», fait-on remarquer à l'IREF. Il existe certes des dispositifs d'accompagnement en France, mais ils sont mal ciblés et mal organisés, selon la Cour des comptes. Une vraie faille, car ces missions favorisent la réussite des élèves.

Au final, l'IREF classe la France au 12^e rang, sur 31 pays européens, pour l'efficacité de ses dépenses d'éducation, c'est-à-dire pour le rapport entre les dépenses et la réussite des élèves. Loin de la Belgique, les Pays-Bas et la Suisse, les trois premiers du classement.

147,83

Kurioses Arbeitszeitmodell

Ein Fünf-Stunden-Tag für alle

Ein Kleinunternehmen in San Diego hat sich ein für Amerika höchst untypisches Arbeitszeitmodell verordnet: Alle Mitarbeiter gehen um 13 Uhr nach Hause. Was das bringen soll und warum es zu funktionieren scheint.

08.09.2016, von NADINE BÖS



© DPATrendig: Der Stand-up-Paddle-Sport. Auch trendig: Die Arbeitszeiten von Paddel-Firma Tower.

Es klingt wie eine dieser abgefahrenen Ideen, die junge, hippe Start-ups manchmal so haben: Die einen schaffen die Chefs ab, die nächsten lassen ihre Mitarbeiter Urlaub machen, so lange und so oft sie wollen. Jetzt hat es Stephan Aarstol mit seinem 10-Mann-Unternehmen in Amerika in die Schlagzeilen der internationalen Presse geschafft. Womit? Er hat sich und seinen Kollegen offiziell einen Fünf-Stunden-Tag verordnet und dann ein Buch darüber geschrieben.

Aarstol ist Gründer und Chef eines Unternehmens für so genannte Stand-up-Paddle-Boards - Surfbretter ohne Segel, die im Stehen mit einem langen Paddel angetrieben werden, eine Trendsportart am Meer, auf Flüssen und in Seen. Sein Unternehmen „Tower“ stellt solche Bretter her und vertreibt sie auch selbst.

Ein für Amerika höchst untypisches Arbeitszeitmodell: Alle Mitarbeiter dieser Firma gehen um 13 Uhr heim.

So trendig, wie der Paddelsport, so trendig wollte Aarstol wohl auch die Arbeitsbedingungen in seiner Firma gestalten, als er seinen Mitarbeitern die Ansage machte, sie sollten ihren klassischen Nine-to-five-Arbeitstag auf fünf Stunden reduzieren und nur noch von 8 bis 13 Uhr zur Arbeit kommen. In Ausnahmesituationen sei es an einzelnen Tagen mit außergewöhnlich hohem Arbeitsaufkommen natürlich auch mal erlaubt, länger zu bleiben. Das sollte aber die Ausnahme bleiben. Ein früher Feierabend und eine gute Work-life-Balance passten optimal zu einer Strand- und Lifestyle-Firma wie seiner, so argumentiert Aarstol.

Wer es nicht schafft wird gefeuert

Allerdings: Er verlangte von seinen Mitarbeitern innerhalb der verkürzten Arbeitszeit doppelt so produktiv zu sein, wie ein Durchschnittsarbeitnehmer, [schreibt er in einem Artikel für das Business-Magazin „Fast Company“](#). Seine Ansprüche formuliert er durchaus direkt: Wer es nicht schaffe, werde gefeuert.

Der Gedanke dahinter: Die Produktivität sinke ohnehin, je länger Arbeitnehmer am Schreibtisch säßen. Gleichzeitig steige die Produktivität glücklicher und ausgeglichener Arbeitnehmer. „Ich möchte euch euer Leben zurückgeben“, so habe er seinen Untergebenen die Idee schmackhaft gemacht. Als zusätzlichen Anreiz beteiligte Aarstol alle Mitarbeiter außerdem mit fünf Prozent am Unternehmensgewinn.

Der Umsatz steigt rasant

Das Ganze sei nun etwas mehr als ein Jahr her, schreibt der Unternehmenschef. Und es habe sich wunderbar bewährt. Während er den verkürzten Arbeitstag zunächst vorsichtshalber nur auf die Sommermonate beschränken wollte, arbeite „Tower“ nun das ganze Jahr über so.

Denn die Ergebnisse des ganzen Experiments seien absolut verblüffend, so Aarstol. Sein Unternehmen stehe auf der Liste der 5000 am schnellsten wachsenden Betriebe in ganz Amerika. Hatte der Umsatz 2015 noch 7,2 Millionen Dollar betragen, rechnet Aarstol für 2016 schon mit 9 Millionen Dollar Umsatz. Ob das wirklich an der Produktivität liegt, die durch die kürzere Arbeitszeit zustande kommt, oder an der tollen PR, die ihm seine Aktion gebracht hat – das sei einmal dahingestellt.

147,84

Charlemagne

Unshrinking the continent

Europeans see themselves as mouse-sized. They need to man up

Sep 10th 2016 | [From the print edition](#)



LIKE all good B-movies, “The Incredible Shrinking Man” is deeper than it seems. After his body’s growth is sent into reverse by a wayward encounter with a radioactive cloud (yes, this is 1957), Scott Carey, the film’s hero, finds his relationships destroyed and his self-esteem dripping away. Richard Matheson, the screenwriter, said it was a “metaphor for how man’s place in the world was diminishing”. Today he might say the same for the old continent. Beleaguered by crisis and shorn of confidence, Europe seems to be shrinking by the day.

It might seem an odd time for such a claim. This week came news that the euro zone grew by 1.6% in the second quarter compared with a year earlier, and the European Union, lifted by a pre-referendum Britain, by 1.8%. This, as Eurocrats wasted no time pointing out, was a good clip faster than the United States. In most countries budget deficits are under control, and after years of austerity the euro zone is at last enjoying the mildest of fiscal expansions. Outside Italy its banks are in better shape. A pan-EU investment scheme launched, to much scepticism, by the European Commission last year is starting to show results.

Yet draw the camera back and the picture looks gloomier. The American economy dug itself out of its hole long ago. But according to calculations by the Peterson Institute for International Economics, an American think-tank, output in 11 EU countries has yet to recover to 2007 levels. Large economies, like France and particularly Italy, are struggling. The IMF has downgraded its forecasts for the euro zone, warning of the risks posed by Brexit. Unemployment remains over 10%, twice the American rate. And there is precious little thinking about long-term challenges like ageing, infrastructure or education.

Towards the end of the film, Carey, now reduced to a few inches, laments that creatures like domestic cats and spiders have become enemies that seem “immortal”. Today in Europe unexpected changes, from genetically modified food to Uber, are too often perceived first as threats. “Even the slightest headwind seems to be framed as the beginning of the next big crisis,” said Jeroen Dijsselbloem, head of the Eurogroup of finance ministers, this week. After battling crisis for so long, Europeans now see it everywhere.

Take migration. The refugee deal the EU signed with Turkey in March has brought numbers under control. The agreement’s deeper promise was to resettle refugees to Europe in an orderly fashion. Yet the EU has lost interest in that pledge, and remains entirely focused on preventing another migrant surge. In Germany politicians are revisiting last year’s arguments over open borders rather than grappling with the challenges of integration. The upcoming presidential campaign in France looks set to be dominated by inward-looking

concerns about identity, security and burkinis. In most of the depopulating countries of eastern Europe it is impossible even to begin a serious debate about migration, including the legal sort. And Europeans conflate migrants with their obsessive fear of terrorism, which, though a real threat, is less prevalent than it was in the 1970s.

Or take trade. TTIP, a proposed trade-and-investment agreement with the United States, is on life support after taking a beating from politicians across Europe. A “next-generation” deal concentrating on regulations and standards rather than tariffs was always going to be a tough sell. But rather than seek to shape negotiations with their most important ally, many Europeans now prefer simply to write the thing off. Even a trade deal with Canada, concluded two years ago and now awaiting ratification in Europe’s parliaments, may fall foul of opposition in Germany and Austria. Bashing international trade—by one account responsible for one in seven jobs in the EU—has become a favoured sport for European populists of both left and right.

Like Carey, what Europe desperately needs is growth. Yet Europeans train their sights on the sources of growth and shoot them down, one by one. Easing digital trade within the EU might provide a boost. Yet the highlight of the European Commission’s much-ballyhooed proposals to deepen the digital single market may be a tired plan to help publishers charge search engines for linking to their stories. Tackling labour- and product-market rigidities could lift euro-zone GDP by 6% over the next decade, according to the OECD, a club of mainly rich countries. But politicians are too scared; instead they blame stagnation on the budget limits imposed by Brussels. It is not hard to see why. This summer a mild labour reform in France triggered weeks of protests.

Hormones needed

Slow growth, small declines in unemployment and an absence of crisis have started to feel like grand achievements. The heavy lifting has been done by the European Central Bank, which has bought €1 trillion (\$1.1 trillion) of sovereign debt during 18 months of quantitative easing. That monetary stimulus lets leaders postpone reform in sclerotic economies like Italy and Portugal. Spain, where youth unemployment has been over 40% since 2010, is held up as a success. From time to time a powerless European dignitary will proclaim such figures a disgrace. A think-tank will lament European inaction. And then everyone moves on.

It is not that Europe’s crises are imaginary. From Russia to refugees to Brexit, they are real enough. Polls show that European voters worry more about immigration and terrorism than about economic insecurity, and their leaders must respond. But they should not allow fear to cloud their judgment. Europe is not as small and helpless as it seems to think it is. With 7% of the world’s population, the EU accounts for 22% of its economic output. It still wields considerable soft power. At the end of “The Incredible Shrinking Man”, Carey comforts himself with the thought that however much his body may diminish, he will at least retain his own little place within the universe. With luck, Europe can muster a little more ambition.

147,86

MCKINSEY-INDEX

9/9 13:05

Deutschland ist bei der Energiewende kein Vorbild mehr

Strom wird erneut teurer, die Netzkosten explodieren geradezu, doch Deutschlands CO₂-Ausstoß wächst trotzdem weiter. Experten von McKinsey sehen den Beginn einer neuen Phase in der Energiewende.

Von [Daniel Wetzel](#) Wirtschaftsredakteur



Foto: dpa Deutschland wird nicht alle Ziele der Energiewende erreichen

Die Bundesregierung verfolgt mit der Energiewende offenbar Ziele, die sich widersprechen. Die politischen Vorgaben in Bezug auf Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit lassen sich mit der gegenwärtigen Politik jedenfalls nicht parallel erreichen. Darauf deutet die jüngste Fortschreibung des "Energiewende-Indizes" der Beratungsgesellschaft McKinsey hin.

"Bei relevanten Zielen der Energiewende in Deutschland wird die Schere zwischen einerseits nicht mehr erreichbaren und andererseits übererfüllten Zielen immer größer", heißt es im aktuellen Bericht des Expertenteams um Senior Partner Thomas Vahlenkamp: "Zentrale Indikatoren driften auseinander und steuern auf gegenläufige Extreme zu."

McKinsey untersucht seit vier Jahren im halbjährlichen Turnus 15 politisch vorgegebene Planziele der deutschen [Energiewende](#). Nach der aktuellen Analyse sind sieben der 15 Ziele noch realistisch erreichbar – etwa die Planzahlen zum Bau neuer Offshore-Windkraftanlagen auf hoher See. Sieben weitere Ziele – etwa zur Begrenzung der Energiewende-Kosten – gelten als "unrealistisch", und zwar "mit der Tendenz zu weiterer Verschlechterung".

Planübererfüllung bei Randbedingungen

So hatte die Bundesregierung vorgegeben, bis zum Jahr 2020 Offshore-Windparks mit 6,5 Gigawatt Leistung zu bauen. Mit den nunmehr erreichten 3,3 Gigawatt ist ein wichtiges Etappenziel bereits so frühzeitig erreicht worden, dass McKinsey von "170 Prozent" Zielerfüllung spricht.

Deutschland einigt sich mit der EU

Auch bei anderen Ökostrom-Kapazitäten sieht es nicht schlecht aus. Zwar ist der Bau neuer Solaranlagen zwischen Oktober 2015 und April dieses Jahres mit einem Plus von nur noch 0,4 Gigawatt fast zum Erliegen gekommen. Dennoch wird das Planziel der Bundesregierung für Solarstrom derzeit immer noch mit einem Wert von 115 Prozent übererfüllt.

Auch beim Thema Versorgungssicherheit melden die Analysten Planübererfüllung. Es stehen so viele fossile Kraftwerke zur Verfügung, dass ein wetterbedingter Produktionsausfall von Wind- und Solaranlagen nicht zu einem Versorgungsengpass führt. Nach den McKinsey-Berechnungen hat sich die "gesicherte Reservemarge" sogar noch weiter erhöht, sodass der Ziel-Indikator auf üppige 292 Prozent gestiegen ist.

Das Versprechen der Politik, die Energiewende werde nicht zu einem Abbau von Arbeitsplätzen in der energieintensiven Industrie führen und zusätzlich sogar noch neue Jobs im [Ökostrom-Sektor](#) schaffen, wird ebenfalls eingehalten. Tatsächlich haben die Industriesektoren mit hohem Stromverbrauch im aktuellen Betrachtungszeitraum sogar 45.000 Arbeitsplätze neu geschaffen. "Das schon zuvor realistische Ziel wird damit zu 21 Prozent übertroffen", bilanziert McKinsey. Trotz des Zusammenbruchs der deutschen Solarindustrie ist zudem die Zahl der Jobs im Ökostrom-Bereich nicht nennenswert gesunken, vor allem weil die Windindustrie entsprechend stärker Angestellte eingestellt hat.

Teure Netzeingriffe und teurer Strom

Während es bei diesen Randbedingungen der Energiewende also gut aussieht, hat sich die Situation bei Kernelementen des Klimaschutzes und der Wirtschaftlichkeit zum Teil deutlich verschlechtert. Insbesondere bei den Aufwendungen zur Stabilisierung des Stromnetzes spricht McKinsey von einer "Kostenexplosion".

Weil Stromleitungen zwischen Nord- und Süddeutschland fehlen, müssen die Netzbetreiber immer häufiger mit einem sogenannten Re-Dispatch in den Kraftwerksbetrieb eingreifen – und damit geschlossene Verträge zwischen Stromlieferanten und Stromkäufern aushebeln. Die Kosten für die Einspeisung zusätzlicher Kapazitäten hat sich laut McKinsey von zwei Euro pro Megawattstunde auf inzwischen 3,40 Euro erhöht, die Kosten für Re-Dispatch-Maßnahmen verdoppelten sich auf 403 Millionen Euro im Jahr 2015. Der Indikator der Zielerreichung sinkt damit "auf ein neues Allzeittief von minus 141 Prozent", heißt es bei McKinsey.



Netzausbau

Die neuen Stromtrassen werden erst später fertig

"Nicht nur die teuren Netzeingriffe verschlechtern die ökonomische Bilanz der Energiewende, das gilt auch für die aktuelle Strompreiseentwicklung", warnen die McKinsey-Experten: "Die Haushalts- und Industriestrompreise in Deutschland entfernen sich immer mehr vom EU-Durchschnitt." Inzwischen liege das Preisniveau für deutschen Haushaltsstrom 42,1 Prozent über dem europäischen Durchschnitt, beim Industriestrom seien es rund 20 Prozent "mit steigender Tendenz".

Entsprechend ist von einer EEG-Umlage vom maximal 3,5 Cent pro Kilowattstunde, wie sie Bundeskanzlerin Angela Merkel einst versprach, "heute keine Rede mehr", betont McKinsey. Die Ökostrom-Abgabe, die jeder Verbraucher mit seiner Stromrechnung abführt, beträgt heute 6,35 Cent. Beobachter erwarten einen weiteren Anstieg auf knapp unter sieben Cent pro Kilowattstunde im kommenden Jahr.

Deutsche Energiewende vor einer neuen Phase

Der klimapolitische Nutzen der kostenträchtigen Übung ist an den Zahlen weiterhin nicht ablesbar. So haben sich die CO₂-Emissionen Deutschlands auf 925 Megatonnen erhöht, "womit das für 2020 angepeilte Ziel von 750 Megatonnen in immer weitere Ferne rückt", wie es in der McKinsey-Untersuchung heißt. Die Zielerreichung liege gerade noch bei 42 Prozent und werde deshalb als "unrealistisch" eingestuft.

Ursache der nach wie vor hohen CO₂-Emissionen ist die starke Stromgewinnung aus Kohle, die 2015 zudem Rekordraten im Export erzielte. Auch gelang es der Bundesregierung nicht, die Deutschen zu Energiesparern zu machen. So stieg der Primärenergieverbrauch des Landes konjunkturbedingt um weitere 300 Petajoule oder umgerechnet 83 Terawattstunden an. "Der vorgegebene Zielwert ist damit zu gerade einmal 46 Prozent erreicht", stellen die Analysten fest. Nach Einschätzung des McKinsey-Teams steht die deutsche Energiewende vor einer neuen Phase. Die Zeiten, da sich Deutschland als globaler Ökostrom-Vorreiter feiern konnte, sind vorbei. Noch zu Beginn des Jahrtausends war fast ein Drittel der gesamten weltweiten Windkraftleistung in Deutschland installiert sowie bald darauf 40 Prozent aller Solaranlagen der Welt.

Das Bild hat sich gewandelt: Während Deutschland im vergangenen Halbjahr nur 0,4 Gigawatt Solarkraft zubaute, waren es in China 22 Gigawatt. Während die fehlenden Netze und Speicher den Ökostrom-Ausbau in Deutschland zunehmend bremsen, findet der neue Boom in Übersee statt. So wurden im vergangenen Jahr weltweit Wind- und Solarkraftanlagen mit 113 Gigawatt neu errichtet – zehn Prozent mehr als im Bereich der konventionellen Energieerzeugung.

"Deutschland war bislang Vorbild in Bezug auf den Ausbau erneuerbarer Energien, nun muss es Vorreiter bei der Systemintegration werden", fasst McKinsey-Experte Vahlenkamp zusammen. Das Augenmerk der Politik müsse in Zukunft daher verstärkt auf dem Bau intelligenter Stromnetze und Speicher liegen.

147,88

Islam-Debatte

Der Premier und die Burkinis

Frankreich streitet, ob islamische Kleidung am Strand erlaubt ist. Die „New York Times“ macht sich über die Debatte lustig. Das bringt den Premierminister Manuel Valls auf die Palme.

09.09.2016, von JÜRIG ALTWEGG, GENÈVE



© BESTIMAGE Aktion des Anstoßes: Vier Polizisten fordern eine Frau am Strand von Nizza auf, den Burkini abzulegen.

Das Bild ging um die Welt: Bewaffnete Polizisten, die am Strand in ihrer Uniform ohnehin eine leicht lächerliche Figur abgeben, nähern sich zwei Frauen und fordern sie auf - sich auszuziehen. Praktisch alle Gemeinden an der Côte d'Azur hatten das Tragen des **Burkini** verboten. Eine Ausnahme machte der Bürgermeister von Antibes, wo ein etwas zu laut knallender Motor eine Massenpanik ausgelöst hatte, die Dutzende von gar nicht nur leicht Verletzten forderte.



Autor: Jürg Altwegg, Kulturkorrespondent mit Sitz in Genf. Folgen:

Die Nerven liegen blank, die Angst geht um in Frankreich. Die Richter verboten das Verbot. Doch auf Korsika, wo Einwohner badende Musliminnen verjagt hatten, darf verboten werden. Burka und Burkini sind zum roten Tuch geworden, dem Streit um sie war das französische Sommertheater der Medien gewidmet. Mit einer Polemik zwischen Premierminister **Valls** und der „New York Times“ erreicht es einen Höhepunkt.

Amerikaner machen sich über „Burkini Cops“ lustig

In den amerikanischen Medien hatte es für Frankreich nur Hohn und Spott gegeben. Kommentatoren machten sich über die „Burkini Cops“ lustig und verglichen Frankreich mit Iran. Die „Washington Post“ nannte das Verbot „lächerlich“ und kontraproduktiv: Vor seinem Erlass seien kaum je Burkinis am Strand gesichtet worden. Die „New York Times“ hatte die Idee, mit Burkini-Trägerinnen über ihre Erfahrungen zu sprechen. Sie startete dafür einen Aufruf - auf Arabisch und Französisch - im Internet. Aus 1200 Kandidatinnen wählte die Zeitung ein paar Dutzend aus, in verschiedenen Ländern. Die Porträts sind lesenswert. Auch von gelassenen Reaktionen wird berichtet. Viele allerdings prangern eine vermeintliche europäische Islamfeindlichkeit an und beklagen eine schleichende Apartheid.

„Dieser Artikel zeichnet ein unerträgliches, weil falsches Bild von Frankreich, dem Land der Aufklärung und der Freiheit“, schreibt Manuel Valls in einer Replik in der französischen Ausgabe der „Huffington Post“. In Interviews hat er mehrfach nachgelegt. Die erste Lektion seiner Journalistenschelte: Die Reporter der „New York Times“ hätten die „große Mehrzahl der Musliminnen, die den Fanatismus nicht teilen, anhören sollen“. Mit einigen Fakten nimmt es der Premierminister aber nicht so genau, dafür spart er nicht an Polemik. Er schreibt von einem „Antikolonialismus-Sommer-Camp“, zu dem „Weiße keinen Zutritt hatten“. Hier seien der Aufruf der „New York Times“ vertrieben und die Frauen rekrutiert worden. Belege für die Behauptung bleibt Valls schuldig.

Grund für Kritik an der „New York Times“ gibt es allerdings: Zumindest eine der Burkini-Trägerinnen stammt nämlich aus den Reihen einer Organisation gegen die „Islamophobie“, die den Muslim-Brüdern nahesteht. Sie nennt sich „Collectif contre l'Islamophobie en France“, kurz CCIF - nach dem Beispiel des jüdischen Zentralrats in Frankreich CRIF, „Conseil Représentatif des Institutions juives en France“. Der CCIF hat vermutlich zahlreiche Burkini-Inszenierungen am Strand organisiert. Sein Bestreben ist es, die „Islamophobie“ auf eine Stufe mit dem Antisemitismus zu stellen. Diese Rhetorik schimmert auch in zahlreichen der Porträts in der „New York Times“ auf. Der „Judenstern“ werde vom „Islam-Mond“ abgelöst, erklärt etwa eine der verhüllten Badenixen.

Kampfanzug des Islams

Der Burkini wird in Frankreich sehr wohl als Kampfanzug des Islams eingesetzt. Vor ein paar Monaten hatte Valls erklärt, der Salafismus sei im Begriff, den Kulturkampf innerhalb der Muslime zu gewinnen. „In Frankreich sind die Frauen frei“, schreibt der Premierminister der „New York Times“ ins Stammbuch. In den Vereinigten Staaten seien auch die Religionen frei, gibt die Zeitung zurück. Sechs Korrespondenten beschäftigt sie in Paris, sie verteidigen ihr Vorgehen in manchen Medien. An der Reportage hält auch die Chefredaktion in New York fest.

So wird der transatlantische Streit zum Religionskrieg. Die Vereinigten Staaten verstehen sich als Hort verfolgter Glaubensgemeinschaften, die Pilgerväter waren religiöse Separatisten. In Frankreich entstand die zentralistische Republik aus der Revolution, die den König des Gottesgnadentums aufs Schafott brachte. Mehr als ein Jahrhundert lang kämpfte die Kirche gegen die Revolution, ein letztes Mal unter Vichy. Die Religionen müssen die Gesetze der Republik, die sie schützt und ihre Glaubensfreiheit garantiert, anerkennen.

Jetzt erinnert man sich an das Konkordat, das Napoleon 1801 dem Papst aufzwang. Es wurde auf die Protestanten und die Juden ausgeweitet und soll zum Modell für die Assimilierung der Muslime werden. In diesem Sinne wurde nach dem Attentat in Nizza die Begründung einer „Fondation de l'Islam“ unter der Leitung von Jean-Pierre Chevènement in die Wege geleitet. Persönlichkeiten der islamischen Zivilgesellschaft, wie der Schriftsteller Tahar Ben Jelloun, werden ihr angehören. In einer ersten Stellungnahme hat Chevènement die französischen Muslime zu mehr Zurückhaltung und zu Rücksicht auf die französische Befindlichkeit aufgefordert. An diese Forderung dürfen sich auch Politiker und Medien halten.

147,89

Valls critique un article du New York Times donnant la parole aux musulmanes

ALISSA J. RUBINSEPT. 6, 2016



Manuel Valls, le premier ministre français, à Paris la semaine dernière. Dans une tribune sur le site français du Huffington Post, il “conteste avec la plus grande vigueur” le fait qu’un article du New York Times “donne la parole à des femmes de confession musulmane en prétendant que leur voix serait étouffée.” CreditBertrand Guay/Agence France-Presse — Getty Images

Le premier ministre français, Manuel Valls, a vivement critiqué ce lundi [un article du New York Times](#) dans lequel des femmes musulmanes françaises décrivent être ostracisées par des non-musulmans, victimes de discrimination à l’emploi et se sentir persécutées.

L’article, puisant dans de nombreux témoignages de femmes musulmanes européennes, pour la plupart françaises, a été écrit suite à [la polémique sur le maillot de bain](#) qui couvre entièrement le corps, le “burkini”. Plus de 30 villes et communes françaises ont interdit le port du burkini sur leurs plages publiques, bien que certaines de ces interdictions aient été [suspendues par la suite par les tribunaux français](#).

Dans [une tribune publiée](#) sur le site français du Huffington Post, M. Valls décrit l’article du New York Times comme donnant une “image insupportable, car fausse, de la France.”

Il accuse également le New York Times de tirer ses conclusions sur la base d’entrevues qui ne reflètent pas une enquête de terrain, mais plutôt l’objet de débats dans les médias à ce moment-là: un “camp d’été” qui avait été “interdit aux personnes à la peau blanche” et où les participants s’opposaient à la mixité des personnes blanches et non-blanches.

Le premier ministre faisait allusion à un rassemblement près de Reims que les organisateurs décrivaient comme un “[Camp d’été Dé-Colonial](#)”, où [des personnes appartenant à des minorités](#) pouvaient se réunir pour évoquer la discrimination. Selon les organisateurs, environ 170 à 180 personnes y ont participé entre le 25 et le 28 août.

Le New York Times a répondu que les propos de M. Valls sur la réalisation de ce reportage étaient erronés.

“Notre article est le produit d’une enquête rigoureuse. Il est basé sur les réponses de plus de 1,200 lectrices à un appel à témoignages en ligne, en anglais, en français et en arabe, demandant l’opinion des femmes musulmanes en Europe après l’interdiction du burkini”, a expliqué Danielle Rhoades Ha, porte-parole du New York Times. “Nous maintenons l’article”

Dans la tribune du Huffington Post, M. Valls écrit qu’il “conteste avec la plus grande vigueur” le fait que l’article du New York Times “donne la parole à des femmes de confession musulmane en prétendant que leur voix serait étouffée, et ce, pour dresser le portrait d’une France qui les opprimerait.”

M. Valls a également déclaré qu’il n’acceptait pas l’idée, évoquée par des musulmanes françaises parmi les témoignages cités, que le burkini permettait aux femmes de participer pleinement aux activités estivales. Certaines expliquaient que leur interprétation du Coran exigeait qu’elles adoptent une tenue modeste, et que le burkini leur permettait d’aller à la plage.

M. Valls a rétorqué que le burkini “n’est pas une tenue de bain anodine. C’est une provocation.”

147,90

AFD-CHEFIN

11/9 01:01

Petry will den Begriff "völkisch" positiv besetzen

Für Frauke Petry ist es eine "unzulässige Verkürzung", wenn gesagt werde, "'völkisch' ist rassistisch". In einer Frage zur Bundestagswahl rückt die AfD-Chefin von ihrem Vize Gauland ab.

Von [Beat Balzli](#), [Matthias Kamann](#)



Foto: Marius Brüggemann/AfD-Chefin Frauke Petry kann sich nach der nächsten Bundestagswahl eine Regierungsbeteiligung vorstellen

Der Begriff "völkisch" sollte nach Auffassung von [AfD-Chefin Frauke Petry](#) positiv aufgeladen werden. Man müsse "daran arbeiten, dass dieser Begriff wieder positiv besetzt ist", sagte Petry im Interview mit der "Welt am Sonntag". Es sei eine "unzulässige Verkürzung", wenn gesagt werde, "'völkisch' ist rassistisch", fügte Petry hinzu.

Petry erklärte weiter: "Ich benutze diesen Begriff zwar selbst nicht, aber mir missfällt, dass er ständig nur in einem negativen Kontext benutzt wird." Sie habe ein Problem damit, "dass es bei der Ächtung des Begriffes 'völkisch' nicht bleibt, sondern der negative Beigeschmack auf das Wort 'Volk' ausgedehnt wird". Der Begriff "völkisch" sei letztlich "ein zugehöriges Attribut" zum Wort "Volk", sagte Petry.

Sie kündigte zudem an, 2017 in den Bundestag einziehen zu wollen. "Ich werde zur Bundestagswahl für die sächsische AfD-Landesliste kandidieren", sagte die sächsische AfD-Landtagsfraktionsvorsitzende der "Welt am Sonntag". Zugleich nannte Petry inhaltliche Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung ihrer Partei im Bund: "Wer keine Volksabstimmungen auf Bundesebene einführen will, mit dem wird die [AfD](#) nicht regieren", sagte Petry und fügte hinzu: "Wer nicht die illegale Zuwanderung auf dem Asylticket beenden will, mit dem wird die AfD nicht regieren."

Petry: Als Juniorpartner steht die AfD nicht zur Verfügung

Als Wahlkampfthemen der AfD für 2017 nannte Petry neben der Direkten Demokratie und der Zuwanderungspolitik die "Beendigung des Projekts Euro", eine "radikale EU-Reform durch Rückbesinnung auf die ursprünglichen Erfolge der Europäischen Gemeinschaft" sowie Familie, Energiepolitik und Innere Sicherheit.

In der innerparteilichen Diskussion, ob die AfD 2017 überhaupt eine Regierungsbeteiligung ins Auge fassen solle, rückte Petry von Partei-Vize Alexander Gauland ab. Dieser hatte in der vergangenen Woche in der "Welt" eine Regierungsbeteiligung nur dann für denkbar erklärt, wenn die AfD ein Wahlergebnis von "40 Prozent plus X" erreichen sollte.

Hingegen sagte Petry, dass sich die AfD "mindestens auf Augenhöhe" mit einem möglichen Koalitionspartner befinden solle. Als Juniorpartner aber stehe die AfD nicht zur Verfügung: "Wir werden nicht den Fehler anderer Parteien machen, die sich als Juniorpartner angedient haben", sagte Petry. Grundsätzlich sei es das Ziel der AfD, "als starke Oppositionspartei, vielleicht sogar als Oppositionsführer in den Bundestag einzuziehen". Insofern, so Petry weiter, sehe die "AfD keine Regierungsbeteiligung in der ersten Legislatur".

Eine starke Oppositionspartei zu werden sei auch das Ziel der AfD bei der kommenden Abgeordnetenhauswahl in Berlin, wo Petry allerdings keine Wiederholung des großen [Erfolges von Mecklenburg-Vorpommern](#) erwartet. Berlin sei "ein schwierigeres Umfeld für die AfD". Daher erwarte die Partei "ein sicheres zweistelliges Ergebnis", rechne "aber nicht damit, das Ergebnis von Mecklenburg-Vorpommern wiederholen zu können".

147,92

Mehr Flexibilität

Trumpf steigt auf die Jahresarbeitszeit um

Vor der Messe richtig ranklotzen und dafür den sonnigen Freitag danach auf der Terrasse verbringen: Das ist bei dem Maschinenbauer Trumpf die Idealvorstellung von der neuen Arbeitswelt.

10.09.2016, von SUSANNE PREUS, DITZINGEN



© DPA Modernes Arbeiten bei Trumpf

Der Maschinenbauer Trumpf schafft für seine Mitarbeiter in Deutschland die Wochenarbeitszeit ab. Stattdessen wird die Arbeitszeit jetzt übers Jahr bemessen: Wenn es viel zu tun gibt, wird mehr gearbeitet, wenn der Mitarbeiter Zeit für sich braucht, kann er die Stunden wieder abfeiern. Abgerechnet wird zum Schluss. Ein Vollzeitmitarbeiter darf übers Jahr bis zu 200 Stunden Zeitguthaben aufbauen oder sein Zeitkonto bis zu 100 Stunden ins Minus rutschen lassen - zum Ende des Geschäftsjahres, bei Trumpf Ende Juni, sollten es dann 1610 Stunden sein, höchstens 25 Stunden mehr oder 40 weniger.



Autorin: Susanne Preuß, Wirtschaftskorrespondentin in Stuttgart.Folgen:

Dieses „agile Zeitsystem“ ist zentraler Punkt des neuen Beschäftigungspakts, den Trumpf mit dem **Betriebsrat** ausgehandelt hat - die Umwälzungen durch die Digitalisierung vor Augen, die den Arbeitsalltag verändern werden. „Wir können die Arbeit nicht mehr in Monatspakete packen“, sagt Gerhard Rübling, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor des Laser- und Werkzeugmaschinenpezialisten, im Gespräch mit dieser Zeitung: „Wenn vor einer wichtigen Messe eine neue Maschine fertig werden muss, dann brauchen wir die Leute.“ Aber er verspricht auch: „Wir wollen nichts überziehen. Es geht um Effizienzgewinne und die Zufriedenheit der Mitarbeiter.“

Wer im Winter mehr arbeitet, darf im Sommer mehr frei nehmen. @suppreuss über ein neues Arbeitszeitmodell

Das neue Beschäftigungsbündnis, das nach und nach an allen deutschen Standorten umgesetzt wird, schließt bis zum Jahr 2021 betriebsbedingte Kündigungen für die Stammbeslegschaft aus und bietet (wie bisher schon) Möglichkeiten, eine gut verzinst betriebliche Altersversorgung oder ein Lebensarbeitszeitkonto aufzubauen. Weitere Punkte des Pakts betreffen die Qualifizierung, Regelungen für die alternde Belegschaft und mobiles Arbeiten. Wer will, kann in Absprache mit dem Chef bis zu 20 Prozent seiner Arbeitszeit außerhalb des Unternehmens bestreiten.

„Wir bauen Bürokratie ab“

Alle Regelungen sind mit der **IG Metall** ausgehandelt, wo man längst erkannt hat, dass starre Vereinbarungen in vielen Bereichen durch die Realität überholt sind. Dabei bleibt die organisierte Mitbestimmung immer häufiger außen vor. „Wir machen bei Trumpf das, was wir von der Politik immer fordern, wir bauen Bürokratie ab“, sagt Rübling: „Führungskraft und Mitarbeiter entscheiden allein. Nur wenn es Streit gibt, wird der Betriebsrat

eingeschaltet.“ Manches wird gar nicht bis ins letzte Detail geregelt. Man verlässt sich darauf, dass man über alles reden kann.

„Wir probieren das jetzt mal. Und wenn es nicht klappt, müssen wir ja nicht fünf Jahre warten, bis wir etwas korrigieren“, sagt Trumpf-Chefin Nicola Leibinger-Kammüller. Auch frühere Bündnisse hatten Pionier-Charakter und haben unter der Trumpf-Belegschaft trotzdem keine Revolution ausgelöst: „Ich hätte erwartet, dass das Angebot für ein Sabbatical mehr genutzt wird“, sagt sie mit Blick auf ein neues Angebot aus dem vorherigen Beschäftigungsbündnis. „Aber manchmal ist es wichtig, dass es solche Angebote überhaupt gibt.“ Das sei auch der strategische Gedanke hinter den Arbeitszeitmodellen, mit denen Trumpf immer wieder seiner Zeit voraus ist: „Man wird als Arbeitgeber attraktiv - und wir wollen die Besten in allen Bereichen.“ Auch für junge Eltern könnte es verlockend sein, für die Familie öfter mal tagsüber verfügbar zu sein, weil manche Aufgabe entweder mobil erledigt wird oder schon vorgearbeitet wurde.

Was aber, wenn die Führungskraft nicht mitspielt? „Dann wird's anstrengend für den Chef“, sagt Leibinger-Kammüller vielsagend - schließlich sei die neue Arbeitswelt von der Riege der Geschäftsführer gewollt. Die Argumente, warum nun mehr oder weniger Arbeit möglich oder nötig sind, müssen dem Diskurs standhalten. „Das wird schon herausfordernd“, erwartet Arbeitsdirektor Rübling, wissend, dass manchmal das schmale Budget oder der uneinsichtige Betriebsrat als Scheinargumente für Regelungen herhalten mussten. Allein am Stammsitz des Familienunternehmens in Ditzingen bei Stuttgart sind es 250 Führungskräfte, die entsprechend neue Qualitäten zeigen müssen.

Mitarbeiter sollen für verschiedene Aufgaben qualifiziert sein

Veränderungsbereitschaft quer durch alle Hierarchiestufen wird in dem neuen Beschäftigungspaket mit Anreizen zur Weiterbildung gesteuert. Jeder hat ein Budget von 1000 Punkten. Bucht ein Mitarbeiter einen Spanisch-Kurs, obwohl er die Fremdsprache im Job kaum braucht, kostet ihn das viele Punkte von diesem Konto. Werden innovative Themen nachgefragt, müssen Beschäftigte dafür nur wenige Punkte einsetzen. Nicola Leibinger-Kammüller hofft, dass damit eine zentrale Notwendigkeit im Zeitalter von Industrie 4.0 gefördert wird: vernetztes Denken: „Wenn man sich mit der Arbeit in der Nachbarabteilung befasst, begreift man eher, wie die Wertschöpfungskette eigentlich ist.“

Die Arbeitsteilung bis ins letzte Detail sei ohnehin nicht mehr zeitgemäß, sagt Arbeitsdirektor Rübling: „Das ist ein Punkt, den wir in der Metallindustrie falsch gemacht haben: dass wir viel zu detaillierte Beschreibungen in den Tarifen haben.“ Künftig soll es ausdrücklich gefördert werden, dass Mitarbeiter für verschiedene Aufgaben qualifiziert sind, weil damit die Flexibilität wächst - wiederum im Interesse beider Seiten. Der Betrieb kann bei kurzfristigem Bedarf auf mehrfach qualifizierte Mitarbeiter zugreifen, die Beschäftigten wiederum können sich um andere Aufgaben bemühen, wenn sie ihre bisherige Tätigkeit nicht mehr ausfüllen können oder wollen.

Noch so ein Fehler, den Rübling erst in jüngster Zeit so richtig erkannt hat: Man müsste möglichst früh mit Mitarbeitern über Alternativen sprechen, wenn abzusehen ist, dass sie ihre Arbeit nicht mehr bis zur Rente machen können - sei es, weil die Technik sich ändert oder die Arbeit schwieriger wird. Seinen Monteuren bietet Trumpf an, auf Berater umzusatteln, wenn sie nicht mehr so viel reisen wollen oder die schwere körperliche Arbeit nicht mehr schaffen. Einige Aufgaben in Einkauf oder Disposition wird die Digitalisierung überflüssig machen, dann wird man auch dort mit Qualifizierung Abhilfe schaffen, kündigt Trumpf-Chefin Leibinger-Kammüller an: „Solange das Unternehmen wächst, ist das alles kein Problem.“ Im Geschäftsjahr 2015/2016 hat das trotz aller Unkenrufe wieder mal geklappt: der Umsatz stieg um 3 Prozent auf 2,8 Milliarden Euro.

Quelle: F.A.Z.

Elisabeth Lévy : « la gauche compassionnelle neu-neu a une lourde responsabilité »

Mis à jour le 11/09/2016 à 09:41

FIGAROVOX/GRAND ENTRETEN - A l'occasion de la parution du dernier numéro de Causeur, Elisabeth Lévy a accordé un entretien fleuve à FigaroVox. Le burkini est l'un des symboles de la guerre culturelle que l'islamisme mène à la France.



Elisabeth Lévy est journaliste et directrice de la rédaction de Causeur. Dans son numéro de septembre «La guerre culturelle est déclarée: No Pasaran!», le magazine revient sur le burkini avec entre autres la participation de Jean-Pierre Chevènement et de Marcel Gauchet.

FIGAROVOX. - Vous consacrez la une du nouveau numéro de Causeur au Burkini. Vous allez encore énerver ceux qui pensent qu'on en a trop fait avec cette affaire ...

Elisabeth LEVY. - Cet argument laisse rêver. Ainsi, on n'aurait pas le droit d'interdire le burkini, mais il faudrait interdire d'en parler? On aimerait comprendre en quoi la promotion d'un costume de bain islamique, jusque-là inconnu sous nos cieux, serait un sujet moins digne de débat que la hiérarchie des normes dans la loi travail, dont nous avons soupé pendant des semaines. Au passage, les mêmes qui trouvent parfaitement légitime de légiférer sur la sexualité (en interdisant la prostitution) voient une scandaleuse atteinte à la liberté quand on le fait avec un vêtement. Or, un vêtement, c'est bien moins intime, c'est une façon de s'adresser aux autres dans l'espace public alors qu'à mon avis, la sexualité entre adultes consentants, même tarifée, relève strictement de la liberté individuelle.

Il ne s'agit évidemment pas du seul burkini mais de la progression d'un islam radical et séparatiste, dont le burkini est la dernière fanfreluche.

Je constate aussi que les grands démocrates qui s'émervillaient des logorrhées autarciques de Nuit debout, voient d'un fort mauvais œil que l'on débâte d'une question qui intéresse sacrément une majorité de Français, et pas seulement les méchants de-droite: il ne s'agit évidemment pas du seul burkini mais de la progression d'un islam radical et séparatiste, dont le burkini est la dernière fanfreluche. Même quand il ne nourrit pas ou n'encourage pas le terrorisme, cet islam s'impose par la force et l'intimidation dans les territoires où il est majoritaire, d'abord aux musulmans et surtout aux musulmans, puis aux non-musulmans qui finissent par partir car ils «ne se sentent plus chez eux». Tout cela, les Français veulent qu'on en parle et ils veulent surtout qu'on arrête de céder du terrain. Les perroquets de la gauche compassionnelle médiatique et politique peuvent répéter à l'envi que les vrais coupables du terrorisme, c'est nous, et tenter des procès en sorcellerie, plus personne ne les écoute.

Vous avez titré: «No pasaran!». Ce recours à la rhétorique antifasciste n'est-il pas paradoxal pour quelqu'un qui a toujours combattu «l'antifascisme d'opérette»?

Arrêtons de laisser l'intégrisme créer une contre-société à l'intérieur de la société française, défendons notre façon de vivre ensemble, avec des femmes qui peuvent se montrer sans se donner.

Tout d'abord, il ne vous a pas échappé que l'image (qui vient d'une publicité pour le produit), confère un zeste d'humour à ce titre, mais un zeste seulement parce que l'affaire est sérieuse et même préoccupante si on ose cette litote. Voilà des années qu'on traite de fachos tous ceux qui pointent le danger et que nos grandes consciences jouent à la Résistance sur les plateaux de télé. Mais si quelque chose se rapproche du fascisme aujourd'hui, c'est cet islam qui déteste notre mode de vie et veut empêcher les musulmans de l'adopter. Tabasser quelqu'un qui mange durant Ramadan, obliger sa sœur ou sa copine à s'habiller de telle ou telle façon, préférer laisser une femme mourir plutôt que de la voir examinée par un homme, tenter de s'accaparer l'espace public, ce sont des comportements de petits nervis. Et si on a le droit de parler de fascisme pour l'Etat islamique, on a le droit de dire «fasciste» pour ceux qui ne font qu'admirer sa cruauté ou sa barbarie. Et tant pis pour la précision historique. Cependant, si nous avons repris maintenant ce cri des Républicains espagnols, c'est aussi à cause du moment. Beaucoup de Français sont au bord de la crise de nerfs et disent: arrêtons de laisser l'intégrisme créer une contre-société, une sécession hostile, à l'intérieur de la société française, défendons notre façon de vivre ensemble, avec des femmes qui peuvent se montrer sans se donner. Et c'est sans doute notre dernière chance d'inverser la tendance, avant que se créent durablement des territoires islamisés dans notre pays.

Tout de même, votre défense de l'interdiction du burkini est étonnante pour quelqu'un qui aime proclamer sa «fibre libérale»? Le libéralisme a-t-il été dévoyé en relativisme ces dernières années?

Ma fibre libérale saigne deux fois, une fois pour le burkini, une fois pour son interdiction. Mais il faut croire qu'elle saigne plus pour le burkini lui-même.

Comment vous dire, quand le *Washington Post*, le *New York Times*, toute la presse convenable de la Terre, le Haut commissariat aux droits de l'homme de l'ONU (qui s'est permis d'engueuler la France dans un tweet comminatoire) et le Conseil d'Etat parlent en chœur de liberté, j'ai une fureuse envie d'interdire. Blague à part, ma fibre libérale saigne deux fois, une fois pour le burkini, une fois pour son interdiction. Mais il faut croire qu'elle saigne plus pour le burkini lui-même, qui est une atteinte à la liberté des femmes, donc à la France qui en est la patrie historique. Etre libéral ne signifie pas interdire d'interdire, mais ne se résoudre à le faire qu'en dernière extrémité. Proclamer, au nom d'un libéralisme absolutiste, que tous les choix individuels se valent et que chacun fait ce qu'il lui plaît, on arrive, comme vous le soulignez à un relativisme dévastateur et à des sociétés qui se défont, car non, on ne peut pas vivre avec toutes les différences. On a le droit de définir collectivement les lignes rouges au-delà duquel votre ticket national n'est plus valable. Bien sûr, tous les Français ont le droit de vivre en France, mais pas n'importe comment. On n'a pas le droit d'exiger sa fille ou d'épouser deux femmes. On doit pouvoir se passer du burkini. Les burkineuses savent parfaitement que leur accoutrement indispose leurs collègues, et surtout, qu'il leur rappelle leurs ennemis, ceux qui cet été encore ont massacré des innocents. Si elles veulent tant que cela vivre-ensemble, qu'elles l'enlèvent ou se passent de plage. Un peu de courtoisie républicaine, ou de discrétion, comme l'a dit Jean-Pierre Chevènement, ne nuit pas.

Nous n'avons pas choisi ce combat mais nous devons le gagner.

Nous n'avons pas choisi ce combat mais nous devons le gagner. Nous avons interprété la Bible en me dites pas qu'on ne peut pas interpréter le droit. Alain Finkielkraut suggère le fondement de l'atteinte à la dignité humaine comme pour le lancer de nains. Pourquoi pas, en tout cas, si on ne trouve pas une astuce juridique d'ici l'été prochain, cela sera encore interprété comme une preuve de notre faiblesse. Nous sommes en présence d'une offensive qui n'est pas menée par un commandement unifié mais par des myriades d'individus et de factions, d'associations, d'amicales, de médias, sans oublier des sponsors plus ou moins transparents. Comme le souligne Marcel Gauchet, cette nébuleuse ne cherche nullement à prendre le pouvoir comme le Ben Abbas de Houellebecq. Ses activistes s'emploient à renforcer leur contrôle sur le groupe, en particulier sur sa partie féminine, tout en menant des campagnes destinées à tester notre capacité de résistance. *We shall fight on the beaches* - nous combattrons sur les plages, déclara Churchill le 9 mai 1940. On dirait que l'Histoire se répète et si c'est sous la forme d'une farce, elle n'est pas vraiment drôle. Eh bien, nous aussi, nous nous battons sur les plages - ce combat-là, contrairement à celui d'hier, est seulement idéologique, mais, sans abuser de grands mots, il a aussi quelque chose à voir avec la défense de notre civilisation.

Justement, vous parlez de guerre culturelle. Qu'entendez-vous par là et cette guerre est-elle finalement au moins aussi importante que la guerre contre le terrorisme?

On a souvent abandonné la jeunesse musulmane à un encadrement intermédiaire constitué d'animateurs et de caïds reconvertis.

Au lendemain de l'arrestation de trois meurtrières en puissance, qui prévoyaient sans doute des attentats, il serait malvenu, voire insultant pour nos services de police et de renseignement, de prétendre que la guerre sécuritaire n'a pas d'importance. Mais, je le répète, nous ne nous battons pas seulement contre des terroristes, mais contre un islam qui déteste ostensiblement la France, ses grandes valeurs et ses petites habitudes. Et c'est là qu'on peut parler de guerre culturelle et elle a déjà commencé avec la révolte contre le burkini: elle ne sera pas menée par des forces armées mais par la société, elle ne vise pas à conquérir des territoires mais des esprits, elle ne combat pas les musulmans mais l'islam fondamentaliste et séparatiste qui veut les empêcher d'être français. Du reste, si nous devons la livrer, c'est d'abord pour ceux - et peut-être plus encore pour celles - qui subissent, dans notre pays, le joug des «frères» et ne peuvent compter que sur la France pour y échapper. Cette guerre nous devons la mener à l'école, mais aussi dans des quartiers où on a souvent abandonné la jeunesse musulmane à un encadrement intermédiaire constitué d'animateurs et de caïds reconvertis, qui contribuent souvent à l'endoctriner en lui expliquant qu'il ne faut pas se mélanger aux Gaulois. Avec de l'argent public.

D'accord, et à ce sujet vous proposez un audit des associations qui ne devrait pas enchanter tous les élus qui ont joué la carte du clientélisme musulman voire salafiste. Reste qu'on ne change pas les sentiments des gens comme ça...

Qui a dit que la reconquête des Territoires perdus serait une promenade de santé ?

Qui a dit que la reconquête des Territoires perdus serait une promenade de santé? Mais il serait absurde de regarder le désastre arriver sans rien faire. Il y a des millions de musulmans qui ont choisi leur camp, celui de la France, la France a le droit de choisir ses musulmans et le devoir de les aider à s'émanciper. Pourrions la vie, par la loi et par la réprobation sociale, de ceux qui sabotent la chose commune avec leurs meurs d'un autre âge. Arrêtons sans relâche les femmes en burqa, mettons-les à l'amende et si elles y tiennent tant, à leur armure, aidons-les à émigrer vers un pays plus accueillant comme l'Afghanistan. Interdisons aux maris d'emmener les médecins de leurs épouses. Cessons de financer le prosélytisme associatif. Il y a beaucoup de petites choses à faire...

La guerre, c'est aussi un Etat autoritaire et coercitif. Vous risquez d'être tirailée...

Le moyen le plus sûr de rater l'intégration de ceux qui sont là, c'est de laisser le flux des entrées se poursuivre.

Elle suppose surtout un Etat qui parle d'une seule voix. Et là on ne sait plus très bien qui parle pour la France? Manuel Valls qui a soutenu les arrêtés anti-burkini, ou Najat Vallaud-Belkacem qui, soucieuse de ne pas s'aliéner les électeurs de Villeurbanne, y a vu une intolérable atteinte aux libertés? Jean-Pierre Chevènement ou l'inénarrable Thierry Tuot, cosignataire de l'arrêt du Conseil d'Etat, chantre de la «société d'inclusion», qui veut en finir avec la suprématie du français à l'école? Et bien sûr, l'Etat ne doit pas s'adresser à ses citoyens sur le seul mode coercitif. Il faut que ceux qui choisissent la France y aient toute leur place. Cela dit, l'urgence aujourd'hui est de rappeler la règle. Et bien sûr, de donner un coup d'arrêt à l'immigration (je ne parle pas ici des réfugiés de guerre). Le moyen le plus sûr de rater l'intégration de ceux qui sont là, c'est de laisser le flux des entrées se poursuivre.

Plus encore qu'une guerre contre l'islam politique, cette guerre est-elle finalement une guerre contre le «multiculturalisme» et l'«idéologie de la repentance»?

J'ai entendu l'un d'eux parler, sans guillemets, de cette France populaire qui n'aime pas l'Autre. Quelle insoutenable prétention !

Si vous voulez dire que, au-delà des islamistes, la gauche compassionnelle neu-neu que j'évoquais a une lourde responsabilité dans le désastre: en effet, je suis convaincue qu'un des principaux aliments de la haine de la France a été le discours culpabilisateur et repentant martelé par une partie des élites. Voilà des années qu'elles expliquent à des générations de musulmans que nous sommes tous des Dupont Lajoie, des beaufs racistes, des salauds qui ont opprimé leurs grands-parents et exploité leurs parents. Ce discours a eu des effets terribles. S'ils nous détestent, dans bien des cas, c'est parce que des petits donneurs de leçons aveugles à ce qu'ils ont sous le nez leur ont appris à nous détester. Alors oui, c'est d'abord contre ce discours-là et contre son omniprésence dans les médias publics qu'il faut lutter. Il y a à France Inter le dernier quarteron d'immigrationnistes du pays. Plus celui-ci s'inquiète de la montée de l'islam radical, plus les journalistes tentent de nous convaincre qu'il n'y a aucun problème sinon celui des méchants réacs. Il y a quelques jours, j'ai entendu l'un d'eux parler, sans guillemets, de cette France populaire qui n'aime pas l'Autre. Quelle insoutenable prétention! Cette propagande financée par le contribuable est indigne d'une démocratie comme la France.

Une partie des «antiracistes» sont-ils les idiots utiles des Frères musulmans?

Certains, comme les indigènes de la République et tous ceux qui rejouent sans arrêt la guerre d'Algérie, ne sont pas des idiots utiles de l'islamisme mais des complices assumés.

Certains, comme les indigènes de la République et tous ceux qui rejouent sans arrêt la guerre d'Algérie, ne sont pas des idiots utiles de l'islamisme mais des complices assumés. En revanche, il y a effectivement, à l'extrême gauche du paysage médiatique, un parti de l'Islam qui fait le jeu, sous couvert de libertés, de l'islam le plus archaïque. Plenel ou Lancelin se sentiront toujours plus proches d'un Tariq Ramadan ou peut-être pire, que d'Alain Finkielkraut. Ils trouveront toujours toutes sortes d'excuses à nos ennemis. Plus ils sont minoritaires, plus ils sont hargneux. Mais en vérité, ils ne représentent plus grand-chose idéologiquement.

Jean-Pierre Chevènement évoque dans vos pages «un djihad laïque». La laïcité n'est-elle pas finalement un cache sexe qui dissimule le refus légitime de certaines mœurs. Pourquoi ne pas légiférer spécifiquement sur la question de l'islam au nom de notre histoire et de notre identité nationale plutôt qu'en invoquant la laïcité?

Vous mélangez le droit et l'anthropologie. L'identité nationale qui n'est pas une chose figée mais un objet historique dont on ne peut en quelque sorte constater l'existence qu'a posteriori, n'est pas une affaire de droit. La laïcité, oui, même si elle n'est pas que cela, mais aussi une façon d'envisager la vie sociale. Nous avons des racines chrétiennes, c'est indéniable. L'Histoire n'est pas notre code, disent les adversaires de la nation. Je dirais plutôt qu'elle n'est pas tout notre code. Mais je crois, contrairement à vous, que la laïcité est un instrument politique et juridique précieux. Après tout, de quoi s'agit-il aujourd'hui? De demander aux musulmans exactement ce qu'on a exigé des catholiques, et souvent à la dure, il y a un siècle. Nous n'allons pas laisser l'islam faire ce que nous avons interdit au catholicisme - s'arroger le contrôle des esprits. De toute façon, je vous le répète, la bataille a déjà commencé. À nous de savoir si nous voulons qu'elle se fasse à la manière corse ou dans les formes républicaines. Si la République se montre mollassonne, compassionnelle et accommodante, beaucoup de ses enfants déçus commenceront à lorgner avec envie sur les défenses identitaires spontanées des Corses, oubliant qu'elles se déploient grâce à l'intimidation collective. Je préfère pour ma part la manière républicaine. La force de la loi, la puissance de la Raison - et pour les câlins on verra plus tard.

147,96

EU-Rauswurf Ungarns gefordert

„Nicht mehr weit weg vom Schießbefehl gegen Flüchtlinge“

Schwere Kritik an Ungarns Regierungschef Viktor Orbán vor dem EU-Gipfel: Das Land gehöre eigentlich nicht mehr in die EU, sagt der dienstälteste Außenminister der Gemeinschaft.

13.09.2016



© DPAUngarische Soldaten errichten einen Zaun an der Grenze zu Serbien (Foto aus dem April 2016)

Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn hat den Ausschluss Ungarns aus der Europäischen Union gefordert.

„Wir können nicht akzeptieren, dass die Grundwerte der Europäischen Union massiv verletzt werden“, [sagte Asselborn der Zeitung „Die Welt“](#). Wer wie Ungarn Zäune gegen Kriegsflüchtlinge baue oder wer die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz verletze, sollte vorübergehend oder dauerhaft „aus der EU ausgeschlossen werden“, sagte Asselborn. Ungarn hätte „heute keine Chance mehr, EU-Mitglied zu werden“.

Die [EU](#) könne ein „solches Fehlverhalten“ wie im Fall Ungarns nicht tolerieren, sagte der Außenminister des Großherzogtums. Der Ausschluss wäre „die einzige Möglichkeit, um den Zusammenhalt und die Werte der Europäischen Union zu bewahren“.

Asselborn forderte zugleich, die bei einer Suspendierung der Mitgliedschaft nötige Einstimmigkeit im EU-Vertrag zu ändern: „Es wäre hilfreich, wenn die Regeln so geändert würden, dass die Suspendierung der Mitgliedschaft eines EU-Landes künftig keine Einstimmigkeit mehr erfordert.“

Kritik am Umgang mit Flüchtlingen

Konkret warf der dienstälteste EU-Außenminister der Regierung von Ungarns Ministerpräsident [Viktor Orbán](#) schwere Fehler im Umgang mit Flüchtlingen vor: „Hier werden Menschen, die vor dem Krieg fliehen, fast schlimmer behandelt als wilde Tiere.“

Zugleich kritisierte Asselborn den Zaun an der ungarischen Grenze zur Abwehr von [Flüchtlingen](#) scharf: „Der Zaun, den Ungarn baut, um Flüchtlinge abzuhalten, wird immer länger, höher und gefährlicher. Ungarn ist nicht mehr weit weg vom Schießbefehl gegen Flüchtlinge.“ Jeder, der den Zaun überwinden wolle, müsse „mit dem Schlimmsten rechnen“. Orbán hatte Ende August die Errichtung eines zweiten Zauns zur Sicherung der Grenze zu Serbien angekündigt.

Asselborn übte auch persönliche Kritik am ungarischen Ministerpräsidenten: „Typen wie Orbán haben uns eingebrockt, dass die EU in der Welt da steht wie eine Union, die sich anmaßt, nach außen Werte zu verteidigen, aber nach innen nicht mehr fähig ist, diese Werte auch aufrechtzuerhalten.“

Am Freitag treffen sich in der slowakischen Hauptstadt Bratislava die Staats- und Regierungschefs der EU. Sie wollen darüber beraten, wie die Union künftig aussehen soll, wenn Großbritannien den geplanten Austritt vollzogen hat.

Joseph Stiglitz : « L'euro n'a pas apporté la prospérité promise »

LE MONDE ECONOMIE | 12.09.2016 à 11h06 • Mis à jour le 12.09.2016 à 14h42 | Propos recueillis par [Marie Charrel](#)



Taux de chômage élevé, croissance faible, montée des populismes : pour le Prix Nobel d'économie (2001) Joseph Stiglitz, l'euro est responsable des principaux maux dont souffre aujourd'hui la zone monétaire européenne. Et conduira, si rien ne change, les pays membres dans l'impasse, prévient-il.

Dans *L'Euro. Comment la monnaie unique menace l'avenir de l'Europe*, son nouvel ouvrage publié le 14 septembre (Les liens qui libèrent, 462 pp., 24 euros), il dresse des pistes de réformes pour sauver l'union monétaire. Mais il évoque aussi, sans tabou, la possibilité d'un « divorce à l'amiable » au sein de l'Union européenne.

Vous décrivez l'euro comme un échec économique. Quelles erreurs avons-nous commises ?

Les malfaçons de la monnaie unique remontent à sa création. En 1992, les Européens ont imaginé qu'une union monétaire, où les pays ne seraient plus en mesure d'ajuster leurs économies par les taux de change et les taux d'intérêt, fonctionnerait néanmoins tant que les gouvernements maîtriseraient leurs finances publiques et que l'inflation serait sous contrôle. Ils ont donc instauré des règles budgétaires strictes et une banque centrale veillant sur les prix. Ils imaginaient que le marché corrigerait les autres déséquilibres. Ils avaient tort. L'euro n'a pas apporté la prospérité promise, mais la division et la divergence. Pire, il a aggravé les choses lorsque la crise a frappé.

« Pendant la crise, les pays du sud de la zone euro n'ont pas pu dévaluer leur devise pour dynamiser leurs exportations »

Pourquoi ?

Pendant la crise, les pays du sud de la zone euro n'ont pas pu dévaluer leur devise pour dynamiser leurs exportations et soutenir leurs économies. Ils ont dû réduire les salaires pour tenter de regagner de la compétitivité, tandis que le chômage a explosé. Face à cette situation, les jeunes diplômés ont massivement émigré, privant leur pays d'une précieuse ressource. Austérité oblige, les gouvernements ont cessé d'investir dans les infrastructures et l'éducation, ce qui a affaibli leur croissance future. Il est urgent de briser ce cercle vicieux.

« Plus la zone euro tarde à accomplir les réformes nécessaires, plus le risque qu'une nouvelle crise frappe »

La zone euro a renforcé ses institutions depuis la crise, notamment en instaurant l'union bancaire. N'est-ce pas suffisant ?

Non. Le troisième pilier de l'union bancaire, par exemple, à savoir l'assurance commune des dépôts, est encore inexistant. Certains Etats rechignent à le mettre en œuvre. Or plus la zone euro tarde à accomplir les réformes nécessaires, plus le risque qu'une nouvelle crise frappe et que des pays soient tentés de quitter la monnaie unique sera grand.

Quelles devraient être les priorités ?

Achever l'union bancaire et mettre en place une forme de mutualisation des dettes publiques. Mais aussi, créer un fonds européen de solidarité pour la stabilisation, qui aiderait les pays confrontés à une récession. Il existe aujourd'hui des fonds structurels soutenant les Etats intégrant l'Union européenne. Pourquoi cesser de les aider une fois qu'ils sont à l'intérieur ? Enfin, il est crucial d'assouplir les règles budgétaires, afin que les Etats ne soient pas contraints de tailler dans les dépenses d'avenir pendant les récessions.

« Une forme de budget européen, plus ambitieux que celui d'aujourd'hui, est indispensable. »

Vous appelez à augmenter les dépenses publiques. Où trouver l'argent ?

Une forme de budget européen, plus ambitieux que celui d'aujourd'hui, est indispensable. Les revenus pourraient provenir d'un petit impôt progressif instauré sur les particuliers et les entreprises. Cela aurait un double avantage : créer des recettes publiques européennes, mais aussi harmoniser les pratiques des Etats en la matière. Cela aiderait, au passage, à réduire la concurrence fiscale pratiquée notamment par l'Irlande et le Luxembourg. En outre, une base fiscale européenne commune crédibiliserait l'émission d'obligations européennes.

Emettre des obligations européennes à l'heure où les gouvernements peinent à se faire confiance semble utopique...

L'argument du manque de confiance entre pays est une misérable excuse. Il est parfaitement possible d'émettre de la dette en commun tout en instaurant des règles qui limitent les excès et assurent la bonne gestion des finances publiques des membres.

Quel est le problème avec la Banque centrale européenne (BCE) ?

Son mandat, à savoir assurer que l'inflation se rapproche de la cible de 2 %, est trop étroit. Il a conduit à de grossières erreurs, comme celle d'avoir relevé le taux directeur en 2011, en plein cœur de la crise. La mission de la BCE devrait être élargie à la croissance et à l'emploi, avec une grande flexibilité selon les périodes. Aujourd'hui, la priorité devrait être la baisse du chômage.

Vous évoquez la possibilité d'un « divorce à l'amiable » entre pays membres. Comment se déroulerait-il ?

Si elle est organisée, une sortie de la zone euro par l'un des pays membres pourrait se passer dans de bonnes conditions. Plusieurs cas de figure sont possibles. Si l'Allemagne sortait, la valeur de l'euro pour les autres pays membres baisserait automatiquement, ce qui soutiendrait leurs exportations. L'Allemagne, elle, profiterait d'une monnaie plus forte, ce qui allégerait le poids de sa dette, toujours libellée en euros.

« L'exemple de l'Argentine montre à quel point un pays libéré du fardeau de la dette (...) peut prospérer économiquement. »

Si un pays tel que la Grèce sortait, il verrait automatiquement la valeur de sa devise s'effondrer – ce qui regonflerait sa compétitivité. En revanche, le poids de sa dette publique, toujours en euros, s'envolerait. Une restructuration de celle-ci serait donc inévitable : si elle est bien négociée, cela se déroulerait sans difficulté majeure. L'exemple de l'Argentine montre à quel point un pays libéré du fardeau de la dette, retrouvant au passage la pleine maîtrise de son taux de change, peut prospérer économiquement.

Mais l'Argentine est aujourd'hui en plein marasme !

Après 2002, lorsque Buenos Aires a fait faillite et est reparti de zéro, le pays a enregistré une croissance forte, de 8 % par an, jusqu'en 2008. Les difficultés actuelles du pays sont liées aux erreurs de pilotage économique qui ont suivi.

Un pays quittant la monnaie unique ne serait-il pas immédiatement attaqué par les spéculateurs ?

La zone euro vit déjà sous la menace permanente des spéculateurs. Si le non l'emportait au référendum italien sur la réforme constitutionnelle, organisé cet automne, par exemple, les spéculateurs s'en prendraient probablement aux banques du pays, très fragiles. Mais il existe des outils pour se protéger de telles attaques, comme le contrôle des capitaux. L'Islande y a eu recours en 2008 pour protéger sa devise, et son économie se porte aujourd'hui très bien.

« L'adoption d'une monnaie électronique (...) faciliterait le suivi des transactions financières. Le cash est tellement XXe siècle ! »

Vous suggérez qu'en cas de sortie de l'euro la Grèce adopte une monnaie électronique. Comment faire, dans ce pays où le cash est roi ?

Le cash est tellement XXe siècle ! Dans certains pays, notamment dans le nord de l'Europe, il a déjà quasiment disparu. Les particuliers utilisent le paiement sans contact, les entreprises font des virements... En la matière, les habitudes changent vite. L'adoption d'une monnaie électronique en Grèce, comme dans toute l'Europe, faciliterait le suivi des transactions financières. Elle limiterait les possibilités de fraude et d'évasion fiscale.

En matière de divorce, le Brexit constitue un premier test. Comment gérer correctement une sortie britannique de l'Union européenne ?

Le risque serait de vouloir rendre la séparation très douloureuse pour le Royaume-Uni, afin que l'exemple britannique serve de repoussoir aux autres pays membres tentés par une sortie. Cela signifierait que le ciment de l'Union européenne est la peur plutôt que la solidarité. Ce serait un très mauvais signal. Les dirigeants européens devront trouver une nouvelle forme d'intégration économique avec les Britanniques, qui correspondra aux exigences de chacun et profitera à tous. Dans le cas contraire, tout le monde sera perdant.

Outre le divorce à l'amiable, vous évoquez la possibilité d'un « euro flexible ». Comment fonctionnerait-il ?

« L'idée serait de faire une pause au sein de l'union monétaire, afin de prendre le temps d'instaurer les réformes assurant la viabilité de la monnaie unique. »

L'idée serait de faire une pause au sein de l'union monétaire, afin de prendre le temps d'instaurer les réformes assurant la viabilité de la monnaie unique. D'ici là, deux, trois ou quatre groupes de pays homogènes se créeraient au sein de la zone euro, utilisant un euro différent, avec un taux de change différent. Une fois les réformes adoptées, ils retrouveraient la même monnaie, mais cette fois dans des conditions assurant la prospérité de tous.

Cela ne résoudrait pas tous les problèmes de la zone euro, tels que les excédents courants ou le manque d'investissement de l'Allemagne, souvent pointés du doigt comme une source de déséquilibre. Que faire ?

L'excédent courant allemand signifie qu'en face, un ou plusieurs pays enregistrent un déficit, et c'est une mauvaise chose pour tout le monde. Instaurer une taxe sur les excédents serait une façon d'inciter Berlin à agir en la matière.

147,100

September 12, 2016 8:05 pm

Paris and Berlin push for tighter defence co-operation

Alex Barker in Brussels



German Bundeswehr personnel on manoeuvres

France and Germany are making a concerted push for closer European defence co-operation, calling for a new military headquarters and shared assets in a joint paper aiming to shape an intensifying EU debate on the issue.

The six-page position paper, seen by the Financial Times, puts a Franco-German stamp [on long-touted ideas](#) to knit-together the national armed forces of willing European countries more closely.

In the wake of Britain's referendum decision to leave the EU, European leaders are eyeing [a leap forward on defence](#), reviving long-ignored proposals to operate together more routinely and share military hardware. The issue is expected to be discussed at [an informal summit in Bratislava on Friday](#).

However some member states still have serious misgivings about deep military co-operation that may duplicate Nato. Ursula von der Leyen and Jean-Yves Le Drian, defence ministers of Germany and France, respectively, are careful to stop short of endorsing some of the most radical ideas to centralise military spending and decision-making.

The Franco-German ministers argue it is "high time to strengthen our solidarity and European capacities in defence, to more effectively protect our borders and EU citizens, and to contribute to peace and stability in our neighbourhood".

Given the Brexit vote, the ministers say Europe's goal must be for the remaining 27 member states to move towards "a comprehensive, realistic and credible defence in the European Union".

While Paris and Berlin have in the past only cautiously acted on their longstanding rhetorical support for deep military co-operation, diplomats say the current political environment provides a rare opportunity for progress.

[It is] high time to strengthen our solidarity and European capacities in defence, to more effectively protect our borders and EU citizens, and to contribute to peace and stability in our neighbourhood

- Franco-German joint paper

The Franco-German suggestions will feed into [several streams of work](#) across the EU examining the potential for defence co-operation, [including by the European Commission and by Federica Mogherini](#), the EU's foreign policy chief. A series of meetings of defence and foreign ministers over coming months would prepare guidance for a summit of EU leaders in December.

Most notable is the Franco-German support for a permanent military headquarters to plan and run EU military and civilian missions, such as the Sophia operation against [migrant smuggling in the Mediterranean](#). To date these have been commanded from headquarters in nominated member states.

"The EU has the unique ability to use and combine military and civilian instruments. Ideally this should be reflected in the process of strategic and operational planning of [EU] missions and operations," the paper said.

The Franco-German plan would develop these capabilities through willing member states embarking on so-called "structured military co-operation" — a form of integration allowed by the EU treaty but never used. Britain has long been opposed to any such initiative, arguing it would intrude on Nato's remit and waste resources and effort.

Other ideas include a European medical command, a logistics hub for strategic transport capabilities, common officer training courses to develop "a European spirit", and expanded potential for common financing of EU operations.

The Franco-German paper supports the EU building up its capabilities to gather intelligence at sea — a key shortcoming identified in recent operations — but stops short of explicitly suggesting assets such as drones or ships should be developed, owned and run by EU institutions.

Merkel in Deutschland abgesägt, Le Pen in Frankreich im Amt? Eine gruselige Vorstellung. Es wäre das Ende des Europas, das wir kennen – und brauchen.

13. September 2016, 7:21 Uhr [140 Kommentare](#)

Es ist ein Paradox: In einer Zeit, in der allenthalben geklagt wird, dass Frauen nichts zu sagen hätten, sind es drei Frauen, die Europas künftiges Schicksal bestimmen werden, sein weltpolitisches Profil, seine innere Verfassung, den Grad seiner Liberalität und gesellschaftlichen Offenheit: Angela Merkel, Marine Le Pen und Theresa May.

Auf die neue britische Premierministerin May wird es dabei am wenigsten ankommen. Was immer am Ende aus ihrem Mantra "[Brexit](#) heißt Brexit" entstehen mag, es wird lediglich den Status des Vereinigten Königreiches bestimmen – Großbritannien oder *Little England*, nicht jedoch Richtung, Dichte und Artgewicht der verbleibenden EU-27. Der Kampf um die Seele Europas wird zwischen Angela Merkel und [Marine Le Pen](#) ausgetragen – zwischen "Mutti" und "Maman".

Größere Gegensätze auf dem für Europa nach wie vor entscheidenden deutsch-französischen Aktionsfeld lassen sich kaum denken.

Der ostdeutschen Pastorentochter, großgeworden in der DDR, geht Freiheit über alles; die Tochter des Rechtsauslegers und Gründers des Front National, Jean-Marie Le Pen, wurzelt in der Gedankenwelt der *Action Française* des rechtsextremen Schriftstellers Charles Maurras.

Merkel versucht, die krisenerschütterte Europäische Union zu retten, Le Pen will sie zerstören.

Die Kanzlerin sieht in der Nato einen Pfeiler deutscher Sicherheitspolitik im transatlantischen Verbund; sie ist für Hillary Clinton. Die Mächtigen-Staatspräsidentin Frankreichs will aus dem Bündnis austreten und unterstützt Donald Trump. Marine Le Pen bewundert Putin und schreckt nicht davor zurück, ihre Partei von ihm finanzieren zu lassen; Angela Merkel sieht in ihm keinen Partner mehr, sondern allenfalls einen schwierigen Widerpart, ohne den sich bestimmte Probleme à la Ukraine oder Syrien nicht lösen lassen.

Merkel steht in der Flüchtlingsfrage unbeirrt und unbeirrbar zu ihrer Willkommenskultur und ihrem "Wir schaffen das"; Le Pen empört sich über die "ungebremste Islamisierung", will die Masseneinwanderung stoppen und das *ius soli* aufheben, nach dem Franzose ist, wer in Frankreich geboren wird.

Die FN-Chefin beschwört rückwärtsgerichtet Identität, Tradition und Souveränität; die CDU-Vorsitzende stellt sich dem Wandel, den die Globalisierung mit sich bringt, in der Überzeugung, dass Deutschland nichtsdestotrotz Deutschland bleibt.

Die beiden mögen sich nicht. Marine Le Pen wettet über die "Kaiserin", die Europa erst ihr Spardiktat aufgedrückt hat und ihm nun auch noch seine ungezügelter Einwanderungspolitik oktroyieren will. Die Kanzlerin bleibt der Französin an Deutlichkeit nichts schuldig. Am 3. Mai ließ sie sich bei einem Besuch in Berlins französischem Lycée zu der Bemerkung hinreißen: "Ich will dazu beitragen, soweit das aus dem Ausland möglich ist, dass andere politische Kräfte stärker werden als der Front National."

Der Kampf der Königin mit der Kaiserin hat zunächst einmal innenpolitische Gründe. Marine Le Pen ist 2012 bei den Präsidentschaftswahlen nur auf 17,9 Prozent der Stimmen gekommen. Seitdem ist jedoch ein starker

Rechtsruck durch das Land gegangen. Die Terroranschläge von *Charlie Hebdo*, Bataclan und Nizza, dazu die erbitterte Burkini-Debatte, haben der Le Pen die Wähler zugetrieben. In den Umfragen ist ihr FN mit 25 bis 30 Prozent die stimmenstärkste Einzelpartei. Das bedeutet noch nicht den sicheren Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im Mai nächsten Jahres, doch auszuschließen ist er auch nicht mehr.

In Deutschland liegen die Dinge umgekehrt. Zusehends verliert die Bundeskanzlerin in der Gunst der Wähler; 82 Prozent der Bürger halten ihre Flüchtlingspolitik für teilweise oder sogar ganz falsch. Das bedeutet, falls sie in einem Jahr noch einmal antritt, noch nicht die sichere Niederlage, aber ausschließen lässt sie sich nicht mehr. "Merkels Reich zerfällt", befindet die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, über die "Anti-Merkel-Dynamik" leitet die *Süddeutsche Zeitung*. Die Wahlergebnisse von Mecklenburg-Vorpommern und, wie es aussieht, am nächsten Sonntag wohl auch in Berlin, sind Menetekel an der Wand. Eine stärker werdende AfD, unfreiwillig unterstützt von einer sich weiter kräftig "lepenisierenden" CSU, könnten für Angela Merkel das Aus bedeuten.

Die außenpolitischen Folgen wären gravierend. Merkel abgesägt, Le Pen im Amt? Eine gruselige Vorstellung. Es wäre das Ende jenes Europas, das zwei Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen haben. Nach 57 Jahren ist Sanierung fällig. Ein solcher Totalabbruch hingegen würde die Nationen Europas in einer Welt der neuen Frontenbildung hoffnungslos in die dritte Liga versetzen.

Mutti oder *Maman*? Zwei Frauen, zwei Welten. Und weiterhin ein Europa – oder keines mehr.

147,103

Der unheimliche Aufstieg des Front National



Bild: (c) APA/AFP/François Nascimbene

Marine Le Pen kann laut Umfragen damit rechnen, dass sie bei der Präsidentenwahl 2017 ins Finale kommt. Sie profitiert vom Vertrauensverlust in alle anderen Politiker.

08.09.2016 | 18:11 | unserem Korrespondenten Rudolf Balmer (Die Presse)

Paris. Die in sieben Monaten stattfindende französische Präsidentenwahl bedeutet eine Weichenstellung für das Land. Der heutige Staatschef, der Sozialist François Hollande, hat seine linke Wählerschaft enttäuscht, er ist so unpopulär wie noch nie ein gewählter Präsident der französischen Republik.

Alle spekulieren darum auf einen Wechsel, der normalerweise die rechte Opposition wieder an die Macht bringen sollte. Das scheinen auch die meisten der zahlreichen Umfragen in diesen Wochen zu bestätigen. Offen wäre eigentlich nur noch, wer für die konservative Partei Les Républicains (LR) im Frühling als eindeutiger Favorit ins Rennen gehen wird. Die Frage der Nominierung wird Ende November bei Primärwahlen entschieden. Ob Ex-Präsident Nicolas Sarkozy trotz seiner Niederlage gegen Hollande 2012 und trotz der gerichtlichen Ermittlungen gegen ihn oder der frühere Premierminister Alain Juppé von der bürgerlichen Wählerschaft erkoren wird, ist noch offen.

Unklar ist zudem, ob sich zur allgemeinen Überraschung Hollande doch noch für eine Wiederwahl bewerben will. Mit einer Grundsatzrede, die stellenweise wie ein Start in den Wahlkampf tönte, hat der Amtsinhaber klar gemacht, dass er sich diese Option bis zuletzt offen lassen will. Höchstens ein sehr positives Echo auf eine Kandidatur seines Ex-Wirtschaftsministers Emmanuel Macron, der sich verabschiedet hat, um den von beiden großen Lagern frustrierten Wählern im Zentrum ein neues politisch liberales Angebot zu machen, könnte Hollande definitiv abhalten.

Stimmenstärkste Einzelpartei

In aktuellen Wahlsimulationen, in denen mit viel Wenn und Falls spekuliert wird, gibt es dagegen eine Konstante, an der heute kaum jemand zweifelt: In allen erdenklichen Konstellationen der Meinungsforscher liegt Marine Le Pen vom Front National (FN) im ersten Wahlgang mit 25 bis 30 Prozent der Stimmen unangefochten an erster Stelle. Die FN-Chefin kann sich damit brüsten, dass sie die stimmenstärkste Einzelpartei vertritt und folglich den Anspruch auf die Staatsführung stellen könne. Ebenso permanent verliert sie aber in den Umfragen zum Ausgang einer Stichwahl gegen sämtliche denkbaren Gegner, allen voran Sarkozy oder Juppé. FN-Gründer Jean-Marie Le Pen tadelt deswegen bereits seine Tochter, zu der er auf Distanz gegangen ist: Mit ihrem zu harmlosen Kurs verberge sie eine historische Chance, der nationalistischen Rechten zur Macht zu verhelfen.

Marine Le Pen lässt sich hingegen von den Prognosen einer Niederlage im Finale nicht im Geringsten entmutigen, sie fühlt sich dadurch im Gegenteil bestätigt in ihrem rechtspopulistischen Kurs. Wie politisch verwandte Bewegungen in anderen europäischen Ländern liegt sie mit ihrer Absage an EU und Euro, mit ihrer scharfen Kritik der Immigration, Flüchtlingspolitik und Integration des Islam angesichts der terroristischen Bedrohung so klar im Trend der Wählergunst, dass sie eigentlich kaum eine Anstrengung zu unternehmen braucht. Die anderen politischen Kräfte in Frankreich – und in gewisser Weise auch die EU – tragen selbst genug dazu bei, sich zu diskreditieren.

Beobachtern der politischen Szene ist nicht entgangen, dass Marine Le Pen und ihre Partei seit dem Sommerbeginn fast verdächtig still blieben. Natürlich hatte Le Pen zuletzt den Sieg des Brexit-Lagers bejubelt. Da noch nicht entschieden ist, wie sich dieses Austrittsvotum auf Großbritanniens Zukunft auswirkt, zögert der FN, die Forderung nach einem „Frexit“ ins Zentrum der Kampagne zu stellen.

Der Ballast ihrer Gegner

Die islamistischen Attentate, die Flüchtlingstragödie in ganz Europa und die anhaltende Massenarbeitslosigkeit liefern der Kandidatin Le Pen schon so genug Argumente für ihre Propaganda. Als Einzige, die noch nie regiert hat, geht sie mit Rückenwind in den Wahlkampf, während ihre Gegner mit dem Ballast ihrer negativen Bilanz antreten. ("Die Presse", Print-Ausgabe, 09.09.2016)

147,104

Einwanderung

Deutschland hat Grenzen

Deutschland hat ein Zeichen gesetzt – für die Grenzenlosigkeit. Jetzt geht es ums Gegenteil.

13.09.2016, von REINHARD MÜLLER

Deutschland muss Deutschland bleiben. Auf diesen Satz können sich hoffentlich alle Parteien einigen. Nur vergessen manche, was zwingend damit verbunden ist: Deutschland hat Grenzen. Es ist nicht ohne Grenzen zu haben; das gilt auch für alle seine Leistungen. Auch im sozialen Rechtsstaat hat alles seine Grenzen.



Autor: Reinhard Müller, In der politischen Redaktion verantwortlich für „Zeitgeschehen“ und für „Staat und Recht“. Folgen:

Richtig ist aber auch, dass Menschenrechte für jedermann und überall gelten, dass Deutschland seine Grundrechte gewährleisten muss, soweit das Grundgesetz reicht. Insofern ist das Asylrecht nicht mit einer Obergrenze vereinbar. Doch es war das [Bundesverfassungsgericht](#) höchstselbst, das in seiner grundlegenden Entscheidung zur Beschränkung des Asylgrundrechts 1993 auf eine Ungeheuerlichkeit hingewiesen hat: Das Grundrecht auf Asyl könnte auch ganz abgeschafft werden. Nur so konnte man nämlich jene Grundgesetzänderung billigen, die für viele schon damals die faktische Abschaffung des Grundrechts bedeutete.

Doch eigentlich war die damalige drastische Einschränkung des Asylrechts, bei im Vergleich zu heute deutlich geringeren Flüchtlingszahlen, nur die Rückführung auf dessen Kern: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Also nur politisch Verfolgte. Und sie können nicht alle Schutz in Deutschland beanspruchen – deshalb die deutsche und europäische Regelung, dass niemand hier Asyl erhält, der aus einem Nachbarland zu uns kommt.

Darüber hinaus sind auch die Leistungen für Asylbewerber begrenzt. Der Staat kann nur im Rahmen seiner Fähigkeiten Leistungen gewähren. So hängt auch die Menschenwürde, der oberste Wert unserer Verfassung, in seiner konkreten Ausgestaltung von den Kapazitäten des Staates ab. Was etwa genau unter einer menschenwürdigen Grundsicherung oder der Unterbringung von Häftlingen zu verstehen ist, ist an die allgemeine (Wohlfahrts-)Lage des Staates gekoppelt.

Aus Flüchtlingen werden Einwanderer

Es gibt also durchaus Obergrenzen, allerdings nur bewegliche. So kann Deutschland selbstverständlich so viele Menschen aufnehmen, wie es will. Aber es existiert weder eine verfassungs- noch eine völkerrechtliche Pflicht, für alle offen zu sein. Sonst würden nahezu alle Staaten dieser Welt rechtswidrig handeln – denn sie kontingentieren nicht nur Einwanderer, sondern auch Flüchtlinge.

In Deutschland werden aus Flüchtlingen aber Einwanderer, obwohl das Asylrecht kein Einwanderungsrecht ist. Es hat sich durch die verfahrensrechtlichen Garantien und durch fehlenden politischen Willen so entwickelt. So droht der Rechtsstaat sich selbst abzuschaffen. Wenn Abschiebungen nur in begrenztem Umfang möglich sind, wenn es recht leicht möglich ist, einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu erreichen und gar einen Anspruch auf Einbürgerung – dann wird das Hauptproblem dieses Staates sichtbar. Jedes Land wandelt sich. Doch es hat – soweit Souveränität noch etwas bedeutet – ein elementares Interesse daran, darüber zu entscheiden, wen es ins Land lässt. Die Kontrolle über die Zusammensetzung der Bevölkerung ist im Übrigen etwas, das unter dem Grundgesetz niemals im Verordnungswege oder durch eine tagespolitische Maßnahme aufgegeben werden darf. Grundlegende Entscheidungen über massenweise Zu- und Einwanderung sind Sache des Parlaments. Denn hier geht es um wesentliche Fragen des Zusammenlebens.

Lange Tradition, Fremde ins Land zu holen

Schutz vor Verfolgung ist etwas ganz anderes als Einwanderung. Hier geht es um Aufnahme, Registrierung, Unterbringung und Rückführung, sobald die Zustände sich gebessert haben. Auch Flüchtlinge können natürlich eingebürgert werden – in Form einer bewussten Entscheidung, nicht im Sinne eines massenweisen Laissez-faire. Kontrolle ist kein Selbstzweck. Und zwar nicht deshalb, weil Migrantinnen im Zweifel Terroristen wären, auch nicht weil sie mehrheitlich Muslime sind – sondern weil Kenntnis über Neuankömmlinge der menschenwürdigen Behandlung aller am besten dient. Und unter dem Blickwinkel, dass die allermeisten bleiben werden: Jedes Land der Welt will wissen und prüft teilweise sehr lange und genau, ob sich ein Einwanderer zu seiner neuen Heimat bekennt. Schon die inflationäre Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit und die großzügige Duldung der Zugehörigkeit zu mehreren Staaten senden desaströse Signale über Deutschlands Willen zur Selbstbehauptung aus.

Das Gemeinwesen schützt so seine Identität. Wer diese, wie der AfD offenbar vorschwebt, als „völkisch“ bezeichnet, leistet sich nicht nur einen fragwürdigen historischen Rückgriff, sondern trägt nichts zur Klärung bei. Kein Staatsvolk ist „ethnisch rein“. Deutschland war schon aufgrund seiner Lage immer auch Einwanderungsland. Es hat auch eine lange Tradition, Fremde ins Land zu holen. Es war aber noch nie ein Magnet wie heute.

Aber was will man machen, wenn die Menschen weiterhin vor der Tür stehen? Natürlich ist das Sichern der Grenzen, insbesondere das Abweisen und Abschieben schmerzlich, es wird auch weiterhin nicht immer möglich sein. Deshalb geht es jetzt und zu allererst um ein Zeichen. So wie die Einladung zu kommen ein eindrucksvolles Signal an die Welt war, so muss jetzt ein neues folgen. Dieses Land wird nur dann weiterhin helfen können, wenn es Deutschland bleibt.

147,105

What is the state of Juncker's UE now?

September 9, 2016

**"Because our European Union is not in a good state.
There is not enough Europe in this Union.
And there is not enough Union in this Union."**

These were the words spoken by Jean-Claude Juncker one year ago in his first State of the Union speech since taking up the presidency of the European Commission.

It being his debut, Juncker could allow himself to make a blunt critique of the status quo; he had only just taken charge and had no record to defend. That will not be the case when he makes his second SotU speech on Wednesday.

But how true – or how hollow – do the words spoken 12 months ago sound now? What progress has been made on the objectives he set? Is the European Union any more European or more united than it was? Is it in a better state?

Let's take a look at the main points of last year's speech and compare the aspirations to the reality of today.

THE REFUGEE CRISIS

By Mark Davis

What Juncker said in September 2015:

*"It is high time to act to manage the refugee crisis. There is no alternative to this....I call on Member States to adopt the Commission proposals on the emergency relocation of altogether 160,000 refugees...the Commission will come forward with a well-designed legal migration package in early 2016."
"Where Europe has clearly under-delivered, is on common solidarity with regard to the refugees who have arrived on our territory."*

Where are we now?

The target was to resettle 160,000 refugees within the EU. To date [fewer than 5,000 have been resettled](#). While the target was meant to be met within two years – we are only at the half-way point – the resettlement programme has still been slammed as an "abject failure by European leaders" by Amnesty International. The fault does not lie with the Commission per se, but rather in the lack of political will among member states to accept their quotas of refugees. When it comes to solidarity with regard to refugees, Europe continues to under-deliver. Many countries remain hostile to the idea of "migrant quotas" – Hungary is holding a referendum on that issue next month – and the [formula used to set the quotas has been questioned](#).

A migration deal struck with Turkey in March that aimed to stem the flow of migrants from Turkey was seen as a positive step, but even that threatened to evaporate amid Turkish claims that the disbursement of funds was too slow and that the EU was dragging its feet over visa-free access for Turks wanting to travel to the EU. The deal is, however, still alive.

And while there seem to be fewer refugees attempting the perilous sea route across the Mediterranean to reach Europe, [more of them are dying](#) on that journey, [according to the IOM](#).

The refugee crisis was never going to be resolved in Juncker's first year in office, not even in his first term in office. But the progress made has been largely disappointing.

FOREIGN POLICY

By Rafael Cereceda

What Juncker said in September 2015:

"Today I call for a European diplomatic offensive to address the crises in Syria and in Libya. We need a stronger Europe when it comes to foreign policy."

Where are we now?

With regards to Syria, it is Russia and the United States who have taken the diplomatic lead rather than the EU. Events have dictated that Europe's focus is more on Turkey and the migratory fall-out of the conflict in Syria. The head of the EU's foreign policy branch, Federica Mogherini, was in Turkey when the US and Russia announced they had struck a truce deal on September 10. While there she did appear to succeed in ironing out differences between the EU and Turkey on the migrant deal (see above), Europe's reaction to July's coup in Turkey and the ongoing story of Turkish accession to the EU.

For Marc Pierini of the Carnegie Europe think-tank, "the Syrian war has left the EU in a second-tier position among international actors...the prevailing institutional architecture of EU foreign policy has resulted in a complete lack of European influence on developments in the Syrian war, be it from the EU collectively or from member states individually."

There is also a tough, long road ahead for European diplomatic efforts in Libya, a country beset by competing and crumbling governments, internal tribal wars and ISIS' largest presence outside of Syria and Iraq. Last month the Council of the EU extended the EU's border assistance mission in Libya (EUBAM) until next August and endowed it with an annual budget of 17 million euros as it seeks to "support the transition to a democratic, stable and prosperous Libya." Such is the chaos in Libya however, it will be some time before the dust settles and the success of the EU's mission there can be properly evaluated.

GREECE CRISIS

By Apostolos Staikos

What Juncker said in September 2015:

"The Commission will stand by Greece to make sure the reforms take shape. And we will assist Greece in developing a growth strategy which is Greek owned and Greek led."

"For Greece, the key now is to implement the deal which was agreed."

Where are we now?

One year ago, in his State of the Union speech, Jean-Claude Juncker argued that "the talks on Greece have tested all our patience. Bridges were burnt". He was referring to the endless negotiations between the newly elected Greek government and its lenders, the EU and the IMF.

It was perhaps unintended, but he managed to describe how Greeks have felt about the European Union, since the beginning of the economic crisis in 2010.

Despite the significant financial assistance which Athens has received, most Greeks feel that Brussels wants to punish and even to humiliate their country. The third memorandum, bearing the signature of Alexis Tsipras and Jean-Claude Juncker, in no way has changed this belief. Instead, it has strengthened the view that Greece is a country being held in custody.

In purely economic terms, Greeks have not seen any substantial improvement. Unemployment remains very high (23.4% in June). Last year, in his State of the Union speech, Juncker underlined the "need to protect the most vulnerable part of the society". A year later, no one can really claim that the weakest live better or that they are protected from extreme poverty.

He also argued that Greece lost everything earned in previous years. Charalampos Gkotsis, Professor of Economics at the University of Piraeus, has a different view:

"In 2013 and 2014 there was no significant recovery. Especially in 2014, the implementation of the second memorandum had virtually stopped. So I do not think that Greece lost jobs or anything else. I sincerely believe that the recovery of Greek economy has started. In the summer of 2017, we will have the first concrete results".

In recent statements, the Greek Prime Minister has raised the issue of debt relief. Alexis Tsipras argued that without it, the Greek economy won't really recover. Athens feels that if Brussels insists on vague promises and continual postponements, "bridges will be burned" for a second time.

EUROPEAN ECONOMY – JOBS AND DEBT

By Chris Harris **What Juncker said in September 2015:**

"Over 23 million people are still unemployed today in the European Union, with more than half without a job for a year or more. In the euro area alone, more than 17.5 million people are without a job."

"Government debt in the EU has reached more than 88% of GDP on average, and stands at almost 93% in the euro area."

Where are we now?

The data is pointing in a positive direction: Eurostat estimates, from July 2016, claim there were 21.1 million people out of work, of which 16.3 million were in the euro area. There is no 2016 data for long-term unemployment.

Eurostat says government debt as a percentage of GDP was 84.8 in the EU, and 91.6 in the Euro area, as of the first quarter of 2016.

REFORMING EUROPE'S ECONOMY

By Chris Harris

What Juncker said in September 2015:

- *"We need a common system to ensure that citizens' bank savings are always protected up to a limit of €100,000 per person and account."*

- *"We need a stronger representation of the euro on the global scene. For me, the President of the Eurogroup should be the natural spokesperson for the euro area in international financial institutions such as the IMF."*

- *"We need a more effective and more democratic system of economic and fiscal surveillance."*

- *"We need to enhance fairness in our taxation policies. The country where a company generates its profits must also be the country of taxation."*

- *"We have to step up the work for a fair and truly pan-European labour market."*

Where are we now?

On protecting citizens' savings, national systems do exist but Juncker's plan was for an EU-wide system. A proposal was published in November and is still under investigation.

There has been no progress with regards to stronger representation of the Eurozone, although a proposal to the IMF is still awaiting approval. The EU argues the 19 countries of the Eurozone have 23 percent of shares in the International Monetary Fund, but because individual states do not speak with one voice, often their weight counts less than that of, for example, the United States, which 17.7 percent of shares, but a single representative.

There are encouraging signs with regards to the democratisation of fiscal surveillance, according to Dr. Diane Fromage, Assistant Professor of EU law at the University of Utrecht, who believes that “as a result of the Five Presidents’ report the European Parliament is now in a better place in the Euro-national budgetary cycle.”

Analysts also point to progress on boosting fairness in taxation policy. Professor Iain Begg, an expert on EU economic policy from the London School of Economics points to the recent case of Apple being ordered to pay back taxes of 13 billion euros to Ireland and the fact that “the issue has become more prominent on the political agenda.” He adds however that it is a difficult area for former Luxembourg Prime Minister Juncker given his proximity to the LuxLeaks scandal, which shone a light on tax deals struck by multinationals in the country.

And on Juncker’s fifth point on structural economic reform Professor Begg agrees that “Juncker has taken some initiatives to raise the political salience of the social challenges facing the EU.” One such initiative is the Posted Workers Directive which seeks to avoid social dumping in the EU. However, the move has met with opposition in some national parliaments, notably in eastern Europe and Denmark.

‘BREXIT’

By Mark Davis

What Juncker said in September 2015:

“I have always said that I want the UK to stay in the European Union. And that I want to work together with the British government on a fair deal for Britain....I will seek a fair deal for Britain. I will do this for one reason and one reason alone: because I believe that the EU is better with Britain in it and that Britain is better within the EU.”

Where are we now?

Let’s just say Juncker didn’t get what he wanted.

In no way was the British people’s decision to leave the EU the responsibility of Jean-Claude Juncker. The relationship between the two has been difficult ever since its inception. In the end 52% of British voters decided to bid the bloc farewell because of – mainly – a perceived lack of sovereignty and perceived fears over immigration. The referendum campaign was, for many, a shambles full of half-truths and speculation; the [UK’s Electoral Reform Society has labelled it](#) “dire”, with voters left “ill-informed” to the point that the country needs to completely revise the way it manages referendums. Brexit had nothing to do with Jean-Claude Juncker. Responsibility for Brexit rests primarily on David Cameron, who called the referendum and campaigned for the UK to stay.

Juncker does though, play a leading role in what happens to the EU post-Brexit. Dissuading other member states with large eurosceptic electorates, the likes of the [Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia](#), from following the UK out the door is the largest, perhaps even existential challenge facing the EU under his leadership.

But a British-less EU also presents opportunities. Without UK opposition, other projects (like a European army to name just one example) are much more likely to see the light of day.

UKRAINE/EU-RUSSIAN RELATIONS

By Sergio Cantone

What Juncker said in September 2015:

“The challenge of helping Ukraine to survive, to reform and to prosper is a European one...We need unity when it comes to the security of our Eastern Member States, notably the Baltics. The security and the borders of EU Member States are untouchable. I want this to be understood very clearly in Moscow.”
“We need more unity when it comes to sanctions. The sanctions the EU has imposed on Russia ...are a policy that needs to be kept in place until the Minsk Agreements are complied with in full. We will have to keep our nerve and our unity.”
“The EU must show Russia the cost of confrontation but it must also make clear it is prepared to engage.”

Where are we now?

The EU’s sanctions on Russia were imposed in 2014 after Russian annexation of Crimea and intervention in eastern Ukraine. These sanctions are supposed to be lifted once the Minsk peace agreement is implemented and hostilities in eastern Ukraine stop. Yet two years on, the conflict rumbles on.

Can Europe maintain its unity vis-a-vis sanctions on Russia?

Yet, unity is rather a vague concept, since the countries of the EU prefer to negotiate with Russia on a bilateral basis, showing it a sum of individual weaknesses instead of a single block of determination.

Trade and business are a priority for many European countries when it comes to their relationship with Moscow and sanctions are harming their own economic interests. So the question is how long will they hold on? France and Germany are the only EU member states who are dealing with Russia in any kind of “hard-power” dimension, the Minsk agreements were their personal request addressed to Russia’s Putin and Ukraine’s Poroshenko in order to freeze a dangerous military escalation in Europe.

Two years later sanctions are still there, true, but the will to keep them appears to be evaporating.

EU action has been more decisive when it comes to energy; it lent Ukraine 3.41 billion euros through Macro-Financial Assistance programs that allowed Ukraine to purchase natural gas on the international markets. Kiev received gas from Slovakia during the winter 2016, dramatically decreasing its dependence on Russian supplies and contracts.

But political indecision and military vulnerability are undermining Europe's ability to engage Russia on a balanced basis and to confront it in a credible way.

In the EU there is a dramatic lack of deterrence tools which would allow it to engage and to confront its powerful eastern neighbour.

CLIMATE CHANGE

By Noemi Mrav

What Juncker said in September 2015:

"The world will meet in Paris in 90 days to agree on action to meet the target of keeping the global temperature rise below 2 degrees Celsius. The EU is on track and made a clear pledge back in March: a binding, economy-wide emissions reduction target of at least 40% by 2030, compared to 1990 levels."

"Let me be very clear to our international partners: the EU will not sign just any deal. My priority, Europe's priority, is to adopt an ambitious, robust and binding global climate deal."

Where are we now?

The Paris climate conference led to a legally-binding global climate deal, the first of its kind. For ecologists it was a step in the right direction but hardly the silver bullet that will reverse the effects of climate change.

On limiting the global temperature rise to less than 2 degrees Celsius, the EU delivered. Wendel Trio, the Director of Climate Action Network Europe told Euronews "The EU played an important role. Together with many other countries it was a member of the High Ambition Coalition which actually created such a positive vibe that no country wanted to block an agreement. At the same time, in the High Ambition Coalition, each member challenged the other to go beyond the agreed position. In this way the EU accepted to limit temperature rise to 1.5°C, while other countries accepted the 5-year review concept that the EU was promoting."

On reducing emissions however, 40% may not be enough: according to Trio research indicates a 55% reduction would be required to achieve the Paris objectives. Another caveat, he says, is that the EU's pledge is not yet legislation and that the proposals before the European Parliament and the Council "contain many loopholes that will actually allow EU Member States to substantially reduce their efforts. This makes the value of the current pledge way less important than thought."

While Trio admits "the Paris Agreement was probably the most ambitious result we could get, the EU can do much more than it is currently planning."

"We are currently on track to overshoot the 2020 target of 20%, and will likely achieve a 30% reduction in 2020. At this moment the EU is reducing its emissions by -2% each year. After 2020 the EU would be planning to reduce this to a 1% reduction every year. This is definitely neither ambitious nor courageous."

147,109

Le Figaro.fr

mardi 13 septembre 2016 - 19:18 UTC +02:00

VOX ; Vox Economie

Joseph Stiglitz : «Il peut être nécessaire de quitter l'euro pour sauver l'Europe»

Nodé-Langlois, Fabrice

INTERVIEW - Le Prix Nobel d'économie 2001 propose dans un livre, qui paraît ce mercredi, des solutions iconoclastes pour réformer l'Europe. Pour ce pourfendeur du néolibéralisme, de l'austérité et des inégalités, la monnaie unique, mal conçue, a fait plus de mal que de bien.

Publié en Grande-Bretagne il y a une dizaine de jours, le dernier livre du Prix Nobel d'économie (2001) Joseph Stiglitz s'est déjà classé dans les meilleures ventes, selon son éditeur. Il est vrai que son sujet d'étude est d'une actualité brûlante: l'avenir de l'Europe, et de la zone euro en particulier. L'ouvrage paraît en France ce mercredi. Pour ce pourfendeur du néolibéralisme, de l'austérité et des inégalités, qui a conseillé plusieurs gouvernements sociaux-démocrates en Europe, la monnaie unique, mal conçue, a fait plus de mal que de bien. Avec le recul que lui donne sa nationalité américaine, Stiglitz qui, à 73 ans, enseigne toujours à l'université Columbia de New York, propose des solutions iconoclastes pour l'Europe: un divorce à l'amiable de la Grèce ou, plus original, l'abandon de l'euro par... l'Allemagne.

LE FIGARO. - Vous préconisez que plusieurs pays abandonnent l'euro. Vous qui êtes un lauréat respecté du prix Nobel d'économie, classé à gauche, pensez-vous que Marine Le Pen a raison de souhaiter que la France quitte la monnaie unique?

Joseph STIGLITZ. - Non. L'un des points clés de mon livre est que l'euro devait être un moyen au service d'une fin, en l'occurrence une Europe plus intégrée et plus prospère. Or l'euro est devenu une fin en soi. Et il est même devenu l'antithèse du dessein pour lequel il a été conçu. Le problème, c'est que tel qu'il a été bâti, l'euro n'a pas généré la prospérité mais la stagnation, et il a sapé la solidarité entre Européens.

Vous n'avez pas répondu à la question sur Marine Le Pen...

Ma thèse est qu'il pourrait être nécessaire de quitter l'euro pour sauver le projet européen. La meilleure solution serait de créer les institutions qui permettraient de faire fonctionner l'euro, et, sur ce point, Marine Le Pen et moi sommes en clair désaccord. Je suis favorable à une Europe plus intégrée.

Vous êtes très sévère avec l'euro. La monnaie unique n'a-t-elle pas apporté de bienfaits? Par exemple, en facilitant les échanges?

Avec une certaine ironie du sort, l'euro a été créé juste au moment où les obstacles à la circulation des marchandises et des services étaient en train de disparaître ou presque. À mesure que le monde se numérise, avec la monnaie électronique, les difficultés à échanger à travers les frontières s'amointrissent. Exemple: quand je viens en Europe, j'utilise ma carte de crédit, et le coût des transactions est très faible. Au final, bien sûr que la monnaie unique a facilité les échanges mais cet avantage ne compense pas les dégâts qu'elle a engendrés.

Dites-en nous davantage sur ces dégâts qu'a causés selon vous l'euro.

Quand je parle de l'euro, je ne parle pas seulement de la monnaie unique mais de l'ensemble des institutions qui l'entourent, ou qui font défaut. Lors de la création de l'euro, on a mis la charrue avant les bœufs.

L'une des institutions qui a manqué dès le début est une garantie commune des dépôts bancaires. Conséquence, si par exemple l'Espagne traverse une crise bancaire, seul le gouvernement espagnol est là pour soutenir les banques. Si ce gouvernement est faible, les déposants n'auront pas confiance dans le système bancaire espagnol. Avec le marché unique et la liberté de circulation des capitaux, dans une telle situation, les capitaux fuient l'Espagne pour l'Allemagne, ce qui affaiblit davantage encore l'Espagne. Résultat, l'Espagne s'appauvrit et l'Allemagne s'enrichit.

Ce n'est pas ce qui était prévu lors de la création de l'euro...

Non, c'est en effet l'inverse. Au départ, l'argent était censé circuler des riches vers les pauvres. Selon l'idée originelle, la libre circulation des capitaux devait favoriser la convergence des économies. Ce n'est pas ce qui s'est passé. Au lieu de circuler de haut en bas, l'argent est allé à contre-courant, du bas vers le haut, creusant l'écart entre pays pauvres et pays riches en Europe. Preuve est faite que les modèles de prévisions de la Troïka se sont complètement trompés.

L'institution la plus puissante de la zone euro, c'est la BCE, la Banque centrale européenne. Vous portez un jugement sévère à son égard. Mario Draghi n'a-t-il pas sauvé l'euro?

Il a fait un travail remarquable vu les circonstances. Mais vous ne pouvez pas avoir un système qui repose sur une seule personne.

Selon moi, l'erreur majeure de la BCE remonte à 2010-2011. Après la crise financière, la Fed, la banque centrale américaine, a baissé ses taux d'intérêt, déversé des liquidités dans l'économie avec le «QE». Ceci était possible parce que la Fed n'était pas obnubilée par l'inflation mais par la croissance et l'emploi. Pendant ce temps, Jean-Claude Trichet, à la BCE, a relevé ses taux d'intérêt deux fois en 2011.

Pourquoi?

Parce qu'il répétait: mon mandat, c'est l'inflation. S'il y a le moindre risque d'inflation, mon rôle est de relever les taux d'intérêt pour le contrer, pensait-il. Mais ce n'était pas bon pour la croissance de l'Europe. Ce mandat de la BCE focalisé sur la stabilité des prix, plutôt que le chômage et la croissance, est l'une des erreurs de conception des institutions encadrant l'euro.

Enfin, ce que vous préconisez en priorité, c'est plus d'intégration de l'Union monétaire?

Tout à fait. La première chose à faire, c'est réformer les règles. Sur certains points, l'Europe a reconnu qu'elle devait changer, mais elle avance beaucoup trop lentement. Et c'est à cause de cette lenteur que les dégâts deviennent de plus en plus difficiles à réparer.

La première des réformes à mettre en place est cette garantie commune, européenne donc, des dépôts bancaires, dont je vous ai déjà parlé. Or, je ne vois pas l'Europe créer ce mécanisme avant de nombreuses années.

C'est l'Allemagne qui freine, non?

Exactement. Selon moi, cette mutualisation de la garantie des comptes est la réforme la plus importante pour les banques.

L'autre réforme bancaire est un mécanisme commun de résolution bancaire. Je m'explique: si l'État de Washington (sur la côte pacifique des États-Unis, NDLR) avait dû renflouer la banque Washington Mutual, l'État de Washington aurait fait faillite. C'est le gouvernement fédéral américain qui a sauvé cette banque. L'Europe a besoin d'un tel système commun de résolution bancaire.

Autre institution nécessaire: un fonds de solidarité contre le chômage. Cela permet de partager le coût des pics de chômage.

Vous êtes également favorable à la création d'euro-obligations, ou eurobonds, pourquoi?

Les fondateurs de la monnaie unique n'en ont pas saisi toutes les implications. Ils n'ont pas mesuré le risque d'un arrêt soudain de l'accès au financement pour un pays. Ils pensaient que l'accumulation par un pays d'un déficit commercial, année après année, ne poserait pas de problème. La Grèce, l'Espagne, tous les pays européens en crise ont connu des problèmes d'accès au financement ou de déséquilibre de leurs comptes.

La Grèce a une dette en euros mais elle ne contrôle pas l'euro. C'est ce qui a provoqué la crise des dettes souveraines. Avec des eurobonds, l'emprunt est mutualisé.

Pensez-vous que les Européens pourraient se mettre d'accord sur ces réformes que vous préconisez?

Il y a toujours des résistances. Je décris des réformes qui selon moi permettraient à la zone euro de marcher. Sur le plan économique, elles ne sont pas difficiles à mettre en œuvre. Elles ne sont pas révolutionnaires. Par exemple, l'institution qui garantirait à l'échelle européenne les dépôts bancaires n'est pas forcément synonyme de plus d'État. Ce peut être un organisme de droit privé, comme aux États-Unis, autofinancé par une taxe.

Ces réformes restent rédhibitoires pour certains pays d'Europe. En particulier pour l'Allemagne, qui répète que la zone euro ne peut pas être une «union de transferts».

Comment expliquez-vous cette résistance allemande?

L'Allemagne est le pays qui a le plus profité de la monnaie unique. Il semble être de l'intérêt de l'Allemagne de préserver l'euro, et donc d'accepter ces réformes. Mais j'ai observé que les États ne savent pas toujours agir au mieux de leurs intérêts.

L'Allemagne ne veut pas bouger sur un autre point: la fameuse limite de 3 % du PIB pour le déficit public. Alexis Tsipras, François Hollande et leurs pairs des pays du Sud ont-ils eu raison de demander, vendredi dernier, plus de souplesse en matière de déficits?

Oui, certainement. Il faut se souvenir que quand l'euro a été conçu, au moment de Maastricht, en 1992, nous étions juste après la victoire de l'Ouest sur le communisme. Il y avait une grande foi dans le marché, censé fonctionner tant que les gouvernements ne font pas de bêtises. Et les bêtises, c'était l'inflation, et des déficits excessifs. L'histoire a montré que la croyance selon laquelle il suffit d'équilibrer son budget pour éviter les ennuis était fautive. L'Espagne et l'Irlande avaient des excédents avant la crise! Les déficits ne sont qu'un problème parmi beaucoup d'autres.

Puisque les réformes que vous préconisez semblent hors de portée, vous proposez une alternative: que plusieurs pays quittent l'euro, qu'il y ait plusieurs petites unions monétaires. Quel en serait l'intérêt?

Dans le système actuel, il y a trop de divergences économiques, et trop de désaccords politiques pour que la monnaie unique fonctionne.

Il pourrait y avoir plus de convergences entre d'un côté les pays du Nord, et de l'autre ceux du Sud. Mais je laisse la porte ouverte à des regroupements de deux, trois ou quatre pays qui partagent les mêmes objectifs. Ces pays regagneraient en flexibilité. Au fil du temps, s'ils parviennent à créer les institutions qui font défaut, ces pays obtiendraient une stabilisation du taux de change et pourraient démontrer qu'une monnaie unique peut réussir.

Parmi les différents scénarios que vous proposez, le plus surprenant est l'abandon par l'Allemagne de l'euro! C'est de la provocation?

Sur le plan économique, je ne parle pas de la dimension politique, c'est la solution la plus facile! Si l'Allemagne quitte l'euro, la devise des pays restant dans la zone euro s'affaiblira. Ces derniers deviendront plus compétitifs, leurs exportations augmenteront, leur PIB aussi. De son côté, l'Allemagne aura plus de difficulté à exporter et son excédent, qui est un vrai problème pour l'économie européenne, se résorbera.

Si, au contraire, ce sont les pays du Sud qui quittent l'euro, ils auront toujours une dette en euro à rembourser, qui pèsera bien plus lourd parce que leur devise sera faible, et cela peut provoquer des défauts de paiement, des faillites, tout ce qu'on avait brandi comme menace à la Grèce en juillet 2015. C'est pourquoi un abandon de l'euro par l'Allemagne est la solution la plus facile. Les autres pays ne peuvent pas continuer de souffrir parce que l'Allemagne refuse les solutions de mutualisation soutenues aujourd'hui par la plupart des économistes.

Vous examinez aussi le scénario d'un Grexit, une sortie de la Grèce de la zone euro. Avec une idée originale: l'abandon des pièces et des billets. N'est-ce pas de la science-fiction, vu la réalité grecque?

Instaurer une monnaie 100 % électronique faciliterait la gestion de l'économie. L'argent liquide, c'est dépassé! J'exagère à peine. Avant la crise de l'été 2015, le gouvernement grec a travaillé à une telle solution. Aujourd'hui, la plupart des salaires et des retraites sont versés par virement. Attribuer des comptes bancaires aux derniers récalcitrants ne serait pas le plus difficile.

À propos de la Grèce, vous écrivez que le ministre allemand des Finances, Wolfgang Schäuble, est plus nul en économie que n'importe quel Grec. Vous y allez fort!

(Rire.) Je ne me souviens pas de l'avoir exprimé aussi fort. Mais le fait est qu'il croit toujours que l'austérité, ça va marcher. S'agissant de la Grèce, l'accord de l'été 2015 ne fait qu'empirer les choses.

Bratislava accueille un sommet européen à Vingt-Sept vendredi. Attendez-vous un sursaut?

Les désaccords sur les migrants, l'euro ou l'austérité sont nombreux. Je ne vois aucune politique commune déboucher à Bratislava. L'enjeu principal va déjà être d'éviter d'étaler au grand jour les divisions, de maintenir un semblant d'unité. C'est d'autant plus difficile pour les gouvernements de s'engager, ou de lancer des négociations alors que plusieurs d'entre eux vont changer dans les prochains mois. Je suis assez pessimiste sur l'issue, même si j'espère que les dirigeants tireront des leçons du Brexit pour souligner les bienfaits que l'Europe peut apporter et déterminer des politiques pour les mettre en œuvre.

© 2016 *Le Figaro.fr*. Tous droits réservés.

147,113

Tusks Gipfelagenda

Die EU-Skepsis ist kein „spezifisch britisches Problem“

EU-Gipfelchef Tusk ist wochenlang kreuz und quer durch Europa gereist, um die Zukunftsberatungen in der Slowakei vorzubereiten. Jetzt hat er einen Brandbrief an die Teilnehmer verschickt.

13.09.2016



© AFP/Der Pole Donald Tusk steht seit 2014 an der Spitze des Europäischen Rates.

EU-Ratspräsident [Donald Tusk](#) will den Grenzschutz, die innere Sicherheit und den Kampf gegen den Terror in den Mittelpunkt des EU-Treffens am Freitag in Bratislava stellen. Dies geht aus dem Einladungsschreiben des Gipfelchefs hervor.

Tusk beschreibt in neun Punkten sehr ausführlich die schwierige Lage, die die Briten mit ihrem Nein zum Verbleib in der EU verschärft hatten. „Business as usual ist keine Option“, betonte Tusk mit Blick auf das Brexit-Votum. Heute glaubten viele Menschen - nicht nur in Großbritannien -, dass die EU Stabilität und Sicherheit eher verhindere als fördere.

Die EU als ein gemeinsames Gut verstehen

Die Mitgliedstaaten rief Tusk auf, enger zusammenzuarbeiten und ihre Haltung zur EU zu ändern. „Heute wird die EU oft als notwendiges Übel behandelt, nicht als gemeinsames Gut“, hieß es in seinem Schreiben. „Der Slogan „weniger Macht für Brüssel“, der in Wahlkämpfen attraktiv klingt, sollte übersetzt werden in mehr Verantwortung für die Union in den nationalen Hauptstädten.“

Nach der Abstimmung der Briten treffen sich die verbleibenden 27 Staaten in Bratislava zum zweiten Mal ohne das Vereinigte Königreich, um die Zukunft der Gemeinschaft zu beraten.

„**Die Migrationskrise war der Kipppunkt**“, schrieb Tusk. Chaotische Szenen und die Bilder von Hunderttausenden, die unkontrolliert ins Land kamen, hätten bei vielen Europäern ein Gefühl der Bedrohung genährt. „Bratislava muss zum Wendepunkt werden mit Blick auf die Sicherung unserer Grenzen“, heißt es in dem Schreiben.

Tusk wiederholte den Vorschlag, jeder solle bei der Einreise mit Hilfe von Datenbanken überprüft werden, um potentielle Terroristen abzuhalten. **Nur mit entschlossenem Kampf gegen Terrorismus könne auch Rechtsextremisten und deren anti-europäischer und anti-demokratischer Rhetorik Einhalt geboten werden.**

Der Ratspräsident mahnte in seinem Schreiben auch einen Plan zur Belebung der Wirtschaft und zum Kampf gegen Arbeitslosigkeit an. Dazu sollen im Oktober Beschlüsse gefasst werden. Eine engere Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen soll dagegen erst im Dezember wieder Thema werden, die **Bankenunion** und die **Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion noch später.**

147,114

Les réformes du Nobel Stiglitz pour sauver... ou tuer l'euro

Publié le 14/09/2016 à 06:00



LE SCAN ÉCO - Pour sauver l'Europe, le Nobel d'économie prône une union bancaire, la mutualisation des dettes ou encore une assurance chômage commune. Sans cela, la Grèce voire l'Allemagne devront abandonner l'euro.

L'euro devait apporter la prospérité et la solidarité sur le Vieux continent. En mettant la charrue avant les bœufs, ses concepteurs ont provoqué le résultat inverse: les inégalités se sont creusées, la stagnation économique s'est installée. Tel est le constat sans appel que dresse le prix Nobel d'économie [Joseph Stiglitz](#) dans son livre «L'Euro, comment la monnaie unique menace l'avenir de l'Europe», qui sort en France ce mercredi 14 septembre.

Dans un entretien au Figaro, il évoque plusieurs scénarios: un divorce à l'amiable de la Grèce; un «euro flexible» où pays du Sud et du Nord par exemple, auraient chacun leur monnaie; et même un abandon de l'euro par l'Allemagne.

» **LIRE L'ENTRETIEN de Joseph Stiglitz au Figaro: «Il peut être nécessaire de quitter l'euro pour sauver l'Europe»**

Mais pour l'économiste américain qui a conseillé plusieurs gouvernements sociaux-démocrates en Europe, ces solutions sont le dernier recours. Il propose en effet un plan de sauvetage qui exige «plus d'Europe» avec plus d'intégration économique et politique. Revue des six principales réformes pour sauver l'euro.

1. Une vraie union bancaire

Le système bancaire commun «suppose une garantie commune des dépôts et des procédures communes pour régler la situation des banques qui ne peuvent pas satisfaire à leurs obligations». À l'image des États-Unis où l'échelon fédéral protège les banques des États, les comptes des déposants des banques de chaque pays devraient être garantis par un fonds européen. Par ailleurs, une certaine flexibilité dans la réglementation est nécessaire aussi pour les pays les plus en difficulté: quand des crises se présentent, «si les régulateurs réagissent avec rigidité, les banques seront obligées de contracter leur crédit, ce qui exacerbera la récession».

2. Une mutualisation des dettes

Selon Joseph Stiglitz, il faut qu'un système d'intégration réussi soit assorti d'une assistance des pays forts envers les pays faibles pour éviter une situation similaire à celle qu'a connue la Grèce. «Le montant de la dette mutualisée pourrait être limité (...) Les fonds empruntés (...) ne pourraient être dépensés que pour des investissements, par exemple dans les infrastructures ou l'éducation».

3. Un cadre commun de stabilité, une BCE réformée

Stiglitz plaide pour «une réforme fondamentale des critères de convergence de Maastricht». L'Allemagne croit, à tort, que «la prodigalité dans les dépenses publiques mène aux crises (...) Mais c'est absolument faux», martèle-t-il. Pour lui, la limite de 3% du PIB pour les déficits publics est bien trop rigide.

Ensuite, il faut créer un fonds de solidarité pour la stabilisation à destination des pays confrontés à des chocs négatifs afin de maintenir le plein-emploi et de rétablir la croissance. Il n'est pas suffisant de concentrer les aides uniquement sur l'instant même de la crise comme ce fut le cas pour la Grèce.

» **LIRE AUSSI: D'où viennent les 85 milliards d'euros proposés à la Grèce?**

Ce fonds pourrait contribuer à financer l'assurance-chômage, «notamment dans ses dépenses anormales en cas de récession grave», ainsi que «d'autres dépenses sociales». L'Europe a aussi besoin d'une institution du crédit aux petites et moyennes entreprises, qui prête aux PME ou garantit partiellement leurs prêts spécialement dans les régions en difficulté.

En outre, il faut créer des stabilisateurs automatiques. Prenons l'exemple de l'assurance-chômage. Joseph Stiglitz explique que, quand les travailleurs perdent leur emploi à cause d'une crise, ils réduisent leurs dépenses. Si bien, que la crise est amplifiée. Or, avec une assurance chômage, «ce multiplicateur est court-circuité». Dans les pays qui ont des taux de change flottants, ce qui n'est pas le cas de la zone euro, celui-ci peut servir de stabilisateur automatique. «Un pays qui a un problème verra son taux de change baisser, ce qui encouragera ses exportations et découragera ses importations, donc augmentera son revenu national». Mais en rentrant dans l'euro, les pays ont renoncé à ce mécanisme. Résultat, il est d'autant plus important de renforcer les autres stabilisateurs.

Stiglitz propose aussi plus de flexibilité, des instruments plus nombreux et un mandat plus large pour la BCE et les autorités européennes de réglementation financière. Par exemple, lorsqu'un pays est confronté à un excès de demande de crédit, les exigences de montant minimum qu'une banque doit détenir pourraient, par exemple, être durcies localement, ce qui inciterait les banques à prêter moins et donc, à atténuer les pressions inflationnistes. Inversement si la demande est faible les conditions pourront être assouplies.

4. La convergence favorisée

«Les excédents de l'Allemagne aboutissent à la divergence entre les pays de la zone euro». Les pays en déficit sont contraints d'emprunter alors que l'Allemagne, en excédent, est en position de prêter. Pour rétablir l'équilibre, Stiglitz préconise une taxe sur les excédents.

Deuxième volet pour parvenir à la convergence: instaurer des salaires minimums dans les pays qui n'en ont pas. Les salaires faibles, qui engendrent des prix plus bas, donc un taux de change réel plus bas aussi, sont une forme perverse de dévaluation compétitive. «La baisse du taux de change réel de l'Allemagne s'est donc réalisée en partie aux dépens de ses partenaires commerciaux», précise l'auteur.

5. Le plein-emploi et la croissance encouragés

Même si les différents pays de la zone euro finissaient par converger, la croissance et le plein-emploi ne seraient pas garantis. C'est d'ailleurs dans une perspective de croissance lente et de chômage élevé que l'Europe semble s'orienter. «Parvenir à empêcher une nouvelle crise lui suffit - même avec un quart de sa jeunesse au chômage et une croissance médiocre», ironise l'économiste. Pour lui, élargir le mandat de la BCE à la promotion du plein-emploi et de la croissance et pas seulement de l'inflation est indispensable. Pourquoi? Pour garantir que le secteur financier «serve réellement la société en fournissant du crédit à des fins productives, par exemple des prêts aux petites et moyennes entreprises».

Pour parvenir à cette croissance et à ce plein-emploi, Stiglitz préconise aussi de réformer la gouvernance des entreprises afin qu'elles se concentrent davantage sur le long terme (recherche, innovation), plus que sur leurs résultats trimestriels.

Troisième mesure à prendre pour la croissance et le plein-emploi, créer une procédure urgente pour permettre aux entreprises et aux ménages surendettés de s'en sortir rapidement afin qu'ils puissent continuer à produire et à créer de la valeur.

Enfin, Stiglitz souhaite faire payer aux pollueurs les conséquences de leur pollution par l'instauration d'un prix du carbone élevé au niveau européen.

6. Une prospérité partagée

Pour éviter l'attrance des capitaux vers les pays qui taxent le moins, ce qui se retourne contre les plus faibles, Stiglitz prône l'harmonisation fiscale en Europe. Selon lui, l'UE doit instaurer un impôt sur la citoyenneté européenne car c'est au niveau de l'UE que doit se faire la redistribution. Stiglitz propose que les revenus au-delà de 250.000 euros soient éligibles à un taux de 15%. «Le produit de cet impôt pourrait servir à financer certains efforts, comme la réinstallation des migrants ou l'aide extérieure. Cette initiative ferait peut-être beaucoup plus pour créer l'intégration politique en Europe que l'euro lui-même», pense-t-il.

Au final, l'auteur en est conscient: «il est peu probable qu'il y aura des progrès suffisants pour entreprendre les profondes réformes de structure de la zone euro à une vitesse suffisante». D'où ses solutions de divorce à l'amiable et de scission de la zone euro.

147,116

Les leçons de Stiglitz à la gauche française

Publiée 02/09/2015 à 16:36

• Tribune FigaroVox



FIGAROVOX/TRIBUNE - Benjamin Masse-Stamberger analyse les effets des déclarations, en particulier au sujet de l'euro, de Joseph Stiglitz, prix Nobel d'Economie, sur la vie politique française, notamment à gauche.

Benjamin Masse-Stamberger est journaliste, membre fondateur du Comité Orwell. Ancien grand reporter à l'Express, il est co-auteur de Casser l'euro pour sauver l'Europe aux éditions des Liens qui libèrent.

A quoi sert Joseph Stiglitz? L'honnêteté oblige à dire que son dernier livre (*La Grande Fracture*, Ed. Les Liens qui Libèrent), s'il constitue une introduction complète et roborative à sa pensée, ne recèle guère de nouveautés fondamentales, pour qui a suivi ses analyses au cours des dernières années, et en particulier depuis le début de la crise. Le constat du prix Nobel d'Economie est en fait relativement simple: les politiques néolibérales menées depuis trente ans aux Etats-Unis, et dans une certaine mesure en Europe, ont suscité le développement d'inégalités massives, qui ont paupérisé les classes moyennes, qu'il a fallu secourir à l'aide de prêts de plus en plus complexes et opaques (titrisation, produits structurés...). L'industrie financière s'est empressée de proposer ses services, attirée par les profits juteux qu'elle pouvait retirer dans ce jeu de bonneteau. La crise de 2008 a levé le voile sur ces dysfonctionnements: la fragilisation de ces classes moyennes, et même au-delà (les fameux «99 %») est apparue au grand jour, et faute de demande pour répondre à l'offre, les économies occidentales, si elles n'ont pas sombré comme dans les années 1930, sont bien en peine de véritablement redémarrer.

Au fond, Stiglitz est un keynésien de facture plutôt classique, et l'on pourrait même lui reprocher, si l'on voulait pinailler, de sous-estimer le rôle central joué par le libre-échange dans la destruction quasi-irréversible des capacités productives des pays développés, et en particulier de l'Europe, Allemagne exceptée. Mais peu importe: le plus intéressant, c'est l'effet provoqué sur le Vieux Continent, et en France en particulier, par ses tournées de rock-star de l'économie. Invité partout, coqueluche des médias de gauche, Stiglitz dispose, il est vrai, de tous les brevets possibles et imaginables pour passer le test de la «bien-pensance»: prix Nobel d'Economie, ancien conseiller de Bill Clinton, et économiste-en chef de la Banque Mondiale. Bardé de ses blancs-seings idéologiques, Stiglitz peut ainsi se permettre, à intervalles réguliers de donner sans être contredit des leçons à une gauche française hébétée par trente années de matraquage social-libéral.

Ainsi de la question des inégalités: bien avant que le sujet ne devienne «mainstream», depuis le succès du livre de Piketty aux Etats-Unis, Stiglitz pouvait se permettre de les dénoncer sous les applaudissements, là où un économiste hexagonal aurait tôt fait d'être taxé «d'égalitarisme» et de «populisme». De même, concernant la politique allemande en Europe: si le sujet commence enfin à être quelque peu déverrouillé, il aura fallu longtemps avant que toute critique du modèle allemand ne soit assimilée à une forme de «germanophobie» plus ou moins rampante. En témoignent, encore très récemment, les réactions pavloviennes de Cécile Duflot au livre de Jean-Luc Mélenchon, *Le hareng de Bismarck*, taxé de «vision cocardière». Seul Stiglitz peut balader tranquillement son

sourire patelin de plateau en plateau, en répétant que «l'Allemagne n'a ni compassion ni bon sens économique», sans risquer de se faire traiter de rouge-brun.

Peut-être que la seule façon de sauver l'Europe, c'est de laisser disparaître l'euro.

Joseph Stiglitz

Reste la question de l'euro, ultime tabou, même si la réalité, après tout de même sept années de crise, commence doucement à grignoter du terrain sur l'idéologie. Là encore, Stiglitz ne s'embarrasse pas de manières:

«Il y a des façons de sortir de l'euro tranquillement qui n'auraient pas trop d'effets négatifs et qui amèneraient une reprise plus rapide de l'Europe, et la diviseraient moins. Peut-être que la seule façon de sauver l'Europe, c'est de laisser disparaître l'euro.»

Tout autre que lui se verrait tancé, rappelé l'apocalypse qui ne manquerait pas de s'en suivre sur les marchés, la régression nationaliste, etc.etc..

Au fond, le succès des tournées françaises de Stiglitz en dit plus long sur l'inimaginable régression du débat dans notre pays - en particulier concernant l'économie, mais pas uniquement - que sur toute autre chose. Grâce à sa position d'extériorité, le prix Nobel d'Economie aura permis de contribuer, depuis le début de la crise, à faire bouger les lignes, doucement, mais sûrement. Ainsi aura-t-il joué un rôle dans le relatif infléchissement des politiques d'austérité. Et œuvré ainsi, avec quelques autres, à ce que la récession européenne ne se transforme pas en dépression généralisée. Grâce lui soit rendue pour cela. Le feuilleton de la crise européenne est cependant loin d'être terminé, comme en témoigne le martyre grec qui se prolonge. Les épisodes décisifs restent à venir. Le dénouement approche. Le combat continue.

147,118

L'EURO ET LA CRISE :

Pourquoi Joseph Stiglitz se trompe

10 septembre 2016

ALTERNATIVES ÉCONOMIQUES PARIS



[Kap](#) Published in 3 languages 2 commentaires Share count index 0

En plaidant pour une "sortie en douceur" de l'euro tel qu'il le fait dans son dernier livre, l'économiste américain Joseph Stiglitz fait preuve d'une profonde méconnaissance des réalités du vieux continent, note le rédacteur en chef d'Alternatives Economiques.

Guillaume Duval

Joseph Stiglitz, économiste américain et "prix Nobel" d'économie, publie un nouveau livre : *L'euro. Comment la monnaie unique menace l'avenir de l'Europe*, aux éditions Les liens qui libèrent. A cette occasion, il a fait paraître ces dernières semaines plusieurs tribunes dans la presse (voir notamment [ici](#) dans le *Financial Times* ou [là](#) dans le *Guardian*). Il y plaide en faveur d'"une sortie en douceur" de l'euro. Tout en estimant que "la fin de la monnaie unique ne signifierait pas la fin du projet européen". Une prise de position qui traduit une profonde méconnaissance des réalités du vieux continent.

Comme la plupart des économistes américains, Joseph Stiglitz s'était montré dès le départ, dans les années 1990, très critique à l'égard du projet de monnaie unique, au nom principalement de la théorie des "zones monétaires optimales". Un sujet [étudié](#) au début des années 1960 par le canadien Robert Mundell qui lui valut, en 1999, le prix de la banque de Suède en l'honneur d'Alfred Nobel.

Pour qu'une zone ait intérêt à se doter d'une monnaie unique, il fallait qu'elle réunisse un certain nombre de préconditions, selon Mundell : forte mobilité des facteurs de production (capital et travail), prédominance des chocs symétriques (concordance des cycles économiques entre pays), existence de transferts budgétaires significatifs, proximité des préférences collectives des citoyens...

A bien des égards, la future zone euro ne remplissait pas ces conditions. Mais comme souvent dans les approches théoriques, aucune zone ne répondra probablement jamais à de tels critères : une "zone monétaire optimale" ne peut guère être en pratique qu'une zone qui dispose d'une monnaie unique depuis plusieurs décennies déjà...

Robert Mundell lui-même n'a d'ailleurs jamais considéré que ses théories impliquaient réellement que la monnaie unique européenne soit impossible ou non souhaitable : il a, au contraire, soutenu activement ce projet auquel il a été régulièrement associé depuis les années 1970, même s'il a aussi souvent critiqué les positions défendues par les politiques allemands dans ce processus.

Ce qui est irritant dans ce contexte de la part d'un économiste progressiste comme Joseph Stiglitz – il est loin d'être le seul –, c'est son incompréhension manifeste de l'enjeu politique de l'affaire : l'euro est d'abord un moyen de marquer une rupture avec l'approche libérale de l'Europe-marché. Jusque-là, le marché unique se caractérisait en effet non seulement par le dumping fiscal et social, qui restent tous deux très problématiques aujourd'hui, mais aussi par le dumping monétaire.

On avait bien tenté de le limiter en organisant des systèmes de changes fixes et ajustables entre les monnaies européennes mais cela n'avait jamais fonctionné durablement. L'euro y a mis un terme en transférant un élément essentiel de souveraineté vers l'Union : il permet enfin de la doter de politiques communes, les politiques monétaire et de change, autres que la sacro-sainte politique de la concurrence.

Que les conditions posées à la construction de l'euro par le Traité de Maastricht en 1992 puis les règles instituées lors de sa création effective en 1999 aient été profondément inadaptées et aient concouru à la gravité de la crise de 2010, Joseph Stiglitz a évidemment raison de le souligner. C'est ce que nous faisons d'ailleurs nous aussi constamment dans *Alternatives Economiques* depuis 25 ans.

Mais les économistes américains d'aujourd'hui, qui tirent une bonne partie de leur autorité mondiale du statut dominant du dollar, ont une fâcheuse tendance à oublier combien l'histoire de l'unification monétaire américaine a, elle-même, été un processus compliqué : il aura quand même fallu attendre 137 années après l'indépendance (dont une sanglante guerre civile) pour que les Etats-Unis se dotent en 1913 d'une véritable banque centrale. Une histoire tumultueuse que rappelle opportunément [une publication récente du think tank Bruegel](#) en la mettant en parallèle avec celle, beaucoup plus courte, de l'euro.

De plus Joseph Stiglitz sous-estime manifestement l'importance des changements qui ont déjà été apportés à l'architecture de la zone euro depuis la crise. Il explique tout d'abord qu'il faut à l'Union une "*union bancaire commune*". Oui, bien sûr : c'était un des éléments essentiels qui manquaient au départ et cela a causé beaucoup de dégâts en nourrissant un cercle vicieux entre les difficultés des banques et celles des Etats. Mais cette union bancaire se met en place depuis novembre 2014 déjà. Même si elle n'a pas encore subi l'épreuve du feu et reste très imparfaite. Il lui manque en particulier une assurance commune des dépôts, comme le souligne à juste titre notre "prix Nobel".

Il faudrait également, nous dit Stiglitz, "*des règles pour limiter les excédents commerciaux*". Il a, là aussi, raison : les excédents commerciaux excessifs de l'Allemagne sont au cœur des dysfonctionnements de la zone euro. Mais de telles règles ont déjà été introduites dans le [Six Pack](#) en 2011, un progrès majeur pour la zone euro. Et ce qui manque surtout, pour l'instant, c'est suffisamment de courage politique à la Commission européenne pour les utiliser et dénoncer publiquement ces excédents allemands.

Il faudrait aussi, selon Joseph Stiglitz, "*des Eurobonds ou d'autres mécanismes pour mutualiser les dettes*". Bien sûr, mais même s'ils n'en portent pas le nom pour des raisons de tabou politique, le Mécanisme européen de stabilité, susceptible de mobiliser 700 milliards d'euros de dette, comme les 300 milliards d'emprunts Juncker en sont des embryons. Et surtout, la politique d'achats massifs de titres de dettes des Etats par la BCE est en train d'aboutir à une mutualisation de facto très rapide des dettes européennes à son bilan. Ce qui va d'ailleurs poser à terme des questions difficiles.

Il faudrait, nous dit-il encore, "*une politique monétaire qui se préoccupe davantage d'emploi, de croissance et de stabilité et pas seulement d'inflation*". Les politiques français, de droite comme de gauche, ont constamment voulu l'euro depuis les années 1970 pour récupérer une partie de la souveraineté monétaire perdue de facto du fait de l'affaiblissement du franc. Et éviter ainsi que la politique monétaire européenne continue d'être déterminée de façon unilatérale par la seule Bundesbank allemande, qui ne se préoccupait en effet que d'inflation, et pas de croissance et de chômage. Sur ce plan, quoi qu'en dise Joseph Stiglitz, l'euro a atteint ses objectifs.

La BCE est engagée aujourd'hui dans une politique monétaire extrêmement expansive : son bilan dépasse désormais celui de la Réserve fédérale américaine. Et ce sont surtout les représentants de la Bundesbank en son sein qui critiquent cette politique

: deux d'entre eux avaient d'ailleurs démissionné de son board en 2011. Mais dès avant la crise, le principal reproche qu'on peut faire à la BCE sur la période 1999-2008 est déjà d'avoir mené une politique monétaire trop expansive, ayant gonflé des bulles spéculatives dans toute l'Europe du Sud.

Tous ces changements ont été opérés au bord du précipice sur le mode du "trop peu, trop tard", ce qui a prolongé la crise de la zone euro. Mais si on avait dit début 2010 à Angela Merkel et Wolfgang Schäuble que, dans les cinq ans qui suivent, on mettrait en place un fonds doté de 700 milliards d'euros pour aider les pays en crise, on réaliserait une union bancaire et que la BCE se mettrait à racheter à tour de bras les titres de dettes privés et publics, il est difficile de dire s'ils auraient éclaté de rire ou de rage, mais ils étaient à coup sûr persuadés à ce moment-là que rien de tout cela ne verrait le jour de leur vivant... En pratique la clause dite de no bail out, qui était au cœur du Traité de Maastricht et interdisait toute solidarité vis-à-vis d'Etats en difficulté budgétaire, a sauté.

Joseph Stiglitz souligne en revanche, à juste titre, le manque persistant de politiques industrielles. Ainsi qu'une orientation des politiques budgétaires qui reste structurellement restrictive. Cela constitue en effet le nœud des problèmes qui continuent d'empêcher l'économie de la zone euro de se redresser durablement. Et ce nœud reste très difficile à trancher politiquement. Sur le plan français, on peut en particulier regretter que le quinquennat de François Hollande ait été largement inutile sur ces dossiers. Le succès était évidemment loin d'être garanti, mais François Hollande n'a même pas essayé de faire bouger les lignes...

Mais c'est surtout sur les conclusions que tire notre "prix Nobel" de ces insuffisances et de ces difficultés politiques persistantes qu'il se trompe le plus. Pour lui, compte tenu de l'incapacité des Européens à progresser suffisamment rapidement sur ces terrains, il vaudrait mieux chercher "*une transition en douceur pour sortir de l'euro et aller potentiellement vers un système d'euro flexible*". Car à ses yeux, "*une fin de la monnaie unique ne serait pas la fin du projet européen*". Un pari extrêmement hasardeux.

Tout d'abord, on ne voit pas en quoi une sortie de l'euro pourrait aider un pays quelconque de la zone. Il verrait immédiatement les taux d'intérêt auquel il emprunte bondir vers les sommets. Et la question se poserait tout de suite des dettes qu'il a accumulées vis-à-vis du reste du monde : s'il maintient leur valeur en euros malgré la dépréciation de la nouvelle monnaie nationale, leur poids sera encore plus lourd qu'auparavant ; s'il décide de les annuler unilatéralement, au moins en partie, il sera banni pendant une longue période des marchés internationaux. En tout état de cause, il subirait à coup sûr, pendant plusieurs années, une austérité sans commune mesure avec celle qu'impose (stupidement) la Troïka.

Même la Grèce, le pays de la zone qui aurait, sans conteste, le moins à perdre à sortir de l'euro, a renoncé à tenter l'expérience. Et cela non pas par un coup de force de ses élites, mais sous la pression massive de son opinion publique : les conseillers ne sont pas les payeurs et l'homme de la rue d'Athènes préfère avoir des euros dans sa poche que des drachmes, quoi que lui en dise Joseph Stiglitz qui, lui, n'a pas de souci à se faire avec ses dollars.

Quant à l'idée d'une sortie en douceur de l'euro qui ne remette pas en cause la construction européenne, elle relève de la science-fiction la plus fantaisiste. Si des pays quittaient l'euro ce serait bien évidemment d'abord en vue de regagner de la "compétitivité" par rapport à leurs voisins. C'est-à-dire de leur tailler des croupières en leur reprenant des parts de marché à l'exportation et en attirant les entreprises chez eux grâce à la baisse du coût du travail consécutive à la dévaluation de leur nouvelle monnaie vis-à-vis de l'ex-euro. Tout en réduisant leur propre consommation intérieure du fait de la perte de pouvoir d'achat de leur population causée par cette même dévaluation.

Autrement dit, un tel processus ne peut invariablement qu'aboutir à aggraver encore la guerre économique de tous contre tous au sein de l'Union. Il n'y a en réalité pas d'autre sortie possible de l'euro que celle que prône Marine Le Pen comme moyen de remettre en cause l'intégration européenne elle-même et de replonger le vieux continent dans les affres de son passé. Malgré

tous les bons esprits qui, comme Joseph Stiglitz, veulent les pousser dans cette direction, les peuples européens ne s'y trompent pas : en dépit de toutes les insatisfactions qu'ils peuvent légitimement avoir vis-à-vis de l'euro, ils ne sont nulle part prêts à sauter le pas. Même Marine Le Pen a dû mettre la pédale douce sur le sujet de la sortie de l'euro, tant cette perspective inquiète – à juste titre – les électeurs français.

La tâche est difficile et les progrès très lents mais, une fois l'affaire engagée, l'Europe n'a pas d'autre choix que de combler progressivement les failles et les manques de l'Union monétaire. Le reste n'est que littérature, fut-elle une littérature de grande qualité sur le plan de la théorie économique comme celle de Joseph Stiglitz. Sa sollicitude pour l'Europe est touchante, mais la façon dont il aborde le sujet illustre combien dans ces matières où le contexte historique, social et politique joue un rôle déterminant, des approches trop purement théoriques sont finalement d'un intérêt limité. On ne peut certes pas lui en vouloir : un Européen qui voudrait écrire un livre sur ce que les Américains devraient faire pour limiter les inégalités aux Etats-Unis et combler le fossé croissant qui sépare les Républicains et les Démocrates, les blancs et les noirs ou encore les Etats du *Jesus Land* intérieur et ceux des côtes, serait à coup sûr, lui aussi, à côté de la plaque.

147,122

- [ARTS](#)
- [BOOKS](#)
- [BOOKSHELF](#)

The No-Bailout Principle

A euro in a Greek bank is clearly worth less than a euro in a German bank. The Greek bank and the Greek government are simply more likely to go belly-up.



ENLARGE PHOTO: ULLSTEIN BILD VIA GETTY IMAGES

By BENN STEIL

Aug. 12, 2016 3:25 p.m. ET

[56 COMMENTS](#)

Back in February 2010, with the Greek government's borrowing costs climbing to new heights, Nobel Prize-winning economist Joseph Stiglitz—then an adviser to the Greek prime minister, George Papandreou—called for eurozone authorities to intervene in markets and “teach the speculators a lesson.” Greece had no need of a bailout, he said, no need of the International Monetary Fund (IMF). “There is clearly no risk of a default.”

Three months later, Greece accepted its first bailout package, amounting to \$120 billion. To date it has received financial assistance, in the form of loans and write-offs for private-sector bondholders, amounting to \$450 billion.

THE EURO

By Joseph Stiglitz

Norton, 416 pages, \$28.95

Reading Mr. Stiglitz's “The Euro: How a Common Currency Threatens the Future of Europe,” one gets no sense that he ever considered the Greek tragedy anything other than inevitable. “Successive governments,” he writes, “had run unconscionable deficits.” And the eurozone, which Greece joined in 2001, was an unforgiving home for such a spendthrift. It was built on the idea of each state for itself in fiscal affairs; there would be no bailouts. The belief was that European governments would run their economies so as to avoid any risk of the financial markets cutting them off. And just to make extra-sure, legally binding deficit limits were imposed.

But even fiscally prudent countries like Ireland and Spain blew through these limits when property busts wrecked their banks and sent unemployment soaring after 2008. Mr. Stiglitz is clear on who and what are at fault for the suffering that followed: Germany and its euro, created in the Prussian image of austere and merciless self-discipline.

“Truth,” Oscar Wilde said, “is one's latest mood.” And Mr. Stiglitz's mood is very different now than it was in 2010, when he was advising Greece. Then, saving the country was a matter of burning “speculators.” Today, the crisis was inevitable. “Europe's travails,” he tells us, are owing above all to “one underlying mistake: the creation of the single currency.”

“The Euro” is Mr. Stiglitz’s 19th book since he resigned as the World Bank’s chief economist in 2000 after a stormy three-year tenure. It surveys the continuing crisis, makes a case that the euro was misconceived and that present policies are only making things worse, and charts “a way forward” on reform. What stands out, however, is the relentless indictment of past and present stewards of the eurozone, whom he charges with committing every possible sin against progressive economic principles. In this, the book reads much like Mr. Stiglitz’s earlier ones on globalization and inequality—only now with the euro as chief villain.

There are, first, the sins of commission—policies imposed on countries in crisis to contain deficits and increase labor-market flexibility. These have fueled inequality, which has in turn—Mr. Stiglitz insists—hurt growth. This is a proposition that even fellow Nobel laureate and liberal icon [Paul Krugman](#) doesn’t buy. But no matter.

Then there are the sins of omission—the policies that would have helped but were never pursued. Mr. Stiglitz tells us, for example, that the eurozone’s “crisis countries” needed reforms “responding to the reality of climate change.” And the green investments that they should have made with Northern Europe’s money “would have improved current accounts by lowering the cost of energy.” This is a proposition that even President Obama rejects, having openly acknowledged that carbon-emission reduction schemes are likely to raise fuel and electricity costs, not lower them. Again, just a detail.

Mr. Stiglitz gives the sinners sobriquets like “neoliberal,” “market fundamentalist” and “gold bug.” He alleges that some of them—nameless, of course—have confessed their sins to him. “Increased unemployment in the crisis countries,” he says, was actually part of their master plan. “Secretly, many in the Troika” of Greece’s creditors—the European Commission, the European Central Bank (ECB) and the IMF—“thought of this as almost a necessary means to the long-run end of making the euro work.” He even hints at official corruption in the currency’s management, reminding us that ECB president [Mario Draghi](#) “had spent years at [Goldman Sachs](#)” (three, to be exact).

Even for the sympathetically minded, the book will be a bit of a repetitious slog. But for patient readers, there are moments of amusement. These come particularly when Mr. Stiglitz plays at evenhandedness. He suggests, for example, that Europe needs to embrace a “diversity” of views. “Some societies,” he explains, “may prefer more stability and better systems of social protection, and greater expenditures on public education and health; others,” in contrast, “may be more committed to preserving existing inequalities.” That’s right; some people want to live in a Great Society, while others want to stop upward mobility and social progress.

But for all the polemic, many of Mr. Stiglitz’s most damning observations are on target. He is right that Germany’s insistence on Greece slashing spending and raising taxes in the midst of plummeting output, in return for new loans with which to pay off the old, has been a catastrophic economic, social and political failure. Piling more debt on bankrupt nations doesn’t work—it didn’t work after the last century’s two world wars, and it isn’t working now. Germany, of all nations, should know this.

The bailout doesn’t even merit the term “aid,” since the self-interest was so transparent. In March 2010, two months before the announcement of the first Greek bailout, European banks held \$149 billion of Greek debt: \$62 billion of this was French; \$37 billion was German. The \$120 billion in Troika loans to Greece was therefore largely a backdoor bailout of European banks. French ones were subsequently able to eliminate almost all of their Greek exposure by selling bonds, allowing them to mature and then taking partial write-offs in 2012.

But the Greek saga, however tragic, doesn’t in the end tell us that much about the euro’s original sins. Mr. Stiglitz writes that “Greece would likely not have borrowed in German currency” had it remained outside the eurozone, “precisely because it (and its lenders) should have been aware of the risk that that entailed.” This is nonsense. Developing countries have long borrowed massively in U.S. dollars despite the risks to them and their lenders. And in 2000, a year before Greece joined the eurozone, 79% of outstanding Greek debt

was *already* in euros—and only 8% in drachmas. There would have been a debt crisis irrespective of whether Greece adopted the single currency as its own.

There are equally powerful reasons to question Mr. Stiglitz's central criticisms of the eurozone. For example, did the European Central Bank's "mandate to focus only on inflation" really cause it to pursue too tight a monetary policy? The bank's mandate is to target inflation "below, but close to, 2%." Inflation has been below that level for the past three and a half years and is currently near zero. If ECB policy is too tight, it is clearly not because it has been slavishly meeting its mandate. It has been moving farther and farther away from it.

At times, Mr. Stiglitz wants to have his cake and eat it too. He criticizes the ECB for "resist[ing] quantitative easing (QE) . . . long after policymakers in the United States and Japan had augmented their tool kit with QE." Yet he argues elsewhere that the most important effect of QE has been *negative*—contributing to "growing inequality," which (he says) hurts growth.

Mr. Stiglitz believes that for a monetary union like the eurozone to succeed it needs a political, fiscal and banking union. In the U.S., a dollar in an Arkansas bank is as good as a dollar in a New York bank because each is protected by credible federal deposit insurance. A euro in a Greek bank, by contrast, is clearly worth less than a euro in a German bank. The Greek bank and the Greek government insuring it are more likely to go belly-up. Greek euros are also more likely to be forcibly turned into drachmas than German euros—the way U.S. dollars in Argentine banks were turned into pesos in 2001.

It is worth recalling, though, that at that very moment, while Greece was joining the euro, Ecuador and El Salvador were unilaterally installing the U.S. dollar as their sole currency, and it has remained so securely ever since. There was, and has been, no support from the United States—no political, fiscal or banking union.

Currency unions *can* work with just a credible "no bailout" principle. The problem is that the principle has not been upheld in the eurozone.

Still, it is hard to deny Mr. Stiglitz's conclusion that "the eurozone as a whole has done poorly." "The lesson," as he sees it, "is that markets are complex institutions [and that] simplistic tinkering, based on ideology rather than a more profound appreciation of how markets actually work, without a deep understanding of their complexities, can lead to disastrous outcomes." So if only Joseph Stiglitz could control the creation and distribution of money, in the service of "societal well-being," the world would be a better place. But until then, we have the consolation of knowing that he will write more books to remind us.

—*Mr. Steil, director of international economics at the Council on Foreign Relations, is the author, most recently, of "The Battle of Bretton Woods: John Maynard Keynes, Harry Dexter White, and the Making of a New World Order."*

147,125

Rede zur Lage der EU

Juncker will Milliarden-Programm gegen Arbeitslosigkeit in Europa

In seiner Rede zur Lage der EU hat Kommissionspräsident Juncker eine Verdopplung des Investitionsplans für Europa auf 630 Milliarden Euro angekündigt, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. **Die EU stecke in einer existenziellen Krise, sagte er in Straßburg.**

14.09.2016



© DPA Sieht die EU in einer existenziellen Krise: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei seiner Rede in Straßburg

Im Kampf gegen Arbeitslosigkeit will EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker den milliardenschweren Plan für Investitionen in Europa deutlich ausweiten. Er wolle die Laufzeit des Fonds nach 2018 um weitere drei Jahre verlängern und das angestrebte Investitionsvolumen auf bis zu 630 Milliarden Euro anheben, kündigte Juncker am Mittwoch bei seiner Rede zur Lage der EU im Europaparlament in Straßburg an. Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) war 2015 gegründet worden und soll Europas Konjunktur ankurbeln.

Juncker sieht die Europäische Union in einer existenziellen Krise. Die 28 Mitgliedstaaten sprächen zu oft nur von ihren eigenen nationalen Interessen, sagte Juncker in seiner Rede. „Die Zahl der Bereiche, in denen wir solidarisch zusammenarbeiten, ist zu klein.“

Juncker warf den EU-Regierungen vor, zu oft nationalen Interessen Vorfahrt einzuräumen und warnte davor, Populisten in die Hand zu spielen. „Populismus löst keine Probleme – im Gegenteil: Populismus schafft Probleme.“

Zwei Tage vor dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs zur Zukunft der Union verlangte Juncker eine „ehrliche Bestandsaufnahme“ und auch mehr Anstrengungen gegen Arbeitslosigkeit und für ein sozialeres Europa. „Vor einem Jahr habe ich in meiner Rede festgestellt, dass die Lage der EU zu wünschen übrig lässt“, sagte Juncker. Ein Jahr später gelte diese Einschätzung weiter.

„Europa wird und darf nie zu einem Einheitsstaat werden“

Juncker sagte weiter, die nächsten zwölf Monate seien „entscheidend“ für die EU, um sie wieder zu stärken und den Menschen in Europa zu beweisen, dass sie handlungsfähig sei. Europa werde und dürfe aber nie zu einem Einheitsstaat werden. „Europa ist nicht sozial genug – das müssen wir ändern“, sagte Juncker weiter. Gleichzeitig gelte: „Die Brechstange ist kein Instrument der europäischen Einigung.“

Der EU-Austritt Großbritanniens ist für Juncker nicht der Beginn eines Auflösungsprozesses Europas. Die EU bedauere die Entscheidung der Briten, „aber die Europäische Union ist in ihrem Bestand nicht gefährdet“, sagte Juncker. Mit Blick auf die Austrittsverhandlungen mit Großbritannien bekräftigte der Kommissionspräsident, dass London „keinen Binnenmarkt à la Carte“ bekommen könne. In den anstehenden Verhandlungen über die künftigen Beziehungen werde es ungehinderten Zugang zum europäischen Wirtschaftsraum nur geben, wenn die britische Regierung die Freizügigkeit für EU-Bürger akzeptiere.

Die Briten hatten Ende Juni überraschend mit knapp 52 Prozent für den Austritt aus der EU gestimmt. Am Freitag kommen die Staats- und Regierungschefs der anderen 27 EU-Länder in der slowakischen Hauptstadt Bratislava zusammen, um die Weichen für eine Neuausrichtung der EU zu stellen. Schwerpunkte sollen laut EU-Ratspräsident Donald Tusk insbesondere Sicherheitsfragen und Grenzschutz sein.

147,126

High quality global journalism requires investment. Please share this article with others using the link below, do not cut & paste the article. See our [Ts&Cs](#) and [Copyright Policy](#) for more detail. Email ftsales.support@ft.com to buy additional rights. <http://www.ft.com/cms/s/0/dbbd151c-62f4-11e6-8310-ecf0bddad227.html#axzz4KDohY3ml>

August 17, 2016 4:32 am

A split euro is the solution for Europe's single currency

Joseph Stiglitz

The problems with the structure of the eurozone may be insurmountable, writes Joseph Stiglitz



That Europe, and especially the [eurozone](#), has not been doing well since the 2008 crisis is beyond dispute. The single currency was supposed to bring prosperity and enhance European solidarity. It has done just the opposite, with depressions in some countries greater than the Great Depression.

To answer the question about what is to be done, one has to answer another: what went wrong. Some claim that policymakers made a set of mistakes — excessive austerity and poorly designed structural reforms. In other words, there is nothing wrong with the euro that could not be fixed by putting someone else in charge.

I disagree. There are more fundamental problems with the structure of the eurozone, the rules and institutions that guide and constitute it. These may well be insurmountable, raising the prospect that the time has come for a more comprehensive rethinking of the single currency, even to the point of unwinding it.

Put simply, the euro was flawed at birth. It was almost inevitable that taking away two key adjustment mechanisms, the interest and exchange rates, without putting anything else in their place, would make macro adjustment difficult. Add to that a central bank mandated to focus on inflation and with countries still further constrained by limits on their fiscal deficits, the result would be excessively high unemployment and gross domestic product consistently below potential output. With countries borrowing in a currency not under their remit, and with no easy mechanism for controlling trade deficits, crises too were predictable.

The alternative to adjusting nominal exchange rates is adjusting real ones — having Greek prices fall relative to German prices. But there are no rules in place that could force a rise in German prices and the social and economic costs of forcing Greek prices to fall enough are enormous. One might dream of Greek productivity growing faster than that of Germany as an alternative way of “adjusting,” but no one has figured out how to do it. So too for Spain and Portugal. In the absence of a grand strategy, the troika of international institutions has flailed around, putting in place new rules for defining fresh milk or the size of loaves of bread. Whether these are desirable can be debated; that they are not going to achieve the desired adjustment in real exchange rates cannot.

The rule changes needed to make the euro work are in an economic sense small. A common banking union, most importantly common deposit insurance; rules to curtail trade surpluses; and eurobonds or some other similar mechanism for mutualisation of debt. Monetary policy to focus more on employment, growth and stability, not just inflation. Meanwhile, industrial and other policies should be orientated to helping the laggard countries catch up to the leaders. Most importantly: a move away from [austerity towards growth-oriented fiscal policies](#). But these seem well beyond the politics of Europe today, with Germany still arguing that “Europe is not a transfer union”.

Good currency arrangements cannot ensure prosperity; flawed ones lead to recessions and depressions. And among the kinds of currency arrangements long associated with recessions and depressions are pegs, where the value of one country’s currency is fixed relative to another. A single currency is neither necessary nor sufficient for close economic and political co-operation. Europe needs to focus on what is important to achieve that goal. An end to the single currency would not be the end of the European project. The other institutions of the EU would remain: there would still be free trade and migration.

It is important that there can be a smooth transition out of the euro, with an amicable divorce, possibly moving to a “flexible-euro” system, with say a strong Northern Euro and softer southern euro. Of course, none of this will be easy. The hardest problem will be dealing with the legacy of debt. The easiest way of doing that is to redenominate all euro debts as “southern euro” debts.

As we move to a digital economy, modern technology enables a set of market-based reforms that can simultaneously achieve the triple goals of full employment, trade balance, and fiscal balance, through credit auctions and electronic trade tokens. In the current global system, we rely on central banks to set [interest rates](#), hoping somehow that the resulting trade balance, investment, and consumption will be “right.” They typically aren’t. The alternative approach focuses on the quantities of, say, investment and trade balance, that we need, and lets the market set the price to achieve this.

Over time exchange rate variations could become more limited as institutions develop. The flexible euro is a strategy for incorporating the advances in economic integration already made while providing the space for reforms.

The single currency was supposed to be a means to an end. It has become an end in itself — one that undermines more fundamental aspects of the European project, as it spreads divisiveness rather than solidarity. An amicable divorce — a relatively smooth end to the euro, perhaps instituting the proposed system of the flexible euro — could restore Europe to prosperity and enable the continent to once again focus, with renewed solidarity, on the many real challenges that it faces. Europe may have to abandon the euro to save Europe and the European project.

The writer, a Nobel laureate in economics, is author of ‘The Euro: How a Common Currency Threatens the Future of Europe’

147,128

GELDANLAGE

HANS-WERNER SINN

Niedrigzins kostet Deutsche 327 Milliarden Euro

Von Daniel Eckert | Stand: 21.03.2016 | Lesedauer: 4 Minuten



Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn sieht Deutschland schon jetzt als großen Verlierer der EZB-Nullzinspolitik

Quelle: dpa

Ifo-Chef Sinn kritisiert die Nullzinspolitik der EZB als interessengeleitet. Die extrem expansive Geldpolitik beschere den Krisenländern der Währungsunion Wohlstandsgewinne. Deutschland zahle drauf.

Es ist eine unfassbare Summe. Rund 327 Milliarden Euro. Um diesen Betrag soll Deutschlands Wohlstand durch die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) dezimiert worden sein. Das behauptet Hans-Werner Sinn, der Präsident des Münchner Ifo-Instituts. Der populäre Ökonom verurteilt die fortgesetzte Lockerung der Geldpolitik durch EZB-Chef Mario Draghi.

Die jüngsten Entscheidungen der Zentralbank seien interessengeleitet und schaden Deutschland, kritisiert Sinn. „Die jüngsten Maßnahmen gehen weit über die Grenze des Vernünftigen hinaus“, schreibt der Volkswirt in einem Gastbeitrag für die „Wirtschaftswoche“. Es handele sich um den dreisten Versuch der Vertreter hoch verschuldeter Länder im EZB-Rat, ihre Heimat durch sinkende oder gar negative Zinsen zu entlasten.

Auf der einen Seite bekommen die Bundesbürger laut Sinn deutlich weniger Zinsen auf ihr angelegtes Vermögen, auf der anderen müssen die Schulden-Länder Milliarden Euro Zinsen weniger zahlen als bei einer weniger restriktiven Geldpolitik, klagt Sinn.

EZB-Nullzinspolitik schadet Deutschland

Wenn die Nullzinspolitik der Zentralbank vor allem Deutschland trifft, so liegt das an hohen Überschüssen, die die Bundesrepublik international erzielt. „Wir haben dank riesiger Exportüberschüsse das zweitgrößte Nettoauslandsvermögen aller Länder der Erde aufgebaut“, heißt es bei Sinn.

Allein 2015, also im Jahr vor dem umstrittenen EZB-Entscheid in der vergangenen Woche, hätten die im Vergleich zu 2007 extrem niedrigen Zinsen Deutschland als Ganzes etwa 89 Milliarden Euro Wohlstand gekostet. Insgesamt dürften sich die bundesrepublikanischen Vermögensverluste durch Niedrigzins seit 2008 auf 327 Milliarden Euro belaufen, kalkuliert Sinn.

Solcherlei Berechnungen sind nicht unumstritten. Vor allem Ursache und Wirkung sind schwer auseinanderzuhalten. Die Wohlstandsverschlechterung beruht auf dem Vergleich zu einem früheren Zustand oder zu einem imaginären, theoretisch angenommenen Zinsniveau. Um wie viel höher die

Zinsen allerdings heute wirklich wären, wenn die EZB dieses und jenes nicht beschlossen hätte, ist nicht leicht zu sagen.

Zinsschock vom 10. März 2016

So wird Europas Geldpolitik zum Beispiel auch durch Entscheidungen der amerikanischen Notenbank Fed beeinflusst. Kursverschiebungen an den Devisenmärkten können die Europäer dazu zwingen, das Zinsniveau zu senken, wenn sie keine Aufwertung des Euro zum Dollar und anderen Handelswährungen zulassen wollen.

Leitzins erstmals bei null Prozent

Das gab es noch nie: Die EZB hat den Leitzins auf null Prozent gesenkt. Zudem hat sie das Kaufprogramm für Staatsanleihen verstärkt. An der Börse wurde das euphorisch aufgenommen.

Quelle: Die Welt

Den jüngsten Zins-Schock hat die EZB den Sparern am 10. März 2016 bereitet. An dem Tag haben die europäischen Währungshüter unter Führung von Draghi beschlossen, den Leitzins erstmals in der Geschichte auf 0,0 Prozent zu senken. Banken, die Einlagen bei der Zentralbank hinterlegen, um dort Geld sicher zu horten, müssen einen erhöhten Strafzins von 0,4 Prozent entrichten.

Darüber hinaus werden die umstrittenen Anleihenkäufe von 60 Milliarden auf 80 Milliarden Euro im Monat ausgeweitet und umfassen künftig auch gute Unternehmensanleihen. Auch dieses QE genannte Programm führt dazu, dass die Marktzinsen nach unten gedrückt werden, und zwar mindestens bis ins Jahr 2017.

Krisenländer gewinnen 400 Milliarden Euro

Die EZB begründet diese Maßnahmen mit der niedrigen Inflationsrate in der Währungsunion. Bei Preissteigerungen um die Null-Prozent-Schwelle drohe ein Umkippen in die Deflation, die ihrerseits eine ökonomische Abwärtsspirale auslösen könnte. Mit dem negativen Einlagenzins will Draghi Banken darüber hinaus dazu bewegen, wieder mehr Kredite auszugeben und so die schleppende Investitionsbereitschaft in der Euro-Zone zu beleben. Die Zurückhaltung bei den Investitionen gilt als ein Grund für die beharrlich hohe Arbeitslosigkeit in Spanien, Griechenland und anderen Peripheriestaaten.

Für Sparer werden die Zeiten noch härter

Banken müssen künftig 0,4 Prozent Strafzinsen zahlen, wenn sie Geld bei der Notenbank parken wollen. Damit führt die EZB ihre Niedrigzinspolitik fort. Der Leidtragende ist der Verbraucher.

Quelle: Die Welt

Aus Sicht von Sinn ist expansive Geldpolitik eine gezielte Hilfe der Zentralbank für die Krisenländer der Euro-Zone. Als große Schuldenmacher sind niedrige Zinsen für diese weniger wettbewerbsfähigen Volkswirtschaften eine große Erleichterung. Griechenland, Italien, Portugal, Spanien, Irland und Zypern stehen nach Sinns Berechnungen im Ausland mit netto 2,06 Billionen Euro in der Kreide. Jeder Prozentsatz, den diese Staaten weniger Zinsen zahlen, übersetzt sich in einen Wohlstandsgewinn von zig Milliarden.

Nach Sinns Kalkulationen haben die Zinssenkungen der EZB den Krisenländern in den vergangenen sieben Jahren Wohlstandsgewinne von rund 400 Milliarden Euro beschert.

Die Europäische Zentralbank ist ihrem Statut zufolge politisch nicht weisungsgebunden. Eine direkte Staatsfinanzierung ist verboten. In Deutschland regt sich aber schon seit längerem Kritik, die strukturelle Mehrheit der Vertreter hoch verschuldeter Peripherie-Staaten im EZB-Rat erlaube eine Geldpolitik, die deutschen Interessen nicht gerecht wird. Viele Ökonomen gehen davon aus, dass die Zinsen in der Bundesrepublik ohne die Mitgliedschaft im Euro spürbar höher sein müssten.

Ce que contient la loi de 1905 sur la laïcité

Publiée le 14/09/2016 à 11:37

FOCUS - En plein débat sur la place de l'islam dans la société, de nombreux politiques parlent de « revenir à la loi de 1905 », qui a consacré la séparation de l'Église et de l'État. D'autres trouvent ce compromis politique vieux de plus d'un siècle inadapté à la question de l'islam. *Le Figaro* fait le point sur ce qu'elle dit. La loi de 1905 a plus de 110 ans. Dans le cadre du contexte tendu de la campagne pour la présidentielle de mai, elle est invoquée à tout bout de champ par les politiques de tous bords. «Des responsables politiques ont violé la loi de 1905, ils ont financé avec l'argent public des mosquées», a ainsi allégué lundi Marine Le Pen dans l'émission *Vie politique*. Sur BFM-TV, le député des Alpes-Maritimes Éric Ciotti a de son côté déclaré: «La religion doit rester dans la sphère privée. Il y a une règle: c'est 1905, tout 1905, rien que 1905». L'idée de «retourner à l'esprit de 1905» séduit en effet à droite, au point que les élus LR Éric Ciotti et Guillaume Larrivé ont déposé une proposition de loi pour «rétablir la transparence de l'exercice public des cultes». «Nul besoin de faire assaut de créativité juridique. Il suffit de relire attentivement la loi de 1905 qui apporte l'essentiel des réponses», précisait Larrivé mercredi dernier au *Figaro*. C'était déjà l'intuition de la sénatrice Nathalie Goulet dans son rapport sur l'islam de France, qui préconisait elle aussi un retour aux fondamentaux de la loi de 1905. *Le Figaro* fait le point sur cette loi.

• Un compromis politique consacrant la liberté religieuse

Reprise aujourd'hui par la droite, la loi de 1905 était pourtant sous la Troisième République une initiative de la gauche, portée par les socialistes Jean Jaurès et Aristide Briand, qui fut rapporteur du texte.

À l'époque la loi se voulait un compromis, entre les catholiques tenants d'une ligne dure, qui refusaient tout bonnement la séparation de l'Église et de l'État, et les républicains combistes (proches d'Émile Combes), animés d'une haine anticléricale, qui souhaitaient l'anéantissement de l'Église. D'inspiration libérale, la loi de 1905 débute par la consécration de la liberté religieuse. L'article premier de la loi garantit «la liberté de conscience» et «le libre exercice des cultes sous les seules restrictions édictées ci-après dans l'intérêt de l'ordre public». Ce n'est que dans un deuxième temps, dans l'article 2, qu'est édicté la règle de laïcité: «La République ne reconnaît, ne salarie, ni ne subventionne aucun culte.»

• Ce que prévoit la loi

- L'interdiction du financement par deniers publics des lieux de culte

À partir de 1905, l'État ne peut plus financer la construction de lieux de culte. En 1905, l'État s'est déclaré propriétaire de la majorité du patrimoine immobilier des Églises alors existant. Afin de garantir le libre exercice des cultes, la puissance publique a ensuite concédé ces locaux à des «associations culturelles» bénéficiant d'avantages fiscaux et autorisées à percevoir des dons et des legs.

- La neutralité de l'État

La loi consacre «l'interdiction d'élever ou d'apposer aucun signe ou emblème religieux (...) en quelque emplacement public que ce soit» sauf les cimetières. Cette mesure établit la neutralité idéologique et philosophique de l'État, qui n'appartient à aucun culte.

- L'interdiction de tenir des «réunions politiques» dans des lieux de cultes.

Cette dernière modalité, prévue par l'article 26 de la loi, souvent oubliée, a été rappelé récemment par des membres du Printemps Républicain, qui reprochait à Marwan Muhammad, président du CCIF, d'avoir tenu une réunion politique dans la mosquée de Tremblay, et à Bruno Lemaire d'avoir tenu une réunion publique dans une église américaine.

• De nombreuses exceptions

L'Alsace-Moselle. Parce qu'en 1905 cette partie de la France était annexée par le Reich, elle est restée sous le joug du Concordat de 1801, qui reconnaît officiellement quatre cultes (catholique, luthérien, réformé et israélite) et prend en charge la rémunération des ministres des cultes. L'islam n'est pas pris en compte.

En 2013, une QPC (Question prioritaire de Constitutionnalité) réclamait l'extension de la loi de 1905 aux trois départements concordataires. Mais le Conseil constitutionnel avait débouté cette demande, consacrant cette exception à la règle nationale de laïcité.

Mais des accommodements ont aussi été trouvés au niveau national. Dès les années 1920, l'État - sensible à «l'impôt du sang» payé par les catholiques pendant la Grande Guerre - a recherché des accommodements avec la loi dans un souci d'apaisement. En 1932, la Ville de Paris, des communes de banlieue et le conseil général de la Seine ont réservé des terrains pour la construction d'églises avant de les louer par bail emphytéotique à l'association diocésaine de Paris pour un loyer modique. En 1961, la loi a autorisé les départements et les communes à se porter caution pour des dépenses liées à la construction de lieux de culte.

Il est donc possible de contourner la loi de 1905 de plusieurs façons. D'abord, via le recours au bail emphytéotique, qui permet à une mairie de louer un terrain pour une somme modique, si ce n'est symbolique, sur une durée de 99 ans. Ou bien, en demandant le subventionnement d'une association culturelle, à laquelle vient s'ajouter un espace dévoué au culte.

Ainsi, l'État a accordé une subvention de 5 millions de francs pour la construction de la cathédrale d'Évry (Essonne) inaugurée en 1996, arguant de la présence d'un centre culturel, un centre d'art sacré, dans l'enceinte du lieu de culte. Le projet de la Grande mosquée de Marseille, actuellement au point mort, devait être construit au moyen d'un bail emphytéotique de 99 ans conclu avec la mairie, qui a cédé 8600 m² d'anciens terrains municipaux pour la réalisation de l'édifice. Plus récemment, le projet de la Grande mosquée de Sarcelles a été dévoilé. La municipalité a donné une subvention de 150.000 euros «pour la partie culturelle» de ce qui est baptisé «centre culturel et cultuel des Musulmans de Sarcelles».

Face à ces nombreuses exceptions, et à l'insuffisance de lieux de cultes musulmans, en majorité financés par des fonds étrangers, le débat sur un éventuel amendement de la loi de 1905 revient régulièrement sur le tapis. L'ancien premier ministre et candidat à la primaire de la droite François Fillon s'était par exemple dit favorable à une «évolution» de la loi de 1905, qu'il jugeait un «obstacle» à l'intégration de l'islam en France. Benoit Apparu, soutien d'Alain Juppé, s'était lui déclaré favorable à une modification de la loi de 1905, pour permettre la formation d'imams par l'université. «Cette loi a plus d'un siècle et la configuration religieuse de l'époque n'était pas la même dans notre pays.(...)La loi de 1905 ne doit pas être une cathédrale intouchable.», avait-il affirmé. Lorsqu'il était ministre de l'intérieur, Nicolas Sarkozy avait montré à plusieurs reprises sa volonté de «légèrement adapter la loi de 1905 sans que la laïcité ne s'écroule», afin de «s'adapter à la réalité du temps», et notamment «la place des musulmans en France».

• Où en est l'Union européenne ?

Brexit, terrorisme, Turquie : après un été éprouvant, le chef de la Commission européenne Jean-Claude Juncker a tenu un discours sur l'état de l'Union européenne. Il a concédé que l'UE n'était pas en grande forme. La presse se penche elle aussi sur la question et avance des propositions sur les moyens de garantir sa survie.

SUPER EXPRESS (PL) / 14 septembre 2016

L'Europe, encore et toujours en crise

L'Europe est en bien fâcheuse posture en cet été 2016, renchérit le politique de gauche et ex-Premier ministre Leszek Miller dans une tribune à Super Express :

«Les douze derniers mois ne nous fournissent guère d'occasion de rester optimistes. Les Britanniques vont quitter la sphère d'influence de Bruxelles. Dans les crises migratoire et économique, on piétine sans qu'une solution ne se profile. Les frustrations et la peur du lendemain gagnent de plus en plus les citoyens. Les attentats terroristes en France, en Belgique et en Allemagne ont révélé la grande faiblesse des systèmes de sécurité des pays et de l'UE. On note toutefois un certain nombre d'évolutions positives. Le PIB [de l'UE] est en légère hausse, l'économie grecque n'a pas complètement coulé et les voix prévoyant la désintégration de la Zone euro se sont quelque peu tues.»

• Leszek Miller

• [Accéder à l'article original](#)

partager sur



NRC HANDELSBLAD (NL) / 14 septembre 2016

Le bilan bien maigre de la Commission

Après environ deux ans de mandat, Juncker ne peut pas se targuer d'un bilan bien mirobolant, écrit NRC Handelsblad, qui redoute que le flot de critiques ne cessera pas de sitôt :

«Il n'a guère atteint son objectif premier, qui était de définir un avenir pour l'Europe. La Commission voulait jouer un rôle de moteur dans la crise des réfugiés, mais les Etats membres s'y sont opposés. Echec aussi sur le dossier grec, où Juncker n'a pas réussi à faire acte d'autorité. Le résultat au bout de deux ans : une Commission qui a peu d'influence sur les grandes questions. Une direction de l'UE bredouille et penaude. ... [Bien qu'il ait un certain nombre de réussites indéniables à son acquis], à 61 ans, le luxembourgeois est surtout la cible de critiques. La Commission a toujours été le souffre-douleur préféré des nationalistes à court d'idées. Et depuis le Brexit, c'est une espèce qui prolifère.»

• Stephane Alonso

• [page d'accueil](#)

partager sur



TAGES-ANZEIGER (CH) / 14 septembre 2016

Trop peu d'Europe, trop peu d'Union : une constante

Dans son discours sur l'état de l'Union, le président de la Commission ne fait pas le poids, analyse Tages-Anzeiger :

«Il y a quelque temps, le discours annuel du président américain sur l'état de la nation tenait lieu de modèle. Or, un chef de la Commission européenne n'a qu'une fraction du pouvoir d'un chef d'Etat américain. En outre, c'est de plus en plus dans les Etats membres que les choses se passent. ... Juncker doit en faire l'amer constat. ... L'accord sur les réfugiés avec la Turquie est compromis, les forces centrifuges ont plutôt augmenté au sein de l'UE. Il y a trop peu d'Europe et trop peu d'Union dans l'Union européenne, Juncker disait-il il y a un an. Une rengaine qu'il pourrait entonner à nouveau aujourd'hui.»

• Stephan Israel

• [Accéder à l'article original](#)

partager sur



LES ECHOS (FR) / 14 septembre 2016

L'UE, un projet politique qui demande à être poursuivi

Si l'UE veut perdurer, elle doit poursuivre les projets qu'elle a entamés, affirme Les Echos :

«Avancer dans l'organisation de l'accueil des réfugiés. Dynamiser le succès du plan Juncker de soutien à l'investissement, encore timide malgré les communiqués de victoire. Renforcer enfin les frontières de l'Europe et accélérer les échanges d'informations entre autorités judiciaires, et policières, au sein de l'espace Schengen, comme cela avait été prévu au départ et jamais mis en oeuvre. Démocratiser Erasmus, le symbole le plus fort de l'Europe dans l'opinion publique. Faire exister vraiment la « garantie pour la jeunesse », qui prévoit une offre d'emploi, d'apprentissage ou de formation pour tous les jeunes. Rien n'est facile. Mais tout reste encore possible. A condition de bâtir l'Europe comme un projet politique, et non comme le marchepied pour un poste dans une banque d'affaires américaine.»

147,134

Juncker insiste sur "l'Europe sociale" dans son discours sur l'état de l'Union

Par [Romaric Godin](#) | 14/09/2016, 12:16 | 1297 mots



Jean-Claude Juncker a refusé que « la génération Y soit la première en 70 ans à être plus pauvre que leurs parents » et appelé à ce que « l'UE puisse aussi contribuer à aider à créer plus d'opportunités pour les jeunes ». (Crédits : VINCENT KESSLER) Le président de la Commission européenne a tenu le premier discours sur l'état de l'union depuis le vote britannique contre l'UE. Il a beaucoup insisté sur le besoin d'une Europe sociale et a annoncé un plan sur douze mois pour relancer l'Europe. Mais sa tâche sera rude.

Moins de trois mois après le vote britannique de rejet de l'Union européenne et à deux jours du sommet de Bratislava qui doit en théorie donner une nouvelle impulsion à l'Europe, Jean-Claude Juncker a prononcé ce 14 septembre son « discours sur l'état de l'Union ». Un discours de 50 minutes où il a souhaité sortir des « discours » pour passer au « concret ». Car l'Europe fait face à une « crise existentielle ». « Nous devons nous mettre au travail », a-t-il affirmé avant de promettre un « agenda positif d'actions européennes concrètes pour les douze prochains mois ». Douze mois qu'il prétend être une période cruciale pour « rendre l'Europe meilleure ». Cette action s'articule autour de quatre priorités : « l'Europe qui protège », l'Europe qui « préserve notre mode de vie », l'Europe qui « renforce le pouvoir des citoyens » et l'Europe qui « défend ».

Défense des valeurs

Globalement, le président de la Commission a défendu ce qu'il appelle les « valeurs européennes » : liberté de mouvement des travailleurs, lutte contre le racisme et la discrimination, rejet de la peine de mort, libre échange en matière commerciale, protection des données personnelles. Il a cherché à promouvoir « plus d'union et plus d'Europe », comme il l'a répété, reprenant une partie de son discours de 2015. C'est notamment le cas sur la défense et la lutte contre le terrorisme où il a défendu davantage de cohésion. Il a aussi demandé plus d'engagement des parlements nationaux et une présence plus forte des commissaires dans ces parlements afin de rendre les politiques européennes plus proches.

L'insistance sur l'Europe sociale

Mais un des éléments les plus marquants de ce discours aura été l'insistance sur la nécessité d'une Europe plus sociale, prenant davantage en compte les souffrances de la population la plus fragile. « L'Europe n'est pas l'ouest sauvage, mais une économie sociale de marché », a-t-il proclamé avant de s'engager à lutter contre le dumping social. La règle doit être « le même salaire pour le même travail dans le même lieu », a-t-il indiqué avant d'insister : « Le marché intérieur ne doit pas être un lieu où les travailleurs de l'est de l'Europe peuvent être exploités ou soumis aux plus faibles standards sociaux ». Mieux même, Jean-Claude Juncker a indiqué que l'Europe doit « protéger nos travailleurs et nos industries ».

Ce vœu s'est accompagné d'une insistance sur le rejet de la concurrence fiscale déloyale. « Une entreprise doit payer ses bénéfices dans le pays où elle fait des profits », a-t-il indiqué, profitant de l'affaire Apple. Il a rappelé que les 13 milliards d'euros que la firme californienne doit rendre à l'Irlande « pourraient avoir été consacrés aux familles, hôpitaux, entreprises et écoles irlandaises ». « C'est la partie sociale de la loi sur la concurrence et c'est ce pourquoi l'Europe se bat », a-t-il conclu dans un ton décidément très social. Enfin, Jean-Claude Juncker a refusé que « la génération Y soit la première en 70 ans à être plus pauvre que leurs parents » et appelé à ce que « l'UE puisse aussi contribuer à aider à créer plus d'opportunités pour les jeunes ». Cet intérêt pour les enjeux sociaux est sans doute bienvenu dans la mesure où ce sont les populations des classes les plus fragiles qui, au Royaume-Uni, ont fait basculer le vote contre l'UE.

Manque de concret

Malgré ses vœux, le président de la Commission a cependant manqué de réponses concrètes. Jean-Claude Juncker veut certes une « *Europe plus sociale* », mais il défend surtout l'existant : la régulation par la concurrence assurée par la Commission. Les nouveaux projets manquent cruellement. Sur l'emploi des jeunes, rien de plus que la « poursuite des efforts » de la « garantie jeunesse » dont l'efficacité reste très incertaine est annoncé. Certes, l'ancien Premier ministre luxembourgeois a annoncé vouloir doubler le temps et la capacité du fonds d'investissement européen. Mais on sait qu'un des problèmes centraux de ce plan est son fonctionnement et la nature des projets financés bien plus que sa durée et ses moyens. Du reste, même triplé, ce plan demeure loin des besoins d'une économie européenne qui accumule les sous-investissements depuis 2010.

Jean-Claude Juncker sera cependant rapidement soumis à une épreuve de vérité. Avec l'adoption (partielle), ce même 14 septembre, du rapport de l'eurodéputé socialiste français Guillaume Balas contre le "dumping social" dans l'UE, la Commission est désormais contrainte de montrer si elle est déterminée à agir ou non en prenant en compte les conclusions de ce texte destiné à protéger les droits et les salaires des travailleurs dans l'ensemble de l'union.

L'impossible politique économique

Du reste, l'ambition économique du chef de l'exécutif européen est extrêmement réduite. Sur le « *pacte de stabilité et de croissance* », il a tenté de maintenir le difficile équilibre entre le nord et le sud du continent. Refusant tout « *pacte de flexibilité* », il a cependant revendiqué une application « non dogmatique » des règles budgétaires. De ce fait, la marge de manœuvre de Bruxelles dans une Europe qui ne parvient pas à se mettre d'accord sur sa politique économique est réduite. Là encore, elle conduit à un simple statu quo qui ne peut régler l'urgence d'une croissance sensiblement inférieure à sa tendance historique. Elle est, en réalité, réduite parce que l'UE elle-même s'est ôtée dans sa pratique, notamment dans la gestion de la crise de la dette, d'instruments aujourd'hui nécessaires. Comment avancer vers l'Europe sociale lorsque la priorité est donnée à la consolidation budgétaire par la baisse des dépenses publiques plutôt qu'à la croissance ou au rééquilibrage par la réduction des excédents ? Jean-Claude Juncker ne peut poser cette question et son « Europe sociale » est donc naturellement réduite à l'état d'une application de l'existant et de la défense du statu quo. Aussi ne peut-on pas attendre beaucoup de son plan sur ce terrain.

La question de sa personnalité se pose également : président de l'Eurogroupe pendant la crise de la dette et Premier ministre d'un pays qui a organisé l'évasion fiscale des Etats membres, comment peut-il incarner un tournant social à l'Europe ? Sans doute uniquement par des faits qui devront dépasser une décision de 13 milliards d'euros sur Apple. Et c'est bien cet aspect concret, largement absent de ce discours, qui permettra de réconcilier l'Europe avec cette partie désenchantée de la population.

Défense de la Commission

Ce discours n'aura donc pas permis d'avancer concrètement sur les contours de la réforme nécessaire de l'UE. Le président a cherché avant tout à positionner la Commission dans le processus actuel comme une instance à la fois active et proche des préoccupations des citoyens. Il a ainsi répondu aux critiques dont il est l'objet en assurant que « *chaque jour* », il parlait avec des citoyens. Sans doute faudra-t-il attendre le détail du plan de la Commission, mais on est en droit de s'interroger sur les marges de manœuvre de Bruxelles. Car, derrière ces bonnes volontés, la réalité est cruelle. L'Europe est profondément divisée sur son avenir : l'économie, la question migratoire, la lutte contre le terrorisme, l'approfondissement de l'union sont autant de sujets qui écartèlent les Etats membres entre eux et paralyse une union sur la défensive depuis le Brexit, malgré les proclamations - encore faite ce mercredi par Jean-Claude Juncker - que « *l'Europe dépassera cette épreuve* ». [Le sommet de Bratislava semble déjà joué](#) : il alliera les habituelles assurances de bonne volonté avec une absence de décisions de grande ampleur dans les faits. Jean-Claude Juncker va donc devoir prouver qu'il est capable de faire avancer concrètement l'Europe.

147,136

GELD

EURO-KRISE

Jetzt wird Italien zu Europas größtem Risiko

Von Anja Ettel, Holger Zschäpitz | Stand: 14.09.2016 | Lesedauer: 5 Minuten

Alle Länder des Euro-Raums brauchen Strukturreformen. Nur so können die geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank auch ihre volle Wirkung entfalten. Das sagt EZB-Präsident Mario Draghi.

Quelle: Die Welt

Die Zentralbank pumpt Milliarden nach Italien. Doch statt Bella Italia auf die Beine zu helfen, fließt das üppige Geld aus den EZB-Hilfen außer Landes. Dem Staat droht ein Horror-Herbst.

81

Mario Draghi gab sich ganz unbescheiden. „Die Übertragung der Geldpolitik hat nie besser funktioniert als heute“, prahlte der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) auf der ersten Pressekonferenz nach der Sommerpause.

Nicht einmal eine Woche später steht der Italiener als Schönredner da: Ausgerechnet Zahlen der italienischen Notenbank belegen, dass sich die ultralockere Geldpolitik wohl doch nicht so reibungslos auf die Wirtschaft übertragen lässt, wie das die Notenbanker gern hätten. Im jüngsten Monatsbericht weist die Banca d'Italia einen neuen Negativrekord aus.

Danach haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber dem Euro-System, der sogenannte Target2-Saldo, im August um mehr als zehn Prozent auf 327 Milliarden Euro ausgeweitet. Das liegt sogar über dem bisherigen Rekord, den die Notenbank auf dem Höhepunkt der Euro-Krise im August 2012 publizieren musste.

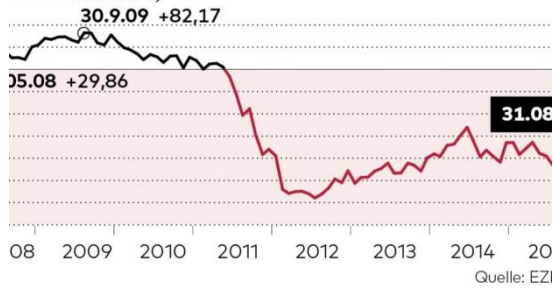
Anleihekaufprogramm der EZB funktioniert nicht

Damit ist eines der größten Reizthemen der vergangenen Jahre zurück. Über das Target2-System wird der gesamte grenzüberschreitende Zahlungsverkehr innerhalb des Euro-Raums abgewickelt. Fließt den Banken eines Landes mehr Geld zu, als sie an das Ausland überweisen, entsteht eine Target-Forderung. Überweisen die Banken umgekehrt mehr Geld ins Ausland, als ihnen zufließt, kommt es in der Bilanz der Notenbank zu einer Target-Verbindlichkeit.

„Italiens rekordhoher Target2-Saldo ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass QE nicht funktioniert“, sagt Fabio Balboni, Ökonom bei HSBC in London. Eigentlich sollte das milliarden schwere Anleihekaufprogramm der EZB, kurz QE (steht für „quantitative easing“, also mengenmäßige Lockerung) dazu führen, dass die Ungleichgewichte in der Euro-Zone eingeebnet werden. Doch genau das Gegenteil sei der Fall. Seit dem Start des QE-Programms im März 2015 haben sich die Target2-Salden wieder deutlich erhöht. „Die üppigen Mittel, die durch das Anleihekaufprogramm geschaffen werden, kommen nicht dem Wachstum Italiens zugute, sondern das Geld fließt ins Ausland“, sagt Balboni.

Der Absturz

Ido Italien (Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland in Mrd. Euro)



Quelle: Infografik Die Welt

Dabei hat Italien Wachstum dringend nötig. Nach einer aktuellen Studie der Deutschen Bank ist Italien das einzige Euro-Land, das seit 1999 gemessen an der Wirtschaftsleistung pro Kopf ärmer geworden ist. Selbst Griechenland oder Portugal konnten seit dem Start des Euro ein leichtes Plus verbuchen. Und die Chancen stehen schlecht, dass die italienische Wirtschaft rasch eine Wende hinbekommt.

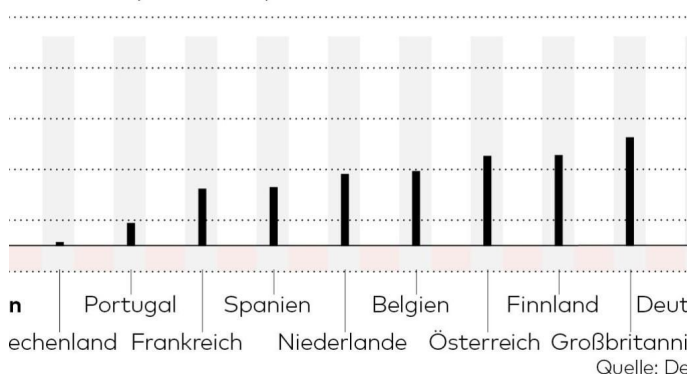
Sichtbar wird das insbesondere am Arbeitsmarkt. Zwar ist Italien mit einer Rate von 11,4 Prozent bei Weitem nicht das Land mit der höchsten Arbeitslosenquote in der Euro-Zone. Allerdings liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 39,2 Prozent. Der Abstand ist in keinem anderen europäischen Land so hoch. „Die Jugend wird in Italien am stärksten bestraft“, sagt Marco Stringa von der Deutschen Bank.

Italien wird zu einem politischen Rätsel

Nun sind die Ökonomen der Deutschen Bank in Sachen Euro-Zone nicht für unbändigen Optimismus bekannt. Doch den Ausblick für Italien sehen sie besonders düster. „Italien ist für seine politische Instabilität bekannt, aber was wir jetzt erleben, gab es so noch nie“, sagt Stringa. Das Land werde mehr und mehr zu einem politischen Rätsel.

Italien ärmer gemacht

Änderung beim BIP pro Pro-Kopf zwischen 1999 und 2015 in Prozent



Quelle: Infografik Die Welt

Zwei Dinge treiben den Ökonomen besonders um: die verhängnisvolle Abhängigkeit zwischen den kriselnden Banken und dem schwächelnden Staat sowie das drohende Referendum im Spätherbst. Italiens Premier Matteo Renzi will zwar auf dem Papier nur über eine Senatsneuordnung abstimmen

lassen. Da er sein politisches Schicksal aber an den Ausgang dieser Wahl geknüpft hat, ist das Referendum indirekt zu einer Abstimmung über Renzi selbst geworden. Zwar weiß er ein gutes Drittel der Bevölkerung hinter sich, doch das allein reicht noch nicht für eine Mehrheit. In den jüngsten Umfragen liegt das Neinlager leicht vorn.

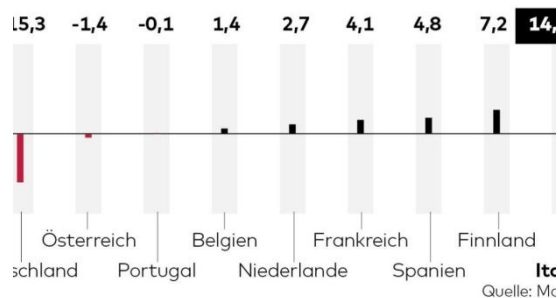
Entsprechend sieht Deutsch-Banker Stringa nicht etwa das politisch gelähmte Spanien oder die bevorstehenden Wahlen in Frankreich und Deutschland als das größte politische Risiko für die Euro-Zone an, sondern Italien und sein Referendum. Er steht mit dieser Einschätzung keineswegs allein da. So warnte die Ratingagentur Fitch am Dienstag vor den Folgen, die das geplante Referendum haben könnte: „Jegliche politische Turbulenzen oder Ungemach bei den Banken, das auf die Realwirtschaft übergreift, könnten unser Italien-Rating negativ beeinflussen.“

Für Italien läuft die Zeit ab

Das Referendum beschäftigt die gesamte Finanzwelt. Der Tenor ist klar: Für Italien läuft die Zeit ab. Schafft Rom nicht bald die Wende, wird ausgerechnet eines der Gründungsmitglieder der Europäischen Union zu einem ihrer größten Risiken. Geht es nach den Analysten von Morgan Stanley, die sich in einer ausführlichen Studie mit dem Plebiszit beschäftigen, wird es wohl nichts mit dem großen Wurf. Die Experten schätzen die Wahrscheinlichkeit, dass Renzi mit seinem Referendum durchkommt, auf gerade einmal 35 Prozent. Daraufhin werde es wohl zu einer Übergangsregierung kommen, möglicherweise auch mit Renzi an der Spitze, die jedoch den Reformprozess verschleppen werde.

st auf schwachen Euro angewiesen

er Überbewertung zum fairen durchschnittlichen Euro-k



Quelle: Infografik Die Welt

Sorge bereitet den Analysten aber ein anderes Szenario, in dem Renzi mit seinem Referendum krachend scheitert und anschließend anberaumte Neuwahlen die populistische Fünf-Sterne-Partei mit ihrem Anti-Euro-Kurs als Siegerin hervorbringen. Zwar rechnen die Experten nicht damit, dass Italien aus der Euro-Zone austreten wird. Das Risiko, dass danach Reformen widerrufen werden und die Verschuldung weiter in die Höhe steigt, sei aber extrem hoch.

Aber auch ohne dieses Extremszenario steht es nicht gut um die Zukunft des Stiefelstaates. Das Land brauche einen billigen Euro, um wieder nach oben zu kommen. Nach Berechnungen von Morgan Stanley ist die Gemeinschaftswährung gegenüber dem fairen Wert für das Land um rund 15 Prozent überbewertet. Nur für Griechenland sei der Euro noch unvorteilhafter: „Die Märkte unterschätzen die massiven Risiken für italienische Anleihen und Aktien.“

Zumindest um die Anleihen müssen sich die Finanzmärkte vorerst keine Sorgen machen. Denn das Anleihekaufprogramm der EZB sorgt dafür, dass die Papiere nicht allzu sehr abstürzen. In dieser Hinsicht kann Draghi liefern.

147,139

AfD

Rechts? Rechtspopulistisch? Rechtsradikal? Rechtsextrem?

Was ist die AfD? Vor der Wahl in Berlin ein Etikett für die Partei zu finden, ist schwierig. Das liegt vor allem daran, dass sie weltanschaulich so schillernd ist.

15.09.2016, von DANIEL DECKERS



© DPAAfD-Sympathisanten am 10. September vor der Kommunalwahl in Niedersachsen in Hannover

Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ist die rechtsextreme NPD nach acht Jahren aus dem Landtag ausgeschieden. Annähernd 25.000 Zweitstimmen entsprachen einem Anteil von nur noch 3,0 Prozent. Fünf Jahre zuvor waren gut 46.000 Zweitstimmen noch für 6,0 Prozent gut gewesen. Doch schon damals hatte die NPD im Vergleich zur Wahl davor erheblich an Zustimmung eingebüßt – ganz ohne die [AfD](#).



Autor: Daniel Deckers, in der politischen Redaktion verantwortlich für „Die Gegenwart“. Folgen:

Jetzt aber wurde nicht das Verbotverfahren, das nicht zuletzt auf Betreiben des CDU-Innenministers von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier, vor dem Bundesverfassungsgericht angestrengt wurde, zum Sargnagel der Rechtsextremisten: Etwa 20.000 der Stimmen, die die [NPD](#) einbüßte, fanden sich nach gleichlautenden Berechnungen der Meinungsforschungsinstitute Infratest-Dimap und der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen bei der AfD wieder.

Ist die AfD also eine latent rechtsextreme Partei? Die Bilanz der Wählerwanderung lässt diesen Schluss nicht zu. Etwa 22.000 Stimmen erhielt die AfD von vormaligen CDU-Wählern, also 2000 mehr als von der NPD. Und rund 16.000 Stimmen von ehemaligen Sympathisanten der [Linkspartei](#) sind auch nicht zu vernachlässigen. Damit erscheint die vor drei Jahren gegründete AfD auch vor der Wahl der Wahl in Berlin am Sonntag eher als Anwärter auf den Status einer „Catch-all“-Partei als auf den eines Sammelbeckens von Extremisten jeder Couleur – jedenfalls ihrer Wählerschaft nach. Von den Mandatsträgern und Mitarbeitern der Partei in den neuen Ländern lässt sich das nicht immer sagen.

Gleichwohl ist die Frage nicht unberechtigt, wie es um das Weltbild der AfD-Anhänger steht. Das Meinungsforschungsinstitut Infratest-dimap hat es wissen wollen und im Frühjahr dieses Jahres in mehreren Wellen Einstellungen abgefragt, die in der deutschen politikwissenschaftlichen Forschung einem rechtsextremistischen Weltbild zugeordnet werden. Dazu gehören vor allem Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus, so die Berliner Politologen Oskar Niedermayer und Richard Stöss. In allen diesen Dimensionen, so der klare Befund der Auswertung, die dieser Zeitung vorliegt, stehen die Wähler der AfD in der Summe erheblich weiter rechts als die jeder anderen Partei (allerdings wurde zwischen [CDU](#) und CSU nicht unterschieden).

Kaum Sehnsucht nach einem großen Führer

53 Prozent der AfD-Sympathisanten sind der Ansicht, man solle Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken, wenn Arbeitsplätze in Deutschland knapp würden. Die nächstgrößere Gruppe stellen die Unionswähler mit 18 Prozent. Dass andere Völker Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen aber nicht heranreichen, glauben immerhin 46 Prozent der AfD-Anhänger. Auf Platz zwei bei dieser Frage: CDU/CSU-Sympathisanten mit 26 Prozent, auf die allerdings mit 25 Prozent die SPD-Anhänger dicht folgen. Die sozialdarwinistische Dimension des rechtsextremen Weltbilds wurde abgefragt mit der Aussage: „Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“ Ganz oder teilweise stimmten 37 Prozent der AfD-Wähler dieser Aussage zu, unter den Unionswählern immerhin 28 Prozent. Nicht einmal jeder zweite AfD-Sympathisant lehnte diese Aussage rundweg ab. Wähler der Grünen und der FDP taten dies zu jeweils fast 90 Prozent, bei den Volksparteien CDU/CSU und SPD waren es jeweils rund zwei Drittel.



© DPA  AfD-Vorsitzende Petry, Ko-Parteivorsitzender Meuthen am 5. September in Berlin

Schwach ausgeprägt hingegen in der AfD-Klientel ist die Sehnsucht nach einem starken Führer. Unter den AfD-Anhängern stößt diese Idee bei 30 Prozent auf volle oder teilweise Zustimmung - das sind doppelt so viele wie im Umfeld von CDU und CSU. Doch was heißt das im Blick auf den Nationalsozialismus, der vielleicht „auch seine guten Seiten“ hatte? Mehr als ein Drittel der AfD-Wähler stimmt dieser Aussage eher oder auch voll zu - unter den Unionswählern ist es nicht einmal einer von zehn. Nicht ganz so groß ist der Unterschied bei der Antwort auf die Frage, ob der Einfluss der Juden wohl zu groß sei. Das glaubt jeweils ein Viertel des Klientels der AfD - und der FDP. Unter Unionswählern sind es noch 15 Prozent.

Skepsis gegenüber Fremden ist nirgendwo so stark verbreitet wie unter den Anhängern der AfD. Mehr als vier von fünf raten zu Vorsicht anstatt zu Vertrauen im Umgang mit Fremden. Unter SPD-Wählern sind es zwei Drittel, unter Unionsanhängern 73 Prozent.


Mit Flüchtlingen in Deutschland etwas anfangen können AfD-Anhänger selbstredend nicht. Nur 15 Prozent können in deren Anwesenheit eine Bereicherung erkennen – unter Unionsanhängern sind es schon 70 Prozent, unter Grün-Wählern 91 Prozent. Auch auf einem anderen Feld aber ist der Unterschied zwischen den Einstellungen der AfD-Wähler und denen der Allgemeinheit unübersehbar. Gefragt nach dem Islam, hält nur gut einer von zehn AfD-Wählern es für möglich, dass der Islam und die freiheitlich-demokratische Grundordnung miteinander vereinbar sind. Über alle Parteipräferenzen hinweg sind es immerhin fast fünfzig Prozent der Deutschen, die an eine Vereinbarkeit von Islam und westlicher Demokratie glauben. Immerhin 45 Prozent glauben das nicht.

Große Unzufriedenheit mit der Demokratie

Und wie steht es um die Demokratie in Deutschland an sich? Eher oder sehr zufrieden sind gerade einmal elf Prozent der AfD-Anhänger. Die Unzufriedenen stellen sonst nur noch bei der Linkspartei die größte Gruppe – doch zwei Drittel unzufriedene Linkswähler sind noch nichts gegen fast 90 Prozent unzufriedene AfD-Sympathisanten.

Was also ist die AfD? Rechts? Rechtspopulistisch? Rechtsradikal? Rechtsextrem? Ersteres und Letzteres ist auszuschließen. Rechts ist alles, was nicht links ist, rechtsextrem ist die Wählerschaft in ihrer ganzen Breite nicht. Rechtspopulistisch ist ein vager Begriff. Rechtsradikal täte den vielen Sympathisanten unrecht, die in vielen Dimensionen eher in der rechten Mitte des Meinungsspektrums zu verorten sind als am rechten Rand.



© DPA  Wahlplakat in Mecklenburg-Vorpommern

Der Berliner Politikwissenschaftler Richard Stöss spricht von der AfD als einer „nationalkonservativen Partei mit Brücken zum Rechtsextremismus hin“. Damit ist nicht nur der schillernde Charakter vieler Funktionäre wie Alexander Gauland und Frauke Petry wie auch der Wählerschaft beschrieben. Die Formulierung lässt auch erkennen, wo die AfD am ehesten weitere Wähler rekrutieren kann. Am ehesten im Feld einer Union, die Nationalkonservativen keine politische Heimat mehr bietet.

Quelle: F.A.Z.

147,142

EUROPE

Germany's Efforts to Integrate Migrants Into Its Workforce Falter

Job openings and internships go unfilled because of language deficiencies, government bottlenecks



ENLARGE

German Defense Minister Ursula von der Leyen speaks with a Syrian refugee, right, and an instructor, left, from the German army at the launch of a program to train Syrians in construction on Sept. 1 in Ingolstadt. PHOTO: GETTY IMAGES

By **FRIEDRICH GEIGER**

Sept. 15, 2016 10:02 a.m. ET

[90 COMMENTS](#)

BERLIN—As the flow of asylum seekers entering Germany [started to break historic records](#) late last year, [Continental](#) AG moved to tap some of the newcomers for its workforce. The world-ranking tire-maker launched a new internship program designed for 50 migrant workers. Yet one year after Continental began advertising it, only 30 of the positions have been filled.

The country's job centers weren't providing enough suitable candidates and the refugees' qualifications were often unclear, Ariane Reinhart, Continental's executive board member for human relations, told reporters recently. "It is a huge effort," she said.

Continental isn't alone. Following calls by the German government to hire asylum seekers—something it believes is key to the successful integration of the new arrivals—German companies big and small have answered, scouting refugee shelters and job centers for potential workers.

The result is sobering. The number of regularly employed immigrants from the countries responsible for the bulk of the latest migrant wave was a mere 25,000 higher in June than a year earlier. During the same period, 736,591 people had arrived from these countries.

The government is hardly faring better: Federal agencies have hired five refugees as employees and 12 as trainees since the beginning of last year, the interior ministry told lawmakers last month.

This is despite the fact that there are few native Germans available to fill the highest number of job vacancies in a decade, and shortages of skilled workers are putting upward pressure on wages.

Frustrated with the glacial pace of the effort, Chancellor [Angela Merkel](#) invited the 121 companies behind a jobs-for-refugees initiative called "Us together" to discuss their progress and difficulties on Wednesday.

More than 80 business leaders attended the three-hour meeting, and among those questioned by Ms. Merkel were top executives at [Deutsche Bank](#) AG and [Lufthansa](#) AG. "It is our common target to integrate more and more refugees into the labor market," Ms. Merkel said before the gathering. "If we succeed, it will be a benefit for all."

Failure to integrate the newcomers into Germany's economy, the largest in Europe, could seal Ms. Merkel's political fate. [The chancellor's popularity has waned](#), and her party lost badly in recent regional elections as more Germans began to doubt the wisdom of opening the country's doors, which has brought well over a million migrants into the country in the past 18 months. Ms. Merkel has until the general election next year to change their minds.

Companies blame the difficulty in placing migrants in jobs on shortcomings in speaking German and lack of relevant skills. They also say administrative and legal bottlenecks have forced many eager migrants to wait for their asylum requests to be processed.

"There was an open exchange about existing projects and discussion on how to create synergies," said a spokeswoman for "Us together" after the meeting with Ms. Merkel.

[Deutsche Post](#) AG offered internships for 1,000 refugees last year but so far filled only 235 positions. A spokeswoman said the postal services company relies on employment agencies for help in finding interns. It employs 102 refugees, it said, many of them former interns.



ENLARGE

Refugees training to qualify for jobs as apprentices with German railway giant Deutsche Bahn pose for photographers in Berlin on May 20. PHOTO: AGENCE FRANCE-PRESSE/GETTY IMAGES

Deutsche Lufthansa AG, the airline, said it had yet to hire any refugees, citing security reasons. Background checks on refugees aren't "always easily doable against the backdrop of the often adventurous circumstances in the former home countries or during their flight," a spokesman said.

The Confederation of German Employers' Associations said the country should broaden its German language and professional training for migrants and lower legal hurdles for their employment. Adult refugees should be sent back to school, it said.

So far, only refugees whose asylum applications have been accepted are required to attend language classes. The regulation should also be extended to migrants whose prospects of receiving asylum are good, the confederation urged. Migrants also need more help to find a course, it said.

Lack of education and professional experience, along with deficiencies in speaking German and the young age of many migrants, are huge stumbling blocks. Three-out-of-five refugees looking for jobs are only qualified to fill entry-level positions, according to the Federal Labor Agency. Only 14% could work as specialists and 3% as experts, it said.

Most migrants lack the skills a sophisticated economy demands. German employers are mainly interested in skilled staff: Only 19% of all vacancies are for workers without adequate professional experience and education. Some 65% require midlevel qualification and 16% a university degree.

But the thicket of German labor laws is an obstacle, too. In some regions employers with vacancies are required to search for a German applicant before being allowed to hire a migrant. Asylum seekers can work for temporary employment agencies after only a 15-month waiting period.

Many companies are also unwilling to invest in training workers whose long-term residency prospects are uncertain.

There are isolated bright spots, however. Out of about 9,000 refugees applying for vocational training this summer, almost 6,000 were accepted.

Internships typically last several weeks and are unpaid. While the numbers remain small, some companies said they were pleased. At sportswear giant [Adidas AG](#), 15 refugees have completed internships as part of a two-year integration program, and another 15 are set to enroll by the end of the year.

"We'd be delighted if our interns decided after their two-year integration courses to do a traineeship at our company," said Adidas spokeswoman Katja Schreiber.

Write to Friedrich Geiger at friedrich.geiger@wsj.com

147,144

Last updated: September 15, 2016 1:29 pm

UK gives go-ahead for 'revised' £18bn Hinkley Point plant

Andrew Ward and Jim Pickard in London and Michael Stothard in Paris



EDF computer-generated image of the proposed two nuclear reactors at Hinkley Point

Theresa May has given the go-ahead to the £18bn Hinkley Point power plant under a revised agreement that has been welcomed by the French developer and Chinese state-owned investor behind Europe's biggest [energy](#) project.

The UK prime minister gave her assent on Thursday to build Britain's first new nuclear plant in a generation, but has attached conditions that give it the right to block utility company [EDF](#) from selling its stake in the project during construction.

Key developments

Downing Street also said the government would take a "special share" in all future nuclear new-build projects including a proposed reactor at Bradwell in Essex being developed by China's state company CGN. CGN is one of the investors in Hinkley Point.

Hinting at stricter UK controls in the future on foreign investment, a statement said: "There will be reforms to the government's approach to the ownership and control of critical infrastructure to ensure that the full implications of foreign ownership are scrutinised for the purposes of national security."

Jean-Bernard Lévy, EDF chief executive, said the decision "marks the relaunch of nuclear in Europe" and demonstrated "the UK's desire to lead the fight against climate change through the development of low carbon electricity".

CGN said it "hopes to use its three decades of rich experience in constructing and operating nuclear plants to play an important role in satisfying the UK's future low-carbon energy demand".

The French government also praised the decision as "a major milestone in Franco-British industrial and energy co-operation". Mrs May had called French president François Hollande on Wednesday evening to tell him of the decision, said a person close to the Elysée Palace.

The project was unexpectedly put on hold in July to give the new UK prime minister time to assess concerns over its high cost, unproven technology and the [role of Chinese investors](#) in a plant expected to meet about 7 per cent of domestic electricity demand.

But Mrs May has concluded that Hinkley Point is crucial to keeping Britain's lights on and reducing carbon emissions as old power stations accounting for more than half of the country's existing generating capacity are phased out over the next 15 years.

The safeguards around the deal followed scrutiny by Mrs May and her advisers of the one-third stake held by state-owned Chinese companies in the project — and an associated plan for them to build a subsequent power plant with EDF at Bradwell in Essex using Chinese reactor technology.

CGN confirmed it was now "able to move forward and deliver" nuclear capacity at Hinkley Point, as well as at Bradwell.

The proposal for the government to hold a "golden share" in future nuclear projects appears designed to address concerns that China would gain too much control over UK power supplies.

There was no suggestion in Thursday's announcement of any change to the financial terms of the deal with EDF, under which the French utility will receive £92.50 per megawatt hour of electricity produced by Hinkley Point, rising with inflation, for 35 years. Critics have argued that the [guaranteed price is too high](#) at a time when wholesale electricity rates are less than half that figure.

They have also questioned the likelihood of the 3.2-gigawatt plant being finished on time in 2025, given the multiyear delays to similar projects involving EDF's European Pressurised Reactors in France and Finland.

EDF says it has learnt lessons from its construction problems elsewhere and that the cost of electricity from Hinkley Point is competitive with other forms of low-carbon energy such as wind power.

Hinkley Point would be the first new nuclear reactor in the UK since 1995. Others are expected to follow, with Japanese and South Korean investors lining up to help the government meet a goal for 14GW of new generating capacity from nuclear power by 2035.

The Somerset plant is seen as crucial to the future of the French nuclear industry — and its tens of thousands of jobs — and to China's ambitions to build a global presence in the sector.

Reaction in the UK to the decision was mixed. Labour unions and business groups were generally welcoming of a project that EDF has promised will involve 60 per cent of its spending with British companies.

The CBI lobby group said the decision would give investors a "real boost to their confidence in the UK". Justin Bowden, national secretary for energy at the GMB trade union, said: "It will be a big relief for the 25,000 quality jobs which were put at risk by the latest delay, never mind the reputational damage inflicted on UK plc."

147,145

September 15, 2016 12:15 pm

Europe's survival depends on its leaders' defence of democracy

Alexander Stubb

The Bratislava summit should be seen as a step on a road to renewal, writes Alexander Stubb



It is impossible to underplay the significance and symbolism of the [EU summit in Bratislava](#). A quarter of a century ago the continent was full of hope. The Berlin Wall had tumbled, the Soviet Union had collapsed and the velvet revolution had resulted in the amicable division of Czechoslovakia. Bratislava would shortly become the capital of Slovakia.

Eastern and central Europe was in the midst of transition for the better. Liberal democracy and market economies had proved their superiority over authoritarian communist regimes. The EU would grow from an exclusive club of 12 into a fully fledged union of 28.

Today, the general sentiment of all those defending the free world seems to be one of despair. Populists are inciting fear and winning the hearts of many voters. Nationalism, [anti-globalisation](#), outright racism and xenophobia are on the move. [Brexit](#) and Donald Trump are but a manifestation of things to come. Should the defenders of democracy, market economies and globalisation abandon all hope? The short answer is absolutely not. But much depends on the leadership shown by EU institutions and member states in coming months.

This meeting should be seen as the first step on a long road to renewal: an EU without the UK, an EU that needs to prove why such a union remains the most successful means of managing relations between nation states. To pave the way, European leaders should convey three clear messages.

First, go slow on Brexit. It is the most significant event in the process of integration since the Maastricht treaty. There will be far-reaching and unpredictable political, economic and legal implications. Let Britain sort out what kind of relationship it wants with the EU. Let the EU try to understand what life without the UK will mean.

Second, focus on the basics. [The legitimacy of the EU](#) rests on its ability to obtain results. Economic growth, job creation and security are top of the list. If one of these is seen to be weak, the whole union suffers. If the EU proves unable to deal with the migration crisis, the economy or terrorism, then other options will emerge. And unfortunately those options have more to do with the rejection of liberal democracy.

Third, make a strong case for European values. Today's defenders of liberal democracy, market economies and globalisation are few and far between. Some of the language used in the west, even among EU leaders, makes the traditional despot look like a supporter of democracy and peaceful coexistence. Many east and central European leaders were considered heroes in the fight against communism. Yet some are turning their backs on the very principles they fought for. This must change if Europe is to survive.

In a given situation, the EU has a tendency to advance in three stages: crisis, chaos and suboptimal solution. In a post-Brexit world we are somewhere between one and two. Time is running out but it is not too late to change tack.

This week we have seen different approaches to the crisis: the institutionalism of [Jean-Claude Juncker](#), European Commission president; the pragmatism of Donald Tusk, president of the European Council; and the blatant nationalism of Nicolas Sarkozy, the former French president making another bid for the Elysée Palace. This was a foretaste of the debate in Bratislava.

The EU's basic aims — peace, prosperity and security — have not changed. And it has largely achieved those aims because post-1945 leaders had the courage to pool sovereignty and rely on common institutions. Today, more than ever, we must defend those aims. In an era of globalisation it would be a travesty to revert to hastily contrived nationalist and populist propositions.

So to all the leaders meeting in Bratislava, please think hard about what we have achieved in the past 25 years. Cherish it, defend it and, above all, improve it. **It is time we made Europe great again.**

The writer is a former prime minister of Finland

147,146

Editorial September 14, 2016 6:50 pm

Europe's crises demand hard talk in Bratislava

Member states need to rethink the union's founding principles

The heads of government of the [EU member states](#) meeting this week in Bratislava could be forgiven for being in a state of shock. It is the first [gathering](#) since the UK, one of the largest and most dynamic of their number, voted to leave the union.

It would be tempting to write off the Brexit vote as a manifestation of that country's instinctive Euroscepticism, a nation that joined the EU late and has grumbled about it ever since. That would be a serious mistake. As Donald Tusk, president of the European Council, said in a [letter](#) to member states this week, **the fears of the British electorate find echoes across the EU. Voters are increasingly sceptical that their political elites share their concerns and can address them.**

To do so will require more than a few technocratic fixes. **It needs a fundamental reassessment of the entire basis of the union, including the founding principles of the free movement of people, goods, services and capital, a process that will go well beyond the summit. To do otherwise is to ignore that the EU, beset by a refugee exigency and a single currency that is manifestly not working, is in a near-existential crisis.**

The controversies about immigration, which dominated the Brexit campaign, and the weak and uncoordinated response to the refugee crisis, have made the cross-border flow of people one of the highest priorities for reform. The complete free movement of people, as opposed to labour, made sense when the Treaty of Rome was signed in 1957. But there was then no equivalent of central and eastern European countries whose low-cost labour citizens had an automatic right to work throughout the bloc. That principle should be re-examined, perhaps with an emergency brake on migration for countries that have absorbed a large number of immigrants quickly.

In most areas, the default instinct should be a move towards intergovernmental decision-making rather than a federalist centralisation of power. This will require national governments to co-ordinate with each other and take responsibility for their actions, rather than simply blaming Brussels when problems arise. The refugee crisis, for example, needed countries to work together to secure the EU's external border and manage internal flows of migrants. This they wholly failed to do.

By contrast the eurozone, which has lurched from crisis to crisis in the past six years, needs some powers to be unified rather than dispersed. The single currency zone requires a degree of fiscal burden-sharing, while stopping short of a centralised budget system, and most importantly to push ahead with a banking union that is currently completely blocked.

This centralisation, though, should not allow the eurozone to mutate into an inner core or dominant caucus that dictates policies to the rest of the EU. **The departure of the UK, by far the largest of the non-euro EU members, will inevitably make eurozone dominance easier. It should be resisted. Integration inside the single currency area is necessary; dividing EU member states into first and second-class passengers would be a mistake.**

The Bratislava meeting will not settle these questions. Indeed, it can only begin to start a conversation about them. Though national governments need to take more of the responsibility for making decisions, implementing them and owning the consequences, the future of the EU is not a simple question of devolving rather than federalising powers.

The first task is to admit that the EU is in a deep and abiding crisis, and that a fundamental review of its founding principles will be required.

147,147

Charlemagne

State of disunion

Cheerleading for E

urope has become an almost impossible job

Sep 17th 2016 | From the print edition



NO ONE will stand up for Europe these days, sigh its dwindling band of supporters. National leaders stay mute about the bits of the European Union they like and rage against those they don't. Eurosceptics are given free rein to vent their populist outrage. The advantages of European integration—freedom to work and travel, trade and cross-border investment, grants for poor areas—are banked and forgotten. The challenges are magnified and manipulated.

That leaves only the leaders of the EU institutions to mount a defence of their troubled project. And so this week Charlemagne clambered aboard the gravy train to Strasbourg to watch Jean-Claude Juncker, president of the European Commission (the EU's executive arm) deliver his "state-of-the-union" address to the European Parliament. The annual speech, a wheeze cooked up a few years ago, features the closest thing the EU has to a president, grandstanding before the closest thing it has to a legislature. Well-meaning it may be, but this ersatz accountability is ill-suited to times of crisis. In their addresses to Congress, American presidents typically proclaim the strength of their union in rousing perorations met with hearty rounds of applause. That was not an option available to Mr Juncker. Brussels is on the back foot; Eurosceptics, many of them inside the chamber he addressed, seek not just its defeat but its destruction. Wary of inflaming Europe's divisions further, EU officials briefed journalists that the watchwords this year would be humility and unity, bolstering a relentless focus on matters of concern to "ordinary people".

Gone, therefore, were the divisive themes of last year's speech, such as the management of refugees. Brexit, a subject on which Mr Juncker's opinions have not always proved welcome, hardly warranted a mention. In their place came a clutch of moderately sized proposals, including funds for investment and for defence research, and the offer of free Wi-Fi for all population centres by 2020. A €44 billion (\$50 billion) development fund for Africa was promised, a ploy to keep economic migrants away from European shores (though research suggests it could have the opposite effect). During a speech that at times tilted more towards Europeans' fears than their aspirations, Mr Juncker vowed endless forms of "protection": from terrorism, globalisation, corporations and competition. Euro-enthusiasts cheered the ambition. Sceptics claimed the lesson of Brexit had been ignored.

Mr Juncker's first problem lay in his surroundings. The charge against the European Parliament's second seat—the absurdity of dislodging MEPs and their entourages from Brussels to Strasbourg once a month, at an annual

cost of €114m—is not dulled by familiarity. Meanwhile, the gossip in the bars and restaurants of Strasbourg was fixed on the obscure matter of whether Martin Schulz, the president of the parliament, should retain his post once his term expires in January, which would violate a parliamentary agreement over the distribution of top EU jobs among parties. Institutional arcana are frustrating for leaders seeking to defend the EU’s relevance, but this is how it works.

Yet Mr Juncker’s difficulties ran deeper than buildings and institutions. The authority of the commission has dwindled in recent years as governments have reasserted control over their treasuries and territories. What kind of inspiration can the commission’s chief offer? Promise too much and face accusations of imperial overreach (and irritate governments). Say too little and be attacked for complacency. In America a strong presidential speech can concentrate minds in a crisis. In the EU, with its diffusion of power and uncertain lines of authority, the spotlight only exposes the highest officials’ impotence. Mr Juncker’s wizened features and sometimes halting delivery embodied the drain of power from the institution he represents.

Smart observers thus recommended ignoring Strasbourg and turning to Bratislava, where the leaders of EU governments (bar Theresa May, Britain’s prime minister) will meet on September 16th to thrash out their post-Brexit future. It was once hoped that the 27 might stride boldly forth into uncharted territory of integration. These hopes have faded as their differences reassert themselves. The leaders may find common ground on matters like a single headquarters for EU military missions, a Franco-German proposal endorsed in Mr Juncker’s speech. They will assert the importance of control over the EU’s external borders. But on meatier matters like harmonising asylum rules or euro-zone integration, agreement looks more elusive than ever.

Hope over experience

No matter, say optimists: this is the beginning of a “period of reflection” that will culminate in a set of shiny new initiatives next March, when the EU will mark the 60th anniversary of the Treaty of Rome, its founding document. Charlemagne hopes his scepticism will be forgiven. The EU is in a bind. Its institutional leaders are too weak to battle its crises; its heads of government see little advantage in defending its achievements and are plagued by disagreements. Austrian, Dutch and French elections in the months ahead will further test the mood. It is telling that these days the EU’s most robust defenders are found outside its borders, as a visit to Ukraine or Georgia will reveal. (Many in Brussels still swoon at the memory of a stirring defence of European integration delivered by Barack Obama at a German trade fair in April.)

In time, that could change. The benefits of the EU will start to feel all too real to refugee-phobic states in the east if their subsidies are threatened in the coming round of budget talks. Euro members may be roused from their slumbers when crisis next hits. But if the failed attempt to keep Britain inside the EU provides any lessons for others, it is that years of unchecked attrition warfare on Brussels may have nasty consequences. European leaders facing domestic insurgencies might do well to listen. No doubt Mr Juncker would approve.

147,149

François Hollande : « La gauche est toujours belle dans l'opposition »

LE MONDE | 15.09.2016 à 10h49 • Mis à jour le 15.09.2016 à 11h13 | Propos recueillis par Marcel Gauchet et Pierre Nora

Réagir Ajouter



Le président de la République François Hollande, le 13 septembre en Roumanie. DANIEL MIHAILESCU, DANIEL MIHAILESCU / AFP

Alors que son image s'effondre dans l'opinion et que l'opposition – de droite comme de gauche – critique vivement le bilan de son quinquennat, le président de la République revient, dans un entretien réalisé par le philosophe Marcel Gauchet et l'historien Pierre Nora pour la revue *Le Débat* (septembre-octobre, n°191, 20 euros), et dont *Le Monde* publie des extraits, sur sa politique « sociale-démocrate » et le sens de son action.

Le mot « socialisme » vous paraît-il encore vouloir dire quelque chose aujourd'hui ? Dès les années 1980, vous avez constaté vous-même que les vieilles recettes keynésio-sociales-démocrates ne marchaient plus. Vous envisagiez alors l'absorption du PS dans un grand parti démocrate à l'américaine. Serez-vous le président de la fin de l'idée socialiste ?

Le socialisme est un héritage qui plonge loin dans notre histoire, et c'est une idée beaucoup plus qu'une organisation. Je suis socialiste mais je ne suis pas pour la socialisation des moyens de production. Je ne l'ai jamais été. Le socialisme est une philosophie beaucoup plus qu'une doctrine. Quand Léon Blum évoque ce qui l'a rendu socialiste, il dit que c'est l'idée de justice qui l'a déterminé. Aujourd'hui, je poursuis cette idée de justice tout en assurant le destin d'une nation, pas n'importe laquelle, la France, dans le monde. C'est la question majeure. Elle était déjà présente dans le mouvement socialiste au début du XX^e siècle. Peut-on construire le socialisme dans un seul pays ? La réponse a été apportée par l'Histoire et par les faits. Tout l'enjeu est de savoir si la gauche, plutôt que le socialisme, d'ailleurs, a un avenir dans le monde, ou bien si la mondialisation a réduit, voire anéanti, cette espérance, cette ambition, cette prétention, de telle sorte qu'il n'y aurait plus qu'un seul modèle et que les marges entre la droite et la gauche seraient tellement faibles que le vote des citoyens n'obéirait plus qu'à des logiques d'adhésion à des personnalités.

Je ne le crois pas. Je continue de penser que le clivage gauche-droite reste fondateur de la démocratie. Je pense que la gauche de gouvernement est aujourd'hui devant une vraie difficulté, parce qu'elle est contestée non seulement par la droite, mais aussi maintenant par l'extrême droite autour des thèmes identitaires. En plus, elle est défiée, comme elle l'a toujours été, par une autre gauche qui s'est écartée de la gouvernance du monde. La gauche de gouvernement est en recul en Europe. Le camp des progressistes latino-américains n'est plus aussi glorieux qu'il a pu l'être il y a seulement vingt ans, sans remonter plus loin.

Les socialistes français n'ont pas dit les choses très clairement sur ce point, tout en l'enregistrant dans leur pratique. Ne pensez-vous pas que cela aggrave la difficulté ? Mitterrand s'est bien gardé de dire ce qu'il faisait quand il a changé de cap en 1983, puis en présentant le choix de l'Europe comme la poursuite de son programme initial. Depuis, la clarification n'a jamais vraiment été opérée.

Je n'ai pas eu à me situer dans ce type de débat parce que j'avais déjà fait mon aggiornamento personnel. J'ai été particulièrement clair dans la campagne des primaires. J'ai parlé de changement, pas de rupture. Le discours du Bourget

qui dénonçait la finance, celle qui étreignait les Etats avec la crise des subprimes, a été emblématique, parce qu'une campagne se résume à une formule et quelques mots. Je ne les renie pas.

La gauche de gouvernement devient suspecte dès qu'elle accède aux responsabilités et son destin est de toujours être accusé de trahison. Il n'y a pas d'exemple d'une gauche au pouvoir qui n'ait été sous la pression des procureurs de l'alternative.

Face à cette perpétuelle suspicion, la gauche de gouvernement ne doit pas baisser les yeux et être davantage fière de ce qu'elle fait. Elle doit se définir comme une force de gestion et de transformation dont les mérites ne peuvent être salués simplement quand elle a quitté le pouvoir. La gauche est toujours belle dans l'opposition, non pas simplement parce qu'elle retrouve la blancheur de ses mains, mais aussi parce qu'elle mythifie ses réformes passées, en oubliant combien il était dur de convaincre de leur bien-fondé quand elle était aux responsabilités. Ce réenchantement a posteriori n'est pas sain. Elle doit être beaucoup plus sûre de son fait en se présentant franchement devant les Français quand elle agit.

« AUJOURD'HUI, C'EST L'IDÉE MÊME D'EXERCER LE POUVOIR QUI EST CONTESTÉE. L'OBJECTIF EST D'ENTRAVER L'ETAT, PAR TOUT MOYEN »

Mais, justement, la voie n'est-elle pas libre pour mettre les paroles en accord avec les actes, maintenant que le surmoi que représentait le Parti communiste par rapport à la gauche de gouvernement n'existe plus ? Car c'est lui qui portait principalement cette accusation de trahison à propos de toutes les expériences que vous avez évoquées.

Ce surmoi est toujours très fort. Il ne s'appelle plus communisme, mais « alternative », « autre gauche » ou « insoumis ». Il est influent dans certains milieux universitaires ou militants qui considèrent que nous nous sommes perdus et que, de toute façon, l'enjeu n'est plus le pouvoir. Le but est l'empêchement. C'est très différent comme démarche, surtout par rapport à ce qu'était la position du Parti communiste. Aujourd'hui, c'est l'idée même d'exercer le pouvoir qui est contestée. L'objectif est d'entraver l'Etat, par tout moyen, selon la théorie du grain de sable. Non plus de contester ses réformes, mais de paralyser l'Etat. Et de le défier, jusque sur le terrain du maintien de l'ordre. D'où les violences contre les policiers. Qu'on ait pu s'en prendre aux forces de sécurité lors des manifestations du printemps, alors qu'il y a un an elles étaient plébiscitées après les attentats qui nous avaient frappés, en dit long sur les confusions qui ont pu resurgir. Ce qui est nouveau, c'est le renoncement. Puisque le monde est devenu global, puisque les frontières entre droite et gauche s'effacent, alors changeons de terrain et recourons à l'obstruction. Cette tentation peut se retrouver sur le terrain syndical. Plutôt que de passer par la négociation pour chercher un compromis, mieux vaut bloquer, sans qu'il soit d'ailleurs besoin de mobiliser de gros effectifs pour parvenir à ce résultat.

Mais du côté de la gauche de gouvernement, ne conviendrait-il pas d'autant plus d'afficher la couleur en assumant le « social-libéralisme » qu'elle met en pratique, voire en abandonnant le mot même de « socialisme » ?

Le socialisme est une idée qui a la vie dure. La question est de savoir ce que l'on met derrière ce mot. Il ne se résume pas à des instruments, une organisation ni à une doctrine économique. En revanche, il porte le mouvement de réduction des inégalités à l'échelle de la planète. Il s'incarne dans les partis qui, pour y concourir, acceptent la réforme afin d'assurer le progrès dans la durée.

Si être social-démocrate, c'est accepter le compromis, je suis social-démocrate. Donner toute leur place aux partenaires sociaux c'est l'objet de la loi travail si décriée par ceux qui craignent la négociation collective au niveau le plus pertinent. Tout au long du quinquennat, j'ai cherché à mettre en dialogue un patronat moderne et un syndicalisme réformiste. C'est difficile. Il y a des résistances. Et à droite comme à gauche il y en a qui pensent encore que tout doit passer par l'Etat et la loi. Mais, depuis 2012, des accords importants ont été négociés. Et le syndicalisme réformiste s'est renforcé.

Le social-libéralisme ? C'est le libéralisme sans la brutalité. Je ne suis pas un libéral, dans le sens où la logique du marché devrait tout emporter. En revanche, j'admets dans certaines circonstances une politique de l'offre. En 2012, l'état du pays justifiait d'aider les entreprises pour redresser leur compétitivité. Ce fut le sens du pacte de responsabilité. Etait-ce de droite, était-ce de gauche ? C'était nécessaire, et je l'ai fait. L'offre doit forcément rencontrer la demande. C'est le rétablissement des marges qui permet de procéder à une redistribution. Il faut produire avant de répartir. Et sans consommateurs, il n'y a guère d'avenir pour les entrepreneurs. Le libéralisme, c'est l'idée que seul le marché fournit les bons signaux, que l'Etat n'a plus sa place, que la régulation est contre-productive. Or tout ce que j'ai fait, que ce soit dans

le domaine environnemental ou sur le plan fiscal ou dans la maîtrise de la finance, contredit cette vision de l'économie. Refuser le dirigisme ce n'est pas se rallier au libéralisme ! Il faut que l'Etat joue son rôle et l'exerce avec autorité pour que le marché puisse être plus efficace. Et que l'économie intègre le progrès social, le temps long et les impératifs de la lutte contre le réchauffement climatique. Le social ne s'ajoute pas à l'écologie. Ils sont désormais confondus.

Lire aussi : [Une France « enlisée dans le libéralisme » ?](#)

N'est-il pas temps de procéder à l'explicitation de ce changement imposé par la marche du monde ? La gauche française vit dans la confusion sur le but qui est le sien et, du même coup, sur le chemin pour y parvenir.

Si cette confusion existe, j'en appelle à la clarification. Une autre société, une autre Europe, un autre monde sont possibles, mais il faudra du temps, beaucoup de temps, et nous n'y parviendrons pas seuls. Mais est-ce un but dégradé, un optimum de second rang que de prôner le gradualisme ? Je ne le pense pas.

Pour la conduire, j'ai besoin de partenaires et d'alliés. C'est un point très important que j'avais déjà identifié avant de venir aux responsabilités, mais qui m'est apparu avec encore plus de netteté depuis quatre ans. Pour réformer un pays sur qui puis-je compter ? Un président est élu avec au minimum 51 % des voix, mais aussitôt élu il dispose déjà d'un peu moins de soutiens. Le parti qui l'a présenté ne rassemble que 25 % à 30 % du corps électoral. C'est un des vices de la V^e République. A la différence des pays parlementaires où les dirigeants, grâce à des coalitions, peuvent s'appuyer sur des majorités larges, le président français ne bénéficie en réalité que d'une assise étroite dans le pays. Le gouvernement d'Angela Merkel représente aujourd'hui près de 70 % des électeurs. Cette base solide lui a permis de tenir, sur un sujet comme les réfugiés, qui, ici, aurait pu provoquer une division profonde du pays. En France, le président, même avec une majorité absolue à l'Assemblée nationale, est minoritaire dans le pays, par la nature même du système politique et des clivages structurés par l'élection présidentielle. Sur qui peut-il s'appuyer ? Sur des forces sociales, économiques, culturelles, intellectuelles et pas seulement politiques. C'est ce qui a manqué.

image: http://s2.lemde.fr/image/2016/09/15/534x0/4998056_6_e88f_le-president-de-la-republique-francois_5690e89c7c5b1797a6b857abbc7d5380.jpg



Le président de la République,

François Hollande. SEB JARNOT

Qu'est-ce que l'exercice du pouvoir vous a appris sur la fonction présidentielle, vous qui vouliez être un « président normal » ?

La fonction présidentielle est doublement exceptionnelle. Elle exige de porter une politique et une parole à l'extérieur. Et de prendre des décisions de nature exceptionnelle, qui par définition ne peuvent être inscrites dans aucun programme. Je n'avais pas annoncé en mai 2012 que j'aurais à engager les forces françaises au Mali, face à la menace terroriste en Afrique de l'Ouest, pas plus que je n'avais pu prévoir que j'aurais à décréter l'état d'urgence face à des actes terroristes. La fonction est exceptionnelle par la place qu'occupe le chef de l'Etat dans nos institutions, sans relation directe avec le Parlement, de telle sorte que le seul interlocuteur du président est le pays. Or, aujourd'hui, les moyens d'information, les réseaux sociaux, font que les rapports des Français avec le pouvoir ont totalement changé. L'époque de la parole rare et jupitérienne, venant dénouer les conflits d'en haut, est révolue. Lors de chacun de mes déplacements, en France comme à l'étranger, je suis écouté, regardé, commenté en direct. De ce point de vue, le président est devenu un émetteur presque comme les autres.

Mais il y a des circonstances exceptionnelles où sa parole porte particulièrement...

Oui, ce sont les circonstances qui font que la parole prend une tout autre intensité. Les mots sont attendus. La tension et l'attention sont à leur point le plus haut. Quand se produit un massacre, une nuit, en plein Paris, ou un attentat à Nice et que le président s'exprime, tout s'arrête, même à 3 heures du matin. Il n'est plus alors dans le flux de l'actualité. Il est dans l'Histoire.

Comme la fonction est exceptionnelle, il faut que la femme ou l'homme qui l'exerce soit maître de lui-même. C'est cela que je voulais signifier en parlant d'un « président normal ». Il a à faire face à des événements extraordinaires, qui ne peuvent remonter qu'à lui seul, quels que soient les mérites et le rôle du premier ministre. Tout repose sur la maîtrise qu'il

a de lui-même. Le président ne doit utiliser la fonction ni pour se protéger excessivement, ni pour se mêler de tout en rendant confus le fonctionnement des pouvoirs publics.

Un autre constat s'est imposé à moi : le temps de la décision politique est désormais décalé par rapport à celui des entreprises, des citoyens et des acteurs sociaux. Autant la durée est nécessaire pour avoir des débats approfondis et sereins et pour donner aux citoyens les moyens de suivre le processus de décision, autant elle n'est plus conforme aux nécessités de l'action dans la mondialisation. Ce qui pose un double problème. Le premier, c'est le risque de l'incompréhension qui nourrit le procès en impuissance. « Vous me dites qu'il y a urgence sur le chômage, vous annoncez une loi travail et, six mois après, le texte est toujours en discussion. Dans quelle démocratie sommes-nous ? » L'incompréhension s'ajoute à l'insatisfaction quand le citoyen pense, non sans raison, qu'il n'est associé à rien, ni à la préparation d'une loi, ni à l'élaboration d'une politique, ni à une décision engageant la nation. C'est le double dessaisissement : celui de l'autorité qui n'arrive pas à créditer sa parole et celui du citoyen qui considère n'être pas entendu.

Certains en tirent la conclusion qu'il faudrait recourir sur tout sujet au référendum. Ce qui vient de se produire au Royaume-Uni et la débandade qui a suivi devrait pourtant faire réfléchir.

Vous maintenez donc la formule du « président normal » ?

Oui. Je maintiens la nécessité d'un président maîtrisé parce que la fonction est exceptionnelle. Les caractéristiques personnelles sont très importantes. Au moment du choix, il s'agit bien sûr du choix d'une orientation, d'une politique, d'un chemin, mais il s'agit aussi du choix d'un caractère, d'une conception de l'Etat, d'une vision de la République, d'une vision de la France. Sinon, mieux vaut supprimer l'élection du président au suffrage universel.

Quelle est, pour vous, la part de votre responsabilité personnelle dans cette difficulté à convaincre et la part d'un facteur d'ordre institutionnel auquel vous faisiez allusion tout à l'heure et qui concerne l'évolution des démocraties ?

Il y a forcément ce qui relève de ma propre responsabilité. Ce serait trop simple de dire que je suis victime d'un système qui produit mécaniquement de la défiance. Peut-être est-ce dû à un défaut de pédagogie, à l'incompréhension liée à certaines décisions notamment fiscales en début de quinquennat, à la persistance d'un niveau élevé du chômage et aux divisions de la majorité. Mais je pense néanmoins que ces indices témoignent davantage d'une contestation globale du pouvoir que d'un jugement définitif sur les idées que je représente et sur mon action.

Il n'en reste pas moins que la radicalisation de l'opposition, quelle qu'elle soit, la présence d'une extrême droite autour de 25 %, créent nécessairement une situation périlleuse pour le prochain président. Surtout s'il est élu face à la candidate du Front national au second tour. Les électeurs qui auront voté pour lui ne l'auront fait que pour empêcher le pire. Donc par défaut et non par adhésion. La contestation de son action est inscrite d'avance dans les données du scrutin.

Comment faire face à ce risque ?

Il y a plusieurs réponses possibles. D'abord la coalition. Une large alliance dépassant les clivages. J'en mesure immédiatement les conséquences : ce serait donner à l'extrême droite la possibilité d'apparaître comme la seule alternative. Ce serait la conduire tôt ou tard au pouvoir. La meilleure réponse serait de remédier aux défauts de notre démocratie française en associant davantage les citoyens aux décisions. Les moyens technologiques permettent de les consulter, de les faire participer à l'élaboration des réformes et de surmonter la crise profonde de la représentation. J'en vois aussi le risque. Internet a rendu équivalentes la parole d'un chercheur qui a mis des années à parvenir à une conclusion et la réaction d'un commentateur, teintée d'humour dans le meilleur des cas et de violence dans le pire. J'estime néanmoins nécessaire de prendre en compte cette évolution en introduisant des mécanismes réguliers de consultation de citoyens (jurys, états généraux, débats participatifs, référendums locaux). Elaborer la loi en prenant le temps de sa consultation et en allant beaucoup plus vite dans son adoption. Je suis favorable à cette mutation institutionnelle.

Par ailleurs, un de mes regrets au cours de ce quinquennat a été la difficulté d'introduire des rapports de travail réguliers entre la gauche et la droite pour appréhender les grands sujets d'intérêt général – les réfugiés, l'immigration, la question de l'islam, la politique de défense. J'ai provoqué ces consultations. Elles se sont souvent réduites à un jeu de rôle. Regardez ce qui s'est produit à propos de la Syrie ou de l'Ukraine. Cette difficulté pour les forces républicaines à s'accorder sur des approches communes ne date pas d'hier, mais elle est un handicap majeur pour notre démocratie face

au populisme et à l'extrémisme. C'est encore plus indispensable pour nous faire mieux entendre en Europe et dans le monde, et pour rassurer les Français. J'ai déploré les polémiques et les surenchères qui ont suivi la tragédie de Nice. Le fanatisme avait introduit son poison.

Notre pays est structurellement inquiet. Il doute de lui-même. Or il n'y a pas de pays au monde qui soit plus aimé que la France. Les articles les plus élogieux après le 13 novembre sont venus de nos contempteurs habituels, américains ou anglais, ceux-là mêmes qui avaient complaisamment entretenu le *French bashing*. Et cependant la France n'arrive pas à s'aimer. Elle est hantée par la crainte de son déclin, c'est une peur qui vient de très loin. C'est cette tentation qui dégénère en crispation identitaire. Nous devons la casser, non par la proclamation, mais par la démonstration. La France doit cesser d'interpréter ce qu'elle a été pour croire à ce qu'elle peut être. Cesser de se complaire dans ce qu'elle pense être son malheur alors qu'elle porte l'idée même du bonheur.

L'Europe est bloquée. Elle est à un moment où elle se pose même la question de savoir si son projet peut survivre. Vers qui se tourne-t-on ? Vers l'Allemagne, puisqu'elle est le pays le plus solide du continent et, de surcroît, un pays central, géographiquement. Sans doute au regard de son économie. Mais c'est d'abord la France qui est attendue sur le plan politique.

Le pays demande à être rassuré sur son identité. Or la gauche est mal à l'aise avec cette question, qu'elle a laissée de fait à la droite et surtout à l'extrême droite. Ne doit-elle pas la réinvestir ?

Je n'écarte pas la question de l'identité au prétexte que d'autres s'en seraient emparés. S'ils s'en sont saisis, c'est parce qu'elle avait été délaissée. Faut-il encore avoir sa propre définition de l'identité. Il y a l'identité négative : « Je suis ce que je suis parce que je ne suis pas ce que vous êtes. » C'est la forme la plus primaire et, pour ses défenseurs, elle se détermine essentiellement par rapport à l'islam. C'est ce qui fédère toutes les extrêmes droites européennes et même au-delà : le rejet d'une religion qui voudrait imposer ses règles, ses façons de s'habiller ou de se nourrir. C'est en ce sens que les populistes sont dans une dynamique en Europe et aux Etats-Unis, la peur d'être dilué.

Pour la droite, l'identité est défensive. Au nom de l'héritage chrétien et du creuset français. Pour la gauche, elle doit être positive. Montrer que la France, c'est une idée. Une idée qui a permis de rassembler des citoyens venant d'origines multiples, de parcours différents, de métissages et qui ont formé une nation unie par des valeurs et un projet collectif. S'y ajoute l'exigence de sécurité face aux dangers fondamentalistes. Nous sommes un ancien empire, il y a des gens qui sont venus vers nous plus facilement qu'ailleurs. Mais qui tous ont admis la laïcité comme la condition de leur vie en commun et de leur intégration. Ce qui rend encore plus nécessaire de formuler une réponse ferme face au salafisme et à l'instrumentalisation de l'islam. La radicalisation est un danger majeur pour les individus et notamment les jeunes qui en sont victimes, mais aussi pour la société française qui pourrait se fracturer sur l'idée même de la coexistence. C'est bien le calcul effroyable des groupes fondamentalistes : créer la suspicion pour mieux en appeler à la solidarité des musulmans. Il revient aux Français de confession musulmane et à leurs représentants de réagir au nom de la République, car c'est elle qui les protège. L'islam ne cherche pas à conquérir la République, il n'a pas la prétention de soumettre la République en organisant des partis, mais l'islam, comme tous les cultes, doit être pleinement dans la République. La gauche a la capacité, par les valeurs qu'elle porte et la laïcité qu'elle a contribué historiquement à construire, de donner sa place à la question religieuse. Et de ne pas se faire emporter par elle. D'où le rôle de l'école dans la transmission des connaissances mais aussi le partage des valeurs communes et l'apprentissage de la citoyenneté.

Quoi qu'il en soit, le débat sur l'identité va être au centre de la prochaine campagne présidentielle. Comment comptez-vous l'aborder ?

Ce serait une grave erreur de l'esquiver. Il faut le prendre de face. Mais je ne voudrais pas non plus qu'il évacue tous les autres. Car ce sont les autres sujets (l'éducation, le logement, l'emploi, la démocratie) qui fournissent aussi la réponse à la question identitaire. Elle ne se résout pas de la même manière avec une économie plus forte, avec une éducation qui fonctionne mieux, avec des services publics plus efficaces, avec une Europe qui a du sens. La surenchère identitaire est un piège. Pour la gauche si elle la nie. Pour la droite qui voudrait y céder, car c'est l'extrême droite qui en portera la couleur. Je préfère avertir ceux qui se jetteront sur ce terrain-là.

En somme, le thème de l'identité a été accaparé par l'extrême droite sous la forme du nationalisme. Tout le problème de la gauche n'est-il pas d'arracher la nation au nationalisme ?

Ce qu'il faut arracher au nationalisme, c'est la patrie...

Mais la nation, c'est encore autre chose que la patrie. Ceux qui étaient dans la rue le 11 janvier 2015, c'est la nation.

Il y a un lien entre ces termes. Le 11 janvier, c'étaient les valeurs de la nation qui avaient été la cible de l'attaque. Avec les attentats du 13 novembre, c'est la France dans son ensemble qui était agressée, indifféremment. En janvier, certains pouvaient se dire : « Je suis solidaire, mais je ne suis pas caricaturiste, je ne suis pas policier, je ne suis pas juif, donc je ne suis pas directement concerné. » Le 13 novembre, ce sont tous les Français, indifféremment, juifs, musulmans, chrétiens ou athées, qui ont été visés parce que Français. A Nice, le jour de la Fête nationale et du rassemblement de toutes les générations, c'était l'idée de la France. Celle du bonheur. C'est ce bien commun que j'ai à défendre. La maison France. Dont la meilleure arme est la République.

Les présidents de la V^e République ont incarné chacun à leur façon une France. Il y a eu la France glorieuse de De Gaulle, la France industrielle et bourgeoise de Pompidou, la France tocquevillo-libérale de Giscard, il y a eu une France de Mitterrand. Comment définiriez-vous la vôtre ?

Ce mandat a un sens. Car mon obsession a été de ne pas aggraver les divisions, les blessures, les séparations que j'avais vu s'approfondir ces dernières années. Certaines de ces divisions sont réapparues, comme à l'occasion du mariage pour tous. D'autres lors des attentats et encore plus gravement après Nice. La France est un pays unitaire qui nourrit en son sein la division. Et puis surgit, dans des circonstances dramatiques, face à un danger, un sursaut patriotique. C'est ce ressort que nous avons vu à l'œuvre le 11 janvier. C'est lui qui permet de relier l'émotion et la raison. D'aller chercher ce qu'il y a de meilleur dans le citoyen. De réduire sa part d'ombre qui se nourrit du sentiment de ne pas être entendu. D'exorciser cette peur indicible de perdre ce qu'il lui reste, à savoir d'être français. Le patriotisme élève, il donne de la lumière et, à travers l'espérance, du dépassement et du lien. La France que je porte est la France fraternelle. La liberté, l'égalité, chacun en connaît le sens. La fraternité est une invention que l'on redécouvre sans cesse. La fraternité ce n'est pas la générosité, ce n'est pas la solidarité, c'est le sentiment d'être ensemble, frères de destin. C'est ce qu'il y a de plus fort dans la République.

Marcel Gauchet et Pierre Nora

147,156

Europe reaches for reset

With leaders gripped by fear of losing elections, Donald Tusk's hopes of a 'pivotal' summit risk being disappointed.

9/15/16, 5:35 AM CET

As EU leaders survey the state of Europe from a hilltop castle in [Bratislava](#) on Friday, they won't like what they see: a splintering Continent, beset by populism.

Brussels hopes this summit will change the narrative, but merely gathering 27 presidents and prime ministers under one roof may turn out to be its biggest achievement — and even then, Britain's absence will illustrate the depth of discord.

The Brexit vote in June created an urgent need for solidarity against a Euroskeptic barrage, but the political imperatives of individual leaders facing reelection fights seem increasingly at odds with the “ever closer union” envisioned in the Treaty of Rome.

[Donald Tusk](#), the European Council president, hopes to restore confidence by rallying leaders behind a tightly focused agenda: to manage the migration crisis by strengthening border controls, enhancing cooperation on internal and external security, and to take steps — somewhat less clear — to prop up the sluggish economy.

In his [State of the Union speech](#) on Wednesday, European Commission President Jean-Claude Juncker said he had never seen Europe's leaders so fractured, or so inwardly focused, which underscores how difficult it will be to achieve even limited goals in coming weeks and months.

“Never before have I seen such little common ground between our member states, so few areas where they agree to work together,” he said. “Never before have I seen national governments so weakened by the forces of populism and paralyzed by the risk of defeat in the next elections.”

“For the first time in decades, senior European leaders have actually envisioned publicly the possibility of the disintegration and collapse of the European Union” —

Michael Leigh, senior fellow at the German Marshall Fund

The absence of the U.K. and its new prime minister, [Theresa May](#), imposes limitations on the summit: nothing that is said or done will be legally binding, making it little more than a high-level public relations exercise.

In Brussels, officials worked aggressively to set modest expectations, portraying it as the start of a post-Brexit reassessment and noting that more concrete steps will be taken at regular summits in Brussels in October and December, including a review of relations with Russia, and culminating next year in Italy at a celebration of the 60th anniversary of the Treaty of Rome.

“We just had one of our member states who decided to leave, we cannot just pretend that this was nothing and get on with it,” said one EU official involved in the summit planning.

Possible collapse

“For the first time in decades, senior European leaders have actually envisioned publicly the possibility of the disintegration and collapse of the European Union,” said Michael Leigh, a senior fellow at the German Marshall Fund and a former director-general for enlargement at the European Commission.

“People are asking the question: Will the European Union survive for the next decade?” added Leigh. “The fact that the 27 should get together following the Brexit referendum and express a common determination to reinforce the European Union is in itself positive.”

If the bar is set that low, Tusk seems certain to succeed, though he has higher aspirations, laid out in a [“Dear colleague” letter](#) this week that amounts to a four-and-a-half-page call to action.

The Council’s Polish president exhorted national leaders to recognize Brexit as evidence of broader doubts among citizens, and he urged them to make Bratislava a pivot point.

“People in Europe want to know if the political elites are capable of restoring control over events and processes which overwhelm, disorientate, and sometimes terrify them,” Tusk wrote.

The two most important messages, according to the EU official involved in the planning, are that the remaining 27 members “intend to stay in the EU and make it a success,” and that they need to address people’s feeling of insecurity. However, officials said they were bracing for inevitable disagreement and that Friday’s meeting was unlikely to produce a blueprint for addressing these challenges.

Don’t rock the boat

Preventing open squabbling among the leaders in Slovakia is another challenge, against the backdrop of old tensions within Europe — between West and East, North and South, Right and Left — repeatedly erupting on a broad spectrum of issues, including migrants, fiscal policy and military cooperation.

On some issues, clear factions have emerged. Greek Prime Minister Alexis Tsipras convened the so-called [Club-Med group of Southern tier nations](#) in Athens, where some leaders lashed out at the austerity policies championed by Germany and other Central and Northern countries.

On other issues, the disagreements have been more emotional: Luxembourg’s foreign affairs minister, Jean Asselborn, said in an interview published Tuesday that [Hungary should be expelled from the EU](#) for treating migrants almost like “wild animals.”

Even Tusk, criss-crossing Europe to meet leaders ahead of Friday’s meeting, gave in to the temptation to vent on a stopover in his native Poland, where he rebuked critics of the EU during a meeting with Prime Minister Beata Szydło.

Szydło, clearly aiming her remarks at a domestic audience, said she had conveyed pointed demands for sweeping reforms of the EU, echoing recent talk in Poland and Hungary about a heavy rewrite of the Treaty of Rome as it celebrates its 60th anniversary next year.

Tusk hit back with remarks that underscored his fears about lack of cohesion among EU leaders, saying he had encouraged the Polish government “to treat Europe as something that’s worth being taken care of, not attack and question.”

“It’s important that Poland doesn’t join those who want to rock the EU boat. We need an EU that is stable, strong and as united as possible,” he said.

Playing for time

“In Tusk’s eyes, the purpose of the meeting is to bring back stability and hope to the Union shaken by many crises,” a senior EU official said.

His biggest challenge, however, is the political context: some of Europe’s most prominent figures risk losing their jobs in coming elections, including in France and Germany. Those in the strongest position, like Hungary’s Viktor Orbán, are often sharply critically of the EU.

Through one lens, the precariousness of the European Union could be viewed as synonymous with the predicament of German Chancellor [Angela Merkel](#), who has struggled to balance her instinct to lead with an emphasis on Western values, against a backlash from voters at home, where her conservative party just took a [drubbing in regional elections](#).

“In a way we are all playing for time, which is not very good under the present circumstances” — *Veteran EU diplomat*

According to one veteran EU diplomat, leaders are just “looking at the next electoral deadline, whether it is elections in Germany or France or Italy and the rest. Everybody sits at the table and the only thing he or she has in mind is ‘What can I get from here to prove to my public opinion that I am the best, that I am doing what they are asking me to do.’”

“In a way,” the diplomat added, “it is the general problem of the European Union these last few years. The problem is how to reconcile your own views and the general interest.”

The gains by the far-right [Alternative for Germany](#) party are just one example of the challenges traditional parties are facing from insurgent political factions on the Right and Left. Propelled by anti-establishment fervor, they have the luxury of campaigning against politics-as-usual without having ever borne the responsibility of governing.

“I don’t think you have today in any of the member states any serious politician who believes he or she could win an election by saying what we need is more Europe,” said Michael Leigh.

Outside Brussels, there was a similar sense that the main purpose of the Bratislava gathering would be to lift morale and begin a longer process of reflection and collaboration, according to senior European diplomats in Berlin and other capitals, even as some leaders viewed Tusk’s letter as excessively bleak.

Germany in particular has been working in recent days to open new lines of communication including between states where there had been little previous engagement outside formal settings.

And some German officials viewed the effort to prepare for Bratislava, including meetings with the French to develop a joint proposal on enhanced European military cooperation, as perhaps even more useful than Friday’s heavily stage-crafted meeting, the diplomats said.

Tusk, reflecting a view shared by Merkel, has said the short-term answer should be modest but concrete deliverables to show voters the EU adds value, such as stepping up security along [Bulgaria’s border](#) with Turkey, and imposing new, coordinated traveler screening programs to identify and intercept potential terrorists.

But it is far from clear those steps will be sufficient to change public opinion. And many of the forces battering Europe seem largely beyond the control of political leaders and institutions.

And some officials said there was a risk that the Bratislava summit would meet the low expectations set by Brussels, and ultimately not prove a turning point.

“I am not expecting that Bratislava will be a sort of dividing line,” the veteran EU diplomat said. “For the moment, Germany has decided not to rush into anything. So essentially it will be a sort of standstill. In a way we are all playing for time, which is not very good under the present circumstances.”